

Rüstung und Wirtschaft

**Ein Beitrag zum Problem der Integration gesellschaftlicher
Macht- und Einflußgruppen in der Bundesrepublik**

Gerhard Brandt

1964

RÜSTUNG UND WIRTSCHAFT

Ein Beitrag zum Problem der Integration gesellschaftlicher Macht-
und Einflußgruppen in der Bundesrepublik

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Hohen Philosophischen Fakultät
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main



vorgelegt von
Gerhard Brandt
aus Hannover

Frankfurt am Main 1964

1. Gutachter : Professor Dr. Ludwig v. Friedeburg

2. Gutachter : Professor Dr. Theodor W. Adorno

Tag der mündlichen Prüfung : 26. Februar 1964

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	5
I. Das Echo der Wiederaufrüstung im Unternehmerlager	14
II. Die rüstungswirtschaftliche Organisation der wirtschaftlichen Interessenverbände	49
III. Grundforderungen der wirtschaftlichen Interessenverbände zur Rüstungspolitik	74
IV. Revision des deutschen Rüstungsprogramms	111
Schlußbemerkungen	149
Literaturverzeichnis	159



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Einleitung

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind gesellschaftliche Zusammenhänge, die sich im Verlauf der Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik zwischen der militärischen Rüstung und der privaten Wirtschaft ausgebildet haben. Die politische Situation, die mit der deutschen Wiederaufrüstung, der zweiten innerhalb von zwanzig Jahren, sich verband, ist in mancher Beziehung einzigartig und fordert dazu heraus, das Verhältnis von Gesellschaft und Militär in Deutschland von neuem zu überdenken. Nicht Macht- und Einflußgruppen im Innern waren es, die den Anstoß gaben dazu, aufs neue bewaffnete deutsche Streitkräfte zu schaffen, sondern die alliierten Sieger, die als Besatzungsmächte im Lande standen; der Plan der Westmächte, ein gegen den Ostblock gerichtetes Verteidigungssystem zu schaffen, erwies sich als undurchführbar ohne einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik. Durch das Militär- und Rüstungsprogramm, das die Bundesregierung auf Betreiben der westlichen Alliierten durchzusetzen unternahm, wurde die Stabilität der innenpolitischen Kräftekonstellation auf eine ernste Probe gestellt. Zu den wesentlichen Merkmalen der innerdeutschen Entwicklung gehörte es, daß die deutsche Gesellschaft nach dem Kriege eine radikale Entmilitarisierung absolviert hatte. Die Institutionen des preußisch-deutschen Militärapparates waren von den Besatzungsmächten beseitigt worden; Offizierkorps und Soldaten sowie der militärische Verwaltungsapparat und die Rüstungsindustrie gingen im Verlauf des Wiederaufbaus verhältnismäßig reibungslos in der zivilen Gesellschaft auf. Die gesellschaftlichen Macht- und Einflußgruppen, auf die sich das neue politische Herrschaftssystem stützt, lehnten ebenso wie die Gesamtbevölkerung eine Wiederbewaffnung ab oder standen dieser doch desinteressiert gegenüber. Das Militär- und Rüstungsprogramm der Bundesregierung wurde, jedenfalls in seiner ursprünglichen Fassung, weithin als Störungsherd empfunden.

Eine Hauptrolle in der Debatte um die Militär- und Rüstungspolitik der Bundesregierung spielten die private Wirtschaft und ihre Interessenvertretungen. Das Echo der Wiederaufrüstung im Unternehmerlager und die politischen Folgen, die die Reaktion der privaten Wirtschaft nach sich zog, bildeten zentrale Probleme der politischen Willensbildung in den fünfziger Jahren. Obwohl nach dem Kriege vorübergehend in den Hintergrund gedrängt, nimmt die private Wirtschaft, nachdem Großgrundbesitzer und Militärs ihre soziale

Basis verloren haben, eine unbestrittene Schlüsselstellung im Machtgefüge der deutschen Nachkriegsgesellschaft ein; das politische Herrschaftssystem ist, will es nicht einer radikalen Alternative : der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, das Feld räumen, in seinen wesentlichen politischen Entscheidungen auf das Einverständnis der privaten Wirtschaft und ihrer Interessenvertretungen angewiesen. Militär- und rüstungspolitische Planungen betreffen die private Wirtschaft überdies in spezifischer Weise und haben für sie Konsequenzen von besonderer Tragweite; bewaffnete Streitkräfte zu schaffen, erfordert personelle und sachliche Ressourcen, die der Produktion für den zivilen Bedarf entzogen werden müssen; ob die private Wirtschaft an einem Rüstungsprogramm sich interessiert zeigt, es duldet oder aber als Belastung empfindet und ablehnt, ist von entscheidender Bedeutung für die militär- und rüstungspolitische Willensbildung in einem sozialen System, in dem die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zum überwiegenden Teil in den Händen privater Unternehmer liegt. Die Bundesregierung mußte, wollte sie ihre gesellschaftliche Basis nicht aufs Spiel setzen, bei der Abfassung ihres Militär- und Rüstungsprogramms die Erwartungen der privaten Wirtschaft in Rechnung stellen.

Die politische Schlüsselrolle der privaten Wirtschaft in der Bundesrepublik ist es, die die Problemstellung der Untersuchung bestimmt. Untersucht werden soll, wie eine ausschließlich für den zivilen Bedarf produzierende Wirtschaft, die vorwiegend in privaten Händen sich befindet, auf ein großes Rüstungsprogramm reagiert, und welche gesellschaftlich und politisch bedeutsamen Auswirkungen daraus sich ergeben; das Verhältnis von militärischer Rüstung und privater Wirtschaft wird, obwohl in der Vergangenheit oft genug behandelt, unter den Bedingungen der Nachkriegssituation gleichsam ab ovo, ohne daß schon etablierte Querverbindungen zwischen Militärapparat und Industrie in Rechnung gestellt werden müßten, studiert werden können.

Einer Untersuchung, die sich mit dem gesellschaftlichen Verhältnis von militärischer Rüstung und privater Wirtschaft beschäftigt, bieten die akademischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kaum Anknüpfungspunkte. Die neuere Soziologie ist nur sehr zögernd dazu übergegangen, mit der sozialen Bedeutung militärischer Institutionen sich zu befassen; soweit sie sich dazu verstanden hat, gilt ihr Interesse, ähnlich wie in ihren übrigen Gegenstandsbereichen, vornehmlich den sozialen Beziehungen innerhalb kleiner Gruppen;

eine politische Soziologie des Militärs fehlt fast völlig (1). Das Problem der Rüstung, insofern es die Sphäre der Güterproduktion berührt, ist zwar in zunehmendem Maße zum Gegenstand makroökonomischer Analysen geworden. In den Vereinigten Staaten vor allem ist nach dem Kriege eine ganze Literatur ins Lebens gerufen worden, die - unter dem Namen Defense Economics - den ökonomischen Problemen der Landesverteidigung gewidmet ist (2); zugleich ist so etwas wie eine Gegendisziplin, die Economics of Disarmament, entstanden (3). Ihre Aufgabe sehen beide Disziplinen, obwohl in ihrer Zielsetzung einander entgegengesetzt, im wesentlichen darin, Verfahren zu entwickeln, die es ermöglichen, Produktionsfaktoren möglichst reibungslos umzustellen, sei es von der Produktion ziviler auf die militärischer Güter, sei es von der militärischen auf die zivile Güterproduktion, und die Produktionsfaktoren, die jeweils, sei es militärischen, sei es zivilen Zwecken zur Verfügung stehen, möglichst effektiv zu nutzen. Daß das Problem, Produktionsfaktoren so umzustellen und zu nutzen, daß das jeweilige politische Ziel mit optimalem Effekt erreicht wird, prinzipiell lösbar ist, wird weder von der Rüstungsökonomie noch von der Ökonomie der Abrüstung in Zweifel gezogen. Die Frage, ob nicht vested interests einer Abrüstungs- und auch einer Rüstungspolitik, die Anspruch auf Rationalität erhebt, sich in den Weg stellen könnten, wird - wenn überhaupt -

- (1) Dem Anspruch einer politischen Soziologie des Militärs am nächsten kommen die Arbeiten von Raymond Aron, *La Société industrielle et la guerre*, Paris 1959, und *Paix et Guerre entre les nations*, Paris 1962. - Über Entwicklung und Probleme der Militärsoziologie unterrichtet Morris Janowitz, *Sociology and the Military Establishment*, New York 1959.
- (2) Prototypisch für das Selbstverständnis der Defense Economics und zugleich deren systematischste Darstellung ist der von Charles J. Hitch und Roland N. McKean herausgegebene Sammelband, *The Economics of Defense in the Nuclear Age*, Cambridge (Mass.) 1961. Eine ältere Arbeit von grundlegender Bedeutung, die zugleich den eigentlich gesellschaftlichen Implikationen militärischer Rüstung einige Beachtung zollt, ist das Buch von Klaus Knorr, *The War Potential of Nations*, Princeton 1956.
- (3) "The Economics of Disarmament" ist der Titel eines Artikels von W. Leontief und M. Hoffenberg im *Scientific American*, 1961 -4-47/55. - Über die ökonomischen Probleme der Abrüstung unterrichtet ein Artikel von Kenneth E. Boulding, *Die wirtschaftliche Bedeutung der Rüstungskontrolle*, in: *Strategie der Abrüstung*, Achtundzwanzig Problemanalysen, Gütersloh 1962, S.173-185.

nur am Rande erwähnt. Offen bleibt vor allem ob die Vorkehrungen, die sowohl im Falle einer Mobilisierung wie einer Demobilisierung des Produktionspotentials vonnöten wären, die Zustimmung der Bevölkerung und, wichtiger noch, der Machtgruppen fänden, von denen die Funktionsweise des bestehenden Wirtschaftssystems wesentlich abhängt (4).

Mit Rücksicht auf ihre Problemstellung steht die Untersuchung neueren amerikanischen Studien über das Verhältnis von zivilen und militärischen Institutionen, der sogenannten Civil-Military-Relations-Forschung, nahe (5). Die Untersuchungen, die in diesem Zusammenhang nach dem Kriege entstanden sind, gehen zurück auf einigermaßen entgegengesetzte Motive. Daß das Verhältnis von militärischen und zivilen Institutionen in zunehmendem Maße zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht worden ist, hat seinen Grund einmal in der Sorge, die demokratische Ordnung könnte zusammen mit den Freiheitsrechten, auf die sie sich gründet, eine Einschränkung erfahren dadurch, daß der Militärapparat, unter den Bedingungen des Kalten Krieges auf unbefristete Zeit installiert, innenpolitische Macht gewinnt. Untersuchungen über das Verhältnis von zivilen und militärischen Institutionen sind bisweilen aber auch allein am Postulat der nationalen Sicherheit orientiert und zielen darauf ab, Mittel und Wege zu finden, militärische Forderungen möglichst wirksam, und sei es auf Kosten der demokratischen Ordnung, durchzusetzen. Von den Motiven, die sie konstituierten, hat sich die dem Problem der Civil-Military Relations gewidmete Forschung im Lauf ihrer Entwicklung zu einer wissenschaftlichen Disziplin weitgehend abgelöst; neuere Beiträge widmen sich in objektiver Weise der vergleichenden Analyse ziviler und militärischer Organisationsstrukturen so-

-
- (4) Daß die Abrüstungsökonomie, weil sie von spezifisch gesellschaftlichen Implikationen abstrahiert, entscheidende Schwierigkeiten, die einer Umstellung der Produktionsfaktoren im Wege stehen, verfehlt, geht aus einem Bericht der United States Arms Control and Disarmament Agency hervor: "As is clearly implied in our description of the problems to be encountered, the essential economics of the situation do not create the difficulties so much as do the institutional and attitudinal limitations of an essentially political character." -Economic Impacts of Disarmament, United States Arms Control and Disarmament Agency, Januar 1962. -Ähnliches gilt für die Defense Economics.
- (5) Über Motive, Entwicklung und Probleme der Civil-Military-Relations-Forschung unterrichten Michael Howard, Civil-Military Relations in Europe and the United States: A Bibliographical Note, in: Europäisches Archiv für Soziologie, 1961-1-112/116; und Samuel P. Huntington, Recent Writings in Military Politics-Foci and Corpora, in: Changing Patterns of Military Politics, S. 235-266. Repräsentativ für den Stand der Civil-Military-Relations-Forschung ist ein von Harold Stein herausgegebener Sammelband, American Civil-Military Decisions, A Book of Case Studies, University of Alabama 1963.

wie der Untersuchung von beide Bereiche involvierenden Interaktionsprozessen; wenigstens am Rande ist in diesem Zusammenhang auch das Verhältnis von Rüstung und Wirtschaft behandelt worden (6). Noch erschöpft sich die Civil-Military-Relations-Forschung freilich so gut wie ganz in Untersuchungen über Partialprobleme; eine systematische Theorie der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen zivilen Institutionen und Militärapparat steht einstweilen noch aus (7).

Was ihre Methode angeht, so ist die Untersuchung am Anspruch der klassischen Politischen Ökonomie orientiert und nimmt zugleich eine der zentralen Fragen, von denen diese handelte, wieder auf. Sowohl die Politische Ökonomie liberaler Observanz wie die sozialistische Kritik der Politischen Ökonomie schlossen, wenngleich inhaltlich konträre, Theorien über das Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Militärwesen in sich ein (8). Der liberalen Theorie zufolge war das Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Militär, dieses als Organ des politischen Herrschaftsapparates verstanden, durch einen grundsätzlichen Interessenantagonismus gekennzeichnet; eine enge Interessensolidarität zwischen dem kapitalistischen

-
- (6) Hier ist vor allem eine Arbeit von Samuel P. Huntington zu nennen : *The Common Defense, Strategic Programs in National Politics*, New York und London 1961, und die Untersuchungen von Warner R. Schilling, Paul Y. Hammond, Glenn H. Snyder, *Strategy, Politics, and Defense Budgets*, New York und London 1962.
- (7) Der Civil-Military-Relations-Forschung zuzurechnen wäre auf Grund ihrer Problemstellung und Methode eine Reihe von amerikanischen Untersuchungen über die Wiederaufrüstung in Deutschland, die für die vorliegende Untersuchung herangezogen wurde, so vor allem: Hans Speier und W. Phillips Davison (Hrsg.), *West German Leadership and Foreign Policy*, und Hans Speier, *German Rearmament and Atomic War*, beides Evanston und White Plains 1957; Karl W. Deutsch und Lewis J. Edinger, *Germany Rejoins the Powers*, Stanford 1959; Daniel Lerner und Morton Gordon, *European Community and Atlantic Security in the World Arena*, und von denselben Autoren, *European Leaders Look at World Security*, beides Forschungsberichte des Center for International Studies, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge (Mass.) Dezember 1961 und April 1960.
- (8) Die Lehrmeinungen der klassischen Politischen Ökonomie zur Frage des Krieges und der militärischen Rüstung hat Edmund Silberner in zwei eingehenden Studien analysiert : *La Guerre et la Paix dans l'histoire des doctrines économiques*, Paris 1957, und *La Guerre dans la pensée économique du XVI^e au XVIII^e siècle*, Paris 1939.

Bürgertum und dem Militär wurde dagegen von der sozialistischen Theorie unterstellt. Der Widerspruch, der hier im Spiel zu sein scheint, dürfte sich auflösen, wenn bedacht wird, daß die Theorien auf zeitlich aufeinander folgende Entwicklungsstadien der bürgerlichen Gesellschaft sich beziehen. Daß die Theorien, die sowohl die Liberalen wie die Sozialisten zur Frage von bürgerlicher Gesellschaft und Militär entwickelten, analytische Bedeutung auch heute noch haben, liegt an der Form der Fragen, auf denen sie basierten : ob das Verhältnis der großen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen durch die Errichtung eines Militärapparates in entscheidender Weise abgeändert und ob die gesamtgesellschaftliche Entwicklung durch die Konsequenzen militärischer Rüstung wesentlich beeinflußt wird. Ohne daß daran gedacht wäre, die älteren Theorien auf die Problemlage von heute zu übertragen, werden die liberale Politische Ökonomie und die sozialistische Kritik der Politischen Ökonomie, so verstanden, als Orientierungsmarken im Auge behalten werden können.

Einen Nachweis zu führen gilt es zunächst dafür, daß sich im Zuge der Wiederaufrüstung tatsächlich von neuem ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Wirtschaft und Militär ausgebildet hat. Gefragt werden muß daher vorweg, ob sich in der Bundesrepublik zwischen der privaten Wirtschaft und ihren Interessen, ertretungen einerseits, der politischen und militärischen Führung der Streitkräfte andererseits gesellschaftliche Beziehungen dauerhafter Art, vermittelt durch die Funktionen beider Gruppen im Zusammenhang des sozialen Systems, entwickelt haben; ob, mit anderen Worten, von der Integration der bewaffneten Streitkräfte in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang betroffen ist auch die Sphäre der Produktion und Distribution von Gütern und Dienstleistungen, soweit diese in privaten Unternehmungen betrieben werden. Das gesellschaftliche Verhältnis von privater Wirtschaft und Militärapparat wird, sofern die Voraussetzung, daß ein solches Verhältnis besteht, sich bestätigen sollte, daraufhin zu untersuchen sein, ob es von charakteristischen Interessenkonstellationen, sei es positiv-komplementärer, sei es negativ-antagonistischer Natur, geprägt ist. Spannungen, die sich zwischen den Interessen der politischen und militärischen Bundeswehrführung und denen der privaten Wirtschaft entwickelt haben sollten, müssen analysiert werden mit Rücksicht darauf, ob es gelingt, sie zu lösen, und im Hinblick auf die sozialen Prozesse, durch die Übereinstimmung der Interessen zustandekommt. Was bei der Analyse der Interessenstrukturen im Verhältnis von Militärapparat und privater Wirtschaft sich herausstellen sollte, ist bedeutsam in dreifacher Hinsicht. Von einem Arrangement zwischen der privaten Wirtschaft einerseits, der politischen und militärischen Führung

der Streitkräfte andererseits wird angenommen werden können, daß es auf die Formulierung der Militär- und Rüstungspolitik sich auswirkt; das Militär- und Rüstungsprogramm der Regierung wird in seiner endgültigen Fassung gleichsam als Resultante der herrschenden Interessenkonstellation, wobei diese vermutlich wesentlich geprägt ist durch den Einfluß der privaten Wirtschaft, gelten können; es fragt sich, ob das Programm, wenn es unter dem Einfluß sachfremder Faktoren zustandegekommen ist, dem eigenen Anspruch, die äußere Sicherheit in wirksamer Weise zu gewährleisten, genügt. Vermutet werden kann, daß die Analyse von Funktionszusammenhängen zwischen militärischer Rüstung und privater Wirtschaft über den Bereich der Militär- und Rüstungspolitik hinausweist und einiges Licht wirft auf die Funktionsweise des bestehenden sozialen Systems. Nachzugehen ist vor allem jenen sozialen Prozessen, durch die die Stabilität des Systems, sollte sie durch exogene Einflüsse in Frage gestellt werden, sich erhält oder wiederherstellt: bedacht zu werden verdient im Anschluß hieran, ob der Konsensus zwischen Herrschafts- und Machtgruppen, in erster Annäherung das Merkmal einer Stabilisierung, auch einem langfristig wirksamen Gleichgewicht entspricht, das die Perpetuierung des bestehenden Systems garantiert. Ob im Verhältnis von privater Wirtschaft und Militärapparat Interessenstrukturen sich ausgebildet haben, und welche Konsequenzen sich daraus für die Funktionsweise des bestehenden sozialen Systems ergeben, ist schließlich bedeutsam im Hinblick darauf, ob es gelingen könnte, den bestehenden Zustand zwischen Krieg und Frieden zu überwinden durch eine Strategie der Abrüstung; damit ist ein dritter Fragenkomplex markiert, der die Problemstellung der Untersuchung zwar übersteigt, jedoch eines der entscheidenden Motive darstellt, dem Verhältnis von Rüstung und Wirtschaft heute nachzugehen, und aus diesem Grunde innerhalb der Grenzen, die durch die Anlage der Untersuchung gesetzt sind, behandelt werden muß.

Die Untersuchung ist darauf verwiesen, die Problemstellung ausgehend vom Pol der privaten Wirtschaft zu behandeln. Über die Interessenlage der militärischen Führung der Streitkräfte läßt sich an Hand bekannt gewordener Dokumente nur wenig ausmachen; Anhaltspunkte dafür, welcher Art die funktional bedingten Interessen des Militärapparats waren, ergeben sich eher aus Äußerungen der politischen Führung der Streitkräfte, die allerdings fast immer der Rechtfertigung konkreter politischer Entscheidungen dienen. Die private Wirtschaft scheint, wo es um die ökonomischen Konsequenzen militärischer Rüstung ging, indessen tatsächlich artikulierter und konsistenter gewesen zu sein als die politische und militärische Führung im Verhältnis zur privaten Wirtschaft; die Anlage der Untersuchung entspricht insofern

den Verhaltensmustern der historischen Wirklichkeit. In Rechnung gestellt werden muß dabei, daß die Entscheidung, in Deutschland bewaffnete Streitkräfte aufzustellen, Umständen entsprang, die dem Einfluß der Machtgruppen im Innern Deutschlands entzogen waren; deren Verhalten war zunächst wesentlich reaktiver Natur. Die Reaktionsweisen der privaten Wirtschaft, und zwar der einzelnen Unternehmer und Unternehmergruppen unter dem Eindruck ihrer unmittelbaren Interessen, auf den Aufrüstungsbeschluß darzustellen, ist Gegenstand des ersten Kapitels. Doch war die Einstellung der Unternehmer zur militärischen Rüstung von früh an geprägt und ist in zunehmendem Maße bestimmt vom Einfluß ihrer Interessenorganisationen. Die verteidigungswirtschaftliche Organisation der großen Interessenverbände - die Darstellung ihrer Entstehung und ihres Aufbaus sowie die Analyse der Funktionen, die sie erfüllt - steht im Zentrum des zweiten Kapitels. Die Forderungen, die die Verbände zur Militär- und Rüstungspolitik geltend gemacht haben, sind das Ergebnis von Integrationsprozessen im Schoß der Verbände und entsprechen dem, was man gemeinhin das wohlverstandene Interesse der privaten Wirtschaft nennt; ihre Darstellung und Interpretation im Hinblick auf die Funktionsweise des bestehenden Wirtschaftssystems sind dem dritten Kapitel vorbehalten. Daß die Forderungen der privaten Wirtschaft auf die Formulierung der Militär- und Rüstungspolitik sich ausgewirkt haben und mit welchem Ergebnis, soll an Hand einer exemplarischen Situation im vierten Kapitel gezeigt werden; es handelt sich um die formative Periode der westdeutschen Militär- und Rüstungspolitik in den Jahren 1956 und 1957. Im Schlußabschnitt sollen einmal die langfristigen Folgen der Militär- und Rüstungspolitik in dieser Phase angedeutet werden; im Anschluß hieran wird der Versuch unternommen, die Ausgangsfragen an Hand der Untersuchungsergebnisse zu beantworten.

Die Untersuchung basiert auf der Analyse öffentlicher Verlautbarungen der Bundesregierung zur Militär- und Rüstungspolitik; in diesem Zusammenhang wurden außerdem die Protokolle der Wehrdebatten und der Verhandlungen über den Haushalt des Verteidigungsressorts im Bundestag herangezogen. Die Reaktionen der privaten Wirtschaft auf die Wiederaufrüstung und die Forderungen der Verbände zur Militär- und Rüstungspolitik wurden an Hand der Tätigkeitsberichte des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie auf Grund sonstiger Veröffentlichungen der Verbände analysiert. Die Untersuchung stützt sich ferner wesentlich auf die Berichterstattung der Wirtschaftspresse. Zur Klärung offener Fragen wurden ausführliche Interviews mit Militärexperten der Bundestagsfraktionen, Ministerialbeamten, Funktionären der Wirtschaftsverbände

und Rüstungsexperten durchgeführt. Die Darstellung der allgemeinen Stimmung in der Frage der Wiederaufrüstung beruht auf Bevölkerungsumfragen und auf Studien über die politische Einstellung von Macht- und Einflußgruppen.

Daß diese Arbeit entstehen konnte, habe ich meinen Lehrern, Professor Theodor W. Adorno und Professor Ludwig von Friedeburg, zu danken. Besonderen Dank schulde ich Professor von Friedeburg für das kritische Interesse und die mannigfachen Anregungen, mit denen er die Entwicklung der Studie förderte.

I. Das Echo der Wiederaufrüstung im Unternehmerlager

Die Geschichte der Aufrüstung Westdeutschlands war, geht man deren Motiven nach, in ihrer ersten Phase vorwiegend durch außenpolitische Faktoren bestimmt. Ein politisch relevantes Interesse daran, bewaffnete deutsche Streitkräfte zu schaffen, hatten Anfang der fünfziger Jahre lediglich die Alliierten, die als Besatzungsmächte im Lande standen - namentlich die Vereinigten Staaten. Die Überlegungen, die die Sieger des letzten Krieges dazu bewogen, ihre Deutschlandpolitik grundlegend zu ändern, waren in entscheidender Weise ökonomisch begründet. Konflikte mit den Mächten des Ostblocks hatten die Westmächte dazu gebracht, sich zu einer Militärallianz, der Organisation des Nordatlantikpakts, zusammenzuschließen; doch zeigte sich schon bald, daß die realen militärischen Leistungen der Verbündeten weit hinter den vereinbarten Zielen zurückblieben; um die Lücke im militärischen Potential zu schließen, bot sich als Ausweg an, die Ressourcen der Bundesrepublik zu einem militärischen Beitrag heranzuziehen (1). Daß die Bundesregierung sich die Pläne der Alliierten zueigen machte und sich anschickte, bewaffnete Streitkräfte aufzustellen, war in maßgeblicher Weise vom Bestreben bestimmt, den Status der Bundesrepublik im internationalen Kräftefeld aufzuwerten (2). Der Handlungsspielraum, der dabei zur Verfügung stand, war zunächst freilich äußerst gering. Die außenpolitischen Überlegungen an der Wurzel der deutschen Militär- und Rüstungspolitik waren nicht autonom begründet; ihre wesentlichen Determinanten waren dem Einfluß der deutschen Akteure enthoben.

From the establishment of the German Federal Republic in 1949, almost until the time of the third Bundestag elections in 1957, the

- (1) Über die Vorgeschichte der Wiederaufrüstung unterrichtet eine Reihe amerikanischer Studien, so vor allem Laurence W. Martin, *The American Decision to Rearm Germany*, in: Harold Stein (Hrsg.), *American Civil-Military Decisions*, Birmingham (Ala.) 1963, S. 643-665; Lewis J. Edinger, *West German Armament*, Documentary Research Division, Research Studies Institute, Air University, Oktober 1955; Hans Speier, *U. S. Policy and German Rearmament*, in: Speier, *German Rearmament and Atomic War*, Evanston und White Plains 1957, S. 3-17. - Das Spannungsfeld der Nordatlantikpakt-Organisation, Hintergrund der deutschen Wiederaufrüstung, ist Gegenstand einer eingehenden Studie von Robert E. Osgood: *NATO-The Entangling Alliance*, Chicago 1962.
- (2) Vgl. Karl W. Deutsch und Lewis J. Edinger: "What the German government does in the way of rearmament is thus a response to international considerations or conceivably to special interest groups; it is not being driven to rearmament by any domestic popular pressure." - *Germany Rejoins the Powers*, Stanford 1959, S. 31.

basic orientation of West German foreign policy was determined primarily by factors beyond the control of political leaders in Bonn. The Adenauer government was in a favorable position to bargain about details, but its scope for making major foreign policy decisions was limited (3).

Der Primat außenpolitischer Motive im Anfangsstadium der Wiederaufrüstung läßt es geraten erscheinen, bei militär- und rüstungssoziologischen Studien in Deutschland von einer Analyse der Außenbeziehungen auszugehen. Doch wäre es verfehlt, den Schluß zu ziehen, daß innenpolitische Kräfte auch nur in dieser Phase gänzlich irrelevant gewesen wären. Die Aufrüstung stieß in der Öffentlichkeit auf Unbehagen, ohne daß dieses sich freilich zunächst als politisch relevanter Widerstand artikuliert hätte. In Ermangelung wesentlicher politischer Kräfte, auf die sie sich hätte stützen können, unternahm es die Bundesregierung, das Militär- und Rüstungsprogramm auf sich selbst gestellt gegen die communis opinio durchzusetzen. Daß sie damit Erfolg hatte, verdankte sie der politischen Apathie, die das öffentliche Leben in der Phase der westdeutschen Restauration charakterisierte. Gleichwohl geriet das Militär- und Rüstungsprogramm, je weiter seine Verwirklichung fortschritt, in Konflikt mit partikularen Interessenlagen. Wollte die Bundesregierung ihr Rüstungsprogramm unbekümmert weiterverfolgen, so stellte sie die Basis des politischen Herrschaftssystems in Frage.

The politician who wishes to retain his political position looks first to the domestic preoccupations of his constituents and only later at international affairs. Giving effect to his opinions on foreign policy seems less important to him than meeting the exigencies of domestic politics. The one notable exception to this general observation is Chancellor Adenauer, who has been known to risk unpopularity at home in order to achieve his foreign policy goals (4).

Die Bundesregierung wurde seither, wie andere Partner der Allianz auch, mehr und mehr vor die Notwendigkeit gestellt, sich in der Planung der Militär- und Rüstungspolitik des Konsensus der Öffentlichkeit zu versichern (5).

-
- (3) Hans Speier, *The German Political Scene*, in: Hans Speier und W. Phillips Davison, *West German Leadership and Foreign Policy*, Evanston and White Plains, 1957, S. 1.
 - (4) Henry J. Kellermann, *Party Leaders and Foreign Policy*, in: Speier und Davison, a. a. O., S. 94.
 - (5) Vgl. Gordon A. Craig, *NATO and the New German Army*, in: W. W. Kaufmann, *Military Policy and National Security*, Princeton 1956, S. 200 f., sowie weiter unten Fußnote 14.

Sie hatte dabei vor allem jenen Gruppen, die eine Schlüsselposition in der politischen Willensbildung innehaben : der politisch relevanten und organisierten öffentlichen Meinung, Rechnung zu tragen. Abwandlungen, die das Militärprogramm seither erfahren hat, reflektieren, daß auch in der Bundesrepublik ein Primat der Innenpolitik sich durchzusetzen begann.

There is, in fact, reason to think that the German government has been mindful of public feeling on this point. The levels of German armament envisaged by NATO in the early 1950's - 500,000 men and eighteen months compulsory military service - were substantially reduced ... The German military budget remained at about 4 per cent of the national income, similar to levels prevailing in Scandinavian countries, at a time when France and Great Britain spent 7 and 8 per cent of their national incomes, respectively, and the proportional burden of the United States was still higher. These relatively low levels of military contribution to the Western alliance were in no sense an indication of bad faith on the part of the Adenauer government, but they suggested how limited the burdens were which German political consensus would support (6).

Von den gesellschaftlichen Gruppen, um deren Einverständnis die Bundesregierung sich bemühte, kommt zentrale Bedeutung den Führungsgruppen der privaten Wirtschaft - der business community - zu. Deren Schlüsselcharakter beruht einmal auf der Konstellation politischer Macht im Nachkriegsdeutschland. Basis des politischen Herrschaftssystems in Westdeutschland ist, seit die Sozialdemokratie und mit ihr die Gewerkschaften von direkter politischer Herrschaft im Zentralstaat ausgeschlossen wurden, eine Interessenkoalition, die neben den Führungsgruppen der herrschenden Parteien, der Ministerialbürokratie, dem katholischen Klerus - und neuerdings der militärischen Führung - die Interessenvertretungen der privaten Wirtschaft umfaßt (7). Militär- und Rüstungspolitik ohne Rücksicht auf die Interessen der business community zu betreiben, hätte bedeutet, die Interessenbasis des politischen Herrschaftssystems aufs Spiel zu setzen. Auf Einverständnis der privaten Wirtschaft ist die regierungsamtliche Militär- und Rüstungspolitik darüberhinaus in einem spezifischeren Betracht angewiesen. Mit der Aufstellung und Unterhaltung bewaffneter Streitkräfte entsteht ein Bedarf an spezifischen Gütern und Dienstleistun-

(6) Deutsch und Edinger, a. a. O., S. 31.

(7) Vgl. hierzu Deutsch und Edinger, a. a. O., S. 195-216, und Samuel L. Wahrhaftig, in : Speier und Davison, a. a. O., S. 21-25.

gen, den zu decken der Produktions- und Distributionsapparat zu einem Teil in den Dienst der Rüstung treten muß. Daß Produktion und Distribution vom zivilen auf militärischen Bedarf umgestellt wird, hat in einer kapitalistischen Gesellschaft, wo die Wirtschaft der direkten Kontrolle der politischen Gewalt entzogen ist, die Kooperation der business community zur Voraussetzung (8). Formulierung und Reformulierung der Militär- und Rüstungspolitik dürften daher in nicht unwesentlichem Maße durch Rücksichten darauf bestimmt worden sein, mit welcher Einstellung die private Wirtschaft den antizipierten wirtschaftlichen Folgen der Rüstung begegnete.

Die Reaktionen der öffentlichen Meinung auf die Wiederbewaffnungspolitik der Bundesregierung waren während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre charakterisiert durch eine weit verbreitete Attitude der Abwehr. Ein großer Teil der Bevölkerung, wo nicht deren Mehrheit, lehnte die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte ab; von denjenigen, die sie billigten, werden viele die Bedenken der Opponenten geteilt und nur zögernd beiseitegestellt haben. Zeitgenössische Beobachter berichten übereinstimmend, daß die Aussicht auf eine Remilitarisierung in so gut wie allen Bevölkerungsgruppen Befürchtungen und Unbehagen hervorrief (9). Die Disposition, die damit in Erscheinung trat und vor allem von ausländischen Kommentatoren nicht ohne Erstaunen registriert wurde, ist recht treffend mit dem Begriff "disarmament syndrome" umschrieben worden (10). Mehr als in irgendeinem anderen Land war in Deutschland Abneigung zu verspüren, auf den Aufbau eines Militärapparates sich einzulassen, ohne daß freilich damit eine Option für die andere Seite sich verbunden hätte und ohne daß man auch nur

-
- (8) Vgl. hierzu Klaus Knorr, *The War Potential of Nations*, Kapitel 4, Motivation for War, S. 63-80, und Robert E. Kuenne, *Economic Foundations of National Security*, in: Gordon B. Turner und Richard D. Challener, *National Security in the Nuclear Age*, London 1960, S. 176-179.
- (9) Vgl. hierzu die Untersuchungen von Hans Speier, *German Rearmament and Atomic War*; Speier und Davison, *West German Leadership and Foreign Policy*; Gordon A. Craig, *NATO and the New German Army*; Gordon A. Craig, *Germany and NATO: The Rearmament Debate, 1950-1958*, in: Klaus Knorr, *NATO and American Security*, Princeton 1959; David Lerner und Morton Gorden, *European Leaders Look at World Security*, Center for International Studies, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge (Mass.) 1960; sowie auch: *Der deutsche Soldat in der Armee von morgen*, Veröffentlichungen des Institutes für Staatslehre und Politik e. V. Mainz, München 1954.
- (10) Vgl. Lerner und Gorden, a. a. O., S. 98 f.

willens gewesen wäre, die Notwendigkeit militärischer Sicherheitsvorkehrungen, wie sie durch die Besatzungsmächte gewährleistet wurden, in Abrede zu stellen. Ablehnung militärischer Machtentfaltung, anderswo eine Sache dissentierender Minderheiten, kennzeichnete in der Bundesrepublik die Grundeinstellung der Gesamtbevölkerung (11).

Wieweit das Abrüstungssyndrom in der Gesamtbevölkerung verbreitet war und wie lange es sich durchhielt, lassen die Ergebnisse von Meinungsumfragen ermes sen, die im Laufe der fünfziger Jahre zur Frage der Aufstellung bewaffneter Streitkräfte in Deutschland angestellt wurden (12). Ablehnung und Befürwortung hielten sich, angefangen mit dem Jahre 1950, bis fast zum Ende des Jahres 1956 die Waage; die Gruppe der Unentschiedenen blieb während des gleichen Zeitraums eine ansehnliche Minderheit. Ablehnung überwog durchweg, solange es, vor dem endgültigen Scheitern des EVG-Vertragswerkes im Herbst 1954, um die Teilnahme deutscher Truppen an einer europäischen Armee ging. Der Anteil derer, die sich in 10 Befragungen vom November 1950 bis zum Juni 1954 gegen die Bildung einer integrierten Armee aussprachen, schwankte zwischen 50 und 33 Prozent, der der Befürworter zwischen 33 und 22 Prozent; die Quote der Unentschiedenen und derer, die ihre Aussage von Qualifikationen abhängig machten, bewegte sich zwischen 37 und 24 Prozent. Ein ausgeglicheneres Bild bot sich dar, sobald der Aufbau einer selbständigen deutschen Armee zur Diskussion gestellt wurde. In 23 Befragungen ergaben sich in der Zeit von November 1950 bis zum Juni 1956 wechselnde Mehrheitsverhältnisse, ohne daß eine der beiden Seiten auf die Dauer sich hätte behaupten können. Der Anteil der Gegner einer national betriebenen Aufrüstung schwankte zwischen 48 und 33 Prozent, der der Befürworter zwischen 46 und 31 Prozent; die Zahl der Unentschiedenen variierte zwischen 28 und 16 Prozent. Im Juni 1956 erreichte, nachdem mit der Aufstellung der Bundeswehr begonnen worden war, der Anteil der Gegner einer nationalen Wiederbewaffnung noch einmal ein relatives Maximum von 47 Prozent, während die Quote der

(11) Vgl. Lerner und Gorden: "Disarmament, elsewhere usually identified with "impracticable" idealists, Leftists and their cohorts, has become the basic strategic posture among the overwhelming majority of German leaders in public life." - A. a. O., S. 98.

(12) Die folgende Darstellung beruht auf Ergebnissen von Meinungsumfragen des Instituts für Demoskopie, veröffentlicht in : Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, S. 300 f. und 372 f. und Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, S. 296 und 305.

Befürworter auf 31 Prozent fiel. Ein halbes Jahr später erst, nach dem ungarischen Aufstand und nachdem das Militärprogramm der Bundesregierung revidiert worden war, stieg die Zahl derer, die sich dafür aussprachen, die Bundeswehr beizubehalten, binnen zwei Monaten von 38 auf 51 Prozent; während die Quote derer, die sich für die Abschaffung der Streitkräfte aussprachen, von 43 auf 36 Prozent sank; die Zahl der Unentschiedenen verringerte sich dabei von 19 auf 13 Prozent. Wie prekär die Basis beschaffen war, auf die sich die Militärpolitik der Bundesregierung stützte, war eines der Generalthemen der öffentlich geführten Diskussion (13). Die Ablehnung der Rüstungspolitik, die die öffentliche Meinung beherrschte, abzubauen, wird - ein Jahr vordem Bundestagswahlen - eines der zentralen Motive der politischen Willensbildung im Regierungslager gewesen sein.

The existence of the widespread antipathy toward the restoration of Germany's armed strength has been a source of continuing concern to those officials who are charged with the task of making plans for the new army and the legislators who will have to decide whether or not to give those plans legal expression. Both bureaucrats and parliamentarians seem agreed that no effective force can be raised unless it is capable of commanding popular support and confidence. As they have gone about their job of writing the specifications for the new armed force, they have been constantly preoccupied with the necessity of removing popular fear and suspicions (14).

Opposition in der Frage der Militär- und Rüstungspolitik mußte die Bundesregierung in besonderem Maße zur Vorsicht verhalten, soweit sie von Macht- und Einflußgruppen der Oberschicht geteilt wurde; denn durch den Dissens der Oberschicht wird die Stabilität des politischen Herrschaftssystems in viel unmittelbarer Weise in Frage gestellt als durch Gegenströmungen in der breiten Bevölkerung. Macht- und Einflußgruppen kommt, da ihr Einfluß kontinuierlich wirksam ist, ungleich größere Bedeutung für den Prozeß der politischen Willensbildung zu als der Masse der Wähler, deren Wille sich nur in periodischen Abständen manifestiert; die politi-

(13) Vgl. hierzu etwa Franz Reuter: "Das Problem der Aufrüstung hat das deutsche Volk im abgelaufenen Jahr nicht nur außenpolitisch, sondern auch innerlich weiter g e s p a l t e n. Das gilt einmal von der Aussicht, wieder Soldat zu werden, für die davon unmittelbar Betroffenen. Breite Massen sind unlustig, zwei sich ungefähr die Waage haltende Minderheiten sind dafür oder dagegen." - Volkswirt 1954-51/52-8.

(14) Gordon A. Craig, NATO and the New German Army, a. a. O., S. 200 f.

schen Interessen von Macht- und Einflußgruppen dürften zudem sehr viel spezifischer motiviert sein, so daß der Neutralisierung politischer Opposition durch Kompensationen hier bedeutend engere Grenzen gezogen sind als in der Gesamtbevölkerung (15). Daß der militär- und rüstungspolitische Kurs der Bundesregierung, wie amerikanische Beobachter registrieren zu können glaubten, auch in der Oberschicht auf Ablehnung stieß, mußte als Quelle latenter Gefahren für den Bestand der Regierungskoalition gelten.

Among the striking results of our survey is the virtual unanimity of the German leaders in their opposition to the remilitarization of Germany. Indeed, the German posture in international politics is largely defined by the prevailing "disarmament syndrome" (16).

Der Widerstand, auf den die amerikanischen Untersuchungen hindeuten, scheint seine Stärke in der Oberschicht Mitte der fünfziger Jahre weitgehend verloren zu haben. Ein allgemeiner Dissens in Fragen der Außenpolitik hatte die politische Haltung der traditionellen Macht- und Einflußgruppen vermutlich in den ersten Nachkriegsjahren charakterisiert; die Reserve, die darin sich bekundete, wird als Reflex der Machtverschiebungen zu deuten sein,

-
- (15) Über den politischen Einfluß der Oberschicht vgl. vor allem Deutsch und Edinger, a. a. O., Introduction: Who makes German foreign policy, The elite concept and its limits, S. 3-8.
- (16) Lerner und Gorden, a. a. O., S. 94. - Das Urteil der Autoren ist freilich, genauer betrachtet, wenig überzeugend. Es gründet sich im wesentlichen darauf, daß von 200 Angehörigen der deutschen Oberschicht - vor die Alternative gestellt, sich für eine Politik der Abrüstung oder eine der Abschreckung zu entscheiden - im Jahre 1959 140 der Abrüstung, nur 51 dagegen der Abschreckung den Vorrang gaben, während 9 unentschieden blieben. Die gleichen Befragten äußerten sich in anderen Zusammenhängen zustimmend zu den außen- und militärpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung, wollten dabei freilich auch auf die Wiedervereinigung nicht verzichten, was ihnen, zusammengekommen, von den Autoren den Vorwurf der Konfusion und Unglaubwürdigkeit einträgt. -A. a. O., S. 101 f. - Die Abrüstungspräferenz hat, als sie sich in einer späteren Untersuchung des M. I. T. bestätigte, der deutschen Oberschicht umgekehrt das Prädikat eingetragen, bei aller Verteidigungsbereitschaft das große Ziel der Abrüstung nicht aus den Augen verloren zu haben. -Vgl. Lerner und Gorden, European Community and Atlantic Security in the World Arena, Center for International Studies, M. I. T., Cambridge (Mass.) 1961, S. V. 10. -Die Autoren scheinen bei der Abfassung des Berichtes über ihre erste Untersuchung noch ganz im Bann von älteren Befragungsergebnissen, teils aus dem Anfang der fünfziger Jahre stammend, gestanden zu haben.

die die Position der traditionellen Oberschicht im Machtgefüge der deutschen Gesellschaft vorübergehend in Frage stellte (17). Daß der Beschluß, Deutschland an der westlichen Militärallianz zu beteiligen, zunächst heftige Abwehrreaktionen auf sich zog, erklärt sich wohl dadurch, daß die Schwenkung im Verhältnis zu den alliierten Mächten damit ihren eklatantesten Ausdruck fand.

Die Aversion gegenüber einer Wiederaufrüstung, von den Amerikanern als Disarmament Syndrome umschreiben, war freilich in den Einflußgruppen ebensowenig wie in der Gesamtbevölkerung jemals gleichbedeutend mit einem Votum für eine Strategie der Abrüstung. Mit Pazifismus im traditionellen Sinn hatte das Disarmament Syndrome, wie seine amerikanischen Diagnostiker schreiben, wenig gemein (18). Genauer Bestimmung ist die latente Opposition angesichts der Diskrepanz der Motive, die ihr wesentliches Merkmal gewesen zu sein scheint, zwar unzugänglich (19). Von der Gesinnung der Friedensbewegung unterschied sich der neudeutsche Anti-Militarismus jedoch in doppelter Hinsicht. Die Ablehnung einer Wiederbewaffnung ermangelte, soweit sie nicht von den alten Pazifisten ausging, der inneren Stimmigkeit, die allein ihre Glaubwürdigkeit gewährleistet hätte. Obwohl Produkt der Erfahrungen in Krieg und Nachkrieg, stellte die Aversion gegenüber der Wiederbewaffnung weniger eine Abrechnung mit der Vergangenheit dar, die als Schuldzusammenhang hätte begriffen werden müssen, als vielmehr den Versuch, der Konfrontation mit dem, was war, sich zu entziehen. Wer sich gegen die Remilitarisierung aussprach, wollte mit dem, wohinein er verstrickt worden war, nichts mehr zu tun haben; nicht eben selten scheint sich in die Abwehr zudem hämische Genugtuung gemischt zu haben darüber, daß die Westmächte im Begriff schienen, die Erbschaft des hitlerschen Anti-Bolschewismus anzutreten (20). Ob die anti-

(17) Vgl. hierzu die Studien über die politische Einstellung von Parteiführern, Beamten, Gewerkschaftlern und Unternehmern in dem von Speier und Davison herausgegebenen Sammelband, *West German Leadership and Foreign Policy*.

(18) Vgl. Lerner und Gordon, S. 94.

(19) Vgl. hierzu Gordon A. Craig: "This hostility to rearmament stems from a complex of fears and resentments, and the arguments used to oppose the establishment of a military force differ from group to group and from individual to individual." *NATO and the New German Army*, a. a. O., S. 199 f., und ähnlich Gabriel A. Almond, *The Politics of German Business*, in: Speier und Davison, a. a. O., S. 229.

(20) Vgl. hierzu etwa die Äußerung eines Ruhrindustriellen, die Almond zitiert: "We're the only anticommunist country the United States can rely on in Europe. What kinds of allies are France and Italy with their communist parties? America needs us. We can afford to wait. We don't have to jump at the first invitation." - a. a. O., S. 229.

militaristische Disposition als stabil und dauerhaft sich erweisen würde, mußte unter diesen Umständen beträchtliche Zweifel wecken (21).

Die Opposition, die die Wiederbewaffnung in der Oberschicht wie in der Gesamtbevölkerung hervorgerufen zu haben scheint, setzte sich überdies nicht um in organisierte Aktivität und blieb insofern politisch weitgehend folgenlos. Eine durchgängige Abneigung in der deutschen Bevölkerung, im öffentlichen Leben sich zu exponieren, ist von amerikanischen Beobachtern, die dabei von "privatism" sprachen, als charakteristisches Merkmal des Disarmament Syndroms bezeichnet worden (22). Politischem Engagement sich zu entziehen, war freilich der Haltung des Bürgertums schon im preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat eigentümlich : anstatt seinen politischen Willen autonom zu artikulieren, verstand sich das Bürgertum in seiner Mehrheit als untergeordnetes Glied eines hierarchisch geordneten Systems und beschränkte seinen Dissens, sofern nicht gerade gruppen-spezifische Interessen auf dem Spiel standen, auf die außerpolitische Sphäre (23). Was man die Perhorreszenz der Öffentlichkeit nennen könnte, ist unter den Bedingungen der Nachkriegssituation zunächst noch akzentuiert worden. Weite Kreise der deutschen Bevölkerung, eingeschlossen die, deren Platz in der sozialen Schichtung sie als "Aktivbürger" qualifiziert, vermieden es nach dem Kriege, öffentliche Verantwortung zu übernehmen, und konzentrierten sich auf ihre Aufgaben in Wirtschaft und Verwaltung, zunehmend auch auf die Sphäre des Konsums. Die politischen Rechte und materiellen Interessen zu repräsentieren, wurde weitgehend den bürokratischen Apparaten der politischen

(21) Vgl. hierzu John H. Herz und Gabriel A. Almond bei Speier und Davison, a. a. O., S. 121 und 231.

(22) Vgl. Lerner und Gordon, a. a. O., Privatized Public and Protected Elite, S. 217 - 222.

(23) Vgl. hierzu etwa den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Gustav Stein: "In der Vergangenheit, als sich die wirtschaftliche Arbeit in Deutschland im Rahmen der festen Institutionen der konstitutionellen Monarchie abspielte, war eine politische Betätigung des Unternehmers eine Ausnahme. Die Persönlichkeiten der damaligen Wirtschaft, die in die Parlamente gingen, taten dies zum weitaus größten Teil nicht als Repräsentanten wirtschaftlicher Arbeitsgebiete, sondern als reine Politiker. Die wirtschaftlichen Interessen wurden im Rahmen des Staatsgefüges von seiner sachkundigen Beamten-schaft betreut." - Fünf Jahre BDI, Aufbau und Arbeitsziele des industriellen Spitzenverbandes, herausgegeben vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Bergisch Gladbach 1954, S. 27.

Parteien und der Interessenverbände überlassen; der politische Privatismus der traditionellen Macht- und Einflußgruppen schließt also, da diese ihren gruppenspezifischen Interessen über die Verbände recht energisch Gehör zu verschaffen wissen, durchaus politisches Gewicht nicht aus (24). Die grundlegenden Entscheidungen der Bundesregierung auf dem Felde der Außen- und außenpolitisch motivierten Militärpolitik sind von den Verbänden dabei niemals ernsthaft in Frage gestellt worden; soweit es um die Grundorientierung des politischen Herrschaftssystems in Deutschland im Innern und nach außen geht, fungieren die Verbände wie die Parteien der Regierungskoalition vielmehr als Agenturen sozialer Integration (25).

Ob das Disarmament Syndrom, von dem amerikanische Forscher schreiben, in den Schlüsselgruppen der Oberschicht je so ausgeprägt war wie in der Gesamtbevölkerung, läßt sich mit Sicherheit nicht mehr feststellen. Mitte der fünfziger Jahre jedenfalls war die anfangs gewiß auch in der Oberschicht verbreitete Ablehnung einer Remilitarisierung im Abklingen begriffen. Von etwa 600 Mitgliedern der deutschen Oberschicht stimmten im Frühjahr 1956 55 Prozent der Wiederaufrüstung zu, 25 Prozent knüpften ihre Zustimmung an Bedingungen, 20 Prozent sprachen sich gegen die Wiederaufrüstung aus (26). Daß von einem Widerstand gegen die Wiederbewaffnung in der Oberschicht um diese Zeit ernsthaft nicht mehr die Rede sein konnte, zeigte sich noch deutlicher, sobald spezifische außen- und militärpolitische Entscheidungen der Bundesregierung zur Diskussion gestellt wurden; auf ihre Einstellung zu den außenpolitischen Vertragswerken militärpolitischer Natur hin befragt, entschieden sich die Befragten in ihrer Mehrheit implizite für einen deutschen Verteidigungsbeitrag (27).

-
- (24) Wie politisches Gewicht und politischer Einfluß einer gesellschaftlichen Gruppe zustandekommen und sich durchsetzen können, ohne daß die Mitglieder der fraglichen Gruppe wesentlichen Anteil am öffentlichen Leben nehmen, geht aus einer eingehenden Studie von Gabriel A. Almond im Sammelband von Speier und Davison hervor: Almond, *The Politics of German Business*, a. a. O., vor allem S. 206-222.
- (25) Über die Funktionen der Verbände im Zusammenhang mit der Militär- und Rüstungspolitik vgl. Kapitel II.
- (26) Vgl. Suzanne Keller, *Pro and Anti European Unity: A Comparison Germany 1956*, Part II, Unveröffentlichter Forschungsbericht, Center for International Studies, Massachusetts Institute of Technology, Juni 1958, S. 8 f.
- (27) Vgl. Suzanne Keller: "The German elite resembles the German public in its opinions about the political and the economic proposals, but differs from the German public in its greater approval of the military proposals." -A. a. O., S. 9.

Tabelle 1

Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Pariser Verträge, Nordatlantikpakt-Organisation und Westeuropäische Union im Spiegel der Meinung von Öffentlichkeit und Oberschicht

	EVG		Paris. Vertr.		NATO		WEU	
	Da- für %	Da- gegen %	Da- für %	Da- gegen %	Da- für %	Da- gegen %	Da- für %	Da- gegen %
Oberschicht insgesamt :	64	28	74	17	77	15	91	7
Gesamtbevölkerung	40	35	40	27	keine Angaben		69	7
Männer	43	41	44	34	Angaben		75	8
Oberschicht im einzelnen :								
Großunternehmer (96)	63	25	80	7	78	12	90	5
Mittl. Unternehmer (114)	69	23	82	13	86	9	92	6
Kleine Unternehm.(67)	67	24	65	14	68	21	95	3
Politiker (88)	69	26	77	18	74	21	94	5
Freie Berufe (62)	57	26	70	13	78	15	89	8
Höhere Beamte (24)	63	29	80	20	83	8	96	4
Angestellte (66)	56	33	64	26	67	20	86	10
Journalisten (39)	64	36	62	28	77	20	85	13
Militärs (18)	56	38	70	20	94	6	81	19 (28)

(28) Nach Suzanne Keller, Attitudes Toward European Integration of the German Elite, Unveröffentlichter Forschungsbericht, Center for International Studies, Massachusetts Institute of Technology, Oktober 1957, S. 26; und Deutsch und Edinger, a. a. O., S. 167. -Die Tabellenwerte gehen auf eine vom Center for International Studies im Frühjahr 1956 durchgeführte Befragung zurück.

In ihrer Mehrheit versagten also die Einflußgruppen der Oberschicht im Jahre 1956 der Militär- und Rüstungspolitik ihre Zustimmung nicht mehr. Lediglich von einer kleinen, teils allerdings recht ansehnlichen Minderheit wurde der militärpolitische Kurs der Bundesregierung mißbilligt. Gewisse Gefahren drohten dem Konsensus im Lager der Regierungskoalition dadurch, daß Details der militärpolitischen Planung weithin auf Ablehnung stießen, so vor allem die Entscheidung über die Größe der Streitkräfte, die Dauer des Wehrdienstes und über die Bemessung des Aufbauzeitraums (29). Daß

(29) Deutsch und Edinger haben versucht, die Reaktionen sowohl der Gesamtbevölkerung wie von Macht- und Einflußgruppen auf außenpolitisch relevante Entscheidungen in der Zeit von 1952 bis 1958 zu gewichten und zueinander in Beziehung zu setzen. Mit Rücksicht auf vier militärpolitische Entscheidungen, die Größe der Streitkräfte, die Aufbaufrist und die Dauer des Wehrdienstes betreffend, ergeben sich dabei charakteristische Veränderungen, wenn die revidierten mit den ursprünglichen Entscheidungen verglichen werden. Die Autoren weisen freilich ausdrücklich darauf hin, daß die zugeordneten Skalenwerte auf Schätzungen beruhen und im einzelnen der Überprüfung bedürften. - Vor allem überrascht, daß die Großunternehmer, die das Rüstungsprogramm in seiner ursprünglichen Form abgelehnt hatten, der Streckung des Programms mit Indifferenz begegnet sein sollen. Daß das revidierte Programm, wesentlich bestimmt davon, wirtschaftlich bedingten Widerständen Rechnung zu tragen, die Zustimmung der privaten Wirtschaft fand, wird im vierten Kapitel dieser Arbeit zu zeigen versucht.

	Dauer des Wehrdienstes vor Herbst 1956	Größe der Streitkräfte 1956	Dauer des Wehrdienstes nach Herbst 1956	Länge der Aufbaufrist
Regierungsprogramm	18 M.	500 000 i. J. 1960	12 M.	Streckung
Ges. Bevölkerung	- 3	- 3	2	3
Oberschicht				
Kabinett	1	1	1	2
CDU	1	1	2	2
Min. Bür.	1	0	0	0
Diplomaten	2	0	0	0
Militärs	2	3	- 2	- 2
Großuntern.	- 1	- 2	2	0
Kath. Kirche	0	0	0	0

Schlüssel: 3 - starke Zustimmung; 2 - Zustimmung; 1 - mäßige Zustimmung; 0 - Indifferenz; - 1 - mäßige Ablehnung; - 2 - Ablehnung; - 3 - starke Ablehnung. - Nach Deutsch und Edinger, Germany Rejoins the Powers, S. 202-209.

es gruppenspezifische Interessen waren, die einige wichtige Schlüsselgruppen der Oberschicht zu Vorbehalten veranlaßten, war dazu angetan, die Bundesregierung zu besonderer Vorsicht anzuhalten. Die Aussicht zeichnete sich ab, entweder Spannungen im Lager der Regierungskoalition in Kauf nehmen oder aber das Militär- und Rüstungsprogramm, gegen die Wünsche der Alliierten, revidieren zu müssen.

Das Unbehagen, auf das die Rüstungspläne der Bundesregierung allenthalben stießen, war besonders ausgeprägt in der privaten Wirtschaft anzutreffen. Obwohl grundsätzlich im Einverständnis mit der inneren Politik der Bundesregierung, wahrten maßgebliche Gruppen im Unternehmerlager gegenüber der Außenpolitik, soweit diese die Bundesrepublik ins westliche Verteidigungsbündnis einzugliedern trachtete, einige Reserve (30). Im Tätigkeitsbericht des Deutschen Industrie- und Handelstages war etwa noch im Jahre 1959 davon die Rede, daß die Haltung der Organisation in der Frage der Verteidigungswirtschaft durch den "Widerstreit der Meinungen ... sogar in den Reihen der Unternehmerschaft selbst erschwert" worden sei (31). Frühere Belege belegen womöglich noch deutlicher, daß das Rüstungsprogramm der Bundesregierung in der privaten Wirtschaft kaum auf Zustimmung rechnen konnte.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß alle vorausschauend zu leistenden Arbeiten entweder auf Gleichgültigkeit oder sogar auf offene Ablehnung ihrer Notwendigkeit stießen. Diese Erscheinung belastete keineswegs nur die Tätigkeit des DIHT, sondern auch der Kammern, namentlich derjenigen in der ehemaligen US-Besatzungszone, führte doch der bloße, keineswegs mit einer Empfehlung verbundene Rundschreibenhinweis auf das Vorhandensein einer Zeitschrift für Fragen des zivilen Luftschutzes zu Erwiderungen von Seiten der Mitgliedsfirmen, die den Vorwurf der Kriegstreiberei enthielten und zu Austrittserklärungen führten (32).

(30) Vgl. Deutsch und Edinger: "The leaders of the business community were closely associated with many domestic policies of the government, but it seems that in this period they took far less interest in most foreign policy matters, or else they were divided, or even in some instances moderately opposed to the government's course." - A. a. O., S. 198 f.

(31) Deutscher Industrie- und Handelstag, Tätigkeitsbericht 1958/59, S. 231.

(32) Deutscher Industrie- und Handelstag, Tätigkeitsbericht für das Jahr 1955/56, S. 222.

Daß die Militär- und Rüstungspläne der Bundesregierung auch im Unternehmerlager Abwehrreaktionen hervorriefen, wird freilich nicht als bloßer Reflex einer allgemeinen Disposition der Gesamtbevölkerung verkannt werden dürfen. Von einem Disarmament Syndrome zu reden, ist dazu angetan, dem Mißverständnis Vorschub zu leisten, die Bevölkerung habe in ihrer Gesamtheit gleichen Anteil an einem politischen Potential. Was hinter dem abstrakten Terminus sich verbirgt, ist in Wahrheit eine Vielfalt von Dispositionen, die den besonderen Erfahrungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen geschuldet sind. Als entscheidendes Motiv schichtenspezifischer Dispositionen werden dabei das Verhältnis der fraglichen Gruppen zum nationalsozialistischen Herrschaftssystem zu gelten haben sowie die Konsequenzen, die daraus sich nach dessen Zusammenbruch ergaben (33). Schichtenspezifische Züge sind es, die, so verstanden, ganz besonders den "Antimilitarismus" der business community in der Nachkriegsära geprägt haben.

What has been said about the attitudes of Germans as a whole is largely true of the German business community as well. There were in addition, however, a number of postwar experiences specific to the business community (34).

Die besonderen Erfahrungen, auf die der Kommentator hinweist, leiteten sich zu einem guten Teil aus genau der Funktion her, die der privaten Wirtschaft aufs neue im Rahmen der Wiederaufrüstung zugeordnet war. Die privaten Unternehmer waren nach dem Krieg zur Verantwortung gezogen worden dafür, daß sie sich unter der Herrschaft des Nationalsozialismus dazu hergegeben hatten, das zu sein, was sie nun wieder werden sollten: Träger des Rüstungspotentials. Vor dem Kriege schon hatten die Produktionskapazitäten der privaten Wirtschaft zu einem erheblichen Teil - wenn nicht direkt, so doch indirekt (35) - im Dienst der militärischen Rüstung gestanden; während des Krieges überwog der Anteil der Rüstung an der industriellen Produktion. Die Besatzungspolitik der frühen Nachkriegsjahre, auf die Beseitigung des deutschen Rüstungspotentials abzielend, traf daher einen

(33) Über schichtenspezifische Komponenten im Verhältnis zur politischen Vergangenheit vgl. Institut für Sozialforschung, Zum politischen Bewußtsein ausgewählter Bevölkerungsgruppen, Frankfurt/Main 1957.

(34) Gabriel A. Almond, The Politics of German Business, bei Speier und Davison, a. a. O., S. 200.

(35) Über die Schwierigkeit, die Produktion für den militärischen Gebrauch von der für den zivilen abzugrenzen, vgl. Erich Welter, Der Staat als Kunde, Heidelberg 1960, S. 22-25.

sehr erheblichen Teil der privaten Wirtschaft. Demontagen, Produktionsverbote und Produktionsbeschränkungen entzogen der privaten Wirtschaft einen Teil ihres realen Produktionspotentials; Vermögenskontrollen, Entnazifizierungsverfahren, Kriegsverbrecherprozesse setzten gewisse Schlüsselgruppen des Unternehmerlagers über Jahre hinweg gesellschaftlicher Ächtung aus (36). Ressentiments, die sich in dieser, wenngleich auch nur kurzen Phase stauten, wirkten jahrelang nach. Abwehrreaktionen, die die Rüstungspläne der Bundesregierung im Unternehmerlager auslösten, reflektieren primär die Diskriminierung, der die private Wirtschaft - sei es formell, sei es informell - nach dem Kriege um ihrer Beteiligung an der Rüstung im Hitlerreich willen unterlag (37).

Aufs neue sich in der Rüstungswirtschaft zu engagieren, mochte der privaten Wirtschaft um so mehr widerstreben, als die Politik der Besatzungsmächte, soweit sie gegen die Unternehmer sich gerichtet hatte, ergänzend fortgesetzt worden war von den Instanzen, die im Interregnum der Nachkriegsjahre die Stelle des politischen Herrschaftssystems eingenommen hatten (38).

(36) Über Zielsetzungen und Konsequenzen der Besatzungspolitik, soweit diese gegen die private Wirtschaft sich richtete, vgl. vor allem Gustav Stolper, *German Realities*, New York 1948, und Henry C. Wallich, *Mainsprings of the German Revival*, New Haven 1955, S. 344-387. Wie die Entnazifizierung die gesellschaftliche Stellung privater Unternehmer auf lokaler Ebene berührte, zeigt Walter Dirks in einem Forschungsbericht: Folgen der Entnazifizierung, ihre Auswirkung in kleinen und mittleren Gemeinden der drei westlichen Zonen, in: *Sociologica*, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Frankfurt/M. 1955, S. 445-470.

(37) Vgl. hierzu Erich Welter: "Manchen Leitern der hochbeschäftigten deutschen Industrien stecken auch noch die Beschuldigungen und Anklagen in den Gliedern, die wegen ihrer Beteiligung an der Rüstungsproduktion im zweiten Weltkrieg gegen sie erhoben worden sind und nach 1945 in den Nürnberger Prozessen ihren Niederschlag gefunden haben ... Sie haben eine abschreckende Wirkung ausgeübt und sicherlich zur Folge gehabt, den Andrang zu dem in die Augen springenden Teil der Rüstungsproduktion hintan zu halten. Mindestens scheut heute jede Firma, als Rüstungslieferant abgestempelt zu werden. Man zieht es vor, Rüstungsvor-, -zu- und -unterlieferungen zu übernehmen und jedenfalls Rüstungsproduktion nur nebenher zu betreiben." - A. a. O., S. 316 f. - Die Äußerungen gehen auf einen Zeitungsartikel des Autors aus dem Jahr 1956 zurück: "Waffen produzieren oder importieren?", *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 270 vom 17. 11. 1956.

(38) Andeutungen über das politische Kräfteverhältnis nach dem Kriege finden sich bei Samul Wahrhaftig, a. a. O., S. 21-25 (*New Forces Take Over*), und bei Deutsch und Edinger, a. a. O., Kapitel 16, *Who prevailed, The changing patterns of influence in the German foreign policy process*, S. 195-216.

Neben den Kommunalbehörden und den nach und nach gebildeten Landesregierungen waren dies die Arbeitnehmerorganisationen, die als einzige gesellschaftliche Gruppierung über "so etwas wie politische Autorität" verfügten (39). Der Schwerpunkt des politischen Kräftefeldes hatte sich damit, zumal auch die Landesregierungen in ihrer Mehrzahl sozialistisch oder doch sozialreformerisch orientiert waren, erstmals seit den Anfängen der Weimarer Republik wieder auf den Gegenpol der traditionellen Herrschaftsgruppen verschoben. Die politischen Instanzen in den Ländern wie die Gewerkschaften trachteten, die zentralen Motive der Besatzungspolitik, soweit deren Durchführung ihnen übertragen war, in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der deutschen Linken zu transponieren in eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Von besonderer Bedeutung war dabei, daß die Entflechtung der Großunternehmungen tendenziell sich verband mit dem Versuch, die neu entstandenen Gesellschaften in Gemeineigentum zu überführen (40). Die Rückverlagerung im politischen Kräftefeld hat die frühen Versuche, die Produktionsverhältnisse auf kaltem Wege zu revolutionieren, vereitelt; als einzige wesentliche Errungenschaft dieser Phase wird die Mitbestimmung in der Montanindustrie angesehen werden müssen. Der Versuch einer gesellschaftlichen Neuordnung hat gleichwohl, indem er zusammen mit der Politik der Besatzungsmächte die Einrichtung des Privateigentums ernstlich bedrohte, das gesellschaftliche Bewußtsein der Unternehmer erschüttert; daß die private Wirtschaft sich vorerst scheute, sich aufs neue politischen Vorwürfen auszusetzen, dürfte wesentlich hierin seinen Grund gehabt haben (41).

Die Ressentiments, die die Einstellung der business community in der Frage der Wiederbewaffnung kennzeichneten, waren freilich Mitte der fünfziger Jahre zusammen mit den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, auf die sie zurückgingen, in Auflösung begriffen. Die private Wirtschaft hatte ihren alten sozialen Status nicht nur wiedererlangt, sondern war zu einer der entscheidenden Einflußgruppen des politischen Herrschaftssystems aufgestie-

(39) Kurt Pritzkolet, Männer, Mächte, Monopole, Düsseldorf 1960, S. 227.

(40) Vgl. hierzu Stolper, a. a. O., Kapitel I, Socialization and Decartelization, S. 172-196.

(41) Vgl. W. Herrmann, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung im BDI: "Daß die industriellen Unternehmer in diesen Fragen nicht als motorische Kräfte tätig werden wollen, ist nach den Vorwürfen aus den Jahren nach 1945 nur zu verständliche." - Fünf Jahre BDI, S. 107.

gen (42). Daß die private Wirtschaft aufs neue ihre vormaligen Positionen einnahm, signalisierte bereits die Währungsreform, spätestens jedoch die Konstituierung der politischen Zentralgewalt in der Bundesrepublik. Die private Wirtschaft ist zum wesentlichen Pfeiler der Interessenbasis geworden, auf der das politische Herrschaftssystem in der Bundesrepublik beruht. Ihrem Einfluß haben die politischen Herrschaftsgruppen *sensu stricto* - die Führungen der Regierungsparteien und die hohe Ministerialbürokratie - Rechnung zu tragen. So hat die Bundesregierung in der Wirtschafts-, der Finanz- und der Währungspolitik einen eindeutig unternehmerfreundlichen Kurs gesteuert; Vorbehalte, die sich in der privaten Wirtschaft aus der ersten Nachkriegszeit, namentlich was die Wiederbewaffnung anging, erhalten haben mochten, sind dadurch weitgehend neutralisiert worden (43). Das Verhältnis von politischen Herrschaftsgruppen und den maßgeblichen Einflußgruppen der privaten Wirtschaft ist in den entscheidenden Fragen der politischen Orientierung durch einen grundsätzlichen Konsensus gekennzeichnet (44).

Wo immer es um die Militär- und Rüstungspolitik ging, blieb die Einstellung der privaten Wirtschaft freilich auch nachdem die Ressentiments, die den Nachkriegserfahrungen sich verdankten, abgeklungen waren, von Zurückhaltung bestimmt. Die Aussicht auf eine Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen für militärischen Bedarf schert bei den privaten Unternehmungen, ob sie nun direkt oder indirekt davon betroffen waren, ohne Enthusiasmus aufgenommen worden zu sein, wenn sie nicht weiterhin auf eine gewisse Ablehnung stieß. Die Motive indessen, von denen die private Wirtschaft

(42) Vgl. hierzu Ralf Dahrendorf, *Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland*, in : *Gesellschaft und Freiheit*, München 1961, vor allem S. 297-299, und *Wandlungen der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit : Herausforderungen und Antworten*, a. a. O., vor allem S. 312-317; sowie Deutsch und Edinger, a. a. O., S. 202; und Heinz Hartmann, *Authority and Organization in German Management*, Princeton 1959, S. 250.

(43) Vgl. hierzu Deutsch und Edinger : "Such support as the business elite has given the Adenauer government and its foreign policies appears to be based largely on purely economic interests, rather than on political or even ideological considerations." - A. a. O., S. 101, sowie bei Almond, a. a. O., *passim*.

(44) Vgl. Deutsch und Edinger : "Another group, however, has now joined the ranks of those visibly influential in foreign policy matters. Big business now appears far more clearly in favor of the particular policies pursued than was the case before 1955." - A. a. O., S. 202.

sich leiten ließ, wenn sie ihre Reserve beibehielt, waren nun spezifisch ökonomischer Natur - sie sind der wirtschaftlichen Situation um die Mitte der fünfziger Jahre entsprungen. Die Stellungnahmen, mit denen die private Wirtschaft in Rüstungsfragen sich zu Worte meldete, sind seitdem zunehmend an ökonomischen Kriterien orientiert.

Um so bedauerlicher ist es, daß - seitdem die Verwirklichung des deutschen Verteidigungsbeitrages wieder nähergerückt ist - hierbei in der Öffentlichkeit erneut bestimmte Erörterungen angestellt werden und in diesem Zusammenhang Lesarten auftauchen, als dränge die Industrie geradezu nach Rüstungsaufträgen. Wie den in der Zwischenzeit veröffentlichten Berichten weiter Wirtschaftszweige zu entnehmen ist, sind diese zur Aufrechterhaltung ihrer Vollbeschäftigung durchaus nicht auf Rüstungsaufträge angewiesen (45).

Wenn das Rüstungsprogramm der Bundesregierung im Unternehmerlager so geringe Sympathien weckte, so hatte das seinen Grund darin, daß die private Wirtschaft in ihrer übergroßen Mehrheit vom Aufkommen einer militärischen Nachfrage ungünstige wirtschaftliche Folgen erwarten zu müssen glaubte. Rüstungsausgaben würden sich, so vermutete man, als Sonderfall öffentlicher Ausgaben primär als Belastung für die private Wirtschaftstätigkeit erweisen. Daß dem Rüstungsprogramm eine negative Bedeutung beigelegt wurde, wird nur dann verstanden werden können, wenn man berücksichtigt, daß um die Mitte der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik nahezu Vollbeschäftigung erreicht war (46). Sollte der Bedarf der Streitkräfte in der vorgesehenen Frist und im Lande gedeckt werden, so schien unter diesen Umständen die zivile Nachfrage eingeschränkt werden zu müssen. Wirtschaftszweige, die ausschließlich oder doch überwiegend auf die Deckung der zivilen Nachfrage eingestellt waren, glaubten sich von Produktionseinschränkungen und damit von Ertragsminderungen bedroht. Das Rüstungsprogramm der Bundesregierung mußte angesichts dieser Situation Bedenken wecken; diese finden sich angemeldet in vielen Stellungnahmen der privaten Wirtschaft.

Es ist normalerweise nicht zu erwarten, daß die in der Wirtschaft tätigen Menschen derartige Anstrengungen, die zur Durchführung der Rüstung verlangt werden, übernehmen, wenn ihnen gleichzeitig die Aussicht genommen wird, ihre Lebenshaltung oder die be-

(45) Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1954/55, S. 194-204.

(46) Vgl. hierzu Kap. IV. S. 122 ff.

triebliche Ausstattung zu verbessern (47).

Wie sich im einzelnen die Last des Rüstungsprogramms auf die private Wirtschaftstätigkeit auswirkt und welches Ausmaß sie annimmt, ist wesentlich davon abhängig, auf welche Weise die Rüstungsaufwendungen aufgebracht werden. Im Zentrum der kritischen Stellungnahmen, die die Rüstungspläne der Bundesregierung in der privaten Wirtschaft herausforderten, standen deswegen Fragen der Rüstungsfinanzierung. Gewißheit schien darüber zu bestehen, daß die Aufrüstung früher oder später Steuererhöhungen nach sich ziehen müßte. Steuerlasten aber können die private Wirtschaft in doppelter Weise treffen. Sie mindern unmittelbar, sofern sie auf die privaten Unternehmer entfallen und nicht abgewälzt werden können, den Unternehmervergewinn und sie wirken sich mittelbar, sofern die Nachfrage nach Konsumgütern sich verringert, mindernd auf die Ertragslage der Unternehmungen in der Konsumgüterindustrie aus. Die Aussicht auf Steuererhöhungen weckte, zumal die Fiskalpolitik um die Mitte der fünfziger Jahre ohnehin Gegenstand heftiger Kontroversen war, in der business community Proteste; gleichwohl scheinen Steuererhöhungen in der privaten Wirtschaft noch am ehesten als Mittel der Rüstungsfinanzierung akzeptiert worden zu sein (48).

Weitaus unmittelbarer und nachhaltiger wird die private Wirtschaft getroffen, wenn der Militärhaushalt nicht durch Steuererhöhungen ausgeglichen, sondern durch Anleihen auf dem Kapitalmarkt gedeckt wird. Die öffentliche Hand tritt, indem sie private Ersparnisse nachfragt, als Konkurrent der privaten Wirtschaft auf und schränkt deren Kreditspielraum ein. Private Unternehmungen, die den erschwerten Kreditbedingungen nicht mehr nachkommen können, werden gezwungen, ihre Investitionsvorhaben zu revidieren. Pläne, die Rüstungsaufwendungen auf dem Kapitalmarkt zu finanzieren, weckten infolgedessen mehr noch als die Aussicht auf Steuererhöhungen Oppo-

(47) Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Aufbau einer Rüstungswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben von der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES), Frankfurt/M. 1957, S. 18.

(48) Vgl. hierzu das CEPES: "Zu erörtern bleibt damit nur die Möglichkeit einer Kompensation durch Steuererhöhungen (sei es durch Erhöhung der Steuersätze, sei es durch Verminderung von Abschreibungssätzen, Freibeträgen usw.), so unerfreulich diese sein mögen und so unpopulär sie angesichts der noch vorhandenen Guthaben der öffentlichen Hand sind." - A. a. O., S. 18.

sition (49). Rüstungsaufwendungen wohnt, ob sie durch Kredite auf dem Kapitalmarkt oder aber durch Steuererhöhungen finanziert werden, eine expansive Wirkung inne (50). Ihr inflationistischer Effekt ist indessen noch ausgeprägter, wenn die Finanzierung im Wege des Primärkredits unmittelbar durch die Zentralnotenbank erfolgt. Worum es sich dann handelt, ist nichts anderes als eine Ausweitung des Liquiditätsvolumens über die Grenzen des Güterangebots hinaus; nur der Charakter der Währungsordnung verdeckt, daß die öffentliche Hand sich gegenüber sich selbst verschuldet (51). Ihr inflationistischer Effekt ist es vor allem, der - abgesehen von prinzipielleren Vorbehalten gegenüber der Staatsverschuldung - die private Wirtschaft veranlaßt, sich gegen die Finanzierung der Rüstung im Wege der Geldschöpfung besonders nachdrücklich zu verwahren (52).

Einer inflationären Finanzierung der Rüstungslasten widerstrebt die private Wirtschaft um so mehr, als Eingriffe zwangswirtschaftlicher Art tendenziell deren Folge sind. Preiskontrollen, die Bewirtschaftung gewisser Güterarten und von Arbeitskräften, die Rationierung der monetären Nachfrage oder "Eisernes Sparen" schränken stets die privaten Eigentumsrechte ein (53). Ohnehin schon durch die Ausweitung der öffentlichen Nachfrage in ihrer Ent-

(49) Vgl. das CEPES : "Am deutlichsten wird die Konkurrenz der kommenden Rüstungsaufträge mit den übrigen Teilen der Gesamtnachfrage im Falle einer Rüstungsfinanzierung aus Anleihen, da hier die Anleihen der öffentlichen Hand auf dem Kapitalmarkt in Konkurrenz zu der Nachfrage der Wirtschaft für Investitionszwecke treten." - A. a. O., S. 16. - Ähnlich äußern sich Heinrich Dräger und Wilhelm Grotkopp, Was kann Deutschland an Lasten tragen?, Düsseldorf 1955, S. 84, und Christian Krull, Wirtschaft und Rüstung, Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer Frankfurt/M., Frankfurt/M. 1955, S. 8. - Über die spezifischen wirtschaftlichen Folgen der Rüstungsfinanzierung durch Steuererhöhungen einerseits, Anleihen auf dem Kapitalmarkt andererseits vgl. Helmut Meinhold, Probleme der Rüstungsfinanzierung, in : Neuordnung der Finanzpolitik, Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Ludwigsburg 1958.

(50) Vgl. hierzu Charles J. Hitch und Roland N. McKean, a. a. O., S. 69 f.

(51) Vgl. hierzu Otto Veit, Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M. 1961, S. 240.

(52) Vgl. Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, a. a. O., S. 17 f.

(53) Über staatliche Kontrollen im Zusammenhang mit der Kriegs- und Verteidigungswirtschaft unterrichtet Paul A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Köln 1952, S. 747-751.

scheidungsfreiheit bedroht, neigt die business community dazu, sich allen Anfängen eines neuen "Dirigismus" und allem, was diesem Vorschub leisten könnte, energisch zu widersetzen (54).

Die Rüstungspolitik der Bundesregierung hatte kein viel besseres Echo da, wo ein Rüstungsprogramm primär nicht so sehr Belastungen involviert, sondern vielmehr potentiell die Bedeutung einer Ertragsquelle hat. Güter und Dienstleistungen für den Bedarf der Streitkräfte bereitzustellen, scheint Mitte der fünfziger Jahre bei den privaten Unternehmungen, die dafür in Betracht gekommen wären, nicht als lohnendes Objekt wirtschaftlicher Tätigkeit angesehen worden zu sein. Daß die historische Interessenkoalition zwischen privater Wirtschaft und der militärischen Macht sich nach Beginn der Wiederaufrüstung nicht so leicht rekonstituierte, erklärt sich dadurch, daß die rüstungswirtschaftlich relevanten Wirtschaftszweige Mitte der fünfziger Jahre gleichfalls in ihrer Mehrheit an den Kapazitätsgrenzen angelangt waren: anders als in den dreißiger Jahren drohte die Rüstungskonjunktur auch hier "auf eine bereits bestehende Hochkonjunktur aufgestülpt" zu werden (55). Wo sowohl Arbeitskräfte wie das Produktionspotential durch ein Fertigungsprogramm, das auf lange Zeit gesichert erscheint, voll in Anspruch genommen sind, werden sich Unternehmer unter sonst gleichen Umständen nur schwer entschließen können, auf ein alternatives Produktionsprogramm sich umzustellen. Ein vorwiegend ziviles Produktionsprogramm abzulösen durch ein primär militärisches, mußte als ein um so riskanteres Beginnen sich ausnehmen, als die Absatzmärkte, die die Beschäftigung der privaten Wirtschaft sicherten, nach dem Kriege unter sehr großen Schwierigkeiten hatten erschlossen werden müssen, die Kontinuität der militärischen Nachfrage hingegen äußerst zweifelhaft erschien. Wenn im Unternehmerlager dennoch in

(54) Vgl. hierzu Heinrich Dräger und Wilhelm Grotkopp: "Manche könnten vielleicht glauben, durch ein System der Wehrwirtschaft Preissteigerungen verhindern und Engpässe aus der Welt schaffen zu können, und möchten über Beschaffungs- und andere lenkungswirtschaftliche Stellen möglichst weit in die Abwicklung der Aufträge eingreifen, achten dabei die Gefahr gering, würden es vielleicht sogar begrüßen, wenn es wieder zu Eisenscheinen und anderen Formen eines zweiten Geldes wie auch zu Dringlichkeitsstufen käme. Welche Perspektiven sich hier für Reißbrettsozialisten bieten, braucht wohl nicht geschildert zu werden. In diesen Perspektiven sehen wir gewisse Gefahrenmomente, wenn es zu an sich durchaus vermeidbaren Übertreibungen in der Rüstung kommen sollte." - A. a. O., S. 97 f.

(55) Christian Krull, a. a. O., S. 26.

Erwägung gezogen wurde, Rüstungsaufträge zu übernehmen, dann unter der Voraussetzung, daß die Unternehmungen der Notwendigkeit, Wahlentscheidungen zu treffen, enthoben würden; so knüpfte die private Wirtschaft, vertreten durch ihre Interessenorganisationen, ihre Kooperationsbereitschaft verschiedentlich an die Bedingungen, daß die öffentliche Hand durch Investitionshilfen an der Finanzierung von Kapazitätserweiterungen sich beteilige (56). Erweiterungsinvestitionen mußten freilich unter den Bedingungen der Hochkonjunktur, ganz abgesehen von ordnungspolitischen Einwänden gegen staatliche Investitionshilfen, das ohnehin schon gefährdete wirtschaftliche Gleichgewicht in Frage stellen und waren daher auch in der business community selbst umstritten (57). Die Vollbeschäftigungssituation war es also, die es verhinderte, daß auch nur in potentiellen Rüstungsindustrien, so etwa in der Bau- und in der Metall-Industrie, eine Interessensolidarität von Militärapparat und privater Wirtschaft sich anbahnte.

Die Opposition, die vordem einem rüstungswirtschaftlichen Engagement der privaten Wirtschaft entgegengestanden hatte, verlor freilich im Gefolge des Motivwechsels ihren prinzipiellen Charakter. Die Nachfrage der öffentlichen Hand nach Gütern und Dienstleistungen für den Bedarf der Streitkräfte wurde, je weiter die Aufrüstung fortschritt, als Datum akzeptiert und primär nach Maßgabe ökonomischer Kriterien beurteilt (58). Wo Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums, die sich in bezug auf die technische Beschaffenheit der Produkte vielfach von denen ziviler Auftraggeber ohnehin kaum unterschieden, einen normalen Ertrag versprachen, ohne alternative Marktchancen zu mindern, stellte sich alsbald auch ein korrespondierendes Angebot ein. Daß schon im Jahre 1951, als "in der Öffentlichkeit ... Fragen einer Aufrüstung oder Schaffung einer Bundespolizei" behandelt wurden, der Jahresbericht des DIHT "zahlreiche Anfragen der Industrie- und Handelskammern (IHK), die mit der zu erwartenden Vergebung öffentlicher Aufträge für diese Einrichtungen in Zusammenhang standen" verzeichnete, wird als frühes Indiz privatwirtschaftlicher Interessen am Rüstungsgeschäft bewertet werden können (59). Eine Gerätevorführung, zwei Jahre später vom Bundesverband der deutschen Industrie in Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Amt Blank veranstaltet, führte erstmals, ehe

(56) Vgl. hierzu den Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1956/57, S. 185-197.

(57) Vgl. Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, a. a. O., S. 21 f.

(58) Vgl. hierzu Erich Welter, a. a. O., S. 22-25.

(59) Deutscher Industrie- und Handelstag, Tätigkeitsbericht 1950/51, S. 62.

überhaupt der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik eine beschlossene Sache gewesen wäre, militärische Auftraggeber und Interessenten aus der privaten Wirtschaft zusammen (60). 200 Firmen nahmen die Gelegenheit wahr, "einen Überblick über den derzeitigen Entwicklungsstand der deutschen Industrie und ihrer Liefermöglichkeiten zu geben"; einer Mitteilung des Bundesverbandes konnten sie bald darauf entnehmen, daß "Arbeit und Kosten der Industrie ... nicht umsonst aufgewandt worden" waren (61). Voraussetzungen dafür, daß ein Markt für den Bedarf der Streitkräfte sich bildete, lagen vor allem da vor, wo Wirtschaftszweige, einzelne Firmen oder ganze Wirtschaftsräume vom Aufschwung der konjunkturellen Entwicklung ausgeschlossen waren. Die Produktionszweige freilich, die um die Mitte der fünfziger Jahre im Schatten der Konjunktur lagen, konnten in ihrer Mehrheit kaum darauf rechnen, durch die Übernahme von Aufträgen für die Streitkräfte wesentliche Umsatzsteigerungen zu erzielen: Kapazitäten lagen vorwiegend in den Verbrauchsgüterindustrien brach, auf die die Nachfrage der Streitkräfte nur in sehr begrenzter Weise und teils nur vorübergehend eine stimulierende Wirkung auszuüben vermag (62). Interessen, die sich hier gleichwohl regten, setzten sich vereinzelt - so etwa in der Textil- und in der Schuhindustrie - in Abschlüsse um und verhalfen Unternehmungen dazu, Branchenkrisen zu überdauern (63). Kristallisationszentren einer neuen Rüstungswirtschaft versprachen sich eher dort herauszubilden, wo Produktionsgüterindustrien mit Absatzschwierigkeiten kämpften (64). Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums scheinen, wenigstens vorübergehend, im Schiffbau und in der Fahrzeugindustrie als Mittel angesehen worden zu sein, Strukturkrisen zu beheben. Wo die Umstellung auf den Bedarf der Streitkräfte mit allzu großen technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre, wie etwa in der Zweirad- und in der Landmaschinenindustrie, schied auch im Produktionsgüterbereich ein rüstungswirtschaftliches

(60) Mitteilungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1953-13-6 f., und Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1953/54, S. 164-166.

(61) Mitteilungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1953-15-7 f.

(62) Vgl. hierzu etwa eine Glosse im Volkswirt: Rüstungsaufträge überbewertet, 1955-12-22.

(63) Vgl. Dräger und Grotkopp, a. a. O., S. 92.

(64) Vgl. hierzu etwa den Bundesverband der Deutschen Industrie: "Freie Kapazitäten könnten besonders im Waggon- und Lokomotivbau, in der Zweiradindustrie (Ersatzteilbeschaffung), der Fahrzeug-, Anhänger- und Landmaschinenindustrie ausgenutzt werden."-Jahresbericht für das Jahr 1956/57, S. 185-97.

Engagement aus. Wiewohl in engen Grenzen sich haltend, bildeten sich jedoch im Laufe der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre - vor allem da, wo einzelne Unternehmungen, von der Einstellung des Betriebes bedroht, auf ein ausschließlich oder doch vorwiegend rüstungsspezifisches Produktionsprogramm sich einließen - Schwerpunkte rüstungswirtschaftlichen Interesses heraus.

Die Aussicht darauf, daß das Nachfragepotential des neuen military establishment als Instrument der Wirtschaftspolitik zu mobilisieren wäre, weckte darüber hinaus Interessen da, wo quer durch verschiedene Produktionsbereiche ganze Wirtschaftsräume oder eine Unternehmerschicht von einer Stagnation bedroht waren. Regionalbedingte Interessen kamen vorwiegend in den Zonenrand- und Notstandsgebieten auf, die, vertreten durch die Landesregierungen, um Berücksichtigung bei der Vergebung von Rüstungsaufträgen sich bewarben (65). Schichtenspezifische Interessen am Rüstungsgeschäft meldeten sich zu Worte, indem etwa die mittelständische Wirtschaft und Flüchtlings- und Kriegsversehrtenbetriebe darauf drangen, bevorzugt als Auftragnehmer bedacht zu werden (66). Das Auftragsvolumen, um das es hierbei jeweils ging, mochte sich selbst bei optimaler Berücksichtigung in engen Grenzen halten; doch wurden hier die Voraussetzungen für eine enge Verflechtung von privater Wirtschaft und military establishment auf lokaler Basis geschaffen (67).

Geschäftsverbindungen, die sich zwischen den Beschaffungsstellen der Streitkräfte und der privaten Wirtschaft anbahnten und einen, wenn auch begrenz-

(65) Vgl. Bundestagsabgeordneter Oetzel, Bundestagsverhandlungen 2-117-6270, und Bundesverteidigungsminister Strauß, Bundestagsverhandlungen 3-24-1309.

(66) Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag, Tätigkeitsbericht 1956/57, S. 234, und den Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1957/58, S. 171.

(67) Vgl. hierzu den Deutschen Industrie- und Handelstag: "Im Juli 1959 hat das Bundesverteidigungsministerium die vorläufigen Beschaffungsrichtlinien für den Sonderbedarf der Truppe herausgegeben, der vor allem für die Wirtschaft der kleineren Garnisonen beachtenswert ist. Nach Abschluß der Aufstellung der Bundeswehr werden etwa 150 neue Garnisonen abseits der wirtschaftlichen Ballungsgebiete liegen. Der Gesamtbedarf, der für ein 500 Mann starkes Bataillon an Instandsetzungsarbeiten, Verpflegung usw. in Höhe von etwa 1 Mill. DM jährlich anfällt, wird fast vollständig von den ortsansässigen Betrieben gedeckt." Tätigkeitsbereich 1959/60, S. 184.

ten, Markt für Güter und Dienstleistungen des militärischen Bedarfs entstehen ließen, trugen ohne Zweifel das ihre dazu bei, daß die Abwehrhaltung, die vordem die Einstellung des Unternehmertums gekennzeichnet hatte, sich auflöste: dort zumal, wo stillliegende Produktionskapazitäten durch Aufträge der Streitkräfte mobilisiert wurden, kamen Produzenteninteressen auf, während anderswo die latente Opposition von einer gewissen Indifferenz abgelöst wurde. Wirtschaftliche Beziehungen, durch den Markt vermittelt, reichten indessen, so wichtig sie genommen zu werden verdienen, nicht aus, die Interessenbasis für eine neue Rüstungswirtschaft, die gekennzeichnet wäre durch die Prävalenz des militärischen Bedarfs, zu begründen. Lieferverträge, die unter dem Einfluß der Marktlage von Fall zu Fall abgeschlossen wurden, erstreckten sich jeweils nur auf einen Bruchteil des Umsatzes der fraglichen Wirtschaftszweige. Rüstungsaufträge übernehmen zu wollen in der Hoffnung, das eigene Unternehmen zu sanieren, erwies sich überdies als ein Interesse von recht flüchtigem Bestand: Unternehmer, die brachliegende Kapazitäten mit der Produktion von Gütern für den Bedarf der Streitkräfte auszufüllen bestrebt gewesen waren, verleugneten ihre soeben erst entdeckte Neigung für das Rüstungsgeschäft, sobald die zivile Nachfrage sich wieder belebte (68). Die eigentliche Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehung zwischen Beschaffungsbehörden und privater Wirtschaft lag viel eher darin, daß das military establishment in der Rolle eines Nachfragers nach Gütern und Dienstleistungen in das Netz des, primär durch den zivilen Bedarf geprägten, volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs integriert wurde.

Schwerpunkte genuin rüstungswirtschaftlichen Interesses vermochten sich herauszubilden nur dort, wo die Produktion ausschließlich oder doch vorwiegend auf den - rüstungsspezifischen - Bedarf der Streitkräfte sich stützt und wo eine konkurrierende zivile Nachfrage keinen Anreiz bietet, den Betrieb auf die Fertigung für den zivilen Bedarf umzustellen. Auf die Produktion für die Streitkräfte eingeschworen sind einmal Unternehmungen, deren technische Organisation, von Anfang an ausschließlich auf den militärischen Bedarf abgestellt, eine Alternative nicht zuläßt; hier sind vorab Waffen- und

(68) Vgl. hierzu die Äußerung des Funktionärs einer paramilitärischen Organisation, der sich darum bemüht hatte, Unternehmer dafür zu gewinnen, Rüstungsaufträge zu übernehmen: "Das heißt nun aber nicht, daß die Unternehmer etwa einsichtiger geworden sind, die meisten sind vielmehr bald wieder davongelaufen, sobald die wirtschaftliche Lage sich besserte." - Interview 25, S.10.

Munitionsfabriken zu nennen (69). Der Umsatz und die Beschäftigung dieser Rüstungsbetriebe fallen freilich in der Bundesrepublik nicht ins Gewicht; ihr Produktionsprogramm erschöpft sich in der Fertigung von Kleinwaffen und Munition bis zum Kaliber von 40 mm. Eine Rüstungsindustrie, weil auf die Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums aus wirtschaftlichen Gründen - wenn auch nicht notwendig auf Grund der technischen Produktionsbedingungen - angewiesen, ist allein der Flugzeugbau.

Die Luftfahrtindustrie in der Bundesrepublik verdankt der Nachfrage der Streitkräfte ihre Entstehung; sie ist darüberhinaus auch heute noch, wenngleich höchst unfreiwilligerweise, auf Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums angewiesen. Hier allein liegt heute in Westdeutschland eine objektiv bedingte und zugleich wirtschaftlich relevante Koinzidenz von militärischen und privatwirtschaftlichen Interessen vor. Die Geschichte dieser Interessenkoalition offenbart freilich zugleich ein Potential sehr ambivalenter Strebungen (70). Die Luftfahrtindustrie in Deutschland war nach dem Kriege wie kaum ein anderer Industriezweig von der Politik des "industrial disarmament" betroffen. Ihre Produktionsanlagen waren, soweit sie das Kriegsende überstanden hatten, demontiert, die technischen Unterlagen von den Besatzungsmächten konfisziert worden; Produktionsverbote schlossen eine Wiederaufnahme des Flugzeugbaus aus. Der materiellen Voraussetzungen der Produktion entäußert, verließ ein großer Teil der technischen Führungskräfte, soweit nicht gleichfalls von den Alliierten verpflichtet, Westdeutschland, um im Ausland die Arbeit fortzusetzen; die Belegschaften der Flugzeugindustrie fanden, zumal da es sich um hochqualifizierte Arbeitskräfte handelte, in anderen Industriezweigen neue Arbeitsplätze. Doch zeichneten sich im Kreis

(69) Von einiger Bedeutung ist hier die Rheinmetall GmbH, deren Gesamtumsatz zu zwei Dritteln auf Güter des militärischen und zu einem Drittel auf Güter des zivilen Bedarfs entfällt. Vgl. hierzu einen Bericht im Volkswirt : Töchter gaben weniger, 1963-32-1926.

(70) Über den Wiederaufbau der deutschen Luftfahrtindustrie und dessen Vorgeschichte unterrichtet eine Studie der RAND Corporation; E. W. Schnitzer, Some developments in German aviation, RM- 1056, 16. 3. 1953; die Tätigkeitsberichte des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Düsseldorf 1960 und 1962; ein Memorandum dieses Verbandes : Die Situation der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Bad Godesberg 1962; sowie Artikel im Volkswirt: Ludwig Schröder, Luftfahrtindustrie unter dem NATO-Schild, 1959-33-1809 f., und Paul G. Kirsch, Spätheimkehrer Luftfahrtindustrie, 1960-25-1208 ff.

der ehemaligen Flugzeugindustrie - anders als in sonstigen abgerüsteten Industriezweigen - schon früh Bestrebungen ab, die Produktion auf der Basis von Rüstungsaufträgen wiederaufzunehmen. Die Erklärung hierfür wird darin zu suchen sein, daß es den Unternehmensleitungen hier in geringerem Maße als anderen ehemaligen Rüstungsindustrien gelungen war, auf die Produktion von Gütern für den zivilen Bedarf sich umzustellen; im Flugzeugbau hatte sich zudem so etwas wie die Ideologie einer industriellen Elite erhalten, die es den Unternehmensleitungen verwehrte, mit der Umstellung auf die Produktion von trivialeren Gütern sich abzufinden (71). Daß der Versuch, wieder ins Geschäft zu kommen, erfolgreich war, wird freilich objektiven, aus der politischen Entwicklung rührenden Bedürfnissen zugeschrieben werden müssen; diese mochten die Repräsentanten der Luftfahrtindustrie früh genug und genau antizipiert und ausgenutzt haben. Welche Bedeutung objektive Faktoren hatten, geht daraus hervor, daß der Beginn der Kampagne, mit der die Unternehmensleitungen der früheren Luftfahrtindustrie die Wiederaufnahme der Produktion zu erreichen hofften, zeitlich und sachlich zusammenfiel mit den Anfängen der deutschen Rüstungsplanung (72). Die Streitkräfte, die die Bundesrepublik im Stadium der europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufzubringen gehabt hätte, sollten bereits Luftstreitkräfte mit etwa 1300 bis 1400 Frontflugzeugen einschließen (73); Luftwaffenverbände aber, so lautete eine weitverbreitete Meinung, sind, sollen sie effektiv sein, auf eine Luftfahrtindustrie angewiesen, die an Ort und Stelle die Wartung und Instandsetzung des Flugzeugparks vorzunehmen imstande wäre. Die Vertreter der Flugzeugindustrie machten sich diese Forderung sehr bald zueigen,

(71) So wird etwa der Wiederaufbau der deutschen Luftfahrtindustrie im Vorwort des ersten Tätigkeitsberichtes des BDLI wie folgt begründet :

"Deutschland hat für den Fortschritt der internationalen Luftfahrttechnik einst wesentliche Beiträge geleistet. Die Pionierleistungen deutscher Forscher und Konstrukteure, ebenso wie der mutige Einsatz deutscher Flieger, sind in dem Geschichtsbuch der Weltluftfahrt in ehernen Lettern verzeichnet." - A. a. O., S. 1.

(72) Vgl. hierzu Schnitzer: "In German opinion the restoration of air activities is an indispensable part of the equality which the Allies have promised to the Bonn Republic.. and on which Germans are most insistent. It ist not only flying by German pilots or a new Lufthansa which Germans have in mind; increasingly, demands are being made and plans are going forward for the rebuilding of a German aircraft industry." - A. a. O., S. 24 f.

(73) Vgl. Kapitel IV, S. 113

nicht ohne sie dahingehend zu ergänzen, daß "Betreuungs"-aufgaben wirksam nur erfüllt werden könnten, wenn man sich auf Produktionskapazitäten stützen könnte (74). Programmatische Erklärungen der Flugzeugindustriellen aus dieser Zeit zielen darauf ab, wenigstens einen Teil des Ausrüstungsbedarfs der Luftwaffe von einer neuen deutschen Luftfahrtindustrie zu decken. Rüstungsaufträge hätten freilich, wäre es nach den Flugzeugindustriellen gegangen, nur die Funktion einer Geburtshilfe haben sollen. Über die Produktion von Militärflugzeugen sowie deren Wartung und Reparatur gedachten die alten Unternehmungen der Luftfahrtindustrie der Fertigung von Flugzeugen für den zivilen Bedarf den Boden zu bereiten (75).

Um ihre Forderung durchzusetzen, formierten sich die Unternehmer der ehemaligen Luftfahrtindustrie schon früh als Interessenverband. Ende 1951 kam es, unter der Leitung des Vorsitzenden des ehemaligen Reichsverbandes der Deutschen Luftfahrtindustrie, zur Gründung des Verbandes der Deutschen Luftfahrt, der von nun an als pressure group gegenüber der institutionellen Umgebung, vor allem der Bundesregierung, fungierte (76). Die Forderungen der Industrie stießen indessen bei der Dienststelle des Sicherheitsbeauftragten, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Alliierten, auf Reserve (77). Doch ging, indem mit der Ratifikation der Pariser Verträge das allgemeine Verbot, Flugzeuge zu produzieren, aufgehoben wurde, die Grundsatzforderung der Luftfahrtindustrie in Erfüllung. Lizenzverträge, die nach dem Führungswechsel im Bundesverteidigungsministerium der Deutschen Luftfahrtindustrie zum Bau großer Serien moderner Flugzeuge verhalfen, ebneten schließlich den Weg zum Wiederaufbau der Industrie.

Worauf die Bestrebungen der Flugzeugindustriellen zunächst gerichtet gewesen waren : mit Hilfe von Rüstungsaufträgen eine neue Luftfahrtindustrie aufzubauen, das ist zunächst verwirklicht worden. Der Flugzeugbau beschäftigt, 17 Jahre nachdem die Produktionsanlagen demontiert worden waren, wieder 32 000 Arbeitskräfte; zusammen mit dem Nachbau ausländischer Flugzeug-

(74) Vgl. Schnitzer, a. a. O., S. 25.

(75) Vgl. hierzu Kirsch : "Hinter dieser Ansicht ist das Bemühen der deutschen Luftfahrtindustrie zu suchen, sich rechtzeitig in die zivile Produktion einzuschalten, um von militärpolitischen Entwicklungen, die nicht überschaubar sind, unabhängig zu werden." - A. a. O., S. 1210 .

(76) "Nach Abstimmung mit staatlichen Stellen" wurde der Verband 1952 in "Verband zur Förderung der Luftfahrt" umbenannt, seit 1954 heißt er "Bundesverband der Deutschen Luftfahrtindustrie" und neuerdings "Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie".

(77) Vgl. Schnitzer, a. a. O., S. 29.

typen im Lizenzverfahren haben Entwicklungsaufträge, gleichfalls aus Mitteln des Militärhaushalts finanziert, den Unternehmungen dazu verholfen, Anschluß an die technische Entwicklung auf dem Gebiet der Luftfahrt zu gewinnen (78). Nicht erfüllt freilich hat sich die Hoffnung, über die Produktion von Militärflugzeugen Zugang zum zivilen Flugzeugmarkt zu gewinnen. Entwicklungsprojekte, mit denen die deutsche Luftfahrtindustrie sich in das Konzert des internationalen Flugzeugbaus einschalten wollte, sind - aus welchen Gründen auch immer - nicht bis zur Produktionsreife gediehen (79). Die Luftfahrtindustrie in Deutschland ist insofern, will sie weiterbestehen, darauf angewiesen, daß das Verteidigungsministerium sie mit Anschlußaufträgen bedenkt. Der einzige Industriezweig, der in Deutschland den Namen einer Rüstungsindustrie verdient, betreibt Rüstungsproduktion wider Willen (80).

Wie die business community zur Rüstung und deren wirtschaftlichen Konsequenzen, die sie in spezifischer Weise betreffen, sich stellt, läßt sich, so könnte es scheinen, kaum auf einen Nenner bringen. Die Reaktionen, die die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte im Unternehmerlager hervorrief, reichten von entschiedener Abwehr über mannigfache Nuancen der Indifferenz bis hin zu positivem Interesse an Rüstungsaufträgen, das zwangsläufig sich verbindet damit, daß das regierungsamtliche Rüstungsprogramm befürwortet wird; die Einstellung der Unternehmer zur Rüstung scheint überdies periodischen Schwankungen ausgesetzt zu sein und entzieht sich auch insofern der eindeutigen Bestimmung. Einen Versuch, solchen Schwierigkeiten zum Trotz zu generalisierenden Aussagen zu kommen, stellt eine Untersuchung dar, die Mitte der fünfziger Jahre in den Vereinigten Staaten entstanden ist (81). Ihr Anspruch geht dahin, die Ansichten der Unternehmer zur Rüstungspolitik im Kalten Krieg "in sinnvoller Weise zu klassifizieren." (82) Kritisch reflektiert, liefert sie Ansatzpunkte zu einer theoretischen Interpre-

(78) Vgl. hierzu die Tätigkeitsberichte des BDLI, passim.

(79) Über die Hintergründe dafür, daß es der Luftfahrtindustrie nicht gelungen ist, im zivilen Flugzeugbau Fuß zu fassen, unterrichtet eine Abhandlung in der Zeitschrift Wehr und Wirtschaft: Wie sieht das Comeback der Deutschen Luftfahrtindustrie aus?, 1961-1-16 ff.

(80) Vgl. auch hierzu den genannten Artikel in Wehr und Wirtschaft.

(81) Walter H. McLaughlin, Jr., Business Attitudes Towards Defense Policy During the Cold War, Honors Thesis, Harvard University 1955.

(82) McLaughlin, a. a. O., S. 7.

tation der im Unternehmerlager zu beobachtenden Verhaltensweisen in der Frage der Rüstung. Welche Bedeutung einer Analyse des Verhaltens der Unternehmer zur Rüstungspolitik der Regierung zukomme, bringt der Autor der Untersuchung, Walter H. McLaughlin, zum Ausdruck, indem er die Schlüsselrolle der privaten Wirtschaft für die politische Willensbildung hervorhebt. Was er ins Feld führt, dürfte angesichts der Machtverhältnisse in der Bundesrepublik dazu angetan sein, eine Untersuchung des Verhältnisses von Wirtschaft und Rüstung auch hierzulande zu legitimieren.

The attitudes which the business community holds towards defense policy is probably more influential in determining that policy than any other group in American society (83).

Daß die Einstellung der Unternehmer zur Rüstungspolitik äußerst komplexer Natur ist, stellt freilich auch McLaughlin fest; die Militär- und Rüstungspolitik berührt die die business community konstituierenden Gruppen in sehr verschiedener Weise und ruft eo ipso äußerst divergierende Reaktionsweisen hervor (84). Kernstück der McLaughlinschen Arbeit ist gleichwohl eine verhältnismäßig einfache Typologie des Unternehmerverhaltens. Die Einstellung der Unternehmer zur Rüstungspolitik, so besagt der Problemansatz McLaughlins ist determiniert durch Einflüsse doppelter Art: sie ist einmal geprägt von Interessen, die sich aus der Stellung der Unternehmer im Prozeß der kapitalistischen Wirtschaft ergeben, und steht andererseits unter dem Eindruck des, nach McLaughlin unabweisbaren, Gebots, Vorkehrungen zur Erhaltung der äußeren Sicherheit zu treffen (85). Welche Konfigurationen diese - in sich äußerst differenzierten - Faktorenreihen eingehen, das macht das Konstitutionsprinzip dreier Typen des Unternehmerverhaltens aus.

Der privaten Wirtschaft in ihrer Mehrheit stellt sich das Verhältnis ökonomischer Interessen und militärpolitischer Erfordernisse als prinzipiell nicht zu

(83) McLaughlin, a. a. O., S. 4.

(84) "It soon becomes apparent as one examines business attitudes towards defense that there is a great diversity of opinion within the business community itself. The term "businessman" connotes a heterogenous group of people. They can be called a group only because they occupy a similar position in the economic system." - A. a. O., S. 4 f.

(85) "The second major factor which influences business attitudes towards defense is the current international environment. A large defense establishment maintained for an indefinite period of time is an absolute necessity for the United States because of that environment." - A. a. O., S. 6.

überbrückender Konflikt dar : äußere Sicherheit und das, was sie erfordert, geht stets zu Lasten dessen, worauf es der privaten Wirtschaft ankommt - maximalen Gewinn zu erzielen. McLaughlin hat diese zentrale Einstellungsstruktur - ein wenig mißverständlich - als "attitude of indifference" bezeichnet (86). Indifferenz in der Frage der militärischen Rüstung entspricht historisch dem politischen Bewußtsein des Bürgertums in der liberalen Ära - das Verhältnis zum Staat wird als ein prinzipiell antagonistisches aufgefaßt. Vom Staat - der politischen Zentralgewalt - wird erwartet, daß die Tätigkeit der öffentlichen Hand auf das Allernotwendigste sich beschränkt; daß die Besteuerung auf ein Mindestmaß begrenzt wird; daß die Verwendung der Staatseinnahmen mit äußerster Sparsamkeit erfolgt. Das Verhältnis der Indifferenten zur Sphäre des Staates - und damit zur Frage der militärischen Sicherheit, die freilich als eine der drei staatlichen Hauptaufgaben anerkannt wird (87) - ist mithin wesentlich kritischer Natur. Kritik heftet sich, was die Einstellung der Indifferenten zur Frage der militärischen Sicherheit angeht, vorab auf den innenpolitisch-wirtschaftspolitisch bedeutsamen Aspekt der Militärpolitik : den Militärhaushalt, dessen Notwendigkeit zwar prinzipiell nicht in Frage gestellt, der doch aber primär unter dem Gesichtspunkt, ob Kürzungen sich vornehmen ließen, betrachtet wird. Die "attitude of indifference" wäre, wollte man McLaughlin folgen, dadurch charakterisiert, daß die, die sie repräsentieren, des Moments staatsbürgerlicher Verantwortung ermangeln und einzig von kurzfristigen ökonomischen Interessen sich leiten lassen (88).

(86) Vgl. McLaughlin, a. a. O., *The Indifferent Attitude*, S. 8-24.

(87) Vgl. Adam Smith: "According to the system of natural liberty, the sovereign has only three duties to attend to; three duties of great importance, indeed, but plain and intelligible to common understandings : first, the duty of protecting the society from the violence and invasion of other independent societies; secondly, the duty of protecting, as far as possible, every member of the society from the injustice or oppression of every other member of it, or the duty of establishing an exact administration of justice; and, thirdly, the duty of erecting and maintaining certain public works and certain public institutions, which it can never be for the interest of any individual, or small number of individuals, to erect or maintain; because the profit could never repay the expence to any individual or small number of any individuals, though it may frequently do much more than repay it to a great society." - *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, Modern Library Edition, New York 1937, S. 651.

(88) "The (indifferent) businessman is still thinking in terms of a dichotomy between war and peace. Although he has been very responsible in matters of defence during periods of total war, his attitudes have not been responsible during a period of 'cold war'." *A. a. O.*, S. 34.

Vom unmittelbaren ökonomischen Interesse ist, wie die "attitude of indifference" auch, eine zweite Einstellungsstruktur, die "producer attitude" bestimmt, mit dem Unterschied freilich, daß ökonomische Interessen und militärpolitische Gebote hier nicht im Konflikt liegen (89). Koinzidenz beider Faktorenreihen, das konstituierende Merkmal der "producer attitude", liegt vor überall dort, wo Rüstungsaufträge die Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit darstellen, wo die Rüstung also, anstatt über Besteuerung oder Verringerung des Geldwertes die Erträge zu mindern, primär Ertragsquelle ist. Unternehmergruppen, die die "producer attitude" verkörpern, sind notwendig an der Kontinuität der militärischen Rüstung und damit indirekt an der Perpetuierung des Kalten Krieges interessiert. Die "producer attitude" weist jedoch im Hinblick auf Grund und Intensität der Interessensolidarität, durch die sie konstituiert ist, eine "gemäßigte" und eine "extreme" Variante auf. Produzentengruppen, deren Unternehmungen vorwiegend auf Rüstungsaufträge sich stützen, sofern diese entfielen, aber ohne große Schwierigkeiten auf die Produktion von Gütern für den zivilen Bedarf umgestellt werden könnten, werden der Fortführung des Rüstungsprogramms weniger nachdrücklich das Wort reden als solche, die auf Gedeih und Verderb auf Aufträge aus Mitteln des Militärhaushalts angewiesen sind. Prototyp der Extremen sind nach McLoughlin die Unternehmungen der Luftfahrtindustrie, die in den Vereinigten Staaten, zu 94 % mit Rüstungsaufträgen ausgefüllt (90), nicht anders als in Deutschland ein Annex des Militärapparates ist. Die Flugzeugindustrie als Zentrum der extremen "producer attitude" begnügt sich zudem nicht damit, schlicht auf die Perpetuierung der Rüstungsausgaben hinzuwirken, sondern ist darauf bedacht, auf die Formulierung der Militärpolitik Einfluß zu nehmen und einen Primat der Luftwaffenstrategie durchzusetzen (91).

Das Verhältnis von ökonomischen Interessen und militärischen Erfordernissen als ein antionomisches zu begreifen, hat schließlich eine dritte Einstellungsstruktur mit der "attitude of indifference" gemein. Doch verschließt sie sich nicht der Notwendigkeit militärischer Aufwendungen, selbst wenn diese zu Lasten kurz-

(89) Vgl. McLaughlin, a. a. O., The Producer Attitude, S. 35-39.

(90) Vgl. hierzu Economic Impacts of Disarmament, a. a. O., S. 23.

(91) "The attitudes of the aircraft industrialists go farther than merely supporting a large defense establishment. They support a specific strategic concept; namely, the predominance of air power." - McLaughlin, a. a. O., S. 55.

fristiger ökonomischer Interessen gehen sollten. Der Kalte Krieg und die Aufrechterhaltung eines großen Militärhaushaltes werden als "harte Tatsachen" akzeptiert; die Grundhaltung, diese Einstellungsstruktur charakterisiert, hat ihr die Bezeichnung "attitude of acceptance" eingetragen (92). Die Personengruppen, die durch die "attitude of acceptance" sich auszeichnen, nehmen in der Darstellung McLaughlins offenkundig eine Vorzugsstellung ein: sie sind sich, anders als die Indifferenten, anders aber auch als die Vertreter der Produzenteninteressen, ihrer politischen Verantwortung bewußt. Einzig im Umkreis der "attitude of acceptance" ist nach McLaughlin auch ein genuines Interesse zu verspüren, an der militärpolitischen Diskussion sich zu beteiligen und ohne Rücksicht aufs unmittelbare Interesse der privaten Wirtschaft um einen Ausgleich von außenpolitisch-militärischen und innenpolitisch-wirtschaftlichen Postulaten sich zu bemühen. Die Wurzeln der "attitude of acceptance" glaubt McLaughlin in der konservativen Tradition der politischen Geschichte Amerikas, die auf Alexander Hamilton zurückgeht, entdecken zu können (93); ihr Anhang fiel freilich Mitte der fünfziger Jahre, verglichen mit den Indifferenten und den Produzenteninteressen, zahlenmäßig kaum ins Gewicht. Die affirmative Einstellungsstruktur stellt dennoch ein ernstzunehmendes politisches Potential dar, zumal da ihre Ausstrahlungszentren Organisationen und Publikationsorgane wie das Committee for Economic Development und die Zeitschrift *Fortune* sind. Der prägenden Kraft, die von der "attitude of acceptance" ausgeht, werden sich, so prognostiziert McLaughlin, unter dem Eindruck des andauernden Kalten Krieges die Indifferenten nicht entziehen können und sich früher oder später bekehren lassen.

Therefore, if the "indifferent" group makes the fundamental change which present trends indicate, then it is quite possible that in the future the whole of the business community will be a positive and powerful force in support of a defense establishment which seems to be so necessary for the difficult years ahead (94).

Die McLaughlinsche Typologie ist, obwohl sie ihren ideologischen Charakter nicht verleugnen kann, geeignet, Differenzen in der Einstellung der pri-

(92) McLaughlin, a. a. O., *The Attitude of Acceptance*, S. 60-85.

(93) Vgl. hierzu Edward Mead Earle, Adam Smith, Alexander Hamilton, Friedrich List: *The Economic Foundations of Military Power*, in: Edward Mead Earle, *Makers of Modern Strategy, Military Thought from Machiavelli to Hitler*, Princeton 1941, S. 117-154.

(94) McLaughlin, a. a. O., S. 114.

vaten Wirtschaft zur Frage der militärischen Rüstung, nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Deutschland, näher zu bestimmen. Daß sie eine gewisse die Phänomene aufschließende Kraft hat, beruht wesentlich darauf, daß sie sich nicht in einer bloßen Klassifikation von Verhaltensweisen erschöpft, sondern - wenn auch nur implicite - zentralen gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen Rechnung zu tragen genötigt ist. Welches relative Gewicht jeweils der "attitude of indifference" zukommt, welches der "producer attitude", hängt ab vom Verlauf der Konjunkturbewegungen; es ist, mit anderen Worten, der Prozeß der kapitalistischen Produktion, als dessen Funktion das Verhalten der Unternehmer zu begreifen ist. Als Resultat eines gesellschaftlichen Prozesses zu verstehen ist aber auch die "attitude of acceptance". Unternehmer, die sich der ausschließlichen Orientierung am kurzfristigen eigenen Interesse entschlagen und die Notwendigkeit militärischer Aufwendungen akzeptieren, geben einer objektiven gesellschaftlichen Verhaltenserwartung nach; sie absolvieren, so meint McLaughlin, einen Erziehungsprozeß (95).

Die Entwicklungstendenz, die nach McLaughlins Prognose die private Wirtschaft aus ihrer Indifferenz herauszwingt und sie sukzessive dazu bringt, in ein affirmatives Verhältnis zur Militär- und Rüstungspolitik einzutreten, unterliegt freilich in doppelter Hinsicht der Kritik. Daß der Kalte Krieg als Normalzustand hingenommen wird, kann schwerlich als Ausdruck eines politischen Bewußtseins gelten, das Anspruch darauf erhebt, rational und verantwortlich zu heißen. Die "attitude of acceptance" birgt vielmehr, wie selbst McLaughlin eingestehen muß, ein Potential von Aggressivität (96). Die par-

- (95) "This movement towards the attitude of acceptance in defense policy is part of a larger trend. In the past fifteen years, America has moved away from her traditional isolation into a position of world leadership. The American populace was slow to adapt to this new international situation. The cold war, however, because it demands rational, mature behavior for a long period of time will effect a fundamental change in foreign policy attitudes. This in turn will give the leaders of the American government the democratic support they need to pursue a responsible foreign policy." -A. a. O., S. 115.
- (96) "The attitude which Fortune showed on the McArthur issue is not the product of the same careful and logical reasoning which it shows on most defense issues. It is very illucidating, however, for two reasons;
 1. It shows how an extreme emphasis on the needs for a large defense force can lead to the advocacy of using this force, even though its use might not be in the best interest of the country.
 2. It shows the wide divergence of the attitudes which are included in the attitude of acceptance, for this policy which Fortune advocated was based just as clearly on an analysis of the international situation as the one which the Truman administration followed." -A. a. O., S. 79.

tielle Rationalität, die den Prozeß seiner substantiellen Bedeutung nach kennzeichnet, reflektiert zugleich die Partialität seines formal-soziologischen Charakters. Das Verhalten der Unternehmer wird, je mehr es der "attitude of acceptance" sich annähert, auf Erwartungen der institutionellen Umgebung abgestimmt. Worum es sich dabei handelt, ist wesentlich ein Prozeß sozialer Integration nach Maßgabe der je herrschenden politischen Zielsetzungen, die ihrerseits einer durchaus partikularen Interessenkonstellation entsprechen. Soziale Verhaltensweisen isolierter Unternehmer, Ausdruck ihrer partikularen und kurzfristigen Interessen, werden transformiert in ein Verhalten, das dem Gesamtinteresse des politischen Herrschaftssystems entspricht; dieses freilich ist wesentlich dadurch bestimmt, daß politische Herrschaft unterm Kapitalismus dem Schutz und der Perpetuierung der auf dem Privateigentum beruhenden Produktionsverhältnisse dient. Die Transformation kurzfristiger und partikularer Interessen einzelner Unternehmergruppen in das Gesamtinteresse der business community verlangt nicht so sehr, wie bei McLaughlin geschehen, nach einer moralisch-pädagogischen Interpretation als vielmehr nach einer soziologischen, die die Agenturen sozialer Integration ins Zentrum rückt. Welche Richtung dabei einzuschlagen ist, findet sich bei McLaughlin immerhin angedeutet. Daß die "attitude of acceptance" nicht wie die "attitude of indifference" und die "producer attitude" von konkreten Unternehmergruppen, sondern von Organisationen und Publikationsorganen verkörpert wird, weist auf eine qualitative Differenz und zugleich auf Mechanismen, die diese begründen, hin. Was daraus für die Analyse des Unternehmerverhaltens folgt, geht freilich über bloße Verhaltensforschung hinaus. Das Verhalten der business community in der Frage der Militär- und Rüstungspolitik ist, je länger der Kalte Krieg andauert, ein abgeleitetes, und die Explikation des Verhältnisses von privater Wirtschaft und Rüstung muß ausgedehnt werden auf die Analyse der Organisationen, die Integration zustandebringen.

II. Die rüstungswirtschaftliche Organisation der wirtschaftlichen Interessenverbände

Die private Wirtschaft hat sich, um ihre spezifischen Zwecke zu verwirklichen, wie andere gesellschaftliche Gruppen auch im Laufe der Jahrzehnte in einer Vielzahl von Organisationen zusammengeschlossen. Organisationsformen, die sich dabei ausgebildet haben, umfassen einer geläufigen Klassifizierung gemäß in der Hauptsache Fachverbände, Arbeitgeberorganisationen und die Selbstverwaltungsorgane der privaten Wirtschaft : die Industrie- und Handelskammern (1). Ziel all dieser Organisationen ist es primär, die Interessen zu vertreten, die sich aus der spezifischen Stellung der Unternehmer in einer kapitalistischen Gesellschaft ergeben : die Institution des Privateigentums an den Produktionsmitteln sicherzustellen und deren optimale Ausbeutung gegenüber den Ansprüchen konkurrierender gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen zu gewährleisten (2). Die primären Ziele der Organisationen sind nach einer ebenso geläufigen Unterscheidung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Natur. Diese Distinktion ist zugleich Prinzip einer organisatorischen Arbeitsteilung, die sich, Resultat eines historischen Prozesses, in der Spitzengliederung der Interessenverbände widerspiegelt. Wirtschaftspolitik ist die Domäne des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, in dem die Fachverbände zusammengeschlossen sind; die lohn- und sozialpolitische Interessenvertretung ist den Arbeitgeberorganisationen vorbehalten, die in der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihre zentrale Organisation haben. Die eigentliche Aufgabenstellung der Industrie- und Handelskammern und deren Spitzenorganisation : des Deutschen Industrie- und Handelstages, liegt in ihrem Charakter als Selbstverwaltungs-Körperschaften beschlossen; soweit sie als Interessenverbände fungieren, überschneidet sich ihre Aufgabe mit der des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, wobei ihre Mitgliederbasis weiter gespannt ist als die des Industrieverbandes.

-
- (1) Klassifizierungsversuche finden sich bei Rupert Breitling, Die Verbände in der Bundesrepublik, Meisenheim am Glan 1955; Joseph H. Kaiser, Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin 1956; Heinz Hartmann, Authority and Organization in German Management. - Von den Organisationen des Handwerks und der Landwirtschaft, die gleichfalls den Organisationen der privaten Wirtschaft zuzurechnen wären, wird hier abgesehen.
- (2) Vgl. hierzu Kaiser: "Die politische Macht der auf der Arbeitgeberseite stehenden Gruppen ist ... im Ursprung ökonomische Macht. Ihre Grundlage ist das Privateigentum und sein Schutz durch die staatliche Ordnung." - A. a. O., S. 96.

Die Tätigkeit der Verbände erschöpft sich indessen nicht darin, die Interessen der privaten Wirtschaft in der Sphäre der primären Ziele zu repräsentieren. Konsequenzen, die sich aus der primären Zielsetzung ergeben, greifen, wie mit Recht hervorgehoben worden ist, auf so gut wie alle Bereiche des öffentlichen Lebens über (3); umgekehrt haftet öffentlichen Angelegenheiten, auch wenn sie nicht spezifisch wirtschafts- oder sozialpolitischer Natur sind, häufig ein wirtschaftspolitisch relevanter Aspekt an, wodurch sie notwendig in die Sphäre der Verbandstätigkeit hineingezogen werden. Gegenstand "sekundärer Verbandspolitik" ist, insofern sie wirtschaftspolitisch bedeutsame Probleme auf-
rührt, die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte. Sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie wie der Deutsche Industrie- und Handelstag haben sich daher seit Anfang der fünfziger Jahre Fragen der Militär- und Rüstungspolitik zugewandt.

Wirtschaftspolitisch relevanten Aspekten der Wiederbewaffnung haben die beiden Spitzenorganisationen der privaten Wirtschaft, wie sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie als auch der Deutsche Industrie- und Handelstag angeben, sich zugewandt, als die Integration der Bundesrepublik in die westliche Militärallianz erörtert zu werden begann. Im Geschäftsjahr 1951/52 hatte der Bundesverband der Deutschen Industrie "Anlaß, sich eingehend mit den Tatsachen und Problemen der jetzigen und künftigen deutschen Verteidigungsbeiträge zu befassen" (4). Und wie die Interessenvertretung der Industrie hat sich auch der Deutsche Industrie- und Handelstag "schon verhältnismäßig früh mit den Fragen der Landesverteidigung befaßt" (5). Worum es dabei ging, scheinen freilich zunächst Fragen recht peripherer Natur gewesen zu sein, die zudem einigermaßen isoliert behandelt worden sein dürften. "Randerscheinungen" wie "etwa Fragen der Requisition und der Priorität für mandatorische Aufträge und deren Honorierung" waren es, die - wie es sich gerade ergab - am Anfang der Entwicklung einer verteidigungswirtschaftlichen Organisation der Spitzenverbände der Wirtschaft standen (6).

Die Leitung der Verbände scheint, wenn sie sich rüstungswirtschaftlicher Fra-

(3) Vgl. hierzu Breitling, a. a. O., S. 84.

(4) Jahresbericht des BDI 1951/52, S. 62.

(5) Alwin Münchmeyer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wirtschaft und zivile Verteidigung, in : Notstandsvorsorge als Aufgabe der Wirtschaft, DIHT-Schriftenreihe, Heft 79, S. 9.

(6) Walter Herrmann, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Der organisatorische Aufbau und die Zielsetzung des BDI, in : Fünf Jahre BDI, a. a. O., S. 107.

gen annahm, Bedürfnissen nachgekommen zu sein, die sowohl im Kreise der Mitglieder entstanden, als auch solchen, die der institutionellen Umgebung entstammten und von außen an die Verbände herangetragen wurden. Daß von der Bundesrepublik bewaffnete Streitkräfte aufgebracht werden sollten, mußte die private Wirtschaft in "persönlicher", "finanzieller" und "wirtschaftlicher" Hinsicht "auf das empfindlichste berühren" (7); die Industrie erwartete, wie der Bundesverband verlauten ließ, "von ihrer Spitzenorganisation, daß sie sich der Rüstungsfragen annimmt" (8) - wobei es ihr offenkundig darum ging, die Interessen der privaten Unternehmungen gewahrt zu wissen. Die Motive, denen die Spitzenverbände dabei Rechnung zu tragen hatten, schlossen neben der Antizipation neuer Belastungen von Anfang an zugleich die Hoffnung auf neue Ertragsquellen ein (9).

Organisationsbedürftige Interessen des politischen Herrschaftssystems scheinen, obwohl ungleich schwieriger dingfest zu machen, die Spitzenverbände um die gleiche Zeit und womöglich in spezifischerer Weise veranlaßt zu haben, Problemen der Rüstungswirtschaft sich zuzuwenden. In Vorbereitung auf die Bildung bewaffneter Streitkräfte begriffen, sahen sich Regierung und Verwaltungsbehörden vielfach vor Aufgaben gestellt, die zu lösen sie auf Sachverständige aus der ehemaligen Organisation der Rüstungswirtschaft angewiesen waren; diese indessen waren nach dem Kriege ebenso wie die militärische Führung aus dem Staatsdienst ausgeschieden und überwiegend in die private Wirtschaft, aus der sie ohnehin weitgehend sich rekrutiert hatten, abgewandert. Wenigstens im Vorstadium der Wiederbewaffnung scheinen die Behörden des Bundes darauf bedacht gewesen zu sein, sich des Sachverständes der Rüstungsexperten über die Spitzenorganisation der privaten Wirtschaft zu versichern, zumal da der Bund über eine eigene regionale und lokale Verwaltungsorganisation nicht verfügte. Die Behörden "liebäugelten", wie berichtet wird, "mit dem Apparat der Industrie- und Handelskammern, der einen von oben bis unten durchgehenden Verwaltungsunterbau darstellt, der den Bundesbehörden fehlt" (10).

Vom Doppelcharakter der Bedürfnisse, auf die die rüstungswirtschaftliche Organisation der privaten Wirtschaft sich gründet, zeugt die Tätigkeit der Verbände im Vorstadium der Wiederbewaffnung. "Entwicklungen, die den berechtigten Interessen der Industrie entgegenlaufen, rechtzeitig zu erken-

(7) Jahresbericht des BDI 1951/52, S. 62.

(8) Walter Herrmann, a. a. O., S. 107.

(9) Vgl. hierzu auch Kapitel I, S. 35 ff.

(10) Interview 23, S. 6.

nen und aufzuzeigen", war vorab der Sinn von Versuchen, "Kontakte zu den Stellen zu gewinnen", die mit der Ausarbeitung des deutschen Militärprogramms beschäftigt waren (11). Die Wünsche der privaten Wirtschaft sind, nachdem Verbindungen mit nationalen und übernationalen Stellen zustande gekommen waren, in Vorschlägen und Gegenvorschlägen niedergelegt und, so scheint es, von den politischen Instanzen auch berücksichtigt worden (12). Zugleich wurden "Verteidigungswirtschaftliche Organe", die um diese Zeit bei beiden Spitzenorganisationen entstanden, den "maßgebenden Stellen" zur Verfügung gestellt und haben diesen, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie versichert, "wertvolle Unterlagen für ihre Entscheidungen geliefert" (13). Interessenvertretung und sachverständige Beratung, die bei den Hauptaufgaben der Spitzenorganisationen in diesem Stadium, gingen ineinander über, wenn etwa der Bundesverband der Deutschen Industrie, zusammen mit dem Bundeswirtschaftsministerium und der Dienststelle des Sicherheitsbeauftragten, Gerätevorführungen und Modellschauen arrangierte (14). Nationale und internationale Behörden erhielten Gelegenheit, sich über Liefermöglichkeiten der deutschen Industrie, Voraussetzung militär- und rüstungspolitischer Planung, zu unterrichten; Kontakte, die sich dabei anbahnten, setzten die Industrie instand, neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Die Vermittlungsfunktionen, die die Verbände hierbei erfüllten, setzten sich fort, indem die Wirtschaftsverbände auch in die Verhandlungen mit ausländischen Interessenten, die sich an die Vorführungen anschlossen, einbezogen wurden (15).

Die Tätigkeit, die die beiden Spitzenverbände rüstungswirtschaftlichen Fragen widmeten, behielt freilich geraume Zeit informellen Charakter. Rüstungswirtschaftliche Angelegenheiten als Ressort in die Organisationsstruktur einzu beziehen, wurde aus verbandsinternen Gründen wie aus Rücksicht auf die politische Entwicklung vorerst vermieden. "Schwerwiegende psychologische Widerstände, herrührend von noch recht frischen Erfahrungen der Unternehmerschaft" (16) waren es, die beide Verbände - den Deutschen Industrie- und Handelstag, wie es scheint, mehr noch als den Bundesverband der Deutschen Industrie - davon abhielten, die Organisation offen in den Dienst der Rüstungsvorbereitungen zu stellen; auf die Einrichtung rüstungswirtschaftlicher Ressorts

(11) Walter Herrmann, a. a. O., S. 107 f.

(12) Vgl. Jahresbericht des BDI 1954/55, S. 197.

(13) Jahresbericht des BDI 1955/56, S. 178.

(14) Vgl. hierzu die Mitteilungen des BDI, 1953-13-6f., und die Jahresberichte des BDI 1953/54, S. 165, und 1955/56, S. 178.

(15) Vgl. hierzu die Mitteilungen des BDI, 1953-15-7f.

(16) Tätigkeitsbericht des DIHT 1955/56, S. 222.

zunächst zu verzichten, schien den Verbänden um so mehr geboten zu sein, als die Verwirklichung der Rüstungspläne lange Zeit im Ungewissen blieb. In der Geschäftsführung des Deutschen Industrie- und Handelstages wurden Fragen der Rüstungswirtschaft seit Anfang der fünfziger Jahre in einem Referat behandelt, dem die Betreuung des unternehmerischen Nachwuchses und die Verbindung zu verschiedenen Bundesbehörden oblag (17). Beim Bundesverband der Deutschen Industrie scheinen die Aufgaben, die sich aus den Vorbereitungen auf die Wiederbewaffnung ergaben, anfangs von der Verwaltungs- und Personalabteilung sowie vom Ausschuß für öffentliches Auftragswesen wahrgenommen worden zu sein (18). Verteidigungswirtschaftliche Gremien wurden von den Verbänden eingerichtet erst, als an der Aufstellung bewaffneter Streitkräfte kein Zweifel mehr bestand. Ihre Gründung war weniger ein katalytisches Motiv der Wiederaufrüstung als vielmehr eine Reaktion auf diese (19). Im Geschäftsjahr 1955/56, nachdem die Pariser Verträge ratifiziert worden waren, hielt der Deutsche Industrie- und Handelstag den Zeitpunkt für gekommen, "die bisher aus wohlervogenen Gründen beobachtete Zurückhaltung aufzugeben" (20) und nahm die "Bildung eines Arbeitskreises für verteidigungswirtschaftliche Fragen in Angriff. Im gleichen Jahr wurde ein Arbeitskreis für Rüstungsfragen, der allerdings schon seit 1953/54 beim Bundesverband der Deutschen Industrie bestanden hatte, in einen Ausschuß für verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten umgewandelt.

Vor die Aufgabe gestellt, Fragen der Rüstungswirtschaft als Ressort in ihre Organisationsstruktur aufzunehmen, handelten die Spitzenverbände der Wirtschaft zwangsläufig unter dem Eindruck von Erfahrungen, die die Rüstungswirtschaftliche Organisation der Kriegsjahre der privaten Wirtschaft eingetragen hatte. Die spezifischen Formen der Kooperation, die sich damals zwischen privater Wirtschaft und politischem Herrschaftssystem ausgebildet hatten, scheinen keineswegs durchweg als negatives Modell perhorresziert worden zu sein. So hat der Bundesverband der Deutschen Industrie wenigstens

(17) Vgl. den Geschäftsverteilungsplan im Tätigkeitsbericht des DIHT 1952/53, S. 265, und Interview 23, S. 2.

(18) Vgl. die Organisations- und Arbeitsberichte in den Jahresberichten des BDI 1951/52 und 1952/53, S. 115 ff. und 179 ff., sowie Walter Herrmann, a. a. O., S. 107-109.

(19) Renate Mayntz hat vorgeschlagen, von "reaktivem Organisationswachstum" zu sprechen, wenn eine Organisation sich im Anschluß an eine in der institutionellen Umgebung schon bestehende Organisationsstruktur ausbildet. Vgl. Soziologie der Organisation, Hamburg 1963, S. 21 f.

(20) Tätigkeitsbericht des DIHT 1955/56, S. 222.

vorübergehend sich bemüht, an die rüstungswirtschaftliche Organisation der Kriegsjahre anzuknüpfen. Maßgebend hierfür mochte gewesen sein, daß der privaten Wirtschaft im Kriege, obwohl in den Dienst der Rüstung gestellt, ein bemerkenswertes Maß an Autonomie eingeräumt worden war. Das Produktionspotential für die militärische Rüstung zu mobilisieren, war Einrichtungen der privaten Wirtschaft, "Hauptausschüssen" und "Industrieringen", übertragen, die - mit quasi-hoheitlichen Befugnissen ausgestattet - als Selbstverwaltungsorgane der privaten Wirtschaft fungierten (21). Daß Auflagen politischer Instanzen in Übereinstimmung mit den Interessen privater Personengruppen gebracht werden, ist am ehesten noch gewährleistet, wo sie von eben diesen Personengruppen "in eigener Regie" ausgeführt werden. Von den Vorzügen der Selbstverwaltung mochte der Bundesverband der Deutschen Industrie sich leiten lassen, wenn er für eine Organisationsform sich entschied, die sich eng an die der dreißiger und vierziger Jahre anlehnte. Die Stelle der Hauptausschüsse schien ein Ausschuß für verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten einnehmen zu sollen; Arbeitsgruppen schienen dazu ausersehen, die Nachfolge der Industrieringe anzutreten. Daß die Interessenvertretung der Industrie auf neue quasi-öffentliche Funktionen reklamierte, bekräftigte ihr Anspruch, Rüstungswirtschaft in eigener Verantwortung zu betreiben.

Die Industrie hat sich mit diesen Gremien ein Instrument geschaffen, das es ihr ermöglicht, die in Verbindung mit einer Aufrüstung auf sie zukommenden Aufgaben in Selbstverantwortlichkeit zu lösen (22).

Ambitionen, die die Verbandsführung der industriellen Interessenvertretung mit der Rekonstruktion der rüstungswirtschaftlichen Organisation verband, scheinen indessen bald aufgegeben worden zu sein. Weder mochte die Verquickung von privater wirtschaftlicher Tätigkeit und öffentlichen Aufgaben im Kreise der Mitglieder ein günstiges Echo gehabt haben, noch scheinen Regierung und Behörden geneigt gewesen zu sein, öffentliche Funktionen zu delegieren. Der Anspruch, eine rüstungswirtschaftliche Selbstverwaltung der Industrie wieder aufleben lassen zu wollen, wurde vom Bundesverband der Deutschen Industrie jedenfalls schon bald mit Nachdruck in Abrede gestellt. Die "Rüstungsgremien des BDI" wollen sich, einem Kommentar der Verbandsführung zufolge, "nicht mit Aufgaben befassen, die in den Bereich der zuständi-

(21) Zur Organisation der deutschen Rüstungswirtschaft im Kriege vgl. Erich Welter, Falsch und richtig planen, Heidelberg 1954, S. 125 f., und Werner Sörgel, Metallindustrie und Nationalsozialismus, Unveröffentlichter Forschungsbericht, Frankfurt 1962, S. 82-93.

(22) Mitteilungen des BDI, 1954 - 1-7.

gen Regierungsstellen fallen"; ihr Anspruch geht nicht weiter, als den "einzelnen Ressorts gegenüber beratende Tätigkeit zu übernehmen" (23). Indem sie sich anheischig machte, "eine solche Fülle von Zubringerarbeit für die Regierungsstellen zu leisten, daß diese darauf verzichten können, zu ihrer Bewältigung eine umfangreiche eigene Apparatur aufzuziehen" (24), stellte die rüstungswirtschaftliche Organisation die Revokation ihrer eigenen Ansprüche zugleich auch in Frage; auf den Traum einer industriellen Interessenvertretung im Schatten quasi-öffentlicher Funktionen scheint der Bundesverband der Deutschen Industrie nie ganz verzichtet zu haben.

Von der Einschränkung ihrer Funktionen blieb die rüstungswirtschaftliche Organisation des Bundesverbandes mit Rücksicht auf ihre formale Struktur vorerst unberührt. Sie besteht auch weiterhin aus einem Ausschuß für verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten und, diesem nachgeordnet, einer Reihe von Arbeitsgruppen. Die Verbandsführung hat es sich, indem sie die Aufgaben beider Gremien charakterisierte, jedoch angelegen sein lassen, deren Begrenzung auf bloß konsultative Funktionen hervorzuheben.

Beratende Mitwirkung bei der Programmierung, insbesondere soweit eine Abstimmung des Rüstungsbedarf gegenüber dem Inlands- und Exportbedarf erforderlich ist;

Beratung bei der Verwirklichung taktisch-technischer Forderungen des Militärs;

Ermittlung vorhandener Fertigungskapazitäten und Beratung bei der Schaffung neuer Fertigungskapazitäten;

Mitwirkung bei der Planung von Investitionen;

Beratung bei der Aufstellung von technischen Liefer- und Abnahmebedingungen;

Beratung bei der Beseitigung von Schwierigkeiten, die sich bei Engpaßmaterialien ergeben können;

Bereitstellung von Sachverständigen auf allen industriellen Gebieten (25).

(23) Jahresbericht des BDI 1954/55, S. 204.

(24) A. a. O.

(25) A. a. O.

Der Ausschuß für verteidigungswirtschaftliche Fragen ist, nachdem er bis 1956 als Arbeitskreis bestanden hatte, den Fachausschüssen gleichgestellt, die zusammengenommen gleichsam das konsultative Föderativorgan des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ausmachen. Er setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen, die die an der Rüstung interessierten Industriezweige repräsentieren. Dem Ausschuß korrespondiert, gewissermaßen als Exekutivorgan, eine Abteilung in der Geschäftsführung des Verbandes, deren Leiter zugleich als Geschäftsführer des Ausschusses fungiert. Die Aufgabenstellung des Ausschusses umfaßt einer oft wiederholten Formulierung zufolge "Grundsatz- und Koordinierungsfragen" (26). Hat er innerhalb des Verbandes die Bedeutung eines Zentrums der Willensbildung in rüstungspolitischen Fragen, so bildet der Ausschuß nach außen hin einen Brückenkopf zu den Spitzen des politischen Herrschaftssystems.

Den Arbeitsgruppen kommt, wenn man sich an die Verlautbarungen des Bundesverbandes halt, im Gegensatz zum Ausschuß, der ein politisches Gremium ist, die Bedeutung von Expertenkommissionen zu. "Sie sind vom Gerät her gebildet und werden je nach Bedarf in Untergruppen und Arbeitskreisen untergliedert" (27). Ihre Gliederung entspricht also den Demarkationslinien der technisch-industriellen Arbeitsteilung. Frühen Äußerungen der Verbandsführung zufolge lag bei ihnen das "Schwergewicht der praktischen Arbeit" (28). Aufgaben, die ihnen zugedacht waren, umfaßten "Fragen, die in Zusammenhang mit der Programmierung, der Entwicklung und Fertigung der einzelnen Geräte auftreten"; allein die Arbeitsgruppen hatten in dieser Hinsicht, wäre es nach der Verbandsführung gegangen, als "Gesprächspartner" der Beschaffungsbehörden fungiert (29).

Einige Bedeutung scheinen die Arbeitsgruppen vorübergehend insofern erlangt zu haben, als sie zur Ausarbeitung sogenannter Vorläufiger Technischer Lieferbedingungen und Technischer Kurzbeschreibungen sowie zur Bearbeitung von Konstruktions- und Prüfungsvorschriften herangezogen wurden (30). Die Arbeitsgruppen waren es, die in diesem Zusammenhang Gerätevorführungen und Modellschauen arrangierten; auch an der Firmenauswahl sollen sie verein-

(26) Vgl. die Jahresberichte des BDI 1953/54, S. 164; 1954/55, S. 203; 1955/56, S. 178; 1956/57, S. 186.

(27) Jahresbericht des BDI 1956/57, S. 186.

(28) Jahresbericht des BDI 1955/56, S. 178.

(29) Jahresbericht des BDI 1961/62, S. 158.

(30) Vgl. Jahresberichte des BDI 1956/57, S. 186 f.; 1957/58, S. 171; und Interview 23, S. 4 f.

zelt mitgewirkt haben (31). Die Hoffnungen, die der Bundesverband mit der Bildung der Arbeitsgruppen verband, scheinen sich jedoch nicht erfüllt zu haben. Die Zahl der Gruppen stieg zwar von anfangs 27 auf über 100 im Jahre 1961, hat sich aber neuerdings beträchtlich verringert (32). Dem Funktionsverlust, der dahinter sich verbirgt, will der Bundesverband durch eine "nützliche Straffung" seiner verteidigungs-wirtschaftlichen Organisation begegnen (33); ihr dürften über kurz oder lang die noch bestehenden Gruppen zum Opfer fallen.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag war es, dem als Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern von vornherein die Position sicher zu sein schien, um die der Bundesverband der Deutschen Industrie vergeblich sich bemühte. Obwohl selbst nur ein Dachverband ohne öffentlich-rechtlichen Status, partizipiert er doch am Nimbus der Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts und steht nicht so sehr wie der Bundesverband der Deutschen Industrie im Verdacht, ein Interessenverband zu sein. Ob in der Tat die Selbstverwaltungsorganisationen der privaten Wirtschaft auf Grund ihres Rechtscharakters von den Interessenorganisationen so wesentlich sich unterscheiden, ist zwar umstritten; Interessenvertretung wird, einer treffenden Formulierung gemäß, als öffentliche Pflicht camoufliert und kommt auf diese Weise in den Genuß eines unverdienten Vorteils konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppen gegenüber (34). Gedeckt durch den Anspruch,

(31) Vgl. Jahresberichte des BDI 1956/57, S. 186 f.

(32) Vgl. die Jahresberichte des BDI 1955/56, S. 178, und 1961/62, S. 158. - Als "Gesprächspartner" der militärischen Beschaffungsbehörden scheinen mehr und mehr Fachverbände, wie etwa der Bundesverband der Deutschen Luftfahrtindustrie, und einzelne Firmen zu figurieren.

(33) "Zur objektiven fachlich-technischen Beratung der Behörden hatte der BDI seinerzeit eine Vielzahl von Arbeitsgruppen geschaffen, die je nach den Gegebenheiten mehr oder weniger häufig eingeschaltet worden sind und anerkanntermaßen fruchtbare Arbeit geleistet haben. Soweit dies auch heute noch der Fall ist, bleiben diese Gremien bestehen. Bei vielen von ihnen jedoch liegen keine Aufgaben mehr vor oder sie können vom zuständigen Fachverband übernommen werden; diese Gremien sollen aufgelöst werden, wodurch die verteidigungswirtschaftliche Organisation eine nützliche Straffung erfahren dürfte." - Jahresberichte des BDI 1962/63, S. 158.

(34) Vgl. Breitling: "Gewöhnlich wird man feststellen können, daß Kammern keine öffentlichen Pflichten haben, die nicht im besten Interesse ihrer Mitglieder wären, ja, daß es ihnen entscheidend zu verdanken ist, wenn solche Interessen als öffentliche Pflichten gelten. Interessenvertretung für das gesamte Organisationsbereich ist ihre öffentliche Pflicht." - A. a. O., S. 87.

das öffentliche Interesse zu vertreten und nicht ein bloß partikulares, dünken sich Industrie- und Handelskammern und mit ihnen ihre Spitzenorganisation jedenfalls qualifiziert, quasi-staatliche Funktionen zu übernehmen und werden von Regierung und Verwaltung auch mit Vorliebe herangezogen, wenn es gilt, hoheitliche Aufgaben zu delegieren. Daß paradoxerweise der Deutsche Industrie- und Handelstag außerordentliche Zurückhaltung wahrte, wo immer es darum ging, rüstungswirtschaftliche Aufgaben zu übernehmen, wird damit in Zusammenhang gebracht werden müssen, daß die allein an der zivilen Produktion interessierten Unternehmer - die "Indifferenten" - in der Selbstverwaltungsorganisation der privaten Wirtschaft ungleich stärker repräsentiert sind als in der Interessenvertretung der Industrie. So hat sich die Leitung des Deutschen Industrie- und Handelstages von Anfang an strikt dagegen verwahrt, ihre verteidigungswirtschaftliche Organisation mit quasi-staatlichen Aufgaben, wozu sie doch prädisponiert schien, ausstatten zu lassen (35).

Oberste Instanz der verteidigungswirtschaftlichen Organisation des Deutschen Industrie- und Handelstages ist der Arbeitskreis für verteidigungswirtschaftliche Fragen. Er ist den Fachausschüssen, den aus Kammerpräsidenten und Kammerngeschäftsführern zusammengesetzten Konsultativorganen des Industrie- und Handelstages, gleichgestellt; als Mitglieder gehören ihm aber, da er mit Bedacht als Arbeitskreis deklariert worden ist, außer Präsidenten und Geschäftsführern auch sachverständige Einzelpersonen an (36). Wie dem Ausschuß für verteidigungswirtschaftliche Fragen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ist dem Arbeitskreis des Deutschen Industrie- und Handelstages eine Ab-

(35) "Regierung und Verwaltung in Bund und Ländern, ganz besonders das Bundeswirtschaftsministerium und die Fachministerien in den Ländern haben infolgedessen immer wieder den Versuch unternommen, den DIHT zur Durchführung staatlicher Maßnahmen heranzuziehen und dem Verband Hoheitsaufgaben zu übertragen ... Dagegen haben wir uns bisher zur Wehr gesetzt. Gegen die Beratung von Staat und Wirtschaft durch die Kammern ist nichts einzuwenden. Die Kammern werden sich aber nicht in den Dienst staatlicher Instanzen pressen lassen und in die Betriebe hineinregieren." - Interview 23, S. 6.

(36) "Was nun den Arbeitskreis für verteidigungswirtschaftliche Fragen anlangt, so haben wir uns von den Fesseln der Satzung freigemacht Präsident Münchmeyer war daran gelegen, die Zugehörigkeit zum Arbeitskreis nicht auf Präsidenten und Geschäftsführer zu beschränken, sondern einen Kreis von Sachverständigen zu gewinnen. Das Gremium, das im Jahre 1956 gebildet wurde, ist daher als Arbeitskreis, nicht als Ausschuß deklariert worden." Interview 23, S. 3.

teilung in der Geschäftsführung der Gesamtorganisation zugeordnet. Dem Arbeitskreis für verteidigungswirtschaftliche Fragen obliegt gemeinsam mit dieser Abteilung das, was in einem Geschäftsbericht des Deutschen Industrie- und Handelstages die "Meinungsbildung" der Organisation in rüstungswirtschaftlichen Angelegenheiten genannt worden ist (37): von den Mitgliedern des Kreises sind Grundsatzserklärungen zur Frage der Rüstungswirtschaft, zur Bedarfsdeckung, zur Zivilverteidigung initiiert und, nachdem die Geschäftsführung sie ausgearbeitet hatte, verabschiedet worden. Arbeitskreis und Geschäftsführung fungieren zugleich, wie die korrespondierenden Einrichtungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie als Verbindungsstellen zu Regierung und Behörden. Im Arbeitskreis kommen regelmäßig Vertreter ziviler und militärischer Regierungsressorts zu Worte; die Geschäftsführung nimmt den Verkehr mit der Verwaltung wahr, wobei als "Korrespondent" das Bundeswirtschaftsministerium vor dem Bundesministerium für Verteidigung rangiert (38).

Die verteidigungswirtschaftliche Organisation des Deutschen Industrie- und Handelstages verfügte bis vor kurzem weder über eine fachliche Untergliederung noch über Pendanten auf regionaler Ebene. Neuerdings erst ist zur Bearbeitung von Fragen der Bevorratung ein "ad-hoc-Ausschuß" gebildet worden (39). Ohne daß zunächst innerorganisatorische Konsequenzen sich daraus ergeben hätten, haben freilich die Industrie- und Handelskammern von früh an Aufgaben wahrgenommen, die in den Zusammenhang der Rüstungswirtschaft gehören. Die Geschäftsführung der Kammern ist von den Mitgliedsfirmen konsultiert worden, wo immer diese von den Folgen der Aufrüstung berührt wurden (40). Die Kammern werden von den Wehrrersatzbehörden als Vertreter der privaten Wirtschaft gehört, wenn es - in sogenannten U.K.-Verfahren - um die Befreiung Wehrpflichtiger vom Wehrdienst geht (41). Konsultative Aufgaben haben die Kammern vor allem im Zusammenhang mit dem zivilen Bevölkerungsschutz übernommen, ohne sich freilich darauf einzulassen, hier als Selbstverwaltungsorgane quasi-staatliche Aufgaben zu übernehmen (42). Daß damit begonnen worden ist, "Arbeitskreise für verteidigungs-

(37) Vgl. Tätigkeitsbericht des DIHT 1957/58, S. 257.

(38) Vgl. Interview 23, S. 11.

(39) Vgl. Tätigkeitsbericht des DIHT 1962, S. 201.

(40) Vgl. die Tätigkeitsberichte des DIHT 1950/51, S. 62, und 1957/58, S. 258.

(41) Vgl. Tätigkeitsberichte des DIHT 1955/56, S. 227; 1956/57, S. 236 f.; 1960/61, S. 154; Interview 21, S. 6.

(42) Vgl. Tätigkeitsberichte des DIHT 1955/56, S. 226 f. und 248 ff.; 1956/57, S. 238; 1959/60, S. 189; 1960/61, S. 152 und 158 f.; 1962, S. 199.

gungswirtschaftliche Fragen bei den Industrie- und Handelskammern zu konstituieren" (43) zeigt an, daß die Akkumulation verteidigungswirtschaftlicher Aufgaben auf regionaler Ebene zur Formalisierung der Verbandstätigkeit zwingt.

Mit den Industrie- und Handelskammern aufs engste verbunden sind Vermittlungsinstanzen zwischen militärischen Beschaffungsbehörden und privater Wirtschaft: die Landesauftragsberatungsstellen. Obwohl formal unabhängig, können sie als eine Art Untergliederung der verteidigungswirtschaftlichen Organisation des Deutschen Industrie- und Handelstages gelten; Verbandsfunktionäre sprechen von ihnen als von ihrer "frontnahen Organisation" (44). Die spezifische Funktion der Auftragsberatungsstellen liegt darin beschlossen, daß sie eine Defizienz des Marktes zu kompensieren beanspruchen: Vermittlungsinstanzen zwischen Beschaffungsbehörden und privater Wirtschaft, springen sie ein, wo der Marktmechanismus als Transmission zwischen öffentlichen Auftraggebern und Lieferanten versagt oder - aus welchen Gründen immer - nicht in Anspruch genommen wird. Daß es die Wiederaufrüstung war, die dem System der Landesauftragsberatungsstellen zu einer Wiederauferstehung verhalf, zeigt an, daß - wenigstens zunächst - ein Markt für Güter des militärischen Bedarfs noch nicht sich herausgebildet hatte (45). Administrative Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage tendiert freilich zugleich, indem sie Lieferanten, die auf dem Markt keine Chancen hätten, zur Beteiligung an öffentlichen Aufträgen verhilft, die Suspension des Marktmechanismus zu perpetuieren. Aufgaben und Ziele der Landesauftragsberatungsstellen reflektieren deren Zwischenstellung zwischen Verkehrs- und Zentralverwaltungswirtschaft.

Im einzelnen sollten die Landesauftragsberatungsstellen folgende Aufgaben haben:

- a) Beobachtung der regionalen Streuung der Aufträge;
- b) Feststellung von unterschiedlichen Ausnutzungen der vorhandenen Kapazitäten in den einzelnen Gebieten und Vorschläge zu ihrer besseren Ausnutzung bei einer künftigen Auftragsvergabe;

(43) Tätigkeitsbericht des DIHT 1962, S. 202.

(44) Vgl. Interview 23, S. 7 - Zur Geschichte der Auftragsberatungsstellen, die auf den ersten Weltkrieg zurückgeht, vgl. Erich Welter, Der Staat als Kunde, S. 272-276.

(45) Die Vermittlungstätigkeit der Landesauftragsberatungsstellen beschränkt sich heute im wesentlichen auf die Sphäre des militärischen Bedarfs und könnte auch hier, nach Ansicht eines Kritikers, "möglicherweise zur gleichen Bedeutungslosigkeit herabsinken wie bei anderen Verwaltungen oder gar bei der Erteilung der Aufträge von Bahn oder Post". Vgl. Erich Welter, a. a. O., S. 276, und Interview 23, S. 10.

- c) Geltendmachung der besonderen Bedürfnisse der Notstandsgebiete;
- d) Unterstützung bei der Durchführung von Maßnahmen, die sich bei Neuausbau von Kapazitäten sowie bei Rationalisierungsmaßnahmen ergeben;
- e) Unterstützung bei der Überwindung von Engpässen, soweit dies nur auf regionaler Ebene erfolgen kann (z. B. Energie);
- f) Auskunfterteilung an die Firmen des Bezirks und Beschaffungsstellen (46).

Landesauftragsberatungsstellen sind bereits Anfang der fünfziger Jahre - in Antizipation einer Expansion des öffentlichen Auftragwesens im Gefolge des EVG-Vertrages - auf Betreiben der Industrie- und Handelskammern gebildet worden (47). Ihr Status variiert von Land zu Land. Als Träger fungieren jedoch im allgemeinen die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern, nur vereinzelt auch die regionalen Interessenvertretungen der Industrie (48). Die Spitzenorganisation der Auftragsberatungsstellen, die Ständige Konferenz der Landesauftragsberatungsstellen, hat ihren Sitz bei der Geschäftsführung des Deutschen Industrie- und Handelstages und scheint mit dieser aufs engste zu kooperieren (49).

Daß die Spitzenverbände der privaten Wirtschaft ihre verteidigungswirtschaftlichen Organisationen als Parallelaktionen und zum Teil als Konkurrenzunternehmen ausgebildet haben, kontrastiert merkwürdig mit ihrem ursprünglichen Entschluß, eine einheitliche Organisation zur Bearbeitung verteidigungswirtschaftlicher Fragen ins Leben zu rufen. Ein Abkommen, das der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Deutsche Industrie-

(46) Tätigkeitsbericht des DIHT 1953/54, S. 121.

(47) Vgl. Tätigkeitsbericht des DIHT 1953/54, S. 120 f., und Welter, a. a. O.

(48) Zwischen dem Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, dem Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels und dem Deutschen Industrie- und Handelstag ist 1953 eine Vereinbarung über Einrichtung und Aufgaben von Auftragsberatungsstellen getroffen worden. Die Landesorganisationen des BDI haben aber, wie Welter berichtet, die Beteiligung an diesen Stellen verschiedentlich abgelehnt. Verbandsfunktionäre des DIHT wollen wissen, daß die "frontnahe Organisation" ihres Verbandes dem BDI "ein Dorn im Auge" ist. Vgl. Tätigkeitsbericht des DIHT 1953/54, S. 121; Welter, a. a. O., S. 274 (Fußnote 4).

(49) Vgl. Welter, a. a. O., S. 275, und Interview 23, S. 7.

und Handelstag, der Gesamtverband des Groß- und Außenhandels und der Zentralverband des Deutschen Handwerks schon 1953 abgeschlossen hatten, besagte, daß die Vertretung der privaten Wirtschaft in Angelegenheiten der Rüstungswirtschaft - die sogenannte "Federführung" - dem Bundesverband der Deutschen Industrie übertragen werden sollte (50). Der Arbeitskreis des Bundesverbandes, die verteidigungswirtschaftliche Abteilung in dessen Geschäftsführung und die Arbeitsgruppen hätten danach, unter Einschluß von Vertretern der Partnerverbände, als Gesamtorganisation der privaten Wirtschaft in Rüstungsfragen gelten müssen. Daß dem Bundesverband die Rolle eines Sprechers der gesamten Wirtschaft eingeräumt wurde, ist damit begründet worden, "daß kommende Rüstungsaufträge zu einem überragenden Prozentsatz die Industrie beanspruchen würden" (51). Die Bereitschaft des Deutschen Industrie- und Handelstages, den Bundesverband als Stimme "der Wirtschaft" anzuerkennen, scheint freilich schon früh von Vorbehalten getrübt gewesen zu sein.

In der erwähnten Übereinkunft wurde dem Bundesverband der Deutschen Industrie die Federführung übertragen, wobei die Überlegung geltend war, daß kommende Rüstungsaufträge zu einem überragenden Prozentsatz die Industrie beanspruchen würden. ... Wir glauben, diesen Weg weiter verfolgen zu sollen, selbst dann, wenn erklärlicherweise manchmal beträchtliche Meinungsverschiedenheiten auszugleichen sein werden (52).

Die Übereinkunft der Verbände scheint bald nach Beginn der Wiederaufrüstung hinfällig geworden zu sein. Gemeinsame Sitzungen der Verbandsvertreter haben, spätestens seit der Industrie- und Handelstag einen eigenen Arbeitskreis bildete, nicht mehr stattgefunden; Arbeitskreis und Arbeitsgruppen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie fungieren als verteidigungswirtschaftliche Organisation allein der Industrie (53). Was im Schisma der verteidigungswirtschaftlichen Organisation der privaten Wirtschaft sich ausdrückt, sind Differenzen mit Rücksicht auf die Funktion der Verbände im Zusammenhang mit der Rüstung; mindestens ebenso sehr spiegeln sich darin allerdings Unterschiede in der Interessenlage der Mitglieder und, damit in Zusammenhang, konfligierende wirtschaftspolitische

(50) Vgl. Tätigkeitsbericht des DIHT 1955/56, S. 222 f., und den Jahresbericht des BDI 1954/55, S. 203.

(51) Tätigkeitsbericht des DIHT 1955/56, S. 223.

(52) A. a. O.

(53) Vgl. Interviews 21, S. 12, und Interview 23, S. 5-8.

Vorstellungen (54). Daß das Abkommen der Verbände bis heute nicht gekündigt worden ist und daß vom Bundesverband der Deutschen Industrie der Anschein erweckt wurde, er habe auch weiter die Gesamtvertretung der privaten Wirtschaft inne, erklärt sich dadurch, daß die beteiligten Verbände den Eklat vermeiden wollen, den das Eingeständnis der Spaltung in der Öffentlichkeit hervorrufen würde (55). Eine Art Arbeitsteilung scheint sich freilich, ohne daß es darüber zwischen den Verbänden zu einer formellen Übereinkunft gekommen wäre, neuestens insofern angebahnt zu haben, als der Deutsche Industrie- und Handelstag seine Aufmerksamkeit zunehmend Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes zuwendet, der Bundesverband der Deutschen Industrie sich aber weiterhin primär mit den wirtschaftlich relevanten Konsequenzen der Rüstung befaßt (56).

Verbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag üben in einer pluralistisch strukturierten Gesellschaft eine Reihe sozialer Funktionen aus, von denen die Stabilität des politischen Herrschaftssystems in entscheidender Weise abhängig ist (57). Politische Herrschaft ist, sofern sie nicht auf purer Gewalt beruht, darauf angewiesen, daß ihr eine Koalition gesellschaftlich relevanter Interessen als

(54) Ablehnung haben beim DIHT vor allem die Bemühungen des BDI hervorgerufen, die verteidigungswirtschaftliche Organisation der privaten Wirtschaft nach dem Modell der Organisation der Rüstungswirtschaft im Kriege als Selbstverwaltungseinrichtung zu begründen. Vgl. hierzu Interview 23, S. 4. - Der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag differieren, was die allgemeine Wirtschaftspolitik angeht besonders in der Frage der Wettbewerbsordnung.

(55) Vgl. Interview 23, S. 5.

6) Vgl. etwa den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages in seinem Vortrag über Wirtschaft und zivile Verteidigung, a. a. O., und Interview 21, S. 9 f. Charakteristischerweise rangieren Fragen der Zivilverteidigung in den Tätigkeitsberichten des DIHT seit 1961 vor Fragen der militärischen Rüstung.

(57) Zur Funktion der Verbände als Stabilisatoren des politischen Herrschaftssystems vgl. vor allem Renate Mayntz, a. a. O.; Breitling, a. a. O.; Theodor Eschenburg, *Herrschaft der Verbände*, Stuttgart 1955; Deutsch und Edinger, a. a. O.; Hartmann, a. a. O. - Welche Rolle den Verbänden im Rahmen der Landesverteidigung zukommt, findet sich bei Samuel P. Huntington und bei Klaus Knorr angedeutet. Vgl. Huntington, *The Common Defense*, Abschnitt IV: *The Great Equation*, S. 197-283, und Knorr, *The War Potential of Nations*, S. 76 ff.

Basis zur Verfügung steht. Daß eine solche Interessenkoalition zustande kommt und auf Dauer gestellt wird, hat zur Voraussetzung, daß zwischen den partikularen Interessen der sie konstituierenden Gruppen und kritischen Entscheidungen staatlicher Politik ein gewisser Zustand der Übereinstimmung - Konsensus - sich herausbildet. Die Verbände, Zusammenschlüsse von Bevölkerungsgruppen mit spezifisch gelagerten partikularen Interessen, sind es, von denen dieser Prozeß wechselseitiger Anpassung wesentlich besorgt wird. Eine der kritischen Zonen politischer Willensbildung, die auf den Konsensus der je herrschenden Interessenkoalition in besonderem Maße angewiesen ist, wird zweifellos durch die Militär- und Rüstungspolitik konstituiert. Das Militär- und Rüstungsprogramm der Regierung, soweit es wirtschaftspolitisch relevant ist, abzustimmen mit den Wünschen und Interessen der privaten Wirtschaft, darin liegt die gesellschaftlich relevante Aufgabe der verteidigungswirtschaftlichen Organisation der wirtschaftlichen Spitzenverbände beschlossen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag fungieren, indem sie durch ihre verteidigungswirtschaftlichen Organisationen in mannigfacher Weise zwischen den Ressorts der Bundesregierung und der privaten Wirtschaft vermitteln, als Agenturen sozialer Integration (58).

Die Spitzenverbände der privaten Wirtschaft agieren, auch soweit sie sich rüstungswirtschaftlichen Angelegenheiten widmen, primär als Interessenvertretung. Durch ihre verteidigungswirtschaftliche Organisation trachten sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie wie der Deutsche Industrie- und Handelstag, das Rüstungsprogramm der Bundesregierung im Sinne der Wünsche und Interessen der business community zu beeinflussen. Indem sie darauf angelegt ist, in der Sphäre der Militär- und Rüstungspolitik Übereinstimmung zwischen politischer Führung und privater Wirtschaft herbeizuführen, involviert indessen auch die elementarste Funktion der Verbände einen Beitrag zur Integration des politischen Herrschaftssystems.

- (58) Vgl. Knorr: "Organized groups help the individual to satisfy his interests. Political parties and organizations of economic interest mediate between him and other groups and the government. The degree of identification with these groups which this mediating function requires puts such organizations in a position to influence the individual choices of action in wartime mobilization." - A. a. O., S. 76. - Die in diesem Zusammenhang relevanten Funktionen der Verbände hat Heinz Hartmann wie folgt umschrieben: "The Verbände, as the Germans call these associations, are interest groups with consultative functions and, occasionally, binding powers." - A. a. O., S. 208.

Dem BDI fiel hierbei die Aufgabe zu, die im Zusammenhang mit der Rüstung entstehenden Fragen in ihrer Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft zu prüfen und Entwicklungen, die den berechtigten Interessen der Industrie entgegenlaufen, rechtzeitig zu erkennen und aufzuzeigen. Er hat es für seine Pflicht gehalten, seine Meinung zu den wesentlichen Fragen - gegebenenfalls mit dem nötigen Nachdruck - zu äußern (59).

Daß es die Sonderinteressen einer gesellschaftlichen Minderheit sind, die sie vertreten, wird von den Spitzenverbänden der Wirtschaft freilich nur ungern eingestanden. Sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie als auch der Deutsche Industrie- und Handelstag berufen sich, wenn sie sich zu Worte melden, mit Vorliebe darauf, nicht aufs "eigennützige Gruppen- oder Verbandsinteresse", sondern auf das Wohl des gesamten Volkes" bedacht zu sein (60). Daß gesamtgesellschaftliche Interessen hervorgekehrt werden, wenn es darum geht, partikulare Interessen durchzusetzen, ist oft genug als charakteristisches Merkmal der Ideologie von Interessenverbänden identifiziert worden (61). Ob das Gruppeninteresse, das stets Kern der Verbandsforderungen sein wird, mit dem des Ganzen sich deckt, wird nur an Hand der Sache, um die es jeweils geht, auszumachen sein (62).

Die Mittel, derer die verteidigungswirtschaftliche Organisation der Verbände sich bedient, um den Forderungen der privaten Wirtschaft Gehör zu verschaffen, stimmen im wesentlichen mit dem aus der Tätigkeit von Interessenverbänden hinlänglich bekannt Instrumentarium überein. Grundsatzserklärungen sind von Verbänden vor allem im ersten Stadium der Wiederaufrüstung abgefaßt worden, als es galt, die allgemeinen Bedingungen für die Kooperation der privaten Wirtschaft zu fixieren. Auf die laufende politische Willensbildung Einfluß zu nehmen, ist die Intention von Memoranden, Ein-

(59) Jahresbericht des BDI 1955/56, S.178.

(60) Jahresbericht des BDI 1955/56, S.185.

(61) Vgl. etwa Knorr, a. a. O., S. 77.

(62) Zweifelhaft ist, ob der Prozeß politischer Willensbildung in einer pluralistischen Gesellschaft mit dem Begriff des Gemeinwohls überhaupt sich verträgt. Was als Resultat der Interaktion partikularer Interessen sich jeweils herausstellt, entspricht weder dem hypothetischen Interesse des Ganzen noch einer rationalen Entscheidung im Sinne dessen, was sachlich richtig wäre, sondern vielmehr einem stets prekären Gleichgewicht zufällig sich arrangierender Kräfte. Vgl. hierzu Dahl und Lindblom, *Politics, Economics, and Welfare*, New York 1953; Huntington, a. a. O., S.166-174.

gaben und Gesetzesentwürfen (63). Schriftlich fixierte Forderungen werden ergänzt und gehen teils zusammen mit persönlichen Kontakten zwischen den Mitgliedern der verteidigungswirtschaftlichen Organisation und Vertretern von Regierung und Verwaltung (64). Als Hauptadressaten - "Korrespondenten" - der Forderungen, die vom Ausschuß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und vom Arbeitskreis des Deutschen Industrie- und Handelstages vertreten werden, figurieren das Bundesverteidigungs- und das Bundeswirtschaftsministerium; das Innen-, das Ernährungs-, das Verkehrs- und das Wohnungsbauressort, soweit es um den zivilen Bevölkerungsschutz geht; nachgeordnete Verwaltungsbehörden wie das Amt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz; die politischen Parteien und die einschlägigen Fachausschüsse des Parlaments (65). Infolge der Verschränkung von nationaler und supranationaler Militärorganisation haben neuerdings auch Kontakte mit der Organisation des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union einige Bedeutung erlangt (66).

Ihre Forderungen durchzusetzen, sind die Verbände darauf angewiesen, von ihren "Korrespondenten" als legitime Repräsentanten der privaten Wirtschaft anerkannt zu werden. Sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie als der Deutsche Industrie- und Handelstag waren darauf bedacht, sich des "Agrément" durch die institutionelle Umgebung zu versichern und ihre Verbindungen zu Ministerien und Verwaltungsbehörden zu formalisieren. Das Recht, gehört und "eingeschaltet" zu werden, der Anspruch, an politischen Entscheidungen mitzuwirken, gehören zu den ständig wiederkehrenden Forderungen in den Geschäftsberichten der beiden Organisationen (67). Die Intention, die eigene Rolle als Vertretung der privaten Wirtschaft in ständigen Gremien institutionalisiert zu sehen, ist freilich nur sehr vereinzelt in Erfüllung gegangen (68). Der Plan, einen erweiterten Bundesverteidi-

-
- (63) Vgl. hierzu Angaben über ein Memorandum über verteidigungswirtschaftliche Fragen im Jahresbericht des BDI 1955/56, S. 184, und eine Ausarbeitung über Grundsatzfragen der Deckung des Bedarfs der Streitkräfte im Geschäftsbericht des DIHT 1956/57, S. 228, sowie die Verzeichnisse über Eingaben des BDI in den Jahresberichten des Verbandes.
- (64) Vgl. die Jahresberichte des BDI 1956/57, 187 f.; 1957/58, S. 171; und Interview 23, S. 13 f.
- (65) Vgl. hierzu gleichfalls die Verzeichnisse über Eingaben des BDI und Interview 23, S. 11.
- (66) Vgl. Jahresbericht des BDI 1957/58, S. 171.
- (67) Vgl. etwa die Jahresberichte des BDI 1957/58, S. 171; 1962/63, S. 158.
- (68) Der DIHT ist in einem Ausschuß vertreten, der auf Grund des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung beim Bundeswirtschaftsministerium eingerichtet worden ist.

gungsrat zu schaffen, in dem die private Wirtschaft neben anderen Gesellschaftsorganisationen hätte vertreten sein sollen, ist über das Planungsstadium nicht hinausgediehen (69).

Ihre Rolle als Vermittlungsinstanz zwischen Staat und privater Wirtschaft versuchen die Verbände gern zu legitimieren, indem sie auf Leistungen verweisen, die sie der Regierung und Verwaltung abnehmen; die öffentlichen Verwaltungen würden durch die Organisationen der privaten Wirtschaft in der Ausübung öffentlicher Aufgaben "entlastet" (70). Leistungen hervorzukehren, die im öffentlichen Interesse ausgeübt werden, hat freilich häufig keinen anderen Sinn als den, die Tätigkeit als Interessenverband zu verschleiern. Die Funktion, auf die die Verbände damit sich berufen, fällt gleichwohl nicht so ohne weiteres mit der der Interessenvertretung zusammen. Management und Expertenstab der Verbände haben in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung politischer Organisation vielfach die Aufgabe einer Mit- und Nebenverwaltung übernommen, die die staatlichen Behörden in der Ausführung ihres Auftrags zu ergänzen oder gar zu ersetzen bestimmt sind. Daß private Organisationen in den Dienst der öffentlichen Verwaltung treten, ist bekannt aus der Tätigkeit vor allem der großen Geschädigtenorganisationen. Ein objektives Bedürfnis, die Dienste autonomer gesellschaftlicher Organisationen in Anspruch zu nehmen, bestand auf Seiten von Regierung und Verwaltung zunächst aber auch, als es galt, die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte in Angriff zu nehmen. Daß hier vorübergehend öffentliche Aufgaben auf halböffentliche und private Organisationen übertragen wurden, war vor allem dadurch bedingt, daß es an einer Verwaltungsbürokratie, die die neu sich stellenden Aufgaben hätte lösen können, vorläufig fehlte.

Schwer zu lösen ist bis auf den heutigen Tag die Frage der Gewinnung eines sachverständigen, zuverlässigen und für die speziellen Aufgaben der Beschaffung geschulten Personals, zumal die vielen auf diesem Gebiet bis 1945 tätigen Fachkräfte teils überaltert, teils von der freien Wirtschaft aufgesogen sind (71).

Quasi-öffentliche Aufgaben, die die Wirtschaftsverbände im Vorstadium

(69) Vgl. hierzu Interview 23, S. 14.

(70) Vgl. hierzu Breitling, a. a. O., S. 86 f., und Hartmann, a. a. O., S. 234.

(71) Christian Krull, Kritische Bemerkungen zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland, Finanzarchiv, N. F., Band 19, Heft 1, 1959, S. 166. - Beachtung verdient, daß die verteidigungswirtschaftlichen Organisationen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages und auch einige Landesauftragsberatungsstellen mit Funktionären besetzt sind, die als ehemalige Militärs, Rüstungsexperten und Ministerialbeamte sowohl über den notwendigen Sachverstand als auch über Verbindungen zum Establishment verfügen.

der Wiederbewaffnung erfüllten, dienten im wesentlichen dem Zweck, Regierung und Verwaltung mit der Leistungsfähigkeit des deutschen Produktionspotentials vertraut zu machen. Gelegenheit hierzu boten die vom Bundesverband der Deutschen Industrie veranstalteten Gerätevorführungen und Modellschauen. Obwohl nur anfangs von einiger Bedeutung, enthielten diese Vermittlungsdienste doch keimhaft Aufgaben, die die Verbände auf Jahre und teils bis auf den heutigen Tag beschäftigt haben. Vom Bundesverband der Deutschen Industrie und seinen Arbeitsgruppen ist die Ausarbeitung technischer Lieferbedingungen, von den Industrie- und Handelskammern durch die Landesauftragsberatungsstelle die Auswahl lieferfähiger Firmen übernommen worden. Beide Dienste qualifizierten die Verbände und ihre Untergliederungen, wenngleich innerhalb eines sehr begrenzten Funktionsspielraums, als Mit- und Nebenverwaltung auf dem Gebiet der Verteidigungswirtschaft.

Mit solchen peripheren Aufgaben nicht zufrieden, waren sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie als auch der Deutsche Industrie- und Handelstag, wenn auch mit verschiedenem Nachdruck und voneinander abweichender Zielsetzung, darauf bedacht, ihre quasi-öffentlichen Funktionen auszuweiten und zu formalisieren. "Zubringerdienste", wie sie der Industrieverband zur Verfügung zu stellen sich anerbote, zielten erklärtermaßen darauf ab, es den "Regierungsstellen" zu ersparen, "eine umfangreiche eigene Apparatur aufzuziehen." (72); staatliche Verwaltung und die Organisation der privaten Wirtschaft sich wechselseitig durchdringen zu lassen, war die Intention des Deutschen Industrie- und Handelstages, wenn er "enger sachlicher Zusammenarbeit" zwischen beiden und "einem personellen Austausch" das Wort redete (73). Wäre es nach dem Bundesverband der Deutschen Industrie gegangen, so wäre darüber hinaus dessen quasi-öffentliche Funktion in "festen Verteidigungsbeiräten" institutionalisiert worden, die sich aus Repräsentanten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Bundesverbandes zusammengesetzt hätten (74). Den Bundesverteidigungsrat - unter "Hinzuziehung von Sachverständigen der Industrie" - zu erweitern, ein Gedanke des zweiten Bundesverteidigungsministers, scheint vom Bundesverband der Deutschen Industrie nur allzu bereitwillig befürwortet worden zu sein (75).

(72) Jahresbericht des BDI 1954/55, S. 204.

(73) Vgl. Tätigkeitsbericht des DIHT 1955/56, S. 228.

(74) Vgl. Jahresbericht des BDI 1957/58, S. 170.

(75) Vgl. Jahresbericht des BDI 1955/56, S. 184; und Interview 23, S. 14.

Die Aufgaben, die die verteidigungswirtschaftliche Organisation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages gleichsam als Hilfsorgan der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, haben sich, allen Bemühungen der Verbandsführungen zum Trotz, indessen eher verringert als erweitert. Mehr noch als der latenten Opposition in den Verbänden selbst ist die Rückentwicklung, die darin sich abzeichnet, einem Einstellungswandel bei Regierung und Behörden zuzuschreiben. Die öffentliche Verwaltung kann in dem Maße, in dem eine eigene Beschaffungsorganisation sich ausgebildet hat, der Dienste der verteidigungswirtschaftlichen Organisation der Verbände entraten; daß sie die Ausführung öffentlicher Aufgaben durch die Verbände rückgängig zu machen bestrebt sind, motivieren Vertreter der öffentlichen Verwaltung damit, daß die Verbände, zumal der Bundesverband der Deutschen Industrie, nie darauf verzichtet hätten, die Ausübung quasi-öffentlicher Aufgaben mit ihrer primären Zielsetzung, Interessen durchzusetzen, zu verquicken (76). Von den Verbänden benannte Sachverständige werden heute, soweit ihre Dienste noch in Anspruch genommen werden, durch die öffentlichen Stellen, die sich ihrer bedienen, unmittelbar verpflichtet und obliegen ihren Aufgaben im Rahmen eines fest umschriebenen Pflichtenkreises unter der Kontrolle ihres Auftraggebers (77). Die verteidigungswirtschaftliche Organisation der Verbände hat, was die Aufgaben der Mit- und Nebenverwaltung angeht, einen Funktionsverlust hinnehmen müssen (78).

Verfehlt wäre es, die Verbandspolitik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages als bloße Funktion der Interessen zu begreifen, um derentwillen sie ins Leben gerufen wurden. Die Zielsetzungen der Verbände treten, indem die Verbandsführungen als Vermittlungsinstanzen zwischen Mitgliedern und politischen Herrschaftssystem sich etablieren, wenigstens partiell in Gegensatz zur Interessenbasis der Verbände. Was darin sich ausdrückt: daß gesellschaftliche Organisation als Mittel gegenüber den Zwecken, die zu verwirklichen sie ursprünglich bestimmt war, sich zu verselbständigen tendiert, ist als entscheidendes Charakteristikum des modernen Verbandswesens festge-

(76) Vgl. Interview 22, S. 20 f.

(77) Vgl. Interview 22, S. 21.

(78) Vgl. weiter oben, S. 56 f., - Vermutet werden kann, daß auch die Landesauftragsberatungsstellen Aufgaben, die ihnen im Anfangsstadium der Wiederbewaffnung zugefallen waren, zum Teil wieder eingeübt haben. Vgl. Welter, a. a. O., S. 276. und weiter oben Fußnote 45.

halten worden (79). Die Tendenz der Verbandspolitik, von ihrer Basis sich abzulösen und die Interessen der Mitglieder, anstatt von ihnen bestimmt zu werden, zum Gegenstand und Material werden zu lassen, ist freilich in der Funktion der Interessenvertretung selbst angelegt. Um ihrer Aufgabe als Interessenvertretung wirksam nachkommen zu können, ist die Verbandsführung darauf angewiesen, die recht diffusen Interessen, die auf dem Grunde der Verbandsentwicklung liegen, zu artikulieren und in einheitliche Verbandsziele umzusetzen. Darin allein schon liegt, wie mit Recht hervorgehoben worden ist, ein "Moment an Entfremdung" beschlossen (80). Eine Verkehrung im Verhältnis von Verbandspolitik und Mitgliederinteressen tritt vollends dadurch ein, daß die Verbandsführung, auf ihre Legitimierung gegenüber staatlichen Instanzen bedacht, die Zielsetzung des Verbandes mit dem "Gemeinwohl" abzustimmen trachtet. Am öffentlichen Interesse sich orientieren zu müssen, bleibt, obwohl damit zunächst nicht mehr impliziert sein mag als eine bloße Rechtfertigung partikularer Interessen, nicht ohne Rückwirkungen auf die Verbandspolitik und zieht tendenziell eine Manipulation der Mitgliederinteressen im Sinne des Gemeinwohls oder dessen, was dafür gehalten wird, nach sich (81). Die "Volksgemeinschaft" auf die die Verbände, ihrer "staatspolitischen Rolle" eingedenk, sich berufen, mag sich bei genauerer Prüfung als gleichbedeutend herausstellen mit dem, was im Systeminteresse der business community, wenn auch nicht notwendig in dem der einzelnen Unternehmer, liegt (82). Gleichwohl nehmen die Verbände, indem sie ihre Mitglieder aufs vermeintliche Gemeinwohl vereidigen, einen eigentümlichen Doppelcharakter an. Instrumente partikularer Interessen gegenüber dem politischen Herrschaftssystem, fungieren sie zugleich auch als dessen Relaisstationen.

"Gesamtgesellschaftlichen" Verpflichtungen kamen die beiden Verbände nach, wenn sie die Militär- und Rüstungspolitik der Bundesregierung ihren Mitgliedern gegenüber zu rechtfertigen bestrebt waren. "Die Wiederaufrüstung" war, wie der Deutsche Industrie- und Handelstag in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1955/56 zu verstehen gab, "eine staatspolitisch notwen-

(79) Vgl. hierzu Theodor W. Adorno, Individuum und Organisation, in: Darmstädter Gespräch 1953, Darmstadt 1954, S. 22 f.; und Manfred Teschner, Entwicklung eines Interessenverbandes, Frankfurter Dissertation 1961, S. 104 ff.

(80) Teschner, a. a. O., S. 104.

(81) Teschner, a. a. O., S. 108.

(82) Vgl. Wilhelm Beutler, Hauptgeschäftsführer des BDI, Die Aufgaben des Spitzenverbandes der Industrie, in: 5 Jahre BDI, a. a. O., S. 17-19.

dige Maßnahme" (83). Die Mitglieder vom staatspolitisch Notwendigen zu überzeugen, war der wesentliche Inhalt der Tätigkeit, die die Verbände, auf ihre staatsbürgerliche Verantwortung bedacht, entfalteten. So verwandte etwa der Deutsche Industrie- und Handelstag vor allem in Frühstadium der Wiederbewaffnung große Mühe darauf, Mißtrauen zu zerstreuen, mit dem man im Unternehmerlager der Wiederauferstehung einer militärischen Beschaffungsorganisation begegnete.

Der DIHT ist kraft seiner ständigen Zusammenarbeit mit allen in Frage kommenden Stellen der festen Auffassung, daß derartige Befürchtungen unbegründet sind; er konnte durchweg feststellen, wie dankbar die Vertreter der zuständigen Behörden für jeden Kontakt mit den Vertretern der Wirtschaftsorganisationen waren und wie groß die Bereitschaft war, auf alle von unserer Seite vorgebrachten Wünsche und Anregungen einzugehen (84).

Neben der latenten Opposition und der Indifferenz, die die öffentliche Meinung im Unternehmerlager weithin kennzeichneten, galt die Einflußnahme der Verbandsführung auf die Mitglieder freilich auch der Rüstungsspekulation - der Verkörperung der "producer attitude". Warnen zu müssen glaubte der Deutsche Industrie- und Handelstag "vor Spekulationen über das Rüstungsgeschäft, ... die in steigendem Auftragseingang, Vorratskäufen und steigenden Preisen zum Ausdruck" kamen (85); auf ihre "große Verantwortung" hingewiesen wurden aber auch "... die nach den billigsten Preis kalkulierenden Anbieter ... schon im Hinblick auf die Propaganda unserer östlichen Nachbarn, die westdeutsche Wirtschaft wolle 'am Blut des deutschen Soldaten' verdienen" (86). Seit die latente Opposition im Unternehmerlager sich verloren hat, fungiert die verteidigungswirtschaftliche Organisation der beiden Verbände als Umschlagstelle dessen, was in der Terminologie des Bundesverteidigungsministeriums Psychologische Rüstung genannt wird. Vorträge hoher Militärs und Regierungsbeamter vor den verteidigungswirtschaftlichen Gremien beider Verbände dienen dazu, deren Mitglieder für die Militär- und Rüstungspolitik der Bundesregierung zu gewinnen (87). Die Verbreitung der in den Spitzengremien der Verbände geführten Grundsatzdiskus-

(83) Tätigkeitsbericht des DIHT 1955/56, S. 228.

(84) Jahresbericht des BDI 1955/56, S. 223 f.

(85) Jahresbericht des BDI 1954/55, S. 202

(86) Tätigkeitsbericht des DIHT 1955/56, S. 255.

(87) Vgl. die Tätigkeitsberichte des DIHT 1959/60, S. 182, 1960/61, S. 185 f.; 1962, S. 201; und Interview 23, S. 12.

sionen besorgen die verteidigungswirtschaftlichen Abteilungen über das Nachrichtensystem der Verbände (88). Besuche ausgewählter Unternehmergruppen bei den Stäben der nationalen und übernationalen Militärorganisationen sind dazu bestimmt, private Wirtschaft und militärische Führung in Kommunikation zu bringen (89). Als Leitmotiv der "Aufklärungsarbeit", die die Verbände im Kreise ihrer Mitglieder betreiben, gilt, daß die private wirtschaftliche Tätigkeit und militärische Rüstung nicht in einem antagonistischen Verhältnis sich befinden, sondern aufeinander angewiesen sind.

Eine aktionsfähige Wirtschaft ist immer auch ein besonders wichtiger Faktor für die politische Entwicklung eines Landes gewesen. Umgekehrt ist eine ruhige politische Entwicklung immer eine der Grundlagen, auf denen eine freie Wirtschaft aufbauen kann. Es muß im eigenen Interesse des Staates liegen, daß seine Wirtschaft produziert, wie es wiederum im Interesse der Wirtschaft liegen muß, daß sie dem Staat die für die Erfüllung seiner Aufgaben notwendige Wirtschaftskraft zur Verfügung stellt. Hierzu gehört auch die Aufgabe, die der Wirtschaft - und vor allem auch der Industrie - beim Aufbau eines materiellen Verteidigungspotentials zufällt. Die Industrie erfüllt diese Aufgabe in der festen Überzeugung, daß das oberste Ziel unserer Verteidigungsgemühungen die Erhaltung des Friedens ist, der solange gewahrt sein wird, wie ein etwaiger Gegner in einem Angriff keine Erfolgsaussichten erkennt. Der politisch denkende Unternehmer wird diesen Gesichtspunkt bei seinen wirtschaftlichen Überlegungen und Planungen mit berücksichtigen und sich dieser seiner Verantwortung stets bewußt sein (90).

Daß die öffentliche Meinung im Unternehmerlager, was die Militär- und Rüstungspolitik angeht, eine Transformation erfahren hat, können sich

(88) Vgl. Interview 23, S. 18 f., und Interview 24, S. 3 f.

(89) Vgl. hierzu etwa den Bundesverband der Deutschen Industrie: "Der BDI bemüht sich auch ganz allgemein, das Verständnis der Unternehmer für Probleme der Verteidigung zu wecken und Beziehungen zwischen militärischen Stellen und der Industrie zu pflegen. Diesem Zweck dienen Aussprachen auf höchster Ebene, Besuche bei militärischen Hauptquartieren und Stäben, bei Manövern und Übungen der Streitkräfte." - Jahresbericht des BDI 1961/62, S. 158. - Vgl. auch die Tätigkeitsberichte des DIHT 1956/57, S. 230; 1957/58, S. 261 f.; Interview 23, S. 19 f.

(90) Jahresbericht des BDI 1959/60, S. 97.

mit Recht die Verbände zugute halten. Ihren Vermittlungsdiensten ist es wesentlich zuzuschreiben, daß die "attitude of indifference", die die öffentliche Meinung in der privaten Wirtschaft weithin bestimmte, im Sinne der "attitude of acceptance" abgewandelt worden ist (91).

-
- (91) Vermutet werden kann, daß der Integrationsfunktion besondere Bedeutung beim Deutschen Industrie- und Handelstag zukam, wo zunächst wohl die Indifferenten überwogen. Die Produzenteninteressen, die von Anfang an im Bundesverband der Deutschen Industrie über einigen Einfluß verfügten, sind ohne Schwierigkeiten für ein staatliches Rüstungsprogramm zu gewinnen. - Als Agenturen sozialer Integration fungieren in der Sphäre der Verteidigungswirtschaft außerdem Organisationen wie die Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES), ein Gegenstück zum Committee for Economic Development, und die Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik.

III. Grundforderungen der wirtschaftlichen Interessenverbände zur Rüstungspolitik

Äußern sich der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag zu öffentlichen Angelegenheiten, so spiegelt sich darin das wohlverstandene Interesse, das Interesse der privaten Wirtschaft als ganzer. Dieses ist keineswegs als bloße Abstraktion abzutun; vielmehr ist es das, was die private Wirtschaft, so disparat auch immer die besonderen Interessen derer, die sie konstituieren, zusammenhält. Bestimmt ist das Gesamtinteresse der privaten Wirtschaft dadurch, daß es auf das Schicksal des bestehenden Wirtschaftssystems sich bezieht. Dessen Funktionsweise ist durch die Konsequenzen militärischer Rüstung in doppelter Hinsicht betroffen. Militärische Rüstung zielt darauf ab, die herrschende gesellschaftliche Ordnung und mit ihr das bestehende Wirtschaftssystem gegen eine Bedrohung von außen zu sichern, läßt aber den Anteil der öffentlichen Hand am gesamten Sozialprodukt wachsen, wodurch das Funktionsprinzip des Wirtschaftssystems, der Marktmechanismus, eingeschränkt wird; zugleich ändern sich, indem neben und unter Umständen an die Stelle der privaten und öffentlichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen des zivilen Bedarfs eine zusätzliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen des militärischen Bedarfs tritt, Stärke und Strömungsrichtung des Güter- und Geldkreislaufs. Damit sind die Aspekte bezeichnet, unter denen Fragen der Militär- und Rüstungspolitik in den Verlautbarungen der Verbände thematisch werden. Ob und inwieweit die institutionelle Ordnung des bestehenden Wirtschaftssystems einerseits, das volkswirtschaftliche Gleichgewicht andererseits durch Konsequenzen militärischer Rüstung beeinträchtigt und gestört - oder möglicherweise gestärkt und gesichert - werden, das sind die Fragen, von denen die Verbände sich leiten lassen, wenn sie zur Militär- und Rüstungspolitik Stellung nehmen.

Daß die institutionelle Ordnung des herrschenden Wirtschaftssystems erhalten bleibe, ist nicht von ungefähr eines der zentralen Postulate, von dessen Einhaltung die organisierte business community ihre Zustimmung zur Militär- und Rüstungspolitik abhängig macht: Gefährdungen, denen die bestehende Wirtschaftsordnung ausgesetzt wäre, würden zugleich auch die gesellschaftliche Stellung der privaten Unternehmer in Frage stellen. Nach ihrem eigenen Selbstverständnis zu urteilen, sind es freilich nicht schichtenspezifische Interessen, die das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausmachen; sie beansprucht, wie im übrigen die zentralgelenkte Planwirtschaft auch, die Bedürfnisse der Menschen in ökonomisch zweckmäßi-

ger Weise zu befriedigen (1). Daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung unauflöslich mit gesellschaftlichen Gegensätzen sich verknüpft, wird durchsichtig erst, wenn die *differentia specifica* ins Auge gefaßt wird, durch die sie von konkurrierenden Systemen sich unterscheidet. Alle wirtschaftlich relevanten Entscheidungen, die Produktionspläne und die Verbrauchspläne, werden in einer kapitalistischen Wirtschaft, hält man sich an deren reines Modell, von privaten Wirtschaftssubjekten - privaten Unternehmungen und privaten Haushalten - getroffen. Als Bedürfnisse anerkannt werden damit im Zusammenhang nur individuelle Ansprüche auf das Sozialprodukt, die sich als "kaufkräftige Nachfrage" ausweisen; Geldeinkommen, die solche Ansprüche begründen, sollen einem "produktiven Beitrag" zum Sozialprodukt entsprechen (2). Obwohl Haushalte und Unternehmungen formal gleichgeordnet sind, haben die Unternehmer unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion zweifellos eine Schlüsselstellung inne; sie beruht darauf, daß die ausschließliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ihnen eine initiale Rolle im Wirtschaftsprozess zusichert (3). Was produziert wird und in welcher Menge, hängt in entscheidender Weise von den Unternehmern ab, ebenso wie die Entscheidung darüber, wie die vorhandenen Produktionsfaktoren auf einzelne Produktionszweige und alternative Produktionsprogramme sich verteilen. Die isolierten Entscheidungen von

-
- (1) Vgl. hierzu die abstrakten Begriffsbestimmungen in den Lehrbüchern der Nationalökonomie, so etwa bei Paulsen: "Grundprinzip alles Wirtschaftens ist der ständige Vergleich zwischen Nutzen - (Erfolgs-)Größen bei verschiedenen möglichen Arten der Mittelverwendung; Ziel dieser Wahlhandlungen die Maximierung der positiven Differenz zwischen Erfolg (erreichtem Nutzen, Ertrag) und Opfer (entgangenem Nutzen, Aufwand)."- Die Ordnungsformen der Wirtschaft unterscheiden sich demselben Autor zufolge darin, ob sie überwiegend vom "Individualprinzip" oder vom "Sozialprinzip", von "Elementen der Freiheit" oder "Elementen der Herrschaft" geprägt sind. Vgl. Andreas Paulsen, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Band I, Berlin 1958, S. 7 f. und S. 30.
- (2) Über den Begriff des Einkommens in der kapitalistischen Gesellschaft vgl. Fritz Neumark, Probleme der allgemeinen Einkommenstheorie, in: Wirtschafts- und Finanzprobleme des Interventionsstaates, Tübingen 1961, S. 23-51.
- (3) Daß es allein die Entscheidungen der privaten Haushalte sind, die - wie immer wieder behauptet wird - ausschlaggebend seien dafür, was produziert wird und in welcher Menge, ist angesichts der Ergebnisse der neueren ökonomischen und soziologischen Forschung kaum noch zu halten. Die effektive Nachfrage der Konsumenten läßt sich sowohl im Hinblick auf ihre Größe wie auf ihre Zusammensetzung als Derivat der Unternehmerentscheidungen nachweisen.

Unternehmern und Haushalten zu koordinieren, ist einem blind wirkenden Prozeß, dem Markt überantwortet; das Spiel der Preise auf den Gütermärkten, auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Kapitalmarkt erfüllt hier die Funktion, die in einer zentralgelenkten Wirtschaft der Planung überantwortet ist. Der Preis- oder Marktmechanismus wird daher üblicherweise als Funktionsprinzip der kapitalistischen Wirtschaft ausgegeben. Ob er intakt ist, zeigt zugleich an, ob die zentrale Institution des Systems, das Privateigentum, ihre regulative Bedeutung bewahrt hat.

Öffentliche Institutionen, allen voran die politische Zentralgewalt, durchbrechen, indem sie in den Wirtschaftsprozess eingreifen, die Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftssystems; der Marktmechanismus als regulatives Prinzip wird tendenziell abgelöst durch konkurrierende Funktionsprinzipien. Eine Intervention solcher Art liegt bereits vor, wenn der Staat, etwa indem er Rüstungsgüter nachfragt, als Auftraggeber, als "Kunde" der privaten Wirtschaft, Ansprüche auf das Ergebnis des Produktionsprozesses, auf Güter und Dienstleistungen, geltend macht; ob er sich dabei auch marktkonform verhalten mag: die Funktionsweise des Systems erfährt eine qualitative Abwandlung. Von der Nachfrage privater Haushalte unterscheidet sich die des Staates wesentlich dadurch, daß sie dazu bestimmt ist, kollektive anstatt individuelle Bedürfnisse zu befriedigen (4); sollen dabei keine Zwangsmittel, wie etwa Requisitionen, angewandt werden, so muß der Staat, da er über ein eigenes Einkommen im allgemeinen nicht verfügt, sich zunächst Einnahmen verschaffen. Worum es sich dabei handeln mag, ob um die Erhebung von Steuern, um Anleihen oder um Geldschöpfung, stets ist ein staatlicher Hoheitsakt im Spiel. Die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates, auch wenn sie sich auf die Rolle des Kunden beschränkt, hat zur Voraussetzung einen autoritativen Eingriff in die Sphäre der privaten Wirtschaftssubjekte; sie reflektiert ein Gewaltverhältnis (5). Die Position des Staates zeichnet sich darüber hinaus dadurch aus, daß ihm im Verkehr mit den privaten Wirtschaftssubjekten, in der Sphäre der Tauschbeziehungen, marktfremde Mittel zu Gebote stehen, derer er sich bedient, wenn systemkonforme Mittel zur Erreichung seiner Ziele nicht ausreichen. Als Kunde hat der Staat gegenüber seinen Lieferanten häufig die Stellung eines

-
- (4) Kollektive Bedürfnisse entsprechen freilich nicht notwendig dem Interesse der Gesellschaft als ganzer, sondern reflektieren vielmehr den Willen der jeweils herrschenden Interessenkoalition. Vgl. auch Fußnote 62 S. 65.
- (5) Vgl. hierzu Neumark, Zur Klassifikation der öffentlichen Einnahmen, und Vom Wesen der Besteuerung, a. a. O., S. 323-334 und S. 335-344.

Monopolisten inne; innerhalb gewisser Grenzen vermag er infolgedessen die Preise nachgefragter Produkte und zwar ganz besonders in der Sphäre des militärischen Bedarfs eigenmächtig zu setzen : die Sphäre des öffentlichen Bedarfs ist, historisch gesehen, eine Domäne der administrierten Preise (6). Die Verwirklichung seiner Zielsetzung zu gewährleisten, hat der Staat schließlich das Mittel von Bewirtschaftungsmaßnahmen, "direkte Kontrollen", zur Verfügung; auf sie wird zurückgegriffen, sobald bei Beschränkung auf marktkonforme Mittel das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht mehr gewährleistet erscheint (7). Ob dabei die Preise auf den Gütermärkten oder die Löhne oder schließlich reale Produktionsfaktoren, Zwischen- und Endprodukte der Kontrolle unterworfen werden, gemeinsam ist Bewirtschaftungsmaßnahmen, daß der Marktmechanismus - und zwar in zunehmendem Maße - suspendiert wird. Der Funktionszusammenhang des kapitalistischen Wirtschaftssystems wird in dem Maße, in dem der Sektor des öffentlichen Bedarfs sich ausdehnt, überlagert durch Funktionsprinzipien zentraler Planung (8).

Die private Wirtschaft sieht sich durch ein staatliches Rüstungsprogramm und dessen wirtschaftspolitische Konsequenzen einem Dilemma ausgesetzt. Daß die private Wirtschaft partiell zur Unterhaltung des Militärapparates herangezogen wird, soll sich dadurch rechtfertigen, daß militärische Rüstung die herrschende wirtschaftliche Ordnung, als dessen Kern die Institution des Privateigentums zu gelten hat, zu schützen bestimmt ist. Die Ordnung aber, die gesichert werden soll, wird, indem ihre Funktionsprinzipien tendenziell außer Kurs gesetzt werden, durch die Militär- und Rüstungspolitik zugleich auch in Frage gestellt. Obwohl nicht eben neu, erscheint der Konflikt, um den es sich hier handelt, in der gegenwärtigen Phase der historischen Entwicklung doch auf die Spitze getrieben. Die Mobilisierung der Produktivkräfte zum Zwecke der militärischen Rüstung ist

- (6) Vgl. hierzu Erich Welter, *Der Staat als Kunde*, vor allem Erstes Kapitel, Unterschiede zum privaten Kunden, S. 49-64, und Achtes Kapitel, Kostenpreise - eine Quelle der Unwirtschaftlichkeit, S. 233-252.
- (7) Sofern der öffentliche Bedarf systemkonform und unter Beachtung des wirtschaftlichen Gleichgewichts gedeckt wird, handelt es sich in der Terminologie der angelsächsischen Literatur um "Pay-As-You-Go Systems", sofern zu direkten Kontrollen Zuflucht genommen wird, um "Disequilibrium Systems". Vgl. etwa T. Scitovsky, E. Shaw, L. Tarshis, *Mobilizing Resources for War*, New York 1951, S. 101-144. Die Unterscheidung geht zurück auf J. K. Galbraith.
- (8) Vgl. etwa James R. Schlesinger : "The root cause of the difficulty of adapting to the permanent stresses of national security lies in the fact that collective expenditures on the part of the government represent a superimposition upon - and, in some sense, a distortion of - the market mechanism." - *The Political Economy of National Security*, London 1960, S. 41.

nicht wie früher auf eine kurze Phase offenen kriegerischen Konflikts beschränkt, sondern erstreckt sich - auf dessen Verhinderung abzielend - auf eine vorerst unabsehbare Zeitspanne; das militärische Potential bedarf, soll es seinen Zweck erfüllen, gleichwohl optimaler Entfaltung, die mit Mitteln aus dem Arsenal herkömmlicher fiskal- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen kaum zu realisieren ist. Die private Wirtschaft sieht sich konfligierenden Zielsetzungen gegenüber; ob und wie sie gegebenenfalls durch einen Goldenen Schnitt zu überbrücken wären, ist, institutionell gesehen, das Grundproblem der sogenannten Verteidigungswirtschaft (9).

Die private Wirtschaft in der Bundesrepublik hat, wollte man den Grundsatzserklärungen ihrer Interessenorganisationen Glauben schenken, die Notwendigkeit militärischer Rüstung niemals in Frage gestellt. "Vom Beginn an hinter der Regierungspolitik des westlichen Zusammenschlusses zu einer starken Verteidigungsgemeinschaft gestanden" zu haben (10), worauf sich der Bundesverband der Deutschen Industrie einiges zugute hielt, kann stellvertretend als Bekenntnis der gesamten organisierten business community gelten. Einer Politik der Stärke glaubte die Interessenvertretung der Industrie das Wort reden zu müssen, selbst als eine Aussicht auf internationale Entspannung sich abzeichnete (11). Den Jahresberichten ihrer Organisationen konnte die private Wirtschaft jahraus, jahrein entnehmen, daß die Sicherheit materielle Opfer erfordere. Ging es darum, den Aufruf zur Verteidigungsbereitschaft zu begründen, so invozierten die Verbände gern vermeintlich gesamtgesellschaftliche Interessen. "Die Verteidigung der Freiheit", so glaubte etwa der Bundesverband der Deutschen Industrie die "Entscheidung unseres Jahrhunderts" rechtfertigen zu müssen, sei eine "Frage von Sein oder Nichtsein für die westliche Welt und die abendländische Kultur geworden" (12). Doch wurde darüber nicht vergessen, wenigstens anzudeu-

(9) Vgl. hierzu eine Formulierung Klaus Knorrs, die mutatis mutandis in Kommentaren zur Problematik der Verteidigungswirtschaft unter den Bedingungen des Kalten Krieges wiederkehrt: "...there can be no such thing as the ideal war economy. Disregarding the specific requirements of particular wars, there is, however, an ideal war economy unique for each country at each particular point in time. What are the best institutional arrangements will depend on the prevailing goals and preferences of the population and, interrelated with these, on the kind of economic system in operation before war is precipitated." - The War Potential of Nations, S. 110.

(10) Jahresbericht des BDI 1952/53, S. 9.

(11) Jahresbericht des BDI 1952/53, S. 9.

(12) Jahresbericht des BDI 1960/61, S. 15.

ten, daß das Unternehmertum, da seine Existenz mit der Freiheit, die die Verbände meinen, in spezifischer Weise sich verschränkt, besonderen Anlaß habe, Opfer für die Landesverteidigung auf sich zu nehmen.

Der Unternehmer weiß zwar, daß er mit der Rüstungsfertigung keine echten produktiven Werte schafft, er hat aber auch erkannt, daß sein freies Dasein und die Möglichkeit einer ruhigen, gesicherten, stetig planenden Produktion nicht zuletzt vom Faktor "äußere Sicherheit" abhängen (13).

Ihr Einverständnis mit der Militär- und Rüstungspolitik knüpften die Verbände indessen von Anfang an an die Bedingung, daß das Rüstungsprogramm die in Westdeutschland herrschende Wirtschaftsordnung nicht beeinträchtigen dürfte. Vorkehrungen zum Schutz gegen äußere Bedrohung verlören ihren Sinn, sobald sie das, was es zu schützen gilt, die private Eigentumsordnung als Konstitutionsprinzip des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in Mitleidenschaft ziehen. Die Rüstungswirtschaft bedarf, so lautet das Postulat der Verbände übereinstimmend, der Eingliederung in die bestehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung.

Die auch von uns als notwendig anerkannten Ordnungsmaßnahmen dürfen andererseits nicht dazu führen, in private Geschäftsbeziehungen mehr als unbedingt notwendig einzugreifen. In ihren Grundsätzen muß auch hierbei die soziale Marktwirtschaft, der Deutschland so große Erfolge verdankt, aufrechterhalten werden (14).

Grundsatzserklärungen, mit denen die Verbände sich zum Verhältnis von Rüstung und Wirtschaftsordnung äußerten, weisen, genauer analysiert, aus, daß das Dilemma, dem die kapitalistische Wirtschaft in der Ära des Kalten Krieges ausgesetzt ist, in das Bewußtsein der organisierten business community in Deutschland kaum Eingang gefunden hat. Um der äußeren Sicherheit willen Kompromisse zu Lasten des herrschenden Wirtschaftssystems einzugehen, haben die Verbände mit Entschiedenheit ablehnen zu können gemeint. Militärische Rüstung muß da ihre Grenze finden, wo ihre wirtschaftlichen Konsequenzen die normale Funktionsweise des Marktmechanismus in Frage zu stellen drohen. In der Hierarchie gesellschaftlicher Prioritäten hat die Rüstung unter den Normen der wirtschaftlichen Sphäre zu rangieren.

(13) Jahresbericht des BDI 1961/62, S.157.

(14) Jahresbericht des BDI 1952/53, S. 64. Vgl. auch den Tätigkeitsbericht des DIHT 1955/56 : "...die Prinzipien der freien Marktwirtschaft sind auch dann beizubehalten, wenn durch eine Wiederaufrüstung neue Aufgaben auf die deutsche Wirtschaft zukommen..." - S.223.

Das große politische, produktionswirtschaftliche und organisatorische Ziel, die Rüstungsaufgabe von einer nahezu voll beschäftigten und noch im Zustand der Genesung befindlichen Wirtschaft bewältigen zu lassen, ist nur erreichbar, wenn in Zukunft die Wirtschaft ihre beherrschende Stellung behauptet. Rüstung über der Wirtschaft, gemessen an der Größenordnung, am produktionswirtschaftlichen Anteil und an der Organisationsform, kann nie zu einem guten Ende führen. Wirtschaft über der Rüstung ist die einzig richtige Lösung (15).

Die Intransigenz, die die organisierte business community bekundet, wo es um die private Eigentumsordnung geht, reflektiert Widersprüche, die das bürgerliche Bewußtsein in einer Zeit der Koexistenz konkurrierender gesellschaftlicher Systeme charakterisieren (16). Daß die Interessenorganisationen der privaten Wirtschaft sich gerade in Deutschland mit besonderem Nachdruck dagegen wenden, daß das herrschende Wirtschaftssystem um der äußeren Sicherheit willen partiell suspendiert wird, hat indessen Motive, die in der besonderen Situation der privaten Wirtschaft in Deutschland nach dem Kriege beschlossen liegen. Die erste Dekade nach dem Zusammenbruch der Hitler-Herrschaft sah die private Wirtschaft noch ganz im Schatten des Herrschaftsanspruches, dem sie im Zeichen eines "Primats der Politik" in der Zeit des Nationalsozialismus ausgesetzt gewesen war (17). Anfang der fünfziger Jahre, als die Diskussion über einen deutschen Verteidigungsbeitrag begann, war zudem die Kontroverse um die neue Wirtschaftsordnung in Westdeutschland noch längst nicht abgeschlossen; das neue kapitalistische System in Deutschland, als soziale Marktwirtschaft umschrieben, war wenige Jahre nach seiner Konstituierung in eine Krise

(15) Christian Krull, Wirtschaft und Rüstung, S. 29 f. Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der IHK Frankfurt/M.

(16) Vgl. Daniel Lerner über "anxieties and inconsistencies" in der Einstellung französischer Wirtschaftsführer zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft: "Our French respondents are caught between the desire to avoid thinking about military power and the incompatible desire for military security. They wish to enjoy the protection of the Western defense system without accepting the obligations that system imposes upon its beneficiaries." French Business Leaders Look at EDC, The Public Opinion Quarterly, 1956-1-218.

(17) Vgl. Heinz Hartmann, a. a. O., S. 213 f.

geraten (18). Vom Aufbau einer Rüstungswirtschaft mußte die private Wirtschaft befürchten, daß er das prekäre "Gleichgewicht zwischen Staatsmacht und Wirtschaftsfreiheit" zugunsten eines Systems zentraler Planung abwandeln könnte (19).

Die enge Interessensolidarität, die das politische Herrschaftssystem mit der privaten Wirtschaft verbindet, war freilich Garantie genug, daß die herrschende Wirtschaftsordnung von innen her nicht so ohne weiteres den Anforderungen militärischer Rüstung geopfert wurde. Gefahren, denen die Unternehmer in Deutschland sich ausgesetzt sahen, rührten eher aus der supranationalen Organisation, in die der deutsche Verteidigungsbeitrag eingebettet werden sollte. So sahen Pläne der französischen Verbündeten, nachdem die europäischen Verteidigungsgemeinschaft gescheitert war, vor, deren supranationale Funktionen in das neue Arrangement hinüber zu retten und die Planung und Mobilisierung des gemeinsamen Rüstungspotentials einer supranationalen Behörde, einem Rüstungspool, zu überantworten (20). Eine zentral gelenkte Rüstungswirtschaft hätte, wäre sie in die Tat umgesetzt worden, eine Enklave zentraler Verwaltungswirtschaft in der Wirtschaftsordnung der Mitgliedstaaten entstehen lassen. Der Rüstungspool und die Zentralisierung rüstungswirtschaftlicher Funktionen waren, solange sie zur Debatte standen, daher Gegenstand heftiger Kritik durch die Interessenvertretungen der privaten Wirtschaft; daß das Projekt einer zentral gelenkten Rüstungswirtschaft zu Fall kam, dürfte wesentlich der Intervention der privaten Wirtschaft in den Partnerstaaten zuzuschreiben sein (21).

(18) Vgl. hierzu Otto A. Friedrich auf der Volltagung des DIHT in Hamburg 1951: "In den USA, bei unseren bisherigen Freunden und Helfern, herrschte Verstimmung über die Fortführung einer freien Wirtschaftspolitik, die sie vordem selbst befürwortet hatten. Und gegen den verantwortlichen Wirtschaftsminister Professor Erhard erhoben sich von allen Seiten aus dem Ausland ebenso wie aus dem Inland Zweifel und Anklagen, und zwar gerade aus denjenigen Kreisen, die ihn bis dahin als Politiker oder Wirtschaftler begeistert auf den Schild gehoben hatten. Ein völliger Kurswechsel schien erforderlich." - Deutschlands wirtschaftliche Verteidigung, Schriftenreihe des DIHT, Heft 12, S. 10.

(19) "Im Ringen um das Gleichgewicht zwischen Staatsmacht und Wirtschaftsfreiheit" lautet das Motto des DIHT-Tätigkeitsberichtes für das Jahr 1953/54.

(20) Über den Rüstungspool finden sich Angaben im Bulletin der Bundesregierung, 1955-15-1217 f/17-143/26-210; und bei Erich Welter, a. a. O., S. 339 und 343.

(21) Zur Einstellung der privaten Wirtschaft zum Rüstungspool vgl. die Jahresberichte des BDI 1954/55, S. 196 f. und 1955/56, S. 183.

Ob die Organisation der Rüstungswirtschaft den Normen des Marktes gehorcht, ist wesentlich vom institutionellen Arrangement abhängig, das den Verkehr des Staates als Auftraggeber mit seinen Lieferanten regelt (22). Die Bemühungen, die die Verbände der privaten Wirtschaft in den fünfziger Jahren darauf verwandten, das öffentliche Auftragswesen in die herrschende Wirtschaftsordnung einzugliedern, stehen daher aufs engste in Zusammenhang mit dem Bestreben, die militärische Rüstung auf die Funktionsprinzipien des Wirtschaftssystems abzustimmen. Der Neuordnung des öffentlichen Auftragswesens kam umso größere Bedeutung zu, als die Beziehungen zwischen staatlichem Auftraggeber und privater Wirtschaft in Deutschland in der Praxis historisch vom Primat der staatlichen Gewalt geprägt und auch nach 1945 zunächst den gesetzlichen Regelungen des Obrigkeitsstaates unterworfen geblieben waren. Wie sehr es der organisierten business community darauf ankam, aus der Bevormundung durch den Staat sich zu lösen, wird an der Forderung ersehen werden können, daß die Regelung des öffentlichen Auftragswesens Verhandlungen zwischen staatlichen Auftraggebern und privater Wirtschaft vorbehalten bleiben müßte (23); die Verbände waren in der Tat maßgeblich an der Ausarbeitung neuer Regeln für das öffentliche Auftragswesen beteiligt. Der Anspruch, der den Forderungen der Verbände zugrunde lag, bestand darin, daß die Sonderstellung des öffentlichen Auftraggebers aufzuheben sei; öffentliche Auftraggeber sollen sich in Zukunft damit begnügen müssen, "nach den gleichen Bedingungen bedient zu werden, die für den nicht öffentlichen Auftraggeber unter den gleichen Verhältnissen üblicherweise gelten oder gelten würden."

Es entspricht der marktwirtschaftlichen Grundhaltung, daß die Üblichkeiten aus dem Verkehr mit privaten Abnehmern maßgebend bleiben müssen und nicht von Bedingungen auszugehen ist, die einem anderen öffentlichen Auftraggeber eingeräumt wurden (24).

Im Brennpunkt der Bemühungen, die die Organisationen der privaten Wirtschaft auf die Reform des öffentlichen Auftragswesens verwandten, standen die Verfahren, die bei der Auftragsvergabe Verwendung finden, sowie die

(22) Zur Problematik des öffentlichen Auftragswesens vgl. vor allem Erich Welter, a. a. O., und weitere bei Welter nachgewiesene Forschungsberichte des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz.

(23) Vgl. hierzu die Jahresberichte des BDI 1955/56, S. 189, und 1956/57, S. 197.

(24) Jahresbericht des BDI 1956/57, S. 196.

Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen (25). Beide Verbände ließen sich, was das Vergabeverfahren angeht, vom Grundsatz der Transparenz des öffentlichen Auftragswesens leiten: keinem potentiellen Lieferanten soll dadurch, daß der Kreis der zum Angebot aufgeforderten Bewerber willkürlich beschränkt wird, die Chance, beteiligt zu werden, versperrt sein. Chancengleichheit genügt, so lautet die Begründung der Verbände, dem Postulat der allgemeinen Zugänglichkeit des Marktes und sichert zugleich dem Auftraggeber, insofern er aus der Fülle der Angebote das günstigste auswählen kann, die wirtschaftliche Verwendung der öffentlichen Mittel. Erfüllt wird die Bedingung der Transparenz, wo Aufträge, soweit der öffentliche Auftraggeber sich nicht unmittelbar an den Markt wenden kann, öffentlich ausgeschrieben werden. Sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie als auch der Deutsche Industrie- und Handelstag haben sich daher im Prinzip für die öffentliche Ausschreibung ausgesprochen: wo eine öffentliche Ausschreibung aus triftigen Gründen, wie sie von den Verbänden gerade beim Verteidigungsbedarf anerkannt worden sind, ausscheidet, sollte zumindest eine Quasi-Konkurrenz durch das Verfahren der beschränkten Ausschreibung gewährleistet werden; gegen die Methode der freihändigen Vergabe, bei der sich der Auftraggeber unmittelbar an den von ihm ins Auge gefaßten Lieferanten wendet, machten die Verbände ernste Bedenken geltend (26). - Dem Marktmechanismus oder doch einer Art Quasi-Konkurrenz zum Recht zu verhelfen, trachteten die Verbände der privaten Wirtschaft desgleichen, soweit sie sich der Frage der Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen annahmen. Daß die Unternehmer bei der Preissetzung allein von der Einschätzung des Marktes, von ihren Gewinnerwartungen, sich leiten lassen, entspricht der Funktionsweise einer kapitalistischen Wirtschaft und soll, Konkurrenz vorausgesetzt, im Effekt auch dem öffentlichen Auftraggeber zugute kommen. Die private Wirtschaft verwandte sich denn auch dafür, daß die neuen Preisvorschriften dem Marktpreis den Vorrang einräumten; wo die Voraussetzungen hierfür fehlten, wie wiederum vor allem auf dem Gebiete des militärischen Beschaffungswesens, wollten die Verbände die Vorteile marktmäßiger Preisbildung durch die Vorschrift vorher fixierter Fest- und Richtpreise

(25) Über die Problematik von Vergabeverfahren und Preisbildung im öffentlichen Auftragswesen unterrichtet Welter, a. a. O.

(26) Vgl. hierzu die Jahresberichte des BDI 1951/52, S. 80; 1952/53, S. 171; 1954/55, S. 210; 1958/59, S. 32 f.; 1961/62, S. 165; und die Tätigkeitsberichte des DIHT 1954/55, S. 150 f.; 1955/56, S. 223 ff.; 1956/57, S. 231 f.; 1957/58, S. 260; 1958/59, S. 231; sowie das CEPES in Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, a. a. O., S. 26 ff.

gewahrt wissen; Kostenerstattungspreise, die erst nach Ausführung eines Auftrages kalkuliert werden, sollen dagegen auf Ausnahmefälle, wie etwa Forschungs- und Entwicklungsaufträge, beschränkt werden (27).

Die Vorschriften, die den Verkehr von öffentlichen Auftraggebern und privaten Unternehmungen regeln, sind von den Verbänden als Zeichen einer Wendung im Verhältnis von Staat und Wirtschaft gefeiert worden. Die Verordnungen über Preise bei öffentlichen Aufträgen und die zu ihnen erlassenen Richtlinien - "ein ideengeschichtlicher Markstein" (28) - hätten danach im öffentlichen Auftragswesen erstmals dem Marktpreis zur Anerkennung verholfen. Die öffentliche Ausschreibung, die einer förmlichen Anerkennung nicht eigentlich bedurfte (29), schien von den öffentlichen Auftraggebern auch für die Praxis als verbindliches Regulativ akzeptiert zu sein. Daß zwischen Postulaten und Vorschriften einerseits, der Praxis des Beschaffungswesens zumindest auf militärischem Gebiet andererseits eine Kluft besteht, mußten freilich auch die Verbände eingestehen; je nach der im Kreise ihrer Mitglieder prävalierenden Interessenlage haben sie sich mehr oder weniger widerstrebend damit abgefunden (30).

Wie die business community in ihrer Gesamtheit auf ein Rüstungsprogramm der Regierung reagiert, hängt aufs engste zusammen mit Wesensmerkmalen des Prozesses der kapitalistischen Produktion. Produktion und Beschäftigung sind unter den Bedingungen des herrschenden Wirtschaftssystems periodischen

(27) Vgl. hierzu die Jahresberichte des BDI 1951/52, S. 80; 1952/53, S. 171; 1954/55, S. 210; 1955/56, S. 188; 1956/57, S. 195 ff.; 1960/61, S. 157; und den Tätigkeitsbericht des DIHT 1952/53, S. 144.

(28) Welter, a. a. O., S. 245.

(29) Sowohl die Reichshaushaltsordnung von 1922 wie die Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) von 1932/36 und die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) von 1926 räumen der öffentlichen Ausschreibung den Vorrang ein und lassen die beschränkte Ausschreibung und die freihändige Vergabe nur als Ausnahmen zu. Vgl. Welter, a. a. O., S. 179 und 191 f. Der Primat der öffentlichen Ausschreibung war freilich in der Praxis, wie Welter feststellt, von jeher durch "wachsweiche" Klauseln in Frage gestellt.

(30) Daß das "ABC der Marktwirtschaft" auf die Beschaffung spezifischer Rüstungsmaterials nicht anwendbar sei, sähen, wie der BDI in seinem Jahresbericht 1955/56 vermerkt, auch "eifrige Verfechter der freien Wirtschaft" ein. "Es bleibt daher nur die Möglichkeit, jenen Bereich der Rüstungswirtschaft, in dem die marktwirtschaftlichen Grundsätze nur bedingt anwendbar sind, ohne wesentliche Störungen des Wirtschaftslebens in unser jetziges System einzugliedern und ihm den Platz innerhalb dieses Systems zuzuweisen." - S. 179.

Schwankungen ausgesetzt; selbst wenn die Volkswirtschaft im Gleichgewicht sich befindet, ist überdies nicht ausgemacht, daß sachliche und personelle Produktionsfaktoren voll ausgenutzt sind (31). Daß der Prozeß der kapitalistischen Produktion Störungen solcher Art unterliegt, hat seinen Grund wesentlich darin, daß die Entscheidungen über die Produktionspläne und vor allem über die Höhe der Investitionen in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht zentraler Planung überantwortet sind, sondern von den Leitern privater Unternehmungen getroffen werden; in der Terminologie der Marxschen Theorie : Es ist die Anarchie der Warenproduktion, die auf dem Grunde der Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft liegt.

Größe und Entwicklungstendenz der Kapitalgüterproduktion sind, wie auch die neuere ökonomische Theorie anerkennt, von ausschlaggebender Bedeutung dafür, welche Größe Volkseinkommen und Gesamtbeschäftigung haben und in welcher Richtung sie sich bewegen; ob die Kapitalgüterproduktion ausgebaut oder aber eingeschränkt wird, ist wesentlich abhängig davon, wie die Unternehmer die Ertragschancen künftiger Produktion beurteilen. Gewinnerwartungen werden die Unternehmer in der Investitionsgüterindustrie dazu veranlassen, Produktionsprojekte, die in der Krise nicht abgeschlossen werden konnten, zu Ende zu führen, neue in Angriff zu nehmen. Einkommen, die dabei neu entstehen, bewirken, daß die Nachfrage nach Konsumgütern zunimmt; die Einkommenssteigerung pflanzt sich dadurch fort auf Unternehmer und Arbeitnehmer auch in der Konsumgüterindustrie und im Handel derart, daß die Zunahme des Volkseinkommens den ursprünglichen Einkommensimpuls in der Investitionsgüterindustrie um ein Vielfaches überschreitet. Unternehmer in der Konsumgüterindustrie werden, angeregt durch die wachsende Nachfrage, überdies ihre Produktion ausweiten und üben, indem sie Kapitalgüter nachfragen, ihrerseits Impulse zur Expansion der Investitionsgüterproduktion aus. - Glauben die Unternehmer in der Investitionsgüterindustrie, aus welchem Grunde immer, die Ertragschancen künftiger Produktion ungünstig beurteilen zu müssen, so werden sie ihre Produktion einschränken. Der Einkommensausfall, der dadurch entsteht, wird sich, wie im Aufschwung auch, jedoch im umgekehrten Sinn, auf die Nachfrage nach Konsumgütern auswirken und, sollte die Abwärtsentwicklung sich durchsetzen, das Volkseinkommen weit über die zunächst vorgenommene Verringerung

(31) Daß sowohl Konjunkturschwankungen wie eine Tendenz zur Unterbeschäftigung "im Wesen des kapitalistischen Systems" liegen, wird von den maßgeblichen Vertretern der neueren Nationalökonomie anerkannt. Vgl. etwa George N. Halm, Geld, Außenhandel und Beschäftigung, München 1957, S. 284, 288 und 310 f., und Paulsen, a. a. O., Band IV, S. 119 ff.

der Investitionsausgaben hinaus sinken lassen. Die Ertragschancen in der Investitionsgüterindustrie werden um so pessimistischer beurteilt werden, als unter dem Eindruck der sinkenden Nachfrage die Investitionsneigung in der Konsumgüterindustrie sinken wird (32).

Der Produktionsprozeß ist in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, insofern und solange die Entwicklung von Beschäftigung und Produktion von den Erwartungen der privaten Unternehmer abhängig ist, durch eine bemerkenswerte Instabilität gekennzeichnet. Ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht, charakterisiert dadurch, daß geplante Ersparnisse und geplante Investition einander gleich werden, wird sich nur vorübergehend einstellen und ist darüberhinaus, so besagt eine zweite entscheidende Einsicht der neueren ökonomischen Theorie, nicht notwendig gleichbedeutend damit, daß die vorhandenen Produktionsfaktoren voll ausgenutzt sind. Vollbeschäftigung, wie sie unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion auf der Höhe der konjunkturellen Entwicklung erreicht werden mag, hat vielmehr die Merkmale einer Spannungssituation, die die Keime eines Rückschlags in sich birgt. Unter dem Eindruck günstiger Gewinnerwartungen haben sich im Aufschwung Disproportionalitäten, vor allem im Verhältnis von Investitionsgüter- und Konsumgüterindustrie ausgebildet; wo alle Produktionsfaktoren beschäftigt sind, kann ein Ausgleich nur auf Kosten konkurrierender Produktionsprozesse erfolgen. Produktionsprojekte, die im Stadium der Vollbeschäftigung in der Investitionsgüterindustrie unvollendet sind und zusätzliche Produktionsfaktoren erfordern, können abgeschlossen werden nur, wenn Arbeitskräfte und sachliche Produktionsfaktoren in der Konsumgüterindustrie freigestellt werden; sofern auf ihre Vollendung verzichtet wird, werden Produktionsanlagen stillgelegt und Arbeitskräfte entlassen werden müssen; eine Verringerung des Einkommens und eine Einschränkung der Nachfrage auch nach Konsumgütern wäre die Folge. Produktionseinschränkungen in der Konsumgüterindustrie zugunsten der Kapitalgüterproduktion hätten umgekehrt eine Einschränkung der Nachfrage nach Investitionsgütern zur Folge und würden ihrerseits den Fortgang der Investitionsgüterproduktion früher oder später zum Stillstand kommen lassen. Produktion und Beschäftigung sind, sofern die Struktur der Wirtschaft nicht zufällig in den rechten Proportionen sich befindet, im Stadium der Vollbeschäftigung vom Umschlag in eine Kontraktion bedroht; die Umstellung der Produktionsfaktoren, Voraussetzung einer Korrektur der Produktionsstruktur, schwächt notwendig die Impulse, auf die

(32) Zur Analyse von Aufschwung und Abschwung, den beiden "dynamischen Phasen" des Konjunkturzyklus, vgl. Halm, a. a. O., S. 329-331 und S. 336-338, an den sich die hier gegebene Darstellung hält.

die Zuversicht der Unternehmer sich stützt (33).

Der gleichmäßigen Ausnutzung des vorhandenen Produktionspotentials laufen einer bis vor kurzem verbreiteten Lehrmeinung zufolge in einer kapitalistischen Gesellschaft zudem langfristig wirksame, "säkulare" Entwicklungstendenzen entgegen; zentrale Bedeutung wird auch in diesem Zusammenhang dem Unternehmerverhalten beigemessen. In einer hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaft wird, so glaubte die neuere ökonomische Theorie unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise prognostizieren zu können, die Aussicht, durch Steigerung der Investitionen Gewinne realisieren zu können, von den Unternehmern prinzipiell pessimistisch beurteilt werden, Objektive Gründe, die hierfür ins Feld geführt wurden, haben zu tun mit der Verringerung der Neigung zum Konsum und mit dem Ausfall von Faktoren, die ehemals autonome Investitionen begünstigten. Die herrschende Einkommensverteilung vorausgesetzt, wird in einer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft, so wurde argumentiert, mit zunehmendem Einkommen ein immer größerer Einkommensteil, anstatt konsumiert zu werden, gespart werden; in Ermangelung einer ausreichenden Nachfrage nach Konsumgütern aber wird von den Unternehmern auch die Höhe der Investitionen auf niedrigem Niveau gehalten werden mit der Folge, daß das Volkseinkommen sich verringert, bis die geplanten Ersparnisse der Höhe der geplanten Investitionen sich angleichen. Daß die Steigerung der Sparquote durch autonome Investitionen absorbiert wird, scheitert daran, daß Investitionsanreize, denen sich die Expansion der kapitalistischen Wirtschaft im 19. Jahrhundert verdankte, ihre Kraft weitgehend eingebüßt haben; weder von der Bevölkerungsentwicklung und von der Erschließung neuer Territorien noch von Erfindungen und technischen Neuerungen sind, so glaubte man, Impulse zu erwarten, die Kapitalgüterproduktion auszuweiten. Die Volkswirtschaften der alten kapitalistischen Länder sind, so lauteten die Prognosen, dazu verurteilt, einer säkularen Stagnation anheimzufallen (34).

Die Erfahrung der dreißiger Jahre, daß Krise und Stagnation von der kapitalistischen Wirtschaft "automatisch" nicht überwunden zu werden vermögen, hat in so gut wie allen alten kapitalistischen Ländern Interventionen der

(33) Vgl. hierzu gleichfalls die Darstellung bei Halm, Vollbeschäftigung im Ungleichgewicht, a. a. O., S. 332-336.

(34) Die Stagnationstheorie ist vor allem mit dem Namen von Alvin H. Hansen verknüpft. Vgl. die Darstellung bei Samuelson, Volkswirtschaftslehre, S. 369, und bei Halm, a. a. O., S. 323 ff., sowie weiter unten, Fußnote 72.

staatlichen Wirtschaftspolitik auf den Plan gerufen (35). Nachfragesteigerungen, die das System aus sich selbst heraus nicht zu mobilisieren vermag, sollen, soweit auch die Geld- und Kreditpolitik versagt, durch Ausgaben der öffentlichen Hand bewirkt werden; vermittelt durch eine Expansion der öffentlichen Nachfrage soll, da sie den Gewinnerwartungen der Unternehmer neue Impulse gibt, auch die private Investitionstätigkeit angeregt werden. Die Zielsetzung einer beschäftigungspolitisch orientierten Ausgabenpolitik des Staates involviert notwendig eine Abkehr von den Prinzipien der klassischen Finanzpolitik: Die Haushalte der öffentlichen Körperschaften sollen in der Phase der Unterbeschäftigung, anstatt durch Steuereinnahmen ausgeglichen zu werden, mit einem Budgetüberschuß, finanziert durch Kredite der Zentralbank, der Geschäftsbanken oder des Publikums, abschließen, der eine expansive Wirkung auszuüben bestimmt ist. Staatliche Interventionen haben, sofern sie sich darin erschöpfen, die Nachfrage in der Krise anzuregen, die Funktion einer Initialzündung; darauf abgestellt, ausgleichend auf die Konjunkturbewegung einzuwirken, nehmen sie den Charakter einer kompensatorischen Fiskalpolitik an; staatliche Finanzpolitik, die vom wirtschaftspolitischen Effekt als primärem Prinzip sich leiten läßt, ist als "functional finance" bekannt geworden (36).

Als Domäne öffentlicher Investitionen, soweit sie auf eine Expansion von Produktion und Beschäftigung abzielen, wird gemeinhin die Sphäre des sogenannten kollektiven Bedarfs genannt; bevorzugte Objekte wären demnach soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser, Sportanlagen; Schulen und sonstige Bildungsreinrichtungen; Infrastrukturanlagen wie Straßen, Kanäle, Talsperren (37). Mit Rücksicht sowohl auf ihren beschäftigungspolitischen Effekt wie auf ihre Finanzierungsweise sind indessen auch die Rüstungsausga-

(35) Über die beschäftigungspolitische Funktion der Fiskalpolitik vgl. die Darstellung bei Samuelson, a. a. O., S. 339-356; und bei Neumark, Wo steht die "Fiscal Policy" heute ?, a. a. O., S. 216-241.

(36) Vgl. hierzu Neumark: "(Diese Zielsetzung) hat in der Tat bewirkt, daß jede Staatsausgabe und jede steuer- und kreditpolitische Maßnahme nunmehr mindestens auch unter dem Gesichtswinkel der deflatorischen oder inflatorischen Effekte gewürdigt wird, die voraussichtlich von ihr ausgehen werden, und sie hat bei Autoren wie K. Philip sowie namentlich in der "Functional Finance" A. Lerners sogar zu der Behauptung geführt, es sei die primäre, wo nicht gar ausschließliche Aufgabe aller öffentlichen Finanzpolitik, für die Stabilität des Preisniveaus oder m. a. W. der Kaufkraft des Geldes zu sorgen." -A. a. O., S. 126.

(37) Vgl. hierzu Samuelson, a. a. O., S. 363 ff. und Paulsen, a. a. O., Band IV, S. 80.

ben des Staates als integrierender Bestandteil der staatlichen Konjunkturpolitik aufzufassen, ohne daß damit unterstellt werden sollte, daß sie konjunkturpolitischen Intentionen ihre Entstehung verdanken. Rüstungsausgaben verdienen als Moment staatlicher Konjunkturpolitik überdies besondere Aufmerksamkeit insofern, als sie, wie behauptet worden ist, ungleich anderen öffentlichen Investitionen von der privaten Wirtschaft ohne Vorbehalte als Mittel staatlicher Beschäftigungspolitik akzeptiert werden. Rüstungsinvestitionen treten, so lautet die Begründung, nicht in Konkurrenz mit den Investitionen der privaten Wirtschaft. Ausgaben für militärische Zwecke involvieren nicht eine Umverteilung des Volkseinkommens zu Ungunsten der Unternehmer. Rüstungsaufträge erschließen, so wäre heute hinzuzufügen, der privaten Wirtschaft technische Neuerungen und eröffnen damit zugleich neue Investitionsmöglichkeiten (38). Rüstungsproduzenten brauchen heute schließlich nicht zu befürchten, daß der Auftragsstrom über Nacht versiegt; der Kalte Krieg, auf die Verhinderung des heißen abgestellt, gewährleistet eine gewisse Kontinuität der militärischen Rüstung.

... there is no denying that there is a tendency for the governments of last stage capitalisms to devote extra expenditure, designed to stimulate the economy, to arms making rather than to peaceful purposes. Sometimes, in this unhappy world, rearmament will ... really be necessary on its merits. But unless the governments concerned are awake to the underlying issues involved they will find that somehow or other arms making, if they are to engage in positive economic activity at all, will turn out to be the path of least resistance (39).

Krise und Stagnation, die großen Themen der wirtschaftspolitischen Diskussion in den dreißiger Jahren, sind nach dem Kriege aus dem Zentrum des öffentlichen Bewußtseins verdrängt worden. Die Furcht vor Absatzschwierigkeiten und Betriebseinstellungen ist im Unternehmerlager abge-

(38) Vgl. hierzu weiter unten S. 101 ff.

(39) John Strachey, *Contemporary Capitalism*, London 1959, S. 242. - Die Darstellung Stracheys verdient um so größere Beachtung, als in ihr, ähnlich wie bei Rudolf Hilferding, Theorie der Gesellschaft und politische Erfahrung sich durchdringen. Strachey, einer der bedeutendsten sozialistischen Theoretiker, war im letzten Labour-Kabinett Heeresminister.

löst worden durch den Alpdruck der Voll- und Überbeschäftigung (40). Was sich damit als Grundmotiv ökonomischer Überlegungen im Unternehmerlager herausgestellt hat, ist freilich, manifest oder latent, so alt wie die kapitalistische Gesellschaft selbst: die Obsession, daß die Arbeiter der Sorge um den Arbeitsplatz enthoben werden und ihre Forderungen frei von ökonomischem Zwang als ebenbürtige Gegenspieler der Produktionsmitteleigentümer eintreiben könnten. Mit der Sorge um die Ausnutzung der Produktionsanlagen hat sich zugleich der Ruf nach Interventionen staatlicher Wirtschaftspolitik, der freilich geheime Vorbehalte nie ganz hatte verleugnen können, verloren. Der Staat, vor kurzem noch als barmherziger Samariter in Anspruch genommen, gilt heute, zumal wo die Arbeitnehmer an seiner Kontrolle teilhaben, wie ehemals als ökonomischer Antichrist. Als integrierender Bestandteil staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik sind vom Szenenwechsel auf der wirtschaftspolitischen Bühne berührt auch die Rüstungsinvestitionen (41). Anstatt auf eine Expansion auch der Zivilnachfrage hinzuwirken, treten sie mit dieser, indem sie schon beschäftigte Produktionsfaktoren erfordern, in Konkurrenz; aus komplementären Zielsetzungen sind konkurrierende geworden. Ausgaben des Staates

(40) Vgl. hierzu Maurice Dobb: "There can be little doubt that an obsession with the dangers for capitalism of too-full employment has eclipsed in recent years any sense of the hazards of the reverse situation; and that traditional policies of restoring profit-margins by wage-cuts and economising on the burdens of government expenditure have come into their own again, both among industrialists and among the economic advisers of the government." - *Full Employment and Capitalism*, in: *On Economic Theory and Socialism*, London 1955, S. 220. - Diese Diagnose ist um so bemerkenswerter, als der Autor einer der prononciertesten Vertreter der orthodoxen marxistischen Theorie außerhalb des Ostblocks ist. Siehe auch weiter unten, Fußnoten 73 und 74. Die hier gebotene Charakterisierung der kapitalistischen Wirtschaft nach dem Kriege gilt streng genommen freilich nur für die Volkswirtschaften, die seit Anfang der fünfziger Jahre in einer Phase anhaltender Hochkonjunktur sich befinden, nicht aber so ohne weiteres für die Vereinigten Staaten.

(41) Inwieweit die anhaltende Vollbeschäftigung in den alten kapitalistischen Ländern nach dem Kriege sich der Aufrüstung verdankt, ist auch unter sozialistischen Theoretikern umstritten. Siehe gleichfalls weiter unten, Fußnoten 73 und 74.

für Zwecke der militärischen Rüstung stellen sich, obwohl nicht, wie etwa die Sozialaufwendungen prinzipiell in Frage gestellt, der business community primär als Belastung dar; in zweiter Linie erst werden sie als Ertragsquelle interpretiert (42).

Wie die Rüstung als Last mit der privaten wirtschaftlichen Tätigkeit in zivilen Bereichen in Übereinstimmung gebracht werden kann, ist das Generalthema der Grundsatzserklärungen der privaten Wirtschaft zur Militär- und Rüstungspolitik, soweit sie auf deren Konsequenzen für den Wirtschaftsprozess sich beziehen. Aufwendungen für die militärische Rüstung sollen, so lautet die Forderung der business community im Prinzip, nicht die Erträge der privaten Wirtschaft in der Produktion für den zivilen Bedarf - in der Konsumgüterindustrie ebenso wenig wie in der Investitionsgüterindustrie - mindern. Das Interesse am Unternehmensgewinn, um das es dabei geht, wird freilich, wie die Rechtfertigungsideologie der Verbände es verlangt, durch die Berufung aufs Gesamtinteresse kaschiert. Die Rüstungslasten sollen so bemessen werden, daß die "Lebenshaltung" der privaten Haushalte nicht beeinträchtigt wird; durch das Rüstungsprogramm dürfe die Stabilität des Geldwertes nicht gefährdet werden; die Rüstung dürfe, so lautet eine spezifischer formulierte Forderung, nicht die Chancen der privaten Wirtschaft auf den Auslandsmärkten gefährden.

Seinen, durch die zuständigen Gremien gebilligten Gedanken-
gängen entsprechend, vertrat der DIHT die Auffassung, daß die
in den internationalen Abkommen ... festgelegte Inanspruchnah-
me der deutschen Wirtschaft für Rüstungszwecke ohne nennenswer-
te Beeinträchtigung ihres Aufbaus zu erfolgen habe. Dieses Ziel
wird am ehesten dadurch erreicht, daß an den Grundsätzen der
freien Marktwirtschaft festgehalten wird. Das bedeutet insbesonde-
re den Vorrang des "zivilen" Anspruches in der militärischen Pla-
nung der Bedarfsdeckung und deren verwaltungstechnischen Bear-
beitung. Störungen der Produktion für den Export und zu Lasten
des Inlandkonsums sollten und könnten vermieden werden, wenn
der gewerblichen Wirtschaft der Bundesrepublik rechtzeitig be-
kanntgegeben würde, welche Anforderungen innerhalb eines be-
stimmten Zeitraumes entsprechend dem politischen Terminpro-

(42) Vgl. die Jahresberichte des BDI 1951/52, S. 62 und 64; 1954/55, S. 197; 1955/56, S. 178; 1958/59, S. 32; 1961/62, S. 156; 1962/63, S. 159; und die Tätigkeitsberichte des DIHT 1954/55, S. 36; 1955/56, S. 224; 1956/57, S. 239; 1957/58, S. 233; 1958/59, S. 10.

gramm und der daraus folgenden militärischen Planung zu erfüllen sind. Bei der Aufstellung dieses möglichst Hand in Hand zu erarbeitenden Programms sollte allerdings auf behördlicher Seite Bedacht darauf genommen werden, daß die Grenze des für eine Volkswirtschaft Zumutbaren erreicht ist, wenn die Stabilität der Währung gefährdet wird (43).

Warnungen, in denen sich die Verbände unter dem Eindruck der Vollbeschäftigung ergingen, geben sich freilich, wo sie sich konkretisieren, weniger als Sorge um das Wohl der Gesamtheit denn als durchaus partikulares Interesse : als Sorge um den Anteil der Unternehmer am Sozialprodukt zu erkennen. Schlüsselcharakter wird in den Stellungnahmen der Verbände nicht umsonst Spannungen auf dem Arbeitsmarkt beigemessen. "Sorge bereitet", so hieß es im Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie für das Jahr 1954/55, "lediglich die Menschenfrage, die ein ernstes Problem zu werden droht" (44). "Schwierigkeiten", die der Verband ein Jahr darauf enumerierte, bekunden vollends, daß die Einstellung der Unternehmer zur Rüstungspolitik maßgeblich bestimmt war von der Befürchtung, im Gefolge einer forcierten Aufrüstung könnte sich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer konsolidieren.

In wirtschaftlich-technischer Hinsicht eine Beeinträchtigung des technischen Ablaufs und der Produktivität des Einzelnen und des Betriebes, in sozial-politischer Hinsicht die Abwerbung von Arbeitskräften, Lohn- druck, Unruhe in der Belegschaft u. a. m. (45).

Daß die Rüstungspläne der Bundesregierung von der business community primär unter dem Aspekt der Belastung apperzipiert worden sind, macht es verständlich, daß die Kommentare der Verbände anfangs weniger auf die Verwendung als auf die Aufbringung des Militärhaushalts sich bezogen. Wie die organisierte private Wirtschaft zur Höhe der Militärausgaben und zu deren Finanzierung sich stellte, hat sich in einer Reihe von Expertisen niederschlagen; als Meinungsäußerungen der privaten Wirtschaft gelten können vor allem die Arbeiten des Instituts Finanzen und Steuern (46). Kritik der priva-

(43) Tätigkeitsbericht des DIHT 1955/56, S. 224.

(44) Jahresbericht des BDI 1954/55, S. 198.

(45) Jahresbericht des BDI 1955/56, S. 180.

(46) Von Belang sind hier vor allem folgende Veröffentlichungen in der Schriftenreihe des Instituts : Verteidigungsbeitrag und Steuerbelastung - Heft 13 (1951); Die Finanzierung der Verteidigungsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland - Heft 21 (1952); Deutschland-Vertrag und EVG-Vertrag - Ein Beitrag zur Frage ihrer finanziellen und wirtschaftlichen

ten Wirtschaft heftete sich, was die Größe des Militärausgaben angeht, weniger an die - niemals genau explizierten - Rüstungspläne der Regierung als vielmehr an die Forderungen der Nordatlantikpakt-Organisation und der maßgeblichen Verbündeten; daß die Bundesregierung sich ihrerseits gern auf die Gutachten der privaten Wirtschaft berufen hat, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Natur der militärpolitischen Willensbildung im Rahmen der Allianz (47). Nervenpunkt der kritischen Äußerungen zur Höhe des deutschen Verteidigungsbeitrages war zunächst, solange der EVG-Vertrag der Bundesrepublik einen festen finanziellen Verteidigungsbeitrag aufzuerlegen drohte, dessen Bemessungsgrundlage. Worauf der EVG-Vertrag abzielte: die Rüstungslasten aller Partnerstaaten nach Maßgabe eines festen Prozentsatzes starr an die Größe des Sozialproduktes zu binden, wurde in den Gutachten strikt abgelehnt; die Größe der Verteidigungsbeiträge hätte stattdessen nach einem progressiv konstruierten Tarif, mit zunehmendem Sozialprodukt steigend, und unter Berücksichtigung von Sonderlasten bemessen und festgelegt werden müssen (48). Die Militärausgaben unter Berufung auf die Größe des deutschen Sozialprodukts, verglichen vor allem mit dem des amerikanischen Verbündeten, zu begrenzen und Sonderlasten in Rücksicht zu ziehen, charakterisiert die Stellungnahmen zur Frage der Rüstungsfinanzierung auch, nachdem die Verpflichtung zu einem finanziellen Verteidigungsbeitrag hinfällig geworden ist (49). Wohl vermieden

Auswirkungen - Heft 24 (1952); Heinrich Strathus, Grundlagen für die Bemessung der westeuropäischen Verteidigungsbeiträge, 2 Bände - Heft 27 (1953); Das Problem der Rüstungsfinanzierung - Heft 38 (1956). - Das Institut Finanzen und Steuern wird vom Gemeinschaftsausschuß der deutschen gewerblichen Wirtschaft getragen.

- (47) Vgl. hierzu das Bulletin der Bundesregierung, 1953-79-672 ff. und 1953-103-879 f.
- (48) Vgl. hierzu vor allem Heinrich Strathus in der Schriftenreihe des Instituts Finanzen und Steuern, a. a. O.
- (49) Vgl. etwa den BDI zur amerikanischen Kritik an der Höhe des deutschen Verteidigungsbeitrages: "Diese Methode, die Belastungsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft zu ermitteln, ist aber nach Ansicht des BDI ungeeignet; bei ihr entstehen die gleichen Probleme wie beim internationalen Vergleich von Steuerlasten, so daß das dort bewährte Progressionsprinzip sinnvoller auch hier anzuwenden wäre, wobei sich dann wahrscheinlich ergeben würde, das sich unsere Verteidigungsleistungen durchaus mit denen der USA messen können." - Jahresbericht 1962/63, S. 159.

es die Agenturen der privaten Wirtschaft, auf eine absolute Grenze der Militärausgaben sich festzulegen; doch wurde verschiedentlich angedeutet, daß 9 Milliarden DM, von der Bundesregierung als Richtmaß für den deutschen Verteidigungsbeitrag deklariert, das "Maximum des Tragbaren" darstellten (50). Die relative Belastung des Sozialprodukts durch Rüstungsausgaben hätte ohne Gefahr für das Leistungsvermögen der deutschen Wirtschaft nicht erhöht werden können.

Rüstungsausgaben als Last aufzufassen, war - wenigstens im Anfangsstadium der Aufrüstung - auch solchen Stellungnahmen der organisierten business community eigentümlich, die sich mit der Verwendung des Militärhaushaltes beschäftigten. Die Verbände und ihre Sprecher antizipierten, wo immer sie auf die Konsequenzen einer zusätzlichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen des militärischen Bedarfs zu sprechen kamen, "Spannungen", "Störungen" und "Engpässe" (51). Die Aussicht auf Rüstungsaufträge rief, hält man sich an die Darstellung der Verbände, im Unternehmerlager eher Besorgnis als Interesse hervor. Daß es die besonderen und temporären Bedingungen der konjunkturellen Situation, vollausgenutzte Produktionskapazitäten, waren, die die business community dazu bestimmten, sich Zurückhaltung aufzuerlegen, scheint von den Verbänden geraume Zeit entweder nicht erkannt oder aber bewußt übergangen worden zu sein; Vollbeschäftigung und das, was aus ihr für die Absorption von Rüstungsaufträgen sich ergibt, werden in den Grundsatzserklärungen der privaten Wirtschaft häufig verabsolutiert.

Jede Rüstungswirtschaft führt zwangsläufig zu einer Vermehrung der Produktion für unproduktive Zwecke zu Lasten der Herstellung produktiver Güter. Die damit entstehende zusätzliche Kaufkraft darf nicht zu einem Gefahrenpunkt werden. Die verschiedenen sich hier anbietenden wirtschaftspolitischen Mittel zur Vermeidung einer solchen Gefahr sind nach sorgfältiger Abwägung einzusetzen (52).

Eine Expansion der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Gefolge des Rüstungsprogramms glaubten die Interessenvertretungen der privaten

(50) Das Problem der Rüstungsfinanzierung, a. a. O., S. 24 f.

(51) Vgl. hierzu etwa die Jahresberichte des BDI 1953/54, S. 165; 1954/55, S. 197; 1955/56, S. 180; 1961/62, S. 112; 1962/63, S. 159; und die Tätigkeitsberichte des DIHT 1955/56, S. 33 f.; 1957/58, S. 233; 1959/60, S. 182; 1962, S. 10; sowie Das Problem der Rüstungsfinanzierung, a. a. O., S. 8; Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, a. a. O., S. 10 f.; und Krull, a. a. O., S. 13.

(52) Tätigkeitsbericht des DIHT 1954/55, S. 36.

Wirtschaft fürchten zu müssen, weil sie, Vollbeschäftigung vorausgesetzt, Produktionsumstellungen erforderlich machte. Produktionskapazitäten, die vordem der Produktion von zivilen Gütern dienten, müssen in den Dienst der Produktion von Gütern des militärischen Bedarfs gestellt werden. Unternehmer aber, die von Produktionsumstellungen unmittelbar betroffen sind, büßen zivile Absatzmärkte ein, ohne sicher sein zu können, daß Rüstungsaufträge auf die Dauer Vollbeschäftigung garantieren (53). Wenn die Interessenvertretungen der privaten Wirtschaft sich der Absicht widersetzen, den militärischen Bedarf aus dem laufenden Angebot, das zu diesem Zwecke hätte restrukturiert werden müssen, zu decken, so handelten sie damit im Interesse der Gesamtwirtschaft (54). Investitionen mit dem Ziel, neue Rüstungskapazitäten zu schaffen, bargen wiederum zu große Risiken und schienen dazu angetan, den Spielraum für zivile Investitionsprojekte auf dem Kapitalmarkt einzuschränken. Rüstungsinvestitionen wurden vom Bundesverband der deutschen Industrie, mit nicht ganz überzeugender Logik, gut geheißen nur unter der Voraussetzung, daß die öffentliche Hand ihre Finanzierung übernehme (55).

Es war unter diesen Umständen nur konsequent, wenn die Interessenvertretung der privaten Wirtschaft, da sie schon die Notwendigkeit des regierungs-offiziellen Rüstungsprogramms grundsätzlich nicht in Frage stellte, dafür eintrat, daß der Bedarf der Streitkräfte an rüstungsspezifischen Gü-

(53) Eine zusätzliche Nachfrage nach Rüstungsgütern droht bei vollbeschäftigtem Produktionspotential, indem sie zu einer Umstellung der Produktionsfaktoren zwingt, überdies den Umschlag in eine Kontraktion zu beschleunigen. *Siehe oben*, S. 86 f.

(54) Vgl. Kapitel I, S. 31

(55) Vgl. hierzu jedoch das CEPES: "So steht hier ein gewichtiges Argument gegen ein anderes; die Entscheidung, welcher Weg das geringere Übel ist, kann nicht generell und nur auf politischer Ebene fallen. Doch spricht vieles dafür, daß dort, wo die Rüstungsnachfrage im Hinblick auf die Konstanz und Dauer einigermaßen übersehbar ist, die Schaffung der Kapazitäten und damit prinzipiell auch die Finanzierung der dazu notwendigen Investitionen Aufgabe der Privatwirtschaft sein sollte, während in den übrigen Fällen, also bei nicht übersehbaren Rüstungsnachfragen, für deren Deckung für andere Nachfrage nicht brauchbare Kapazitäten benötigt werden, die Privatwirtschaft zwar für die organisatorische und betriebswirtschaftliche Ordnung, nicht aber für die Finanzierung eingeschaltet werden sollte." - Wirtschafts-politische Grundsatzfragen, a. a. O., S. 22.

tern im verbündeten Ausland zu decken wäre (56). Rüstungsgüter aus dem Ausland zu beziehen, hätte - diesem Argument zufolge - die inländische Wirtschaft vor einer Überexpansion der Nachfrage - vor "Spannungen", "Störungen" und "Engpässen" - bewahrt und überdies die Absatzchancen der Exportgüterindustrien auf den Auslandsmärkten begünstigt. Die Verbände der privaten Wirtschaft traten im Anfangsstadium der Aufrüstung für eine "gesunde internationale Arbeitsteilung" ein.

Zu der in der Berichtszeit wiederholt gestellten Frage nach der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Beschaffung von Rüstungsgütern aus dem Ausland gab der DIHT dem Ankauf im Ausland den Vorzug, soweit nicht etwa militärische Notwendigkeiten entgegenstehen. Wie im Vorjahre sprach er sich gegen die Errichtung einer inländischen Rüstungsfertigung für sogenanntes "hartes" Gerät aus, vor allem von Panzern, schweren Geschützen und von solchen Waffen, die im Inland nicht ohne zeitraubende Forschung und Entwicklung gefertigt werden können, insbesondere, wenn abschließende Ergebnisse hierzu im Ausland bereits fertigungsreif vorliegen (57).

Das Plädoyer der Verbände für ein System internationaler Arbeitsteilung war freilich von Anfang an von Klauseln durchsetzt, die die Glaubwürdigkeit des so demonstrativ bekundeten Desinteresses am Rüstungsgeschäft in Frage zu stellen geeignet sind. So verwandte sich der Deutsche Industrie- und Handelstag dafür, das "die Erweiterung des Auftragsbestandes von handelsübliche m Gerät an ausländische Firmen . . . keinen Umfang annehme, der die Zurücklenkung des Auftragsflusses bei mangelnder Beschäftigung auf dem Inlandsmarkt erschwert." (58) "Gesunde internationale Arbeitsteilung" ließ sich nach der Auffassung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie durchaus mit einem "zwischenstaatlichen Auftragsausgleich" vereinbaren (59). Rüstungsaufträge hätten nach dieser Auffassung stets unter

(56) Vgl. Kapitel IV, S. 126 ff.

(57) Tätigkeitsbericht des DIHT 1956/57, S. 239.

(58) Tätigkeitsbericht des DIHT 1959/60, S. 183.

(59) Vgl. etwa den Jahresbericht des BDI 1954/55 : "Ein entscheidender Gesichtspunkt in den Überlegungen des BDI ist der Gedanke eines Auftragsausgleichs innerhalb einer solchen internationalen Arbeitsteilung. Bei dieser Forderung muß man von der Überlegung ausgehen, daß jedes Land grundsätzlich Anspruch darauf haben soll, die aus seinem Steueraufkommen für Verteidigungszwecke bereitgestellten Haushaltsmittel in Form von Aufträgen der eigenen Wirtschaft zugute kommen zu lassen." - S. 197.

der Bedingung im Ausland placiert werden müssen, daß die einheimische Industrie entweder in Vorlieferungen eingeschaltet oder aber durch Aufträge des Partnerlandes auf sonstigen Gebieten "entschädigt" worden wäre. Der Ausgleich der Handelsbilanz, langfristig das automatische Resultat internationaler Arbeitsteilung, soll durch Interventionen auch kurzfristig sichergestellt werden. Was die Verbände hierfür zur Begründung anführten, fördert Motive zutage, die nicht nur den Prinzipien internationaler Arbeitsteilung entgegenlaufen, sondern auch die Aversion der Rüstungswirtschaft gegenüber dementieren. Rüstungsproduktion wird, geht man diesen Motiven auf den Grund, als Quelle wirtschaftlichen Nutzens begriffen.

Es gilt, dafür Sorge zu tragen, daß die wirtschaftlichen Verteidigungsbeiträge für unser Volk nicht nur eine Last bedeuten, die es zur Erhaltung seiner Sicherheit und Freiheit auf sich nimmt, sondern daß durch ihre sinnvolle Ausgestaltung zugleich auf möglichst zahlreichen Gebieten volkswirtschaftlicher und sozialer Nutzen erwächst (60).

Getreu dem Gesetz, dem ihre "Öffentlichkeitsarbeit" gehorcht, appelliert die organisierte Privatwirtschaft auch mit dem Postulat, den - latenten - volkswirtschaftlichen und sozialen Nutzen der Rüstung zu realisieren, an ein vorgeblich gesamtgesellschaftliches Interesse. Was die militärische Sicherheit an Aufwendungen erfordert, soll "sinnvoll" verwendet werden; so daß die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung - wenigstens in abgeleiteter Weise - davon eine Mehrung erfährt. Seine Überzeugungskraft bezieht dieses Argument aus der Unterstellung, daß die Last der Rüstung sich in dem Maße vermindere - in dem inländische Produktionsstätten die Durchführung des Rüstungsprogramms übernehmen oder doch in indirekter Weise an ihr beteiligt wurden. Ihre Forderungen abzuschirmen, betonen die Verbände sich dabei mit Vorliebe auf das Wohl des Steuerzahlers; scheint dieser doch daran interessiert, daß die Mittel, die der Staat ihm abverlangt, wenn sie schon der privaten Verwendung entzogen werden, doch wenigstens "im Lande bleiben" (61). Die Behauptung indessen, Militärausgaben im Inland zu verwenden, gewährleiste eine "sinnvollere" Verwendung als Käufe im Ausland, erweist sich bei Lichte besehen als Prätext, partikularen Interessen zu einem Vorteil zu verhelfen. Rüstungsaufwendungen sollen der privaten Wirtschaft als Ertragsquellen nutzbar gemacht werden, ohne

(60) Jahresbericht des BDI 1951/52, S. 64.

(61) Jahresbericht des BDI 1957/58, S. 171.

daß damit notwendig auch ein Zuwachs an gesamtgesellschaftlichem Nutzen sich verbände (62).

Worauf es den Interessenvertretungen der privaten Wirtschaft, wenn sie den Nutzen der Rüstung zu realisieren mahnten, ankam, wird durchsichtig, wenn sie ihre Postulate umsetzen in konkrete Forderungen; Rüstungsaufträge im Ausland ausführen zu lassen, wäre demnach nur dann gerechtfertigt, wenn es im Inland an Produktionskapazitäten, die zur Fertigung der fraglichen Güter herangezogen werden können, fehlt (63). Obgleich zunächst nur sporadisch und in Form von Kauseln, nimmt die private Wirtschaft damit den Appell an den Staat wieder auf, der schon einer vergangenen Epoche der Wirtschaftsgeschichte anzugehören schien. Die öffentliche Hand soll mit ihrer Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen einspringen, wo immer der Prozeß der kapitalistischen Produktion von Störungen heimgesucht wird. Die Wünsche derer, die im Laufe der fünfziger Jahre solchen Störungen zum Opfer fielen, spiegeln sich im Katalog der Verbandsforderungen wieder (64). In der Absicht, ihrer Klientel zur Wiederaufnahme der Produktion zu verhelfen, treten die Verbände dabei auch dafür ein, unterbeschäftigte Unternehmungen mit Rüstungsaufträgen zu bedenken. Daß im Inland geeignete Produktionskapazitäten brachliegen, soll der Inlandswirtschaft sogar das Recht einräumen, bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen vor ausländischen Lieferanten berücksichtigt zu werden. Ob es Verschiebungen in der Struktur der Nachfrage oder aber Veränderungen der Produktionstechnik sind, die der Mangel an Beschäftigung indiziert und die zu Anpassungspro-

(62) Zur Kritik des "Beschaffungsprotektionismus" vgl. Welter, a. a. O., S. 288-326.

(63) Vgl. hierzu den Jahresbericht des BDI 1958/59: "Andererseits erwartet die deutsche Industrie aber, daß vor der Vergabe von Auslandsaufträgen genau geprüft wird,

1. ob im Inland entsprechende freie Kapazitäten vorhanden sind,
2. ob ein Auftrag fachlich, termingerecht und kostenmäßig befriedigend ausführbar ist,
3. ob der Auftrag für unsere Industrie nicht im Hinblick auf die Gewinnung besonderer neuer Erfahrungen von besonderem Interesse ist,
4. ob die Möglichkeit besteht, dem ausländischen Kontrahenten die Beteiligung der deutschen Industrie - gegebenenfalls als Vorlieferer - zur Auflage zu machen, was in vielen Fällen trotz der hiermit verbundenen Risiken möglich sein sollte." - S. 253.

(64) Vgl. Kapitel I, S. 35.

zessen zwingen sollten, bleibt außer Betracht. Rüstungsaufträge werden verordnet als Mittel, die bestehende - und möglicherweise obsolete - Produktionsstruktur zu konservieren (65).

Der Anspruch, der inländischen Wirtschaft bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen den Vorzug zu geben, in Phasen der Hochkonjunktur nicht mehr als ein Monitum und im Namen am Wege liegengebliebener Produktionszweige vertreten, ist in Zeiten der Rezession auf die Inlandswirtschaft als ganze ausgedehnt und zur Kardinalforderung erhoben worden. Rüstungsaufträge sind, so lassen sich die Verbände im Zeichen nachlassender Beschäftigung ultimativ vernehmen, im Inland unterzubringen, sofern nur die technischen Voraussetzungen der Produktion in einheimischen Betrieben bestehen; der Grundsatz der Auslandspräferenz, vormals das Herzstück des verteidigungswirtschaftlichen Grundsatzprogramms, ist damit stillschweigend fallengelassen worden. Als Fürsprecher einer Revision der Beschaffungspolitik hat sich besonders der Bundesverband der Deutschen Industrie hervorgetan.

Wir haben nicht den Ehrgeiz, eine Rüstungsindustrie im früheren Sinne aufzubauen, haben jedoch auch kein Verständnis dafür, daß Aufträge ins Ausland gehen, obwohl sie von unserer Industrie gleichwertig ausgeführt werden könnten. Im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung will die deutsche Wirtschaft nicht nur Kunde, sondern auch Lieferant sein (66).

Die private Wirtschaft und ihre Interessenvertretung hatten die Genugtuung, daß ihren Forderungen auf Revision, wenn auch graduell und bedingt durch disparate Motive, vielfach nachgegeben worden ist; daß die "Waagschale ... sich zugunsten inländischer Fertigungen und Zulieferungen zu neigen" schien (67), konnten Bundesverband der Deutschen Indu-

(65) Vgl. hierzu die Jahresberichte des BDI 1957/58, S. 171; 1958/59, S. 253; 1961/62, S. 158.

(66) Fritz Berg, Präsident des BDI, vor der Jahresversammlung des Wirtschaftsverbandes EBM, EBM-Mitteilungen 1959-9 (Beilage). - Daß die Verbandsführung des BDI bestrebt war, Rüstungsaufträge als konjunkturpolitisches Therapeutikum nutzbar zu machen, geht aus einer Notiz im Mitteilungsblatt des Verbandes hervor: "Die Bemühungen des BDI, die deutsche Industrie in angemessenem Umfang in die Rüstungsfertigung einzuschalten, sind angesichts der Entwicklung der Konjunktur in verstärktem Maße fortgesetzt worden." - BDI-Mitteilungen 1958-4-10.

(67) Jahresbericht des BDI 1956/57, S. 189.

strie und Deutscher Industrie- und Handelstag mit einigem Recht als Erfolg der eigenen Bemühungen registrieren.

Damit wird eine Tendenz sichtbar, den Inlandsmarkt mehr als bisher zur Beschaffung heranzuziehen. Das mag seinen Grund darin haben, daß die deutsche Industrie auch in der Produktion von schwerem Gerät in einem beachtlichen Umfang den Anschluß an die Entwicklung des *Auslands* gefunden hat (68).

Auf die Ausnutzung vorübergehend brachliegender Kapazitäten dringend, dementieren die Verbände zugleich den früher oft bekräftigten Grundsatz, daß die Beschaffung unabhängig von konjunkturpolitischen Erwägungen zu erfolgen hätte. Ob Rüstungsaufträge der inländischen oder aber der ausländischen Industrie zur Ausführung zu übertragen wären, hätte nach diesem Grundsatz allein davon abhängig gemacht werden dürfen, wo die fraglichen Güter sowohl in technischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht am günstigsten hergestellt werden können. Daß die Beschaffungspolitik allein davon sich leiten läßt, die vorhandenen Mittel unter sonst gleichen Bedingungen wirtschaftlich zu verwenden, ist nicht mehr gewährleistet, wo es darauf ankommen soll, stillliegende Produktionskapazitäten zu nützen; Rüstungsaufträge werden, entgegen dem Postulat der Wirtschaftlichkeit, zum Mittel der Konjunkturpolitik erklärt.

Wie hoch auch immer die Rüstungsausgaben in Westdeutschland in den nächsten Jahren sein mögen, in jedem Falle werden sie einen erheblichen Teil der öffentlichen Ausgaben ausmachen und einen nicht zu vernachlässigenden Teil des Sozialprodukts betreffen. Überdies sind sie, verglichen mit anderen Arten öffentlicher Ausgaben, durch eine sehr große Vielseitigkeit ausgezeichnet; es werden fast alle Zweige der Produktion unmittelbar davon berührt. So liegt es besonders nahe, die oben formulierten Anforderungen an die öffentliche Ausgabenwirtschaft gerade auch hinsichtlich der Rüstungsausgaben zu stellen, d. h. also,

- a) zu fordern, daß die Rüstungsausgaben insgesamt in konjunkturell schwächeren Zeiten forciert, in Zeiten starken konjunkturellen Aufschwungs im Rahmen des Möglichen begrenzt werden;
- b) zu erwägen, ob nicht der Beschaffung für Rüstungszwecke auch im Hinblick auf die gütermäßige Zusammensetzung eine größere Elastizität als früher gegeben werden kann, indem jeweils die

(68) Tätigkeitsbericht des DIHT 1960/61, S. 160.

käufe dort und dann forciert bzw. begrenzt werden, wo oder wann die private Nachfrage gerade stärker bzw. schwächer ist (Berücksichtigung der Lage verschiedener Branchen im saisonalen Rhythmus). (69)

Daß Rüstungsaufträge, ob in der Form strukturpolitischer Aushilfen oder als Instrument der Konjunkturpolitik, zunehmend als Ertragsquelle in Anspruch genommen worden sind, hätte allein kaum ausgereicht, ein Rapprochement zwischen privater Wirtschaft und militärischer Führung zustandekommen zu lassen; der Güterbedarf der Streitkräfte und das Interesse der privaten Unternehmungen, ihn zu decken, vermöchte keinen "military-industrial-complex" zu begründen, wie er in den Vereinigten Staaten warnend als Gefahr beschworen worden ist (70). Gemessen an der Gesamtproduktion, hielt sich das Volumen der militärischen Nachfrage, soweit sie inlandswirksam ist, bislang in so engen Grenzen, daß auf der Angebotsseite keine gesellschaftlich relevanten "vested interests" aufkommen konnten. Die Neigung der privaten Wirtschaft, Rüstungsaufträge zu übernehmen, hat sich überdies als allzu unbeständig erwiesen, als daß sie mit dem, notwendig verhältnismäßig starren, Bedarf der Streitkräfte hätte in Einklang gebracht werden könnten. Ob sie der Versuchung, auf eine Liaison mit dem military establishment sich einzulassen, im Ernst widerstehen könnte, hat die private Wirtschaft freilich bisher nicht unter Beweis zu stellen brauchen, da die Aufrüstung in der Bundesrepublik in eine Phase anhaltender Aufwärtsentwicklung, unterbrochen nur von kurzen Phasen abgeschwächten Wachstums, fiel (71). Eine Interessenkoalition, die nicht nur von einigem Bestand zu sein verspricht, sondern zugleich als von entscheidender Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich erweisen könnte, bahnt sich allein auf dem Felde von waffentechnischer Forschung und Entwicklung an.

Daß die Produktivkräfte ständig im Wandel sich befinden, ist oft genug als eigentlicher Motor der kapitalistischen Entwicklung anerkannt worden. Neue Kombinationen von Produktionsfaktoren durchzusetzen, die Funktion

(69) Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, a. a. O., S. 12.

(70) Vor dem Einfluß eines "military-industrial complex", einer "conjunction of an immense military establishment and a large arms industry", warnte Präsident Eisenhower in seiner Abschiedsrede am 17. Januar 1961. Der Text der Rede findet sich in Keesings Archiv, 1961-8868.

(71) Vgl. Kapitel IV, S. 122 ff.

des Unternehmers, die das kapitalistische System in Bewegung und intakt hält, heißt nichts anderes, als technischen Neuerungen zum Durchbruch zu verhelfen. Krise und Stagnation sind in den dreißiger Jahren als Ausdruck schwindender Investitionschancen der Erschöpfung technischer Möglichkeiten zugeschrieben worden : da große technische Neuerungen nicht mehr zu erwarten wären, schienen, zumal da auch die Bedürfnisse der Menschen der Sättigung sich näherten, der Antriebe der Unternehmer, Investitionen vorzunehmen, seine Macht verloren zu haben (72). Daß nach dem Kriege entgegen diesen Prognosen die kapitalistische Produktion einen neuen Aufschwung genommen hat und seitdem in ständiger Expansion sich befindet, ist folgerichtig einer neuen Welle technischer Neuerungen zugeschrieben worden (73). Die Chancen, durch Investitionen Gewinne zu realisieren, von der neueren ökonomischen Theorie als Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals umschrieben, werden unter dem Eindruck sprunghafter Erweiterung des technischen Wissens von den Unternehmern günstiger denn je beurteilt und haben dem kapitalistischen System zu neuem Leben verholfen. Ob das kapitalistische Wirtschaftssystem die Impulse, die ihm dazu verhelfen, sich zu perpetuieren, aus seinem immanenten Zusammenhang hätte erzeugen können, ist freilich einigermaßen zweifelhaft. Jene technischen Neuerungen, auf die die neue Zuversicht der privaten Wirtschaft in den alten kapitalistischen Ländern sich gründet, verdanken sich wesentlich Fortschritten der Waffentechnik während des letzten Krieges und Sekundärwirkungen des Rüstungswettlaufs im Banne des Kalten Krieges (74).

Daß die Zielsetzungen von privater Wirtschaft und militärischer Führung, was die Forcierung von Forschung und Entwicklung angeht, einander entsprechen,

-
- (72) Zum "Schwinden der Investitionschance" vgl. die kritische Darstellung von Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, S. 182-197.
- (73) Vgl. hierzu Maurice Dobb in der Zeitschrift *Marxism Today*, Dezember 1957 und Oktober 1959, sowie vom gleichen Autor *Capitalism Yesterday and Today*, London 1958, S. 52 ff. Kritisch hat sich zu Dobbs Thesen R. Bellamy geäußert, der die Aufrüstung als entscheidende Ursache der Vollbeschäftigung ansieht. Vgl. *Marxism Today*, Januar 1960, und Dobbs Replik im März 1960.
- (74) Dieser Zusammenhang scheint von Dobb nicht ins Auge gefaßt worden zu sein; ihn hervorzuheben, entspricht aber dem Desiderat, daß es nicht auf die Wirksamkeit eines einzelnen Faktors ankomme, sondern darauf "to see factors in their interaction." - *Marxism Today*, 1960-3-92.

ist von den beiden großen Interessenverbänden schon verhältnismäßig früh erkannt worden; das Interesse der privaten Unternehmer, neue Ertragsquellen zu realisieren, und das der militärischen Führung, dem potentiellen Gegner stets einen Schritt voraus zu sein, sonst nur zufällig und vorübergehend in Übereinstimmung, hier scheinen sie zur Koinzidenz zu gelangen.

Ein weitaus größerer Teil der anstehenden Forschungsarbeiten hat aber Bedeutung nicht nur für die militärische Ausrüstung, sondern auch für die Wirtschaft im allgemeinen. Besonders bei der Entwicklung von Steuer- und Regelgeräten, von Spezialwerkstoffen, von Meßgeräten zum Schutz gegen atomare Einwirkungen u. a. m. werden sich die Interessen der Wirtschaft und der Bundeswehr bei vertrauensvoller Zusammenarbeit auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen (75).

Ausführungen der Verbände, die dazu bestimmt waren, das Eintreten für die Initiation eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms zu begründen, lassen freilich erkennen, daß die Zielsetzungen von Wirtschaft und Militär, obwohl in ihrer Richtung konvergierend, hinsichtlich ihrer Motivation letztlich auseinanderweisen. Die Verbände der privaten Wirtschaft waren, indem sie darauf drangen, Forschung und Entwicklung zu forcieren, darauf aus, deren Sekundärwirkungen zu nutzen. Die Entwicklung neuer Waffensysteme wirft, zumal wo diese dem sogenannten nichtkonventionellen Potential angehören, Nebenprodukte ab, die der privaten Wirtschaft in der zivilen Produktion neue Investitionschancen eröffnen. Den Effekt dieser Sekundärwirkungen zu maximieren, darauf waren die Interessenvertretungen der privaten Wirtschaft bedacht, unbekümmert darum, ob eine Zentrierung des Militärprogramms, wie sie damit impliziert ist, auch dem Gebot der militärischen Sicherheit im Rahmen der Allianz entspricht.

Die Ausrüstung der Streitkräfte eines Staates von der Bedeutung und in der strategischen Lage der Bundesrepublik kann nicht ausschließlich auf ausländische Produktionsstätten angewiesen sein. Hinzu kommt, daß die Rüstungstechnik als Pionier für allgemeine Lösungen sich erwiesen hat. Auf diesen Motor des Fortschritts darf eine Industrie, die zum technischen Vortrupp zählen will, nicht ohne Grund verzichten (76).

(75) Jahresbericht des BDI 1955/56, S. 181.

(76) Jahresbericht des BDI 1958/59, S. 31.

Die Forderungen, die aus dem Eintreten der organisierten business community für ein forciertes Forschungs- und Entwicklungsprogramm resultieren, sind nirgends systematisch zusammengefaßt, lassen sich aber aus den über die Jahre hinweg verstreuten Stellungnahmen der Verbände zusammenstellen (77). Der Anteil der Aufwendungen für Zwecke der waffentechnischen Forschung und Entwicklung am Gesamtvolumen der Militärausgaben wäre, so lautet die Grundforderung, auf ein möglichst hohes Niveau zu bringen (78). Mittel, die der Forschung und Entwicklung vorbehalten sind, sollen im Inland ausgegeben, die Ausführung der Forschungs- und Entwicklungsprogramme der privaten Wirtschaft - und nicht etwa staatlichen Einrichtungen - übertragen werden (79). Projekte, die der Entwicklung neuer Waffensysteme dienen, sollen in der Grenzzone des technischen Fortschritts, in den neuen Rüstungsindustrien, angesiedelt werden (80). Daß die organisierte private Wirtschaft sich die Forderung, eine neue Luftfahrtindustrie aufzubauen, zueigen machte, ist gleichsam die Resultante eines Programms, das sich von den Nebenwirkungen militärischer Rüstungstechnik faszinieren läßt.

Die rüstungspolitischen Postulate der business community lassen sich am deutlichsten ablesen an den Erklärungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Das wohlverstandene Interesse der privaten Wirtschaft, orientiert an

-
- (77) Programmatischen Charakter hat ein "Forschung und Entwicklung" betitelter Abschnitt im Jahresbericht des BDI 1958/59, in dem die entscheidenden Motive versammelt sind.
 - (78) Wie das Bundesverteidigungsministerium hält es auch der Bundesverband der Deutschen Industrie für angemessen, daß der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an den Rüstungsausgaben auf etwa 5 Prozent sich beläuft. Vgl. den Jahresbericht des BDI 1958/59, S. 254.
 - (79) Vgl. hierzu den BDI : "Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß auf die Dauer nur Nationen zusammenarbeiten können, die "etwas zu bieten haben", d. h. m. a. W., daß auch unsere Industrie, die einst auf vielen Gebieten der Forschung und Entwicklung führend war, wieder in verstärktem Ausmaß eigene Entwicklungen durchführen muß." - Jahresbericht 1962/63, S. 254.
 - (80) Vgl. hierzu den BDI : "Unsere Industrie erkennt aber auch immer klarer, welche Anregungen sie von der Wehrtechnik her erhält und welchen Nutzen sie für den zivilen Bereich ziehen kann. Dieser Gesichtspunkt kann gar nicht oft und stark genug herausgestellt werden; er wird besonders deutlich in den mit der Luft- und Raumfahrt zusammenhängenden Bereichen der sogenannten Spitzentechnik." - Jahresbericht 1962/63, S. 157.

den Vorzügen einer intensiven Rüstung, hat hier seinen konsequentesten Ausdruck gefunden (81). Rüstungspolitische Entscheidungen, die vom wohl verstandenen Interesse gesellschaftlicher Macht- und Einflußgruppen sich leiten lassen, stimmen freilich nicht notwendig überein mit den Erfordernissen einer rationalen Militär- und Rüstungspolitik. Daß der Deutsche Industrie- und Handelstag, auf Grund seiner Verfassung die autonomere Organisation am Nutzen des Aufbaus einer deutschen Luftfahrtindustrie Zweifel hegte, obwohl doch gerade diese Entscheidung dem wohlverstandenen Interesse der privaten Wirtschaft entspricht, weist auf Unstimmigkeiten der regierungsamtlichen Rüstungspolitik hin.

Das Bundesverteidigungsministerium dürfte bei seinen Plänen für den Auftrag an die deutsche Luftfahrtindustrie sicher die große Ausstrahlung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse auf viele andere Zweige der gewerblichen Wirtschaft bedacht haben, um derart nachzuweisen, daß die Fertigung von Rüstungsgütern nicht unter allen Umständen unproduktiv sein müsse. Angesichts der riesigen Fortschritte der Raketentechnik mußte sich aber der DIHT fragen, ob der Neuaufbau einer deutschen Flugzeugfertigung zu verantworten ist, um eine möglicherweise schon kurzfristig überholte Erstausrüstung zu liefern und deren Instandhaltung zu besorgen (82).

Daß selbst eine in ihren Entscheidungen einigermaßen unabhängige Organisation dem Druck übermächtiger Interessen, zumal wenn diese, durch politische Sanktionen bestätigt, sich fortschreitend verfestigen, auf die Dauer nicht standzuhalten vermag, zeigte sich freilich schon bald darauf. Im Tätigkeitsbericht für das Jahr 1959/60 wurde der Wiederaufbau der Luft-

(81) Die Unterscheidung von intensiver und extensiver Rüstung ist von Samuel P. Huntington übernommen worden, der zwei Typen des Rüstungswettlaufs - "qualitative arms races" und "quantitative arms races" - einander entgegengesetzt hat: "A state may increase its military power quantitatively, by expanding the numerical strength of its existing military forces, or qualitatively, by replacing its existing forms of military force (normally weapons systems) with new and more effective forms of force." - Huntington, Arms Races: Prerequisites and Results, in: Carl J. Friedrich und Seymour E. Harris (Hrsg.), Public Policy, A Yearbook of the Graduate School of Public Administration, Harvard University, Cambridge (Mass.) 1958, S. 65.

(82) Tätigkeitsbericht des DIHT 1958/59, S. 233.

fahrtindustrie samt den Motiven, die dahinter standen, vom Deutschen Industrie- und Handelstag gebilligt.

Der Aufbau einer eigenen Luftfahrtindustrie hat sich aus zwei Gründen als unerlässlich erwiesen : Einmal sind Beschaffung durch Erwerb von Lizenzen und Nachbau durch die eigene Industrie billiger als die Beschaffung aus dem Ausland, zum andern erhält die Bundesrepublik Anschluß an die Entwicklung der modernen Luftfahrtindustrie des Auslandes. Das ist von um so größerer Bedeutung, als hiervon nicht nur Impulse auf die Zweckforschung und Entwicklung der übrigen Industrie, besonders Triebwerkbau, Fernmeldetechnik, Elektronik, Optik, Akustik, ausgehen, sondern der Luftverkehr einen immer größeren Platz in der internationalen Verkehrswirtschaft einnimmt und die Bundesrepublik von einer solchen maßgeblichen Entwicklung nicht ausgeschlossen bleiben darf (83).

Die Desiderata der wirtschaftlichen Spitzenorganisationen zum Problem der militärischen Rüstung ergeben, zusammengenommen, das Konzept einer Rüstungspolitik, die wohlverstandenen Interessen der privaten Wirtschaft entspricht. Ohne je zu einem Programm zusammengefaßt worden zu sein, fungiert es doch gleichsam als Ausgangsbasis des Akkordes, der sich zwischen privater Wirtschaft und politischem Herrschaftssystem herausgebildet hat. Der Militär- und Rüstungspolitik wird in den Grundsatzserklärungen eine durchaus subsidiäre Funktion zugewiesen, ohne daß ihre Notwendigkeit freilich je ganz in Abrede gestellt würde. Militärische Rüstung erfüllt den ihr aufgegebenen Zweck nur dann, wenn sie als nicht mehr "als einen Teil aller Abwehrmaßnahmen" gegenüber der Bedrohung durch ein konkurrierendes gesellschaftliches System sich versteht (84). Als *raison d'être* der Militär- und Rüstungspolitik wird die Erhaltung und Perpetuierung der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung proklamiert. Vorkehrungen, zur Erhaltung der äußeren Sicherheit getroffen, verlören, so glauben die Verbände folgern zu können, ihren Sinn da, wo sie mit institutionellem Aufbau und prozessualem Ablauf des herrschenden Wirtschaftssystems intervenieren. Das Militär- und Rüstungsprogramm bedarf daher - um systemkonform zu sein - der Integration in die kapitalistische Wirtschaftsordnung; seine Ausführung muß in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des kapitalistischen Produk-

(83) Tätigkeitsbericht des DIHT 1959/60, S. 185.

(84) Jahresbericht des BDI 1958/59, S. 212.

tionsprozesses - struktur - und konjunkturgerecht - erfolgen. Daß Militär- und Rüstungspolitik, soll sie ihrem Zweck gerecht werden, eigenen Entwicklungstendenzen folgt, zumal unter den Bedingungen des Kalten Krieges, und, anstatt bruchlos und ohne Konflikte in einer umfassenden Strategie des Antibolschewismus aufzugehen, das herrschende Wirtschaftssystem in Frage stellt, wird im Ernst nicht ins Auge gefaßt.

Indem der Militärapparat systemkonform in die herrschende gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung eingefügt wird, soll gewährleistet werden, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und deren Kern, die Institution des Privateigentums, unangetastet bleiben. Von der öffentlichen Hand wird erwartet, daß sie, vor die Aufgabe gestellt, den Bedarf der Streitkräfte an Gütern und Dienstleistungen zu decken, darauf verzichtet, in der Sphäre der Produktion in Konkurrenz mit privaten Unternehmungen zu treten (85). Abstand nehmen soll der Staat desgleichen von direkten Kontrollen, die mit der Funktionsweise des Marktmechanismus intervenieren. Das Beschaffungswesen soll den Normen des Marktes gehorchen.

Von der militärischen Rüstung beeinträchtigt werden soll ebensowenig wie die institutionelle Ordnung des kapitalistischen Systems dessen prozessualer Ablauf; Impulse der militärischen Rüstung dagegen, die den Prozeß der kapitalistischen Produktion anzuregen und zu fördern geeignet erscheinen, sollen genutzt werden. Das Rüstungsprogramm wäre, so lautet das Postulat der Struktur- und Konjunkturgerechtigkeit umgesetzt in konkrete Forderungen, mit Rücksicht auf Größe und zeitlichen Ablauf so auszugestalten, daß es der Beschäftigungslage sowohl der Wirtschaft insgesamt wie einzelner Wirtschaftszweige und Unternehmungen entgegenkommt. Militärische Rüstung soll, einer gängigen Formel gemäß, abgestimmt werden auf die "Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit." (86)

Grundsatzserklärungen, mit denen die private Wirtschaft sich zur Größe und zeitlichen Gliederung des Rüstungsprogramms geäußert hat, standen bisher im Zeichen der Vollbeschäftigung; anstatt auf eine Erweiterung des Programms waren die Forderungen daher eher auf eine Einschränkung und anstatt auf eine Verkürzung der Aufbaufristen auf eine zeitliche Streckung

(85) Die Interessenvertretungen der privaten Wirtschaft haben sich wiederholt strikt gegen die Einrichtung von Regiebetrieben ausgesprochen. Vgl. etwa den Jahresbericht des BDI 1952/53, S. 171 und 173.

(86) Vgl. die Jahresberichte des BDI 1954/55, S. 198; 1957/58, S. 128; 1958/59 S. 32; und den Tätigkeitsbericht des DIHT 1961, S. 12; sowie Krull, a. a. O., S. 12.

abgestellt (87); mit Rücksicht auf die Situation unterbeschäftigter Produktionskapazitäten ist gelegentlich allein darauf gedrungen worden, Rüstungsaufträge bei gleichbleibendem Auftragsvolumen umzulenken und punktuell zu massieren.

Daß militärische Rüstung für die private Wirtschaft gleichwohl auch die Bedeutung einer Ertragsquelle hat, lassen weniger die Desiderata, die auf Größe und zeitliche Gliederung des Rüstungsprogramms, als jene, die auf dessen Struktur sich beziehen, erkennen. Die Rüstungsausgaben des Bundes wären so zu zentrieren, daß der sekundäre Nutzen, den die private Wirtschaft aus der Durchführung des Programms zu ziehen vermöchte, auf ein möglichst hohes Niveau gebracht wird. Diese Überlegungen waren es, die die private Wirtschaft dazu veranlaßten, auf die Initiation eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms und, als dessen Kristallisationszentrum, auf den Wiederaufbau einer Luftfahrtindustrie zu bestehen.

Angetrieben vom Wunsch, der Rüstungspolitik etwas von dem ihr anhaften- den Charakter des Unberechenbaren und Arbiträren zu nehmen, waren die Verbände darum bemüht, zu einem Überblick über die wirtschaftlichen Konsequenzen der Aufrüstung zu kommen. Seit Anfang der fünfziger Jahre dringen sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie wie der Deutsche Industrie- und Handelstag darauf, daß von der Leitung des Verteidigungsressorts ein Bedarfsdeckungsplan zusammengestellt und ihnen bekanntgegeben würde. Dem Wunsch der privaten Wirtschaft nachzukommen, hat das Verteidigungsressort sich freilich außerstande gesehen; anstatt einen Gesamtplan in die Hände zu bekommen, hat die private Wirtschaft sich mit Einzelprogrammen begnügen müssen. Rechtfertigungsversuche der militärischen Führung haben offensichtlich nicht vermocht, die organisierte private Wirtschaft vom Gedanken an eine rüstungspolitische Perspektivplanung gänzlich abzubringen.

Die Industrie hat wiederholt darum gebeten, genauere Angaben über die künftigen Bedarfsprogramme zu erhalten, damit sie entsprechend disponieren kann. Eine langfristige, lückenlose Planung ist zwar nicht durchführbar, weil der strategische Grundplan der NATO, die technische Entwicklung, das Ausmaß der Auslandshilfe und der Rüstungsein-

(87) Vgl. hierzu etwa den DIHT : "Die eigentlichen Rüstungslasten stehen vor der Tür; ihre Finanzierung ohne Rüstungssteuer wird nur gelingen, wenn die politischen Voraussetzungen eine zeitliche Streckung des Verteidigungsaufbaus zulassen." - Tätigkeitsbericht 1958/59, S. 236.

führen auf lange Sicht nicht zu überblicken sind. Trotzdem müßte auf einzelnen Gebieten eine Planung, die die jeweiligen Änderungen in einer Art Fortschreibung berücksichtigt, bis zu einem gewissen Grade möglich sein (88).

So sehr die organisierte private Wirtschaft um die Gestaltung der materiellen Rüstung sich bekümmerte, auf die Formulierung der Militärpolitik Einfluß zu nehmen, hat sie so gut wie ganz vermieden (89). Postulate, wie sie die Verbände zur Rüstungspolitik verfechten, haben freilich Konsequenzen, die bis in den Kern auch der Militärpolitik hineinreichen. Logisches Resultat des rüstungspolitischen Konzepts der privaten Wirtschaft ist die Akzentuierung des atomaren Potentials der Streitkräfte, das Wesensmerkmal der neuen Rüstungspolitik. Daß die Verbände sich der militärpolitischen Implikationen ihrer Forderungen einigermaßen bewußt sind, geben Kommentare zu erkennen, die die Krise des atlantischen Bündnissystems - zugleich eine Krise der Militärpolitik - beim Bundesverband der Deutschen Industrie hervorgerufen hat.

Während in den Jahren vor 1961 die Konzeption der NATO vor allem auf den strategischen und später auf den taktischen Atomwaffen ruhte, verschob sich der Akzent in letzter Zeit stärker auf die konventionellen Streitkräfte. Gleichzeitig drängten die europäischen NATO-Partner jedoch immer mehr auf Beteiligung und Mitverantwortung an der Atomrüstung. Im Mai vorigen Jahres wurde ihnen auf der NATO-Ratstagung in Athen dann auch eine politische - keine operative - Kontrolle zugestanden. Auf der amerikanisch-britischen Konferenz im Dezember 1962 kam es schließlich - neben der Zusage von Polaris-Raketen an die Engländer - zu konkreten Vorschlägen für eine multilaterale Atommacht, die gemeinsam gebaut, bemannt, kontrolliert und finanziert werden und sich auf U-Boote oder Überwasserschiffe stützen sollen. Man mag über den militärischen und politischen Sinn dieser Pläne, die am nuklearen Gleichgewicht nichts grundsätzlich ändern, verschiedener Ansicht sein; sicher dürfte auf jeden Fall sein, daß uns erhebliche neue finanzielle Lasten erwachsen werden, bei denen man sich vor Augen halten sollte, daß keine

(88) Jahresbericht des BDI 1957/58, S. 170.

(89) Daß die wirtschaftlichen Interessenverbände der direkten Einflußnahme auf die Formulierung der Militärpolitik sich enthalten, stellt auch Samuel P. Huntington fest. Vgl. *The Common Defense*, S. 176.

europäische Nation gleichzeitig neue-konventionelle Divisionen aufstellen und eine Atommacht aufbauen kann, ohne die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu überschreiten (90).

Wer wie die Interessenvertretung der Industrie heute vor einer Kombination von atomarer und konventioneller, von intensiver und extensiver Rüstung warnt, hat dafür gute Gründe. Daß die Bundesrepublik einer "doppelten Rüstungspolitik" zu verfallen droht (91), erklärt sich freilich wesentlich dadurch, daß die politische Führung der Streitkräfte sich bei der Abfassung ihres militärpolitischen Konzepts von Rücksichten auf das Interesse der Wirtschaft hat bestimmen lassen. Verleitet von vermeintlichen Vorteilen intensiver Rüstung, hat sich das Verteidigungsressort darauf eingelassen, ein tendenziell atomares Potential auszubilden, ohne auf die Dauer der Verpflichtung zum Ausbau der konventionellen Streitkräfte und damit einer extensiven Rüstung sich entziehen zu können.

(90) Jahresbericht des BDI 1962/63, S. 156.

(91) Auf die Gefahren einer "doppelten Rüstungspolitik" wiesen bereits im Frühjahr 1958 Militärexperten der freidemokratischen Bundestagsfraktion hin. Vgl. Ausführungen der Bundestagsabgeordneten Kreitmeyer und Dr. Mende, Bundestagsverhandlungen, 3-20-1033 und 3-21-1347.

IV. Revision des deutschen Rüstungsprogramms

Das Programm, mit dem im Sommer 1955 die Wiederaufrüstung Westdeutschlands in Angriff genommen wurde, war in der Ära der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft konzipiert worden. Wenn auch mit dem Pariser Vertragswerk des Jahres 1955 an die Stelle der supranationalen Lösung des Problems der interalliierten Kooperation eine nationale getreten war, so schien doch die militärische Planung durch diesen Bruch nicht berührt. Von der Bundesregierung wurden die Auflagen des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als Resultat internationaler Vereinbarungen ausgegeben, an die die Bundesrepublik auch weiterhin gebunden sei. In der Tat sind Bestimmungen über die Größe der Land- und Luftstreitkräfte Westdeutschlands, die noch dem EVG-Vertrag entstammten, in das Pariser Vertragswerk eingegangen (1).

Doch konnte selbst die Bundesregierung nicht bestreiten, daß es sich dabei um Höchstgrenzen handelte. Daß die Auflagen des EVG-Vertrages nicht unterschritten werden dürften, ließ sich lediglich aus einer Anlage zur sogenannten Londoner Schlußakte herauslesen, die jedoch in die vom Bundestag ratifizierten Verträge nicht aufgenommen worden ist (2). Die Verpflichtungen, die die Bundesregierung mit dem Beitritt zur Nordatlantikpakt-Organisation und zur Westeuropäischen Union übernommen hat, können daher nur im Sinne von Maximalvorschriften interpretiert werden.

-
- (1) Vgl. Artikel 1 des Protokolls Nr. II über die Streitkräfte der Westeuropäischen Union : "1. Die Land- und Luftstreitkräfte, die jeder der Hohen Vertragschließenden Teile dieses Protokolls dem Alliierten Oberbefehlshaber Europa in Friedenszeiten auf dem europäischen Festland unterstellt, dürfen nach Gesamtstärke und Anzahl der Verbände nicht überschreiten : (a) für Belgien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und die Niederlande die im Sonderabkommen zu dem am 27. Mai in Paris unterzeichneten Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft für Friedenszeiten festgelegten Höchstgrenzen; ..." - Bulletin 1954-202-1793.
- (2) Vgl. Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz : "Der Aufgabenbereich der Brüsseler Vertragsorganisation wird erweitert, um weitere wichtige Funktionen einzuschließen : - Der Umfang und die allgemeine Beschaffenheit des deutschen Verteidigungsbeitrages werden dem für die EVG festgesetzten Beitrag entsprechen." - Bulletin 1954 - 188 - 1663.

Nach dem EVG-Vertrag war die Bundesrepublik nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, zwölf deutsche Divisionen zu stellen ... In dem westeuropäischen Unionsvertrag ist ein oberer Plafond aufgestellt; mehr darf die Regierung nicht stellen. Es ist aber keine Verpflichtung, daß sie zwölf stellen muß. Was sie stellen muß, wird durch den NATO-Rat bestimmt. Dieser Beschluß kann nur einstimmig gefaßt werden (3).

Gleichwohl hielt die Bundesregierung zunächst an ihrer Version fest und schien sich auch der Nordatlantikpakt-Organisation gegenüber verpflichtet zu haben, die Auflagen des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft einzuhalten (4). Noch bis weit in das Jahr 1956 hinein wurde die Bildung einer Halbmillionen-Armee als Ziel der westdeutschen Aufrüstung bezeichnet.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Bundesrepublik auf Grund von internationalen Vereinbarungen verpflichtet ist, Streitkräfte in einem Umfang von etwa 500 000 Mann auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht aufzustellen (5).

Erst unter dem Druck der Krise, in die sie durch ihre Rüstungspolitik getrieben wurde, rückte die Bundesregierung von ihrem Standpunkt ab. Die vorgeblichen Bündnisverpflichtungen wurden revoziert, als klar zu Tage lag, daß ihre Erfüllung den Bestand des politischen Herrschaftssystems in Frage stellte.

Von welchen Zielen die militärische Planung im ersten Stadium der Wiederaufrüstung sich leiten ließ, geht aus einer Reihe von Erklärungen hervor, die von der Bundesregierung im Laufe der Jahre 1955 und 1956 zur Militärpolitik abgegeben wurden, sowie aus Berichten deutscher und ausländischer

(3) Abg. Dr. Schmid in der 26. Sitzung (2. Sitzungsperiode) des Bundestagsausschusses für auswärtige Fragen am 13.1.1955, zitiert nach einem Bericht im Spiegel, 1956-27-23 f.

(4) S. weiter unten S. 135 f.

(5) 500 000 Soldaten - Allgemeine Wehrpflicht, Verpflichtung der Bundesregierung auf Grund internationaler Vereinbarungen, Bulletin 1956 - 75 - 694.

Beobachter (6). Übereinstimmend wurde die Gesamtstärke der deutschen Streitkräfte, den Bestimmungen des EVG-Vertragswerkes entsprechend, mit 500 000 Soldaten angegeben. 370 000 bis 400 000 Soldaten sollten nach diesen Berichten auf die Landstreitkräfte, 80 - 100 000 auf die Luftstreitkräfte, 20 000 auf die Seestreitkräfte entfallen. Die Landstreitkräfte hätten sich aus sechs Grenadier- und sechs Panzerdivisionen sowie aus Unterstützungs- und Versorgungstruppen zusammengesetzt. Als Grundeinheiten der ungefähr 13 000 Mann umfassenden Divisionen waren jeweils zwei selbständige mechanisierte Kampfverbände vorgesehen. Die Ausrüstung der Landstreitkräfte hätte nach vorliegenden Schätzungen etwa 3000 Panzerkampfwagen sowie eine gleiche Anzahl von gepanzerten Fahrzeugen erfordert. Die fliegenden Verbände der Luftstreitkräfte sollten aus 21 Geschwadern mit insgesamt 1300 - 1400 Frontflugzeugen bestehen. In Übereinstimmung mit der Beschränkung auf taktische Aufgaben waren als Kern der Luftstreitkräfte vier Jagd- und vier Jagdbombergeschwader mit insgesamt 600 Flugzeugen vorgesehen, die ergänzt werden sollten durch drei Aufklärungsgeschwader, drei Allwettergeschwader und zwei Transportgeschwader mit zusammen etwa 420 Flugzeugen. Neben den fliegenden Verbänden sollten Führungs- und Fernmeldeeinheiten sowie eine Bodenorganisation entstehen. Das Marineprogramm sah vor, 21 Flottillen leichter Seestreitkräfte zu bilden, die insgesamt etwa 180 Schiffseinheiten erfordert hätten. Die Größenordnung des Ausrüstungsbedarfs, der mit der militärischen Gesamtplanung einherzugehen versprach, spiegelte sich außerdem im Bedarf aller Streitkräfte an Kraftfahrzeugen wider, der von Sachverständigen auf 100 000 Einheiten geschätzt wurde. Die Aufstellung der Landstreitkräfte sollte bis zum 1. Januar 1959, die der Luft- und Seestreitkräfte bis zum 1. Januar 1960 abgeschlossen sein. Als Zwischenziele waren Gesamtstärken von 95 000 Soldaten Ende 1956 und von 270 000 Soldaten Ende 1957 geplant.

Noch bevor der Aufbau der neuen Streitkräfte begonnen hatte, geriet die

-
- (6) Vgl. Angaben über Aufstellungspläne des Bundesverteidigungsministeriums in Keesings Archiv; 4503, 5228, 5372, 5488, 5677, 5735, 6029; sowie bei Setten, Zehn Jahre Besatzungs- und Verteidigungslasten, Münchener Dissertation 1957, 143 ff.; M. G., Economic Implications of German Rearmament, The World Today, London 1955 - 3 - 117-129; Demburg, Rearmament and the German Economy, Foreign Affairs, New York 1954/55 - 4 - 648-662; Edinger, West German Armament, S. 41 ff.; Russett, The Economic Impact of German Rearmament, Williamstown 1957, S. 3 ff.

militärische Gesamtplanung und mit ihr die politische und militärische Führung des Bundesverteidigungsministeriums ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik. Zweifel wurden laut, ob die bekanntgewordenen Pläne sich einhalten ließen, ohne daß konkurrierende politische Ziele, nicht zuletzt die Stabilität der Währung, in Mitleidenschaft gezogen würden.

In der Presse, im Unternehmerlager, von der parlamentarischen Opposition wurde die Forderung erhoben, die Öffentlichkeit über die Größe der Aufwendungen, die die Wiederaufrüstung erforderte, aufzuklären und einen Gesamtfinanzierungsplan vorzulegen. Mehr als drei Jahre lang jedoch hat sich die Bundesregierung dieser Forderung verschlossen. Daß die Bundesregierung es unterließ, eine wirtschaftliche und finanzielle Gesamtplanung vorzulegen, hat der damalige Bundesfinanzminister mit zwei Argumenten zu rechtfertigen versucht, die bis auf den heutigen Tag die Rüstungspolitik der Bundesregierung charakterisieren. Auf eine Interpellation der sozialdemokratischen Partei hin ersuchte der Minister um Verständnis dafür, daß die Bundesregierung, in Verhandlungen über die Höhe des deutschen Verteidigungsbeitrages begriffen, es vermeiden wolle, ihren Bündnispartnern mit der Vorlage eines Gesamtfinanzierungsplanes Anlaß für überhöhte Forderungen zu liefern. "Allzu große Zahlen ... in die Welt hinaus (zu) rufen, als ob sie schon Tatsachen wären", hieß, "die eigene Verhandlungsgrundlage des deutschen Volkes erschweren". Ganz abgesehen davon aber ließen sich, wie der Minister hinzufügte, verbindliche Angaben darüber, was die Wiederbewaffnung à la longue kostete, überhaupt nicht machen.

Ich darf auch bemerken, daß es, glaube ich, niemanden in der Welt gibt, der in der Lage wäre, mit bestimmten Zahlen heute darüber zu reden, was eine Gesamtaufrüstung in den Jahren 1955, 1956, 1957, 1958 kostet (7).

Erwägungen darüber, ob das Militärprogramm der Bundesregierung hätte verwirklicht werden können, ohne daß konkurrierende Zielsetzungen beeinträchtigt worden wären, sind unter diesen Umständen auf Schätzungen angewiesen, die in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre über die Gesamtkosten der Wiederaufrüstung angestellt wurden. Daß diese Berechnungen nicht unwesentlich voneinander abwichen, bezeugt, welche Ungewißheit in dieser Hinsicht herrschte. Die Angaben, die überliefert sind, bewegen sich zwischen 40 und 100 Milliarden DM. Von der Bundesregierung scheinen die Kosten der Wiederaufrüstung nach inoffiziellen Verlautbarungen zunächst auf

(7) Bundesfinanzminister Schäffer, Bundestagsverhandlungen 2 - 70 - 3743.

60 Milliarden DM veranschlagt worden zu sein (8). Doch ist schon im Februar 1955 diese Zahlenangabe im Bulletin des Presse- und Informationsamtes als "unbefugtes Zitat" dementiert worden (9). "Von zuständiger Seite in Bonn" verlautete im Herbst des gleichen Jahres, "daß etwa 51 Mrd. DM für die Wiederbewaffnung ausgegeben werden müssen".

In den Haushaltsplänen der Bundesrepublik sind je Rechnungsjahr 9 Mrd. DM veranschlagt. Das sind in vier Jahren insgesamt 36 Mrd. DM, zusammen mit der Außenhilfe 51 Mrd. DM (10).

Von der sozialdemokratischen Opposition wurden in der Debatte über die Ratifizierung der Pariser Verträge im Februar 1955 "Kostenrechnungen der Alliierten" herangezogen, nach denen sich die Aufwendungen für die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik auf 81,3 Mrd. DM belaufen hätten; die Oppositionspartei selbst ging dagegen bei ihrer Kritik an der Rüstungspolitik der Regierung von der ursprünglich genannten Summe von 60 Mrd. DM aus (11).

Von den erwähnten inoffiziellen Verlautbarungen im Vorstadium der Wiederbewaffnung abgesehen, hat es die Bundesregierung bis in das Frühjahr 1958 hinein vermieden, Angaben über die Gesamtfinanzierung der Aufrüstung zu machen. Wie unter einem Wiederholungszwang ist stattdessen als einziger Anhaltspunkt für die Höhe der Verteidigungsaufwendungen von Regierungsvertretern der jährliche Etatansatz in Höhe von 9 Mrd. DM genannt worden (12). Zweifeln, die durch diese "magische Formel" nicht behoben werden konnten, trachtete die Bundesregierung dadurch zu begegnen, daß sie als letzte Instanz die Militärhilfe der Vereinigten Staaten anrief. Geradezu exemplarische Bedeutung hat in diesem Zusammenhang eine Reaktion des Bundeswirtschaftsministers in der Debatte über die Ratifizierung der Pariser Verträge.

-
- (8) Vgl. Abg. Gülich, Bundestagsverhandlungen 2 - 71 - 3786, und Franz Reuter, Weitere Hochkonjunktur - aber im Vorschatten der Rüstung, Volkswirt 1955 - 40 - 4, sowie Keesing, 15.12.1954, 4907 B.
- (9) Ein unbefugtes Zitat, Bulletin 1955 - 32 - 261.
- (10) Keesing, 21.9.1955, 5372 C.
- (11) Vgl. Abg. Erler, Bundestagsverhandlungen 2 - 70 - 3733, und Abg. Gülich, a. a. O.
- (12) Vgl. hierzu Abg. Helmut Schmidt, Bundestagsverhandlungen 3 - 24 - 1293 ff.

Der Bundeskanzler, der Finanzminister und ich sagten Ihnen wiederholt : Wir werden keine größeren Verpflichtungen auf uns nehmen, und wir können von keiner Seite zu einer größeren Verpflichtung gezwungen werden, als wir freiwillig übernehmen und als Sie vor allen Dingen durch Ihre Zustimmung bewilligen wollen. (Abgeordneter Welke : Und was kostet der Spaß nun ?) - Dann lassen Sie das doch die Amerikaner bezahlen (13).

Was von Rednern der Opposition als rhetorische Fehlleistung - "kein diplomatisches Meisterstück" (14) - abgetan worden ist, enthüllte in Wahrheit einen Nervenpunkt der militärischen Planung. Hilfsleistungen der amerikanischen Regierung, auf die auch der Bundeswirtschaftsminister zu rechnen schien, waren, wie es in einer einflußreichen Wirtschaftszeitung hieß, die "große Unbekannte" in der Rechnung der offiziellen Rüstungspolitik (15). Vom Ausmaß und vom Verrechnungsmodus der amerikanischen Militärhilfe, wie sie im Rahmen der gegenseitigen Militärhilfe seit 1950 den Mitgliedern der NATO zur Verfügung gestellt worden war, hing es letzten Endes ab, ob die vorgelegten Planungen einzuhalten waren. Das Angebot der amerikanischen Regierung, auch die Bundesrepublik in das System der gegenseitigen Militärhilfe einzubeziehen, ging auf die Anfänge der EVG zurück. Im Sommer 1952 hatte der damalige Bundesfinanzminister vor dem Bundestag erklärt, die Vereinigten Staaten hätten "die Verpflichtung übernommen, das gesamte schwere Material für die Ausrüstung der deutschen Kontingente in derselben Art, in derselben Güte, in derselben Menge, wie es nach den sogenannten NATO-Verträgen für irgendein Kontingent zu liefern ist, auch dem deutschen Kontingent unentgeltlich zu liefern" (16). Gestützt auf dieses Versprechen, als dessen Urheber der erste amerikanische Hohe Kommissar gilt, glaubte die Bundesregierung, es dem amerikanischen Bündnispartner, dem "großen Bruder" (17) überantworten zu können, die Lücke, die auch nach offiziellen Berechnungen zwischen "finanzieller und materieller Planung" klappte, auszufüllen.

(13) Bundeswirtschaftsminister Erhard, Bundestagsverhandlungen 2-70-3811.

(14) Abg. Schöne, Bundestagsverhandlungen 2-70-3817.

(15) Kurt Richebächer, Die Größe x in den Rüstungsausgaben, Volkswirt 1954-46-9.

(16) Bundesfinanzminister Schäffer, Bundestagsverhandlungen 1 - 221 - 9839 f.

(17) Im Vertrauen auf den großen Bruder, Volkswirt 1955 - 24 - 6 f.

Verbindlichere Gestalt hatte das amerikanische Hilfsversprechen nur in der Form des sogenannten Nash-Commitments angenommen, eines Angebotes des stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers, aus Lagerbeständen der amerikanischen Armee in Europa militärische Ausrüstungsgüter im Herstellungswert von einer Milliarde Dollar zur Verfügung zu stellen. Ganz abgesehen von der zweifelhaften Güte der angebotenen Ausrüstung, die allenthalben Kritik hervorrief, reichte der Wert des Nash-Commitments bei weitem nicht aus, die vorhandene Finanzierungslücke, inoffiziell auf 15-16 Mrd. DM beziffert (18), zu schließen. Verstöße, die von der Bundesregierung unternommen wurden, um sich in ihren innenpolitischen Auseinandersetzungen amerikanischer Unterstützung zu versichern, scheinen abschlägig beschieden worden zu sein. Ein amerikanischer Beobachter wußte im Juni 1955 zu melden :

"The West German government has been advised that it must not expect the United States to cover the deficit in its ... armament build-up" (19).

Auftrieb erhielt die Hoffnung auf amerikanische Militärhilfe noch einmal, als es im Sommer 1955 zum Abschluß eines Abkommens über gegenseitige Verteidigungshilfe zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik kam. Auch die Bundesrepublik war damit in den Kreis der Staaten eingerückt, die nach den Bestimmungen des Gesetzes über die gegenseitige Sicherheit seit Beginn der fünfziger Jahre,

in anbetracht ihrer gemäß Artikel 3 des Nordatlantikvertrages einzeln und gemeinsam mit den anderen Parteien eingegangenen gegenseitigen Verpflichtungen, die eigene und die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung erhalten und fortzuentwickeln (20);

Hilfsleistungen in Höhe von insgesamt 15.831,1 Mill. DM erhalten hatten (21). Wie auch die zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Partner-

(18) S. oben S. 114 f.

(19) M. S. Handler, Adenauer Delays Bill on Recruits, New York Times, 21. 6. 1955, zitiert nach Russett, a. a. O., S. 17.

(20) Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, Keesing, 30. 6. 1955, 5234 f.

(21) Vgl. Günther Grüneberg, Die amerikanische Hilfe. Volkswirt 1956-4-12 ff.

Staaten des atlantischen Bündnissystems abgeschlossenen Verträge war das am 30. Juni 1955 unterzeichnete Abkommen freilich nur eine Rahmenvereinbarung. Von welchem Ausmaß der vereinbarten Hilfsleistungen im einzelnen sein und unter welchen "Modalitäten und Bedingungen" sie erfolgen sollten, blieb Einzelabkommen vorbehalten. Was im Rahmen solcher Einzelabkommen im Anschluß an die Ratifizierung des Abkommens an Anlagen, Ausrüstungsgegenständen und Dienstleistungen der Bundesregierung zur Verfügung gestellt wurde, hielt sich durchaus in den Grenzen des Nash-Commitments.

Nach Meldungen, die nicht ganz frei von Zweckoptimismus gewesen zu sein scheinen, handelte es sich dabei um "die anfänglich benötigten Waffen für 6 der insgesamt 12 Divisionen und für 24 Gruppen der Luftwaffe sowie 6 große und 12 kleine Minensucher" im Gesamtwert von 1 Mrd. Dollar (22). Nachdem diese Leistungen eingebracht worden waren, wies die Gesamtrechnung des Bundesverteidigungsministeriums, wie aus einem im April 1956 bekanntgewordenen Memorandum hervorgeht, noch eine Lücke von 8 - 9 Mrd. DM auf. Diese hoffte die Bundesregierung durch "zusätzliche Militärhilfe im Betrag von 2 Mrd. Dollar" decken zu können. Nur so glaubte man, das Aufstellungsprogramm der Bundeswehr einhalten zu können (23).

Von der amerikanischen Regierung ist der Appell der Bundesregierung indessen nie befolgt worden. Nicht nur mochte die Bundesregierung angehalten worden sein, ihre mit dem Abkommen über die gegenseitige Verteidigungshilfe eingegangene Verpflichtung einzulösen :

soweit mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Stabilität vereinbar, den vollen Beitrag für die Entwicklung und Aufrechterhaltung ihrer eigenen Verteidigungskraft und der Verteidigungskraft der freien Welt (zu) leisten, den ihr Arbeitskräfte, Hilfsquellen, Einrichtungen und allgemeine Wirtschaftslage erlauben, und alle angemessenen Maßnahmen (zu) treffen, die zur Entwicklung ihrer Verteidigungsfähigkeit gegebenenfalls erforderlich sind (24).

-
- (22) Bundeswehr erhält erste Ratenlieferung amerikanischer schwerer Waffen, Keesing, 15. 5. 1956, 5775 A.
 - (23) Bundesregierung ersucht um vermehrte amerikanische Verteidigungshilfe bzw. Kredit, Keesing, 5. 4. 1956, 5708 B.
 - (24) Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe, Keesing, 30. 6. 1955, 5234 A f.

Vielmehr wurden von den alliierten Bündnispartnern zur gleichen Zeit von neuem Stationierungskosten gefordert (25). Im Hin und Her von Rechnung und Gegenrechnung scheint die "große Unbekannte", auf der die Kalkulation der deutschen Rüstungspolitik beruhte, geopfert worden zu sein. Was daraus folgte, war schon in der Ratifikationsdebatte von einem freidemokratischen Abgeordneten antizipiert worden.

Aber selbst wenn wir der Überzeugung sind, daß unsere Währung und unser Lebensstandard nicht gefährdet werden und daß wir diese Summe noch erhöhen können, dann kommen wir allerhöchstens zu einer Zahl von 30 Mrd., und es ist ganz eindeutig, daß wir damit nicht auskommen werden, um die Aufrüstung in drei Jahren durchführen zu können. Die Folgerung, die wir daraus ziehen, ist die, daß wir es dann eben nicht in drei Jahren machen können, es sei denn, daß die Westmächte uns das Fehlende wirklich und echt zuschießen (26).

Nicht länger schien im Sommer 1956 damit gerechnet werden zu können, daß die Lücke in der Gesamtrechnung der deutschen Rüstungspolitik mit Hilfe des amerikanischen Verbündeten geschlossen werden könnte. Unabwendbar schien infolgedessen als Konsequenz sich aufzuzwingen, das Rüstungsprogramm grundlegend zu revidieren (27).

Was die Gesamtrechnung der Rüstungspolitik genannt worden ist, die Gegenüberstellung der aus der militärischen Planung resultierenden finanziellen Anforderungen und der vorhandenen finanziellen Mittel, ließ nur äußerst unzulängliche Schlüsse über die wirtschaftlichen Konsequenzen der Wiederbewaffnung zu. Ob die Ziele der militärisch-politischen Planung innerhalb der durch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gezogenen Grenzen lägen, hätte allein durch eine volkswirtschaftliche Analyse geklärt werden können. Daß es einer ökonomischen Ergänzung von militärischer und finanzieller Planung bedurft hätte, wurde in der deutschen Öffentlichkeit

(25) Vgl. Spiegel-Artikel : Nix, Nix, 1956 - 8 - 11 f; Kaliber Gürzenich, 1956 - 26 - 11 f.; sowie : Stationierungskosten und Rüstungshilfe, Volkswirt 1956 - 15 - 6, und bei Keesing, 10.6.1956, 5829 A.

(26) Abg. Atzenroth, Bundestagsverhandlungen 2 - 71 - 3801.

(27) Vgl. Kurt Richebächer, Im Nebel der Rüstungsfinanzen, Volkswirt 1956 - 4 - 3 f., und Günther Grüneberg, Im Zwielficht der Wehrpflicht, Volkswirt 1956 - 28 - 4.

durchaus erkannt - so im Leitartikel einer angesehenen Wirtschafts- und Finanzzeitung :

Ausschlaggebend ist weniger die Finanzierungstechnik, sondern die güterwirtschaftliche Auswirkung der mit der Wiederbewaffnung verbundenen Produktionsaufgaben (28).

Wenn auch immer wieder aufgenommen und vorübergehend selbst von Vertretern des Bundesministeriums für Verteidigung geteilt, ist das angemeldete Desiderat nie erfüllt worden. Weder hat die Bundesregierung jemals den früher versprochenen Wirtschaftsplan vorgelegt, noch ist das Problem der Wiederbewaffnung, abgesehen von vereinzelten Diskussionsbeiträgen, von der akademischen Volkswirtschaftslehre in Deutschland behandelt worden (29). Darlegungen über die wirtschaftlichen Folgen der geplanten Aufrüstung sind insofern auf im westlichen Ausland entstandene Untersuchungen und auf verstreute Kommentare in der deutschen Wirtschaftspresse angewiesen (30).

(28) Günther Grüneberg, Die Verantwortung des Parlaments, Volkswirt 1955 - 26 - 4 . Vgl. auch Christian Krull, Wirtschaft und Rüstung, S. 12.

(29) Vgl. hierzu einen Kommentar im Volkswirt : "Die bisherigen Betrachtungen des sehr komplexen Themas "Rüstung und Wirtschaft" erschöpfen sich in der Behandlung von organisatorischen Teilplanungen, Finanzierungsfragen, der Überwindung des Engpasses Arbeitskraft und einzelner preislicher Auswirkungen. Kaum wurden die Zusammenhänge mit der Produktion für den zivilen Bedarf, also die Konkurrenz der Verwendung der Produktionsfaktoren für den Bedarf der Rüstung und des friedlichen Verbrauchs, die Auswirkungen auf den Außenhandel und die Investitionsanforderungen untersucht. Es sei daran erinnert, daß in den dreißiger Jahren sich eine umfangreiche - wenn auch zuweilen tendenziöse - Literatur den rüstungswirtschaftlichen Problemen gewidmet hat, während heute die recht oberflächlichen kategorischen Behauptungen, die noch durch nichts bewiesen sind, überwiegen. Die Wissenschaft ist überhaupt noch nicht bemüht worden " - Wirtschaft u. Rüstung, 1955 - 25 - 7 f.

(30) Abgesehen von den Kommentaren zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage und zum Problem der Verteidigungswirtschaft im Volkswirt, berücksichtigt die hier gegebene Darstellung vorwiegend die schon erwähnten Arbeiten von Dernburg, Edinger, M. G. (in : The World Today), Russett, weiter zwei Beiträge von Krull : Wirtschaft und Rüstung, a. a. O. und Kritische Bemerkungen zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland, Finanzarchiv, N. F., 1958/59 - 1 - 157 ff. ; Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Aufbau einer Rüstungswirtschaft der Bun-

Aus vielen Anzeichen konnte, als das Jahr 1955 zu Ende ging, geschlossen werden, daß in Westdeutschland die wirtschaftliche Entwicklung wenn nicht eine Wendemarke, so doch einen Haltepunkt erreicht hatte. Der Zeitabschnitt, der durch die Währungsreform im Jahre 1948 eröffnet worden war und nun zu Ende ging, hatte im Zeichen schnellen wirtschaftlichen Wachstums gestanden. Während das Bruttosozialprodukt, in Preisen von 1936, im Jahre 1949 noch um 1,7 Prozent unter dem Vorkriegsstand gelegen hatte, war dieser 1950 bereits um 14,4 Prozent übertroffen. Das Wachstum des Sozialproduktes hatte sich anfangs, in den Jahren 1951 und 1952, auf 10,5 Prozent und 8,3 Prozent belaufen, war dann 1953 und 1954 auf die im internationalen Vergleich immer noch weit überdurchschnittlichen Werte von 7,5 Prozent und 7,4 Prozent abgesunken, um dann im Jahre 1955 noch einmal auf 11,5 Prozent zu steigen. In einer amerikanischen Untersuchung wurden, was das Potential des anhaltenden Wachstumsprozesses anging, zwei Entwicklungsphasen unterschieden (31). Von 1948 angefangen bis in das Jahre 1951 hinein ging die Ausweitung der Gesamtproduktion vorwiegend darauf zurück, daß vorhandene Kapazitäten wieder in Betrieb genommen wurden. Anlageinvestitionen, die auch in diesem Zeitraum erhebliche Bedeutung erlangten, dienten vorwiegend der Instandsetzung von Anlagen, die durch Kriegsschäden betroffen waren. Erst in der daran sich anschließenden Phase, von 1952 bis 1955, wurde dann der Produktionsapparat über die Grenzen von 1938 hinaus erweitert. Gemeinsam war jedoch den ersten beiden Wachstumsphasen der deutschen Wirtschaft, nach dem übereinstimmenden Urteil aller Sachverständigen, daß das vorhandene Arbeitskräftereservoir nicht einmal annähernd ausgeschöpft zu werden brauchte. Die Zahl der Arbeitskräfte stieg von 13.675.000 im Jahre 1950 über 14.286.000 im Jahre 1951 auf 16.280.000 im Jahre 1954. Noch im Jahre 1954 betrug auf der anderen Seite die Zahl der Arbeitslosen, die sich im Jahre 1950 auf 1.580.000 und im Jahre 1951 auf 1.430.000 belaufen hatte, 1.225.000. Wachstumsfortschritte wurden vor Produktivitätsfortschritten der

desrepublik Deutschland, herausgegeben von der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES), Deutsche Gruppe e. V., Frankfurt/M. 1957; und Hanns-Joachim Rüstow, Verknappung der Arbeitskräfte, Aufrüstung und Konjunkturverlauf, Finanzarchiv, N.F., 1955 - 1 - 54 ff. Die Angaben über die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung sind dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (1952-1962) entnommen.

(31) Vgl. Dernburg, a. a. O., S. 649.

Beschäftigungszunahme zugeschrieben.

Grenzen des Ausweitungsprozesses wurden sichtbar erst, als Produktion und Beschäftigung von 1954 auf 1955 noch einmal einen bedeutenden Aufschwung nahmen. Das Bruttosozialprodukt wuchs, in Preisen von 1954, von 156,4 Mrd. DM auf 174,4 Mrd. DM, die Beschäftigung stieg um 880.000 auf 17.160.000. Nach dem Urteil so gut wie aller Beobachter war damit der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht (32). Der vorhandene Produktionsapparat war, abgesehen von branchenmäßig bedingten Abweichungen, voll ausgenutzt, der Arbeitsmarkt erschöpft. Noch immer zwar betrug die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 935.000, nicht weniger als 5 Prozent aller unselbständigen Erwerbspersonen. Im dritten Quartal des Jahres jedoch war die Arbeitslosigkeit auf 2,7 Prozent abgesunken; die hohe Jahresdurchschnittsziffer ließ sich dadurch erklären, daß vor allem im Baugewerbe noch hohe saisonale Arbeitslosigkeit herrschte. Der Restbestand an Arbeitslosen wurde von deutschen und ausländischen Kommentatoren als "hard core" (33) arbeitsuchender Personen angesehen, die nach damals vorherrschender Meinung nur "bedingt einsatzfähig" waren und auch unter Vollbeschäftigungsbedingungen als "Dauerarbeitslose" hätten klassifiziert werden müssen. Nicht nur aber schienen die Grenzen des Arbeitsmarktes erreicht; auch die Quellen, die über Jahre hinweg die Zahl der Arbeitsuchenden hatten wachsen lassen, drohten zu versiegen. Nachdem im Jahre 1955 zum letztenmal ein geburtenreicher Jahrgang Schulentlassener den Arbeitsmarkt ausgeweitet hatte, war abzusehen, daß sich die Zahl der Schulabgänger von 1956 an laufend verringern würde, um erst 1960 wieder einer steigenden Tendenz Platz zu machen. Gleichfalls war nicht mehr damit zu rechnen, daß das Angebot von Arbeitskräften aus dem Kreis mithelfender Familienangehöriger und nicht eingegliedelter Flüchtlinge aufgefüllt werden könnte. Und schließlich glaubte man, damit rechnen zu müssen, daß auch der Flüchtlingsstrom aus der Ostzone sich von Jahr zu Jahr verringern würde. Hoffnungen wurden darauf gesetzt, daß zusätzlich Frauen, deren Anteil an der Zahl der unselbständigen Beschäftigten 1955 nicht mehr als ein Drittel betragen hatte, in den Arbeitsprozeß einbezogen werden könnten. Weiter wurden Schritte unternommen, italienische Gastarbeiter ins Land zu ziehen. Wurden alle Faktoren in Rechnung gestellt, so war nach dem weithin übereinstimmenden Urteil der zeitgenössischen Kommentatoren mit einer Stagnation der Zahl der Arbeitskräfte während der Periode der Wiederaufrüstung zu

(32) Vgl. etwa die Beiträge im Jahresschlußheft 1955 des Volkswirt.

(33) Vgl. Russett, a. a. O., S. 14.

rechnen (34). Die Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums war unter diesen Umständen ausschließlich auf Produktivitätssteigerungen angewiesen, die wiederum die Ablösung von Erweiterungs- durch Rationalisierungsinvestitionen bedingten. Von einzelnen Kommentatoren angestellte Prognosen ließen während der kritischen Jahre 1956 - 1959 Wachstumsraten von maximal 4 bis 5 Prozent erwarten (35).

Mit dem Ausmaß des zu erwartenden wirtschaftlichen Wachstums waren zugleich die Grenzen aufgewiesen, auf die alle Ansprüche auf das Ergebnis der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion in der Periode der Wiederaufrüstung früher oder später hätten stoßen müssen. Stand zu erwarten, daß sich das Wachstum des Sozialproduktes merklich verlangsamte, so war auch - ceteris paribus - damit zu rechnen, daß die von der Wiederaufrüstung hervorgerufene Nachfrage in Konkurrenz mit der zivilen Nachfrage treten würde. Was sich abzeichnete, war nichts anderes als eine Verschärfung der Konkurrenz wirtschaftlicher Ziele, die, trieb sie über die Grenze des Gesamtangebotes von Gütern und Dienstleistungen im Inland hinaus, die Stabilität des Geldwertes gefährden mußte. Auch von der Nachfrage her freilich versprach, nachdem die konjunkturelle Entwicklung im Frühjahr 1955 ihren Höhepunkt überschritten hatte, eine Dämpfung sich geltend zu machen (36). Im Laufe des Jahres 1956 begann sich eine Abschwächung der Nachfrage nach Konsumgütern anzubahnen, die nur vorübergehend, unter dem Eindruck der politischen Ereignisse in Ungarn und im Nahen Osten, einer "Flucht in Sachwerte" Platz machte. Alles sprach dafür, daß der Nachholbedarf der Nachkriegsjahre gesättigt war und die Entwicklung des Verbrauchs vorerst weiter als in den vorangegangenen Jahren hinter der Stei-

(34) Tatsächlich stieg die Zahl der Beschäftigten entgegen diesen Prognosen in den Jahren 1956 - 1959 weiter - auf 17.805.000; 18.345.000; 18.570.000; 18.930.000. - Die Arbeitslosenzahl verringerte sich in der gleichen Zeite auf 767.200; 667.521; 688.609; 479.924. - Der Strom der Ostzonenflüchtlinge nahm in den Jahren 1956 und 1957 weiter zu, um in den beiden folgenden Jahren vorübergehend abzusinken. - Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962, S. 143, S. 41, S. 73.

(35) Vgl. Dernburg, a. a. O., 651, und Russett, a. a. O., 18. - Die Wachstumsraten betrugen in Wirklichkeit, wenn vom Effekt der Preissteigerungen abgesehen wird, im Jahre 1956 6,9; im Jahre 1957 5,4; im Jahre 1958 3,3; im Jahre 1959 6,7 Prozent. - Statistisches Jahrbuch 1962, S. 143.

(36) Vgl. vor allem die Jahresschlußhefte 1955 und 1956 des Volkswirt und Russett, a. a. O., 18 ff.

gerung der Masseneinkommen zurückbleiben würde. Auf eine Abschwächung ließ ebenso die Entwicklung der inländischen Nachfrage nach Investitionsgütern schließen, die schon 1956 hinter der Steigerung des Sozialprodukts zurückblieb und sich im darauf folgenden Jahre noch weiter ermäßigen sollte. Von der Verringerung der Investitionstätigkeit, die allgemein den konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bank Deutscher Länder zur Last gelegt wurde, mußte freilich zugleich, wie vielfach befürchtet wurde, das Potential berührt werden, von dem der Fortgang des wirtschaftlichen Wachstums und mit ihm die materielle Grundlage der Aufrüstung abhing. Gerade mit Rücksicht auf das Rüstungsprogramm wurde daher von manchen Kommentatoren auf die Ablösung konjunkturdämpfender durch konjunkturfördernde Maßnahmen von Regierung und Zentralbank gedrungen (37). Was dagegen die Staatsausgaben anlangt, so zeichnete sich für die Periode der Wiederaufrüstung eher eine ansteigende Entwicklung ab. Die Leistungen der öffentlichen Hand auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet waren in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Selbst unter Absehung der aus der militärischen Planung resultierenden Anforderungen versprach hier, im Schatten zumal, den die Bundestagswahlen im Herbst 1957 vorauswarfen, ein beschleunigtes Wachstum bevorzustehen. Eine Beruhigung wiederum glaubte man im Export absehen zu können, nicht zuletzt weil die Vorteile, die solange den Vorsprung der Bundesrepublik auf den Exportmärkten gewährleistet hatten - niedrige Produktionskosten und Freiheit von Rüstungslasten - verloren zu gehen versprochen. Umgekehrt schien mit einer fortschreitenden Zunahme der Importe gerechnet werden zu können.

Von welcher Tragweite die hier aufgezählten Entwicklungstendenzen, teils sich kumulierend, teils einander durchkreuzend, für die wirtschaftliche Durchführung der geplanten Aufrüstung waren, ist auch von deutschen Beobachtern erkannt worden (38). Über vereinzelte Konjekturen jedoch sind die Diskussionsbeiträge, die in Deutschland veröffentlicht worden sind, nicht hinausgekommen. Was von der Entwicklung von Gesamtproduktion und Gesamtnachfrage zu erwarten war, ist allein von einem amerikanischen Nationalökonom in einer Volkseinkommensanalyse untersucht worden (39).

Bruce M. Russett hat im Frühjahr 1957 den Versuch unternommen, die Größe der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage auf Grund einer eingehenden Analyse der (autonomen) Entwicklungstendenzen von Staatsausgaben, Inve-

(37) Vgl. Rüstow, a. a. O.

(38) Vgl. die erwähnten Kommentare im Volkswirt.

(39) Russett, a. a. O.

stitionen und Export sowie der Berechnung von Konsum, Einfuhr und Steuereinnahmen anhand einer Multiplikatoranalyse für die Jahre 1957, 1958, 1959 zu bestimmen und mit der voraussichtlichen Größe des Bruttosozialproduktes in den betreffenden Jahren zu konfrontieren. Als Basis seiner, äußerst vorsichtigen, Annahmen über die Höhe der Verteidigungsausgaben in den drei Jahren dienten die offiziellen Angaben über die militärische Gesamtplanung der Bundesregierung. Danach hätte sich der Verteidigungsaufwand, der von der Bundesrepublik allein zu tragen gewesen wäre, 1956 auf 8.340 Mill. DM, im Jahre 1957 auf 8.489 Mill. DM, im Jahre 1958 auf 11.599 Mill. DM und im Jahre 1959 auf 7.910 Mill. DM belaufen. Auch Russett meinte, die Differenz aus den Gesamtkosten der Aufrüstung in Höhe von 50 Mrd. DM und dem von der Bundesrepublik zu tragenden Teil in Höhe von 38,438 Mrd. DM als durch amerikanische Verteidigungshilfe und Import von Rüstungsgütern, die die volkswirtschaftliche Gesamtproduktion nicht belastet hätten, gedeckt ansehen zu können. Unter diesen Voraussetzungen ergab sich zwar, daß das Rüstungsprogramm der Bundesregierung, was die Jahre 1957 und 1959 anging, durchaus im Bereich des wirtschaftlich Möglichen gelegen hätte. Im kritischen Jahr 1958, dem Jahr der größten Belastung, hätte die Verwirklichung des Rüstungsprogramms allerdings ohne Einschränkung der voraussichtlichen zivilen Nachfrage eine Wachstumsrate von 5,4 Prozent erfordert.

But the 5,4 % growth required for 1958, with unemployment already reduced to the "hard core" minimum, is plainly too great, even allowing for some error (40).

Von Russett ist, wie übrigens auch schon vorher von anderen angelsächsischen Autoren (41), vorgeschlagen worden, die Engpässe, mit denen gerechnet werden mußte, durch eine Steigerung der ohnehin schon vorgesehenen Einfuhr von Rüstungsgütern aus dem westlichen Ausland zu überwinden. Hätte der Anteil der Auslandsbeschaffungen, den Russett auf insgesamt 6 Mrd. DM veranschlagt hatte, in den kritischen Jahren um 2,5 Mrd. DM erhöht werden können, so hätte sich die Zunahme der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage im Jahre 1958 auf 7.436 Mill. DM und im Jahre 1959 auf 4.934 Mill. DM verringert und wäre damit unter den kritischen Vier-Prozent-Pegel gesunken. Abgesehen von der Zuversicht, daß die amerikanische Regierung sich dazu herbeifinden würde, die Militärhilfe zu erhöhen, hatte die optimistische Prognose Russetts also im Vertrauen auf die Wirksamkeit des

(40) A. a. O., 35.

(41) So von Dernburg, M. G., Edinger, a. a. O.

"Importventils" (42) ihren Grund.

The rearmament program is within Germany's productive capacity, provided (a) U. S. military aid is raised significantly above the present Nash Commitment, and (b) Germany imports a substantial amount of military equipment from other NATO countries (43).

Daß die Ausrüstung der neuen deutschen Streitkräfte überwiegend aus dem Ausland beschafft werden mußte, hatte freilich niemals in Frage gestanden (44). Rüstungsspezifische Güter - das sogenannte harte Gerät - hätten schon deshalb nicht in Deutschland hergestellt werden können, weil es vorderhand an Rüstungskapazitäten fehlte. Die Grundausrüstung der Streitkräfte hätte daher, sei es über das Militärhilfsprogramm der Vereinigten Staaten, sei es über Rüstungsimporte, aus der ausländischen Produktion gedeckt werden müssen. Eine eigene Rüstungsproduktion aufzubauen, um wenigstens den Ersatzbedarf und die laufende Versorgung der Streitkräfte aus eigenen Kapazitäten bestreiten zu können, schien sich schlecht mit den Grundsätzen der Haushaltspolitik zu vereinbaren. Neuinvestitionen hätten, entweder über unverhältnismäßig hohe Produktionskosten und Preise oder aber über Subventionen, auf lange Zeit hin den Verteidigungshaushalt zusätzlich belastet. Im Unternehmerlager bestand überdies nur geringe Neigung, von neuem auf die Produktion von Rüstungsgütern sich einzulassen und Absatzchancen auf den zivilen Märkten im In- und Ausland aufs Spiel zu setzen (45). Rüstungsgüter aus dem Ausland einzuführen, empfahl sich schließlich aus währungspolitischen Gründen. Seit die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik einen positiven Saldo aufwies, hatten sich hohe Devisenbestände angesammelt. Ihre Monetisierung drohte die Liquidität über das Gesamtangebot von Gütern und Dienstleistungen im Inland wachsen zu lassen. Daß der inflationäre Effekt der Zahlungsbilanzüberschüsse sich bis dahin nicht durchgesetzt hatte, lag daran, daß von der Entwicklung der öffentlichen Haushalte eine gegenläufige Wirkung ausging. Denn in der Kasse vor allem des Bundesfinanzministeriums hatten sich Haushaltsreste angesammelt, die das inflationäre Potential der Devisenbestände neutralisierten. In dem Maße, in dem diese Haushaltsreste aufgelöst wurden, ging indessen der kompensatorische Effekt verloren. Stattdessen drohte eine Kumulation inflationä-

(42) Vgl. Erhard-Interview, Rüstung nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, Bulletin 1955 - 7 - 53 f.

(43) Russett, a. a. O., 2.

(44) Vgl. Volkswirt-Kommentare und Krull, Wirtschaft und Rüstung, 13 f.

(45) Vgl. Kapitel I, S. 34 ff.

rer Wirkungen Platz zu greifen (46). Wäre ein Teil der Devisenbestände zur Finanzierung von Rüstungsimporten in Anspruch genommen worden, so hätte einer inflationären Entwicklung Einhalt geboten werden können. Bundesfinanzministerium und Bundeswirtschaftsministerium traten daher gleichermaßen dafür ein, einen möglichst großen Teil des Bedarfs an Rüstungsgütern im Ausland zu decken.

Neben Erhard ist unermüdlicher Kämpfer für maximalen Einkauf im Ausland der Bundesfinanzminister. Sein Haus ist von Kopf bis Fuß darauf eingestellt, jeglichen Nachdruck hinter diese Forderung zu setzen. Man hat sich dort von der Kritik überzeugen lassen, daß die Ausgabe der thesaurierten Milliarden zu inflationärer Geldschöpfung führen muß. Man richtet sich danach und tritt also nachdrücklich für Käufe im Ausland ein (47).

Kaum daß mit den Beschaffungen begonnen worden war, zeigte sich indes, daß dem Rekurs auf Rüstungsimporte Grenzen gesetzt waren. Vorab im Raum der Europäischen Zahlungsunion herrschte wie in Deutschland auch in so gut wie allen Industriezweigen Hochkonjunktur, so daß Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums häufig auch hier nicht sofort ausgeführt werden konnten (48). Noch dazu war die ausländische Rüstungsindustrie, vorwiegend die der Vereinigten Staaten, im Zeichen der Umrüstung durch die Produktion für den Bedarf der Streitkräfte des eigenen Landes voll in Anspruch genommen.

Ob sich die Amerikaner bereiterklären, um der lieben Bundeswehr willen auf einen Teil ihrer Prioritäten zu verzichten, ist zu bezweifeln. Sicher ist dagegen, daß zwei Armeen zur gleichen Zeit nicht ausgerüstet werden können (49).

Schon bald begannen sich überdies in Deutschland Stimmen zu regen, die der stärkeren Einschaltung der Inlandsproduktion in die Deckung des militärischen Bedarfs das Wort redeten. Ausgegangen zu sein scheint diese Gegenbewegung von der militärischen Führung im Bundesverteidigungsministerium, die nicht ohne Mißtrauen die wirtschaftspolitische Orientierung der Auftrags-

(46) Vgl. hierzu Otto Veit, Grundriß der Währungspolitik, S. 327-329 und S. 792.

(47) Kurt Richebächer, Im Nebel der Rüstungsfinanzen, Volkswirt 1956 - 4 - 3.

(48) A.a.O., 3 f.

(49) Günther Grüneberg, Am Scheideweg zur Rüstungswirtschaft, Volkswirt 1956 - 43 - 11 f. -Vgl. auch Spiegel-Artikel: Die Panzerknacker, 1956 - 41 - 17 f.

planung verfolgt haben mochte. Gegen diese wurde ins Feld geführt, daß sowohl die Beschaffung von Ersatzteilen als auch die Deckung des laufenden Bedarfs, wollte man sich nicht auf Risiken einlassen, eine Rüstungsindustrie im eigenen Lande erforderten. Waren die Stimmen der Militärs in der Diskussion bis dahin aus der Vereinzelung kaum vernehmlich geworden, so gesellten sich ihnen nun Sprecher aus dem Lager der Industrie hinzu. Bezeichnenderweise wurde um diese Zeit die Beobachtung gemacht, daß durch den "Gesinnungswandel" der Industrie in der Sache der Rüstungswirtschaft eine Interessenkoalition von Industrie und Militär sich anbahnte (50).

Importe konnten um so weniger als Panazee der Rüstungspolitik angesehen werden, als nicht unwesentliche Störungsherde ihrem Einflußbereich entzogen waren. Vielfach wurde zu bedenken gegeben, daß die Einhaltung der Aufstellungspläne vorab von der Abwicklung des militärischen Bauprogramms abhinge, ohne daß die Inanspruchnahme ausländischer Produktionskapazitäten hier Abhilfe hätte schaffen können (51). Nicht durch Rüstungsimporte zu beheben war aber vor allem die durch die Größe der Streitkräfte bedingte Belastung des Arbeitsmarktes, die ihrerseits die Lösung aller verteidigungswirtschaftlichen Aufgaben in Frage stellte. Vom stellvertretenden Leiter der Dienststelle des Sicherheitsbeauftragten war schon um die Jahreswende 1954/55 der Arbeitsmarkt als der eigentliche Engpaß der Rüstungswirtschaftlichen Planung genannt worden.

Nur auf einem Gebiet sind in der Tat ernstere Schwierigkeiten zu erwarten, zu deren Überwindung es frühzeitiger Überlegungen bedarf, nämlich auf dem Gebiet der Arbeitskräfte (52).

Spannungen drohte der Personalbedarf der Bundeswehr, wie immer wieder betont worden ist, in erster Linie auf dem Facharbeitermarkt hervorzurufen. Denn die Aufstellung mechanisierter Streitkräfte bedingte eine außerordentlich hohe Quote - genannt wurden 35 % (53) - qualifizierter Metallarbeiter. Entlastung war insofern auch von der Zuwanderung von vorwiegend ungelernten Gastarbeitern aus dem Ausland nicht zu erwarten. Solange die mi-

(50) Grüneberg, a. a. O.

(51) Vgl. verstreute Kommentare im Volkswirt, 1955 - 36 - 4 f., 1956 - 27 - 12 ff., 1956 - 41 - 17 ff., und Krull, Wirtschaft und Rüstung, S. 14 f. und 16.

(52) Ministerialdirektor Wolfgang Holtz, Neue Wege in der Rüstungswirtschaft, Volkswirt 1954 - 51/52 - 23 ff.

(53) Vgl. W. Beutler, Hauptgeschäftsführer des BDI, Die Industrie in der Hochkonjunktur, Volkswirt, 1955 - 51/52 - 21 f.

litärische Planung darauf eingeschworen blieb, Streitkräfte in der Stärke von 500 000 Soldaten auf der Grundlage einer achtzehnmonatigen Dienstzeit aufzustellen, mußte daher der Mangel an Arbeitskräften als Schlüsselproblem der Aufrüstung angesehen werden (54).

Keine der aufkommenden Gefahren war dazu angetan, so schien es, die Bundesregierung vom eingeschlagenen Kurs abzubringen. Noch bis in den Hochsommer des Jahres 1956 hinein wurde daran festgehalten, daß einmal eingegangene internationale Verpflichtungen allen Schwierigkeiten zum Trotz eingelöst werden müßten. Daß dann im Herbst des gleichen Jahres die Rüstungspolitik der Bundesregierung, gleichsam über Nacht, entgegen den behaupteten Verpflichtungen und wider den Rat der militärischen Führungsgruppe im Bundesverteidigungsministerium einer grundlegenden Revision unterworfen wurde, ist von Vertretern der Bundesregierung wie auch in der Öffentlichkeit vorab der Krise zugeschrieben worden, die im Anschluß an die militärpolitische Revolution in den Vereinigten Staaten das deutsch-amerikanische Verhältnis überschattete (55). Nicht übersehen läßt sich jedoch, daß die Rüstungspolitik der Bundesregierung seit Monaten schon Gegenstand einer innerdeutschen Kontroverse gewesen war, die im Sommer 1956 das Ausmaß einer innenpolitischen Krise annahm und die herrschende Regierungskoalition ernstlich gefährdete. Daß nun, nachdem die Regierungspolitik während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre an der Politik der besatzungsmächte orientiert gewesen war, erstmals ein Primat der Innenpolitik sich durchzusetzen vermochte, ist von ausländischen Beobachtern als Zeichen dafür angesehen worden, daß die Bundesrepublik in ein neues Entwicklungsstadium eingetreten war (56). Verursacht worden war der Phasenwechsel der Rüstungspolitik, der damit einherging, wesentlich durch das Spiel wirtschaftlich bedingter Interessen.

Hinweise darauf, daß eine Krise der Rüstungspolitik sich anbahnte, ergeben sich aus der öffentlich geführten Diskussion über Ausmaß und Tempo der deutschen Aufrüstung. Welche Bedeutung dabei ökonomischen Interessen zu-

(54) Vgl. Dernburg, S. 353, M. G., S. 124, Edinger, S. 72, Russett, S. 11, Krull, Wirtschaft und Rüstung, S. 15.

(55) CDU und Bundesregierung für 12 Monate Wehrdienst: Bundeskanzler begründet geänderten Beschluß: Nordatlantikat gibt seiner Besorgnis Ausdruck, Keesing, 28. 9. 1956, 5994. Vgl. auch: Rotstift in Blanks Vorlage, Volkswirt 1956 - 4 - 4 f. - Gesamtdarstellung bei Helmut Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1961, vor allem S. 90 ff.

(56) Deutsch und Edinger, Germany Rejoins the Powers, Stanford 1959 S. 199. Vgl. auch: 12 Monate ?, Volkswirt 1956 - 38 - 5.

kam, bezeugen die Kommentare der Wirtschaftspresse. Nicht zwar wurde nachdem einmal die Entscheidung für einen deutschen Verteidigungsbeitrag gefallen war, die Notwendigkeit, bewaffnete Streitkräfte aufzustellen, in Frage gestellt. Wohl aber wurde Kritik geübt daran, daß die Aufrüstung ins Werk gesetzt worden sei, ohne daß auch nur der Versuch unternommen worden wäre, das militärische Programm auf die - vorwiegend wirtschaftlich interpretierten - nationalen Interessen der Bundesrepublik abzustimmen. Die militärpolitischen Kommentare jener Periode sind durchdrungen von der Befürchtung, daß die Aufrüstung einen ernststen Konflikt konkurrierender wirtschaftlicher Ziele heraufbeschwören könnte.

Alles in allem, die kommende Rüstung wird, es sei denn, daß, was wir alle hoffen wollen, die Welt- und die deutsche Außenpolitik sie bald gegenüber den bisherigen Plänen erheblich einzuschränken erlauben, in den nächsten Jahren gewaltige Anforderungen an unsere Währungsreserven und an innere eigene Investitionsmöglichkeiten stellen. Nicht von der augenblicklichen Situation der westdeutschen Wirtschaft, aber von diesem politischen Sektor her beginnen erste Schatten auf die Konjunktur zu fallen, und sie vielleicht haben die Politiker und andere bewußt oder unbewußt "realisiert", als sie die Diskussion der letzten Monate und Wochen in Gang brachten oder förderten (57).

Nicht sollte es, so wurde von einer angesehenen Wirtschafts- und Finanzzeitung unbeirrbar wiederholt, darauf ankommen, die Ziele der militärischen Planung um vermeintlicher internationaler Verpflichtungen willen "im Parforceritt" zu erreichen. Was die Bundesrepublik durch die Pariser Verträge an Gewicht gewonnen habe, müßte vielmehr in internationalen Verhandlungen, nicht zuletzt auch mit der Sowjetunion, in die Waagschale geworfen werden mit dem Vorsatz, die Wiedervereinigung zu erreichen. Im wohlverstandenen Interesse der Bundesrepublik wurde von der gleichen Zeitung gemahnt, alle militärpolitischen Anstrengungen auf die Bildung eines Berufsheeres zu beschränken, das nur der ostzonalen Volksarmee gewachsen zu sein brauchte. Als äußerste Grenzen wurden Mannschaftsstärken von 200 - 250 000 genannt. Ohne daß konkurrierende wirtschaftspolitische Ziele ziviler Art beeinträchtigt worden wären, hätte anders die militärische Gesamtplanung des Bundesverteidigungsministeriums nur um den Preis einer zeitlichen Streckung des Aufstellungsprogramms

(57) Franz Reuter, Weitere Hochkonjunktur - aber im Vorschatten der Rüstung, Volkswirt 1955 - 40 - 4.

von drei auf fünf Jahre verwirklicht werden können (58).

Von der Kritik, die in der Wirtschaftspresse am Rüstungsprogramm der Bundesregierung geübt wurde, kann angenommen werden, daß in ihr Vorbehalte sich spiegelten, wie sie auch in der privaten Wirtschaft gehegt wurden (59). Wohl waren die Interessenorganisationen von Industrie und Handel, an die man sich dabei halten muß, mittlerweile - genau so wie die Redaktionen der großen Wirtschaftszeitungen - auf die politische Entscheidung, bewaffnete Streitkräfte aufzustellen, eingeschworen. Die Verbände waren überdies in die Funktionen von Vermittlungsinstanzen zwischen politischem Herrschaftssystem und privater Wirtschaft eingerückt; soweit die Rüstungspolitik der Bundesregierung im Unternehmerlager Kritik hervorrief, wird sich diese nur gleichsam gefiltert in den Äußerungen der Verbände niedergeschlagen haben. Gleichwohl lassen die Stellungnahmen der großen Interessenorganisationen zur Rüstungspolitik der Bundesregierung Kristallisationszentren von Opposition erkennen. Daß die Bundesregierung auf die Kooperation der privaten Wirtschaft rechnen könne, hatte diese von vornherein davon abhängig gemacht, daß ebenso wenig wie die Dispositionsfreiheit der Unternehmungen die Geschäftstätigkeit der Wirtschaftszweige im zivilen Bereich eine Einschränkung erfahren dürfe. Wo immer die Erträge ziviler Wirtschaftszweige, sei es durch direkte, sei es durch indirekte Belastungen, gefährdet waren, war diese Bedingung in Frage gestellt. Durch das Militär- und Rüstungsprogramm der Bundesregierung schien nun, zumal unter Vollbeschäftigungsbedingungen, die Geschäftstätigkeit im zivilen Bereich bedroht. Sollte das Programm im vorgesehenen Umfang und termingerecht verwirklicht werden, so schienen Steuererhöhungen unvermeidbar, die sich auf die Ertragslage der Unternehmungen ausgewirkt hätten. Ausgelöst sowohl durch den Personalbedarf der Streitkräfte als durch die Aufnahme der Rüstungsproduktion, schienen darüberhinaus Lohnerhöhungen und in ihrem Gefolge Kostensteigerungen sich anzubahnen. Ob diese im Zuge einer Ausweitung der inländischen Nachfrage auch nach Gütern des zivilen Bedarfs hätte abgewälzt werden können, war ungewiß; überdies wäre dadurch die Gefahr eines Konjunkturrückschlages heraufbeschworen worden. Gewißheit aber bestand darüber, daß die Position der deutschen Industrie auf den Exportmärkten sich verschlechtert hätte. Daß die Regierungskoalition es sich am Vorabend der Wiederbewaffnung hatte angelegen sein lassen, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Wiederaufrüstung

(58) Vgl. Artikel im Volkswirt : Markus Timmler, Laßt uns Zeit, 1955 - 13 - 3 f.; Freiwillige Beamte auf Probe, 1955 - 22 - 4 ff.; Günther Grünberg, Im Zwielficht der Wehrpflicht, 1956 - 28 - 3 f.

(59) Vgl. hierzu Kapitel I und III.

durch einflußreiche Mittelsmänner bagatellisieren zu lassen, weist darauf hin, daß im Unternehmerlager Unbehagen sich ausbreitete. Gleichzeitig aber legten die Beschwichtigungsversuche Unstimmigkeiten zwischen Wirtschafts- und Militärpolitik bloß.

Ich betone aber ausdrücklich, daß ich an eine so starke Expansion allein aus der Aufrüstung nicht glaube, weil automatische *G e g e n - k r ä f t e*, z.B. durch verminderte Expansion, im Außenhandel eintreten, weil sich die Programme in der Praxis doch wesentlich langsamer abwickeln lassen werden als auf dem Papier und weil Übersteigerungen in der Auftragserteilung, die zu Spannungen in der Produktion, auf dem Arbeitsmarkt und in der Preis-Lohn-Sphäre eintreten könnten, von vornherein verhindert werden (60).

Ob es dadurch gelang, die Befürchtungen derer, an die der Sprecher sich wandte, zu zerstreuen, wird füglich bezweifelt werden können. Daß den Interessen der privaten Wirtschaft Rechnung getragen würde, hätte man sich im Unternehmerlager zwar davon versprechen können, "daß die Abstimmung der Aufträge mit den Bedürfnissen des zivilen Lebens in die Hand von Wirtschaftlern und nicht von Militärs" gelegt war (61). Woran es aber einstweilen fehlte, war die Gewißheit, daß das Militärprogramm der Bundesregierung nicht länger als "Datum" hingenommen zu werden brauchte (62). Es war der

(60) Robert Pferdenges, Finanzielle Lage und Kapitalbildung in der Bundesrepublik, Rede vor der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer in Hagen am 22. 12. 1954, BDI-Mitteilungen 1955 - 1 - 9.

(61) A. a. O.

(62) Vergleiche hierzu die deutsche CEPES-Gruppe: "Mehr wohl als in irgendeinem anderen Lande der westlichen Welt hat in Deutschland die Rüstung auch in Friedenszeiten stets als ein politisches Datum gegolten, dem die Wirtschaftspolitik Rechnung zu tragen habe. Das gilt nicht nur für die Tatsache der Rüstung als solcher, sondern auch für ihre Größenordnung und ihren zeitlichen Ablauf. Auch heute stehen wir vor der gleichen Situation: Tatsache, Maß und Art der Rüstung werden zwar im politischen Bereich umkämpft, die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten dafür werden aber meist, wenn überhaupt diskutiert, nur mehr am Rande behandelt. Gegenwärtig werden wieder, wie schon mehrfach in der deutschen Geschichte, einzelne Stimmen mit der Forderung laut, daß die Wirtschaftspolitik einfach die Tatsachen zu schaffen habe, die zur Erfüllung des politischen Datums Rüstung notwendig sind." - Die Gruppe bezeichnet diese Einstellung in der Folge als "zutiefst unpolitisch und unhistorisch" und tritt dafür ein, "die Rüstung mit den übrigen politischen und wirtschaftlichen Daten in Einklang zu bringen." - A. a. O., S. 5 f.

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der alsbald, wenn auch verbrämt, darauf anspielte, daß es sich als notwendig erweisen könnte, die militärische Planung zeitlich abzuwandeln.

Bezüglich der Anforderungen an die Produktionskapazitäten verlangen wir Rücksichtnahme auf die Fertigung für den zivilen Lebensbedarf und für den Export. Wir glauben, daß die jetzt bekannten Größen der deutschen Aufrüstung mit den Mitteln der Marktwirtschaft bewältigt werden können - darin sind wir, glaube ich, mit dem Herrn Bundeswirtschaftsminister einig - wenn der zeitliche Ablauf der Rüstung sich in den Grenzen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hält (63).

Wie allenthalben in der Wirtschaftspresse wurde auch vom Vorsitzenden des Industrieverbandes der Facharbeitermarkt als "wirklicher Engpaß" genannt, wenngleich er sich mit der Mahnung begnügte, "neue Wege zu finden und durch Berufsausbildung vorzubeugen".

Weitaus nachdrücklicher war die Kritik, die schon um die Jahreswende 1954/55 der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer geübt hatte. Vermutet werden kann, daß hier die im Unternehmerlager vorherrschende Stimmung noch weitgehend unvermittelt Ausdruck gefunden hat.

Die selbständigen Unternehmer können die Ausweitung, wie bereits gesagt, nur erst nach Konsolidierung ihrer Verhältnisse vornehmen. Die Vorstellung, daß eine Armee von 500 000 Mann kurzfristig aufgestellt und aufgerüstet werden kann, wird sich schwer verwirklichen lassen. Wie sich schon von der politischen Seite her die Aufstellung um Monate verzögert hat, so werden wir ein Gleiches hinsichtlich der wirtschaftlichen Aufrüstung erleben und erleben müssen (64).

Welche Schritte von den Interessenverbänden unternommen worden sind, um die Regierungskoalition dazu zu bewegen, ihr Militärprogramm in Übereinstimmung mit den Erwartungen der privaten Wirtschaft abzuändern, läßt sich im einzelnen nicht ausmachen. Daß die Verbände - ähnlich wie die Wirtschaftspresse - Änderungsvorschläge formulierten und diese politischen Instanzen zuleiteten, wird schwerlich bezweifelt werden können. Kommunika-

(63) Fritz Berg, Hoffnungen und Sorgen, Rede vor der 6. ordentlichen Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 16. 5. 1955, BDI-Mitteilungen 1955 - 6 - 3 f.

(64) Alfred Fr. Flender, In der Spannung von Konjunktur und Rüstung, Volkswirt 1955 - 51/52 - 27 ff.

tionswege, die dabei eingeschlagen wurden, sind dem Einblick der Öffentlichkeit naturgemäß entzogen. Doch ergeben sich aus dem Willensbildungsprozeß in Parlament und Regierung Rückschlüsse darüber, worauf der Einfluß der privaten Wirtschaft abzielte (65).

Nach den Verlautbarungen zu urteilen, die von Bundesregierung und der vereinigten CDU/CSU-Fraktion im Bundestag im Laufe des Jahres 1956 zur Verteidigungspolitik erfolgten, schien sich die Regierungskoalition auch durch die Krise, die sich sowohl auf außenpolitischem Gebiet als auch in der Innenpolitik um die militärischen Pläne der Bundesregierung zusammenzog, nicht beirren lassen zu wollen. Am Vorabend des Bundesparteitag der CDU in Stuttgart hatte sich die Bundestagsfraktion der CDU/CSU im April noch einmal zu der vermeintlich eingegangenen Verpflichtung bekannt, "eine Bundeswehr in der Stärke von 500 000 Mann" auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht, die nach den Vorstellungen der Bundesregierung achtzehn Monate betragen sollte, aufzubauen (66). An dieser Einstellung schien auch noch Mitte September nichts sich geändert zu haben, als ein Bonner Wirtschaftskorrespondent zu berichten wußte :

Mit anderen Worten : Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sehen keine Veranlassung, von ihrer militärischen Planung einer zahlenmäßig starken Bundeswehr mit vorwiegend konventioneller Bewaffnung abzugehen (67).

Was in der Öffentlichkeit an kritischen Einwänden gegen die militärische Gesamtplanung der Bundesregierung vorgebracht worden war, ging in den politischen Willensbildungsprozeß vorerst allein über die parlamentarische Opposition ein. Von einiger Bedeutung war in diesem Zusammenhang, daß die Freie Demokratische Partei im Frühjahr 1956 aus der Regierungskoalition ausgeschieden war. Als Oppositionspartei machten sich die Freien Demokraten die in der Öffentlichkeit geübte Kritik, die Vorbehalte namentlich, die von der Wirtschaftspresse und im Unternehmerlager artikuliert worden waren, zu eigen - so etwa in der Wehrpflichtdebatte :

Stellen Sie sich vor, was es bedeutet, eine halbe Million Menschen länger als ein halbes Jahr aus dem Wirtschaftsleben herauszunehmen. Wir müssen auch die 230 000 Aktiven dazurechnen. Es bleibt nicht bei der halben Million, denn wir müssen auch laufend für ein Vierteljahr und länger Reservisten aus dem Wirtschaftsleben herausnehmen.

(65) Vgl. auch Interviews 21, 22, 23, 24.

(66) Bundesparteitag der CDU in Stuttgart, Keesing, 29.4.1956, 5749.

(67) Günther Grüneberg, Im Schatten der Umrüstung, Volkswirt 1956-37-4.

Die Zahl derer, die uns verlorengeht, ist also wesentlich größer als 500 000. Das können wir zur Not für ein Jahr ertragen, aber für längere Zeit nach unserer Ansicht nicht (68).

Dadurch aber, daß die zweite bürgerliche Partei einen Teil der Interessenbasis reklamierte, auf der die herrschende Koalition beruhte, scheint auch im Regierungslager die Militärpolitik in Bewegung gebracht worden zu sein.

Von einer Kontroverse innerhalb des Kabinetts in der Sache des deutschen Militärbeitrages, seiner Größenordnung und seiner zeitlichen Gestaltung, war erstmals im Herbst 1955 berichtet worden, nachdem in einer Geheimsitzung der sogenannte NATO-Fragebogen verabschiedet worden war (69). Als Protagonisten des ursprünglich konzipierten Programms, 500 000 Soldaten innerhalb von drei Jahren aufzustellen, sollen dabei der Bundeskanzler, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Verteidigung und die deutsche NATO-Delegation aufgetreten sein. Nicht dürfte, so war von ihnen ins Feld geführt worden, das Vertrauen der alliierten Partner aufs Spiel gesetzt werden, zumal eine internationale Entspannung nicht abzusehen wäre. Gegen die Unterordnung aller militärpolitischen Planungen unter die eingegangenen Bündnisverpflichtungen sollen sich demgegenüber die "wirtschaftsorientierten Ministerien" gewandt haben - das Finanz-, Wirtschafts-, Ernährungs-, Arbeits-, Wohnungsbau- und Verkehrsressort. Über den "Aufeinanderprall der Meinungen" hieß es in einem Bericht aus Bonn :

Mehr und mehr zeigt sich, daß die bisher zugrundegelegte Dreijahresplanung der Militärs für die Aufstellung der zwölf deutschen Divisionen trotz aller offiziellen Dementis unreal ist und finanzpolitisch wahrscheinlich fünf Jahre ein gemäßerer Zeitraum sind (70).

Angemerkt worden war, daß der Ressortkonflikt einen innenpolitischen Spannungsherd aufgedeckt hätte, von dem in Zukunft, "angesichts der Hochkonjunktur", bei der Behandlung des Verteidigungsproblems nicht mehr werde abgesehen werden können. Daß den "Spannungsmomenten", die hier im Spiel waren, erst nach Ablauf eines Jahres Rechnung getragen wurde, wird sowohl der weiteren außenpolitischen Entwicklung als neuen Sturmzeichen am innenpolitischen Horizont zugeschrieben werden müssen. Auf letztere hat der gleiche Korrespondent hingewiesen, wenn er im September 1956 schrieb :

(68) Abg. Atzenroth, Bundestagsverhandlungen 2 - 70 - 3801.

(69) Vgl. die Berichte im Volkswirt : Fünfzehn zu eins, 1955 - 35 - 4 f. Rüstung und Innenpolitik, 1956 - 36 - 4 f.

(70) Fünfzehn zu eins, a. a. O.

Wie immer dem auch sei : schlägt die Bundesregierung tatsächlich eine Begrenzung der Dienstpflicht auf zwölf Monate vor, dann wohl auch aus der Überlegung, daß sichere parlamentarische Mehrheiten kurz vor den Wahlen besser sind als der noch sehr zweifelhafte Ausgang des Streits um die achtzehnmonatige Dienstpflicht. Insoweit spielen auch innenpolitische Rücksichten eine gewisse Rolle bei den derzeitigen Entwicklungen der Bundesregierung (71).

Die Bundesregierung mußte auf dem Höhepunkt der Krise anerkennen, daß in der Frage der Wiederbewaffnung "nicht gegen eine öffentliche Meinung regiert werden kann" (72). Ausgelöst wurde dadurch freilich ein Prozeß, der zum Stillstand kam erst damit, daß die westdeutsche Militär- und Rüstungspolitik von Grund auf überholt wurde.

Auf wie verzweigten Wegen die Revision der bundesrepublikanischen Verteidigungspolitik im einzelnen eingeleitet und durchgesetzt worden ist, könnte nur eine historisch-politische Studie zeigen. Angedeutet kann hier nur werden, daß die Abänderung des Willens der Regierungsmehrheit erzwungen worden ist über das, was man die Formierung einer zweiten Opposition innerhalb der Regierungsparteien nennen könnte, als deren Zentrum die Führungsgruppe der Christlich-Sozialen-Union angesehen werden kann. Darüber, wann in den Reihen der bayerischen christlichen Demokraten sich Widerstand gegen das Militärprogramm der Kanzlerpartei zu regen begann, läßt sich ohne gründlichere Nachforschungen nichts aussagen. Ebensowenig können über die Motive dafür, daß die Partei sich im Sommer und Herbst 1956 von der Verteidigungspolitik der Bundesregierung distanzierte und damit eine Kabinettskrise heraufbeschwor, verbindliche Angaben gemacht werden. Noch am befriedigendsten ist die aus der Sache folgende und hier entwickelte Erklärung, daß die Militärpolitik der Bundesregierung ihre innenpolitische Basis verloren hatte; sollte ein Re-arrangement der politischen Kräfte verhindert werden, so mußte die militärische Planung von den Regierungsparteien selbst revidiert werden. Als Kristallisationskern der "Widerstandsbewegung" im Regierungslager bot sich, als die Führungsgruppe der CDU die Verbindung mit ihrer Interessenbasis verloren hatte, die einigermaßen autonome CSU an, zumal diese mit dem Coup, den sie auslöste, Nebenabsichten durchzusetzen hoffte (73).

(71) Zwölf Monate, Volkswirt 1956 - 38 - 5 f.

(72) Rotstift in Blanks Vorlage, Volkswirt 1956 - 40 - 5.

(73) Vgl. vor allem die Titelgeschichte über den Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß im Spiegel, Der Primus, 1957 - 1 - 18 f.

Von entscheidender Bedeutung war, daß die "zweite Opposition" eine militärpolitisch wichtige parlamentarische Schlüsselstellung besetzt hatte, insofern der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses ein Abgeordneter der CSU war (74).

Nach vorliegenden Berichten scheint sich unter seiner Führung eine Phalanx der Militärexperten aller Parteien, eine "Wehrkoalition" (75), gebildet zu haben, die gewillt war, den "Parforceritt" der Bundesregierung abzufangen. In Erscheinung trat diese Koalition und mit ihr die zweite parlamentarische Opposition erstmals, als im Juli 1956 vom Bundestag in zweiter Lesung das Wehrpflichtgesetz behandelt wurde, das in der ursprünglichen Fassung des Regierungsentwurfes eine Wehrdienstdauer von 18 Monaten vorgesehen hatte. Auf Betreiben der Militärpolitiker wurde die Bestimmung über die Dauer der Wehrpflicht, noch bevor das Gesetz im Parlament eingebracht wurde, gestrichen (76). In seiner Rede vor dem Bundestag machte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses aus seinen Vorbehalten gegenüber der achtzehnmonatigen Wehrpflicht kaum ein Hehl. Auf die schon wiedergegebenen wirtschaftlich begründeten Einwände eines freidemokratischen Abgeordneten antwortete er :

Ich möchte nur darauf hinweisen : in eine Sachdebatte, ob 12 oder 18 Monate zweckmäßig sind - darum geht es ja schließlich - treten wir in diesem Augenblick nicht ein. Wir sind der Meinung, daß diese ernste Frage einer noch eingehenden Prüfung und deshalb unter diesen Umständen eines besonderen Gesetzes bedarf. Wir werden in dieser Prüfung bestimmt genauso gewissenhaft, wie es Herr Atzenroth wünscht und wie er es tun will, an dieses Problem herangehen (77).

Doch scheint den Versuchen der zweiten Opposition, innerhalb der Regierungskoalition Einfluß auf den Kurs der offiziellen Wehrpolitik zu gewinnen,

(74) Vorgänger des Abg. Richard Jaeger, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, vor 1955 : Sicherheitsausschuß, war der spätere Bundesverteidigungsminister Strauß, der 1953 als Bundesminister ohne Geschäftsbereich in die Bundesregierung berufen worden war.

(75) Von einer "Wehrkoalition", die um die Mitte der fünfziger Jahre Militärexperten aller Parteien umfaßt habe, sprach der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Dr. Jaeger, in einem Referat am 26.10.1962.

(76) Vgl. Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes durch den Bundestag, Keesing, 9. 7. 1956, 5865, und Bundestagsverhandlungen 2-157-859 ff.

(77) Abg. Jaeger, Bundestagsverhandlungen, a. a. O.

zunächst kein Erfolg beschieden gewesen zu sein. In Stellungnahmen, die im Spätsommer von der Bundesregierung zur Militärpolitik abgegeben wurden, blieb es bei den einmal fixierten Zielen. Versucht wurde darüber hinaus, in Verhandlungen mit den Bündnispartnern der allenthalben sich abzeichnenden militärpolitischen Revolution Einhalt zu gebieten (78). Von der Führungsgruppe der CSU mochte die Intransigenz, die die Bundesregierung damit bekundete, als Anlaß angesehen worden sein, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Mitte September traten die Spitzengremien der CSU in Kirchheim zusammen und einigten sich auf die Umriss eines wahrscheinlich vom Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses vorgelegten neuen militärpolitischen Programms. Nach Pressemeldungen sahen die Kirchheimer Beschlüsse die Aufstellung eines "300 000 - Mann - Heeres unter Berücksichtigung aller wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten und Errungenschaften bei der Ausrüstung der Truppe" vor. Anstelle der von der Bundesregierung vorgesehenen achtzehn Monate sollte die Wehrdienstzeit zwölf Monate betragen (79). Noch vor dem Ende der Parlamentsferien beschwor das militärpolitische Programm der CSU, das sich nicht nur in der Frage der Größenordnung und der Wehrdienstdauer, sondern auch mit Rücksicht auf die strategische Aufgabe der deutschen Streitkräfte von dem der Bundesregierung unterschied, Auseinandersetzungen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herauf (80). Ohne daß die Parlamentsmehrheit sich sogleich die Kirchheimer Beschlüsse zueigen gemacht hätte, schlug sich der neue Kurs doch alsbald in der Arbeit des Parlaments nieder. Ende September legte die Bundesregierung, nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte einen Gesetzesentwurf vor, nach dem die Dauer des Grundwehrdienstes auf zwölf Monate begrenzt werden sollte (81).

Nicht weniger nachhaltig wurde die Planung der Bundesregierung getroffen, als kurz darauf der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuß des Bundestages eine Kürzung von im Namen des Bundesverteidigungsministeriums angeforderten Haushaltsmitteln vornahmen (82). Vom Bundestag war, da das Bundesverteidigungsministerium am Anfang des Haushaltsjahres kein Gesamtprogramm hatte vorlegen können, ein Ausgaberahmen in der Größe von ins-

(78) Vgl. Meldungen über die Reaktion der Bundesregierung auf den Radford-Plan, Keesing, 5889 F, 5917 A, 5934 B.

(79) Vgl. Die große Schwenkung, Volkswirt 1956-39-6, und Der Primus, Spiegel 1957-1-19.

(80) Vgl. Spiegel-Artikel : Für Kriegerdenkmäler, 56-40-13 f. Die Kasseler Depesche, 56-42-14 f.

(81) CDU/CSU für 12 Monate Wehrdienst, Keesing, 28. 9. 1956, 5994 f.

(82) Vgl. Keesing; Vierte Vorwegbewilligung für das BVM gekürzt, 5. 10. 1956, 6008 A; Rotstift in Blanks Vorlage, Volkswirt a. a. O.

gesamt 8,7 Mrd. DM für den Aufbau der Bundeswehr im Rechnungsjahr 1956/57 bewilligt worden; die Abrufung der erforderlichen Haushaltsmittel war jedoch an sogenannte Vorwegbewilligungen und an die Vorlage von Nachtragshaushalten geknüpft worden. Nachdem nun im Laufe des Haushaltsjahres drei Vorlagen des Bundesverteidigungsministeriums vom Haushalts- und Verteidigungsausschuß mit den Stimmen der Regierungsmehrheit gebilligt worden waren, wurde die vierte Vorlage des Ministeriums am 6. Oktober 1956 um 973 Mill. DM auf 1.080 Mill. DM gekürzt, was der Reduzierung des vom Bundesverteidigungsministerium vorgelegten Dreijahresprogramms auf ein zweijähriges Beschaffungsprogramm entsprach. Von der Intervention der Ausschüsse war die militärische Planung um so entscheidender getroffen, als von den gekürzten Mitteln insgesamt 699 Mill. DM auf das Panzerbeschaffungsprogramm, das Kernstück der vierten Vorlage, entfielen. Auch dabei scheint der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses seine Schlüsselstellung genutzt zu haben, wie aus einem Korrespondentenbericht aus Bonn hervorgeht :

Eingehende Prüfung ist aber dort am Platz, wo es gilt, sich für lange Zeit festzulegen. In diesem Sinne sind auch die jüngsten Äußerungen des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Dr. Jaeger, zu werten, es genüge vollauf eine Bestellung von Panzern für die nächsten zwei Jahre, da niemand vorhersagen könne, ob nicht im Zeichen der westlichen Umrüstung auch neue Panzertypen erforderlich sind (83).

Kaum drei Wochen nach Verabschiedung der Kirchheimer Beschlüsse war die zweite Opposition damit als Schlüsselgruppe des politischen Willensbildungsprozesses in Erscheinung getreten. Ein doppelter Einbruch in die Linie der offiziellen Militärpolitik war erzielt, indem sowohl die personelle als auch die materielle Gesamtplanung des Bundesverteidigungsministeriums blockiert worden war. Gleichwohl schien die Leitung des Verteidigungsressorts nicht bereit, der Intention der militärpolitischen Kritik im eigenen Lager nachzukommen und eine Generalüberholung des von ihr vertretenen Programms vorzunehmen. Nicht eine "Revolution in Führung und Organisation der Streitkräfte" wäre, wie vom Verteidigungsminister in einem Rundfunkinterview in der letzten Septemberwoche beteuert wurde, zu erwarten, sondern nur eine "Anpassung ... an die Erfordernisse der jeweiligen technischen Entwicklung". Auch weiterhin blieb es beim einmal festgelegten Ziel, Streitkräfte in Stärke von 500 000 Soldaten auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht aufzustellen, wie auch die Beschaffung des materiellen Bedarfs der Streitkräfte nicht

(83) Rotstift in Blanks Vorlage, Volkswirt, a. a. O.

unter Berufung auf die fortschreitende technische Entwicklung weiter hinausgezögert werden könnte (84).

Von nun an war es die Leitung des Bundesverteidigungsministeriums, auf die sich die Angriffe der zweiten Opposition konzentrierten. Die Kontroverse um die Linie der deutschen Militärpolitik schlug um in eine Auseinandersetzung um die Person des Bundesverteidigungsministers. Eine Wachablösung im Bundesministerium für Verteidigung scheint freilich von der Führung der Christlich-Sozialen-Union schon früh ins Auge gefaßt worden zu sein (85). Ansprüche auf das Amt des Bundesverteidigungsministers hatte seit geraumer Zeit ein Abgeordneter aus ihren Reihe angemeldet, der seit 1953 der Bundesregierung angehörte und darüber hinaus als stellvertretender Vorsitzender des Bundesverteidigungsrates gleichfalls eine militärpolitische Schlüsselposition innehatte. Ungeachtet seiner Regierungsämter war er zusammen mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses schon früh als Exponent der interfraktionellen Wehrkoalition aufgetreten. Ein Jahr zuvor hatte der Minister in einem Artikel über die Aufgaben des Bundesverteidigungsrates, als dessen Schöpfer er auch gilt, Grundsätze einer neuen Militärpolitik entwickelt. Besonders bedeutsam waren seine Darlegungen über wirtschaftliche bedingte Grenzen der Aufrüstung; in ihnen spiegelte sich die vorherrschende kritische Einstellung im Unternehmerlager.

Die Expansion unserer Wirtschaft darf nicht gehemmt werden. Steigerung des Exports, Vermehrung der Güter für die binnenwirtschaftliche Versorgung und der mit der Landesverteidigung naturgemäß verbundene Bedarf an Arbeitskräften müssen gegeneinander abgewogen werden. Hat uns noch vor wenigen Jahren das Problem der Arbeitslosigkeit und der Beschaffung von Arbeitsplätzen erhebliche Sorgen gemacht, so ist es jetzt die Frage der rationellen Verwendung unserer Arbeitskräfte, damit unsere wirtschaftlichen und sozialen Ziele nicht durch Abzug von Menschen in den Bereich der Landesverteidigung gefährdet sind (86).

Als Kern des Artikels kann eine These über das Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit gelten, die bis in die Formulierung hinein an Erklärungen der wirtschaftlichen Interessenorganisationen gemahnt.

(84) Theodor Blank im Westdeutschen Rundfunk, Keine Revolution in Führung und Organisation der Streitkräfte, Bulletin 1956-180-1717.

(85) Vgl. Der Primus, Spiegel, a. a. O.

(86) Franz Josef Strauß, Der Bundesverteidigungsrat, Bulletin 1955-210-1754 ff.

Wir wollen nicht an innerer Sicherheit das verlieren, was wir an äußerer Sicherheit gewinnen (87).

Nicht ohne einigen Anspruch auf Wahrscheinlichkeit wird angenommen werden können, daß die Wahlverwandtschaft, die in den Formulierungen des Artikels durchschlägt, den Minister auch während der von der Christlich Sozialen Union geführten Kampagne leitete. Auf dem Parteitag der Christlich Demokratischen Union im April schon war der Minister als Kritiker seines Kollegen vom Verteidigungsressort aufgetreten, ohne daß seine Angriffe sogleich von Erfolg begleitet gewesen wären (88).

Zwei Wochen später veröffentlichte er in einer Wochenzeitung einen Artikel, der einer grundsätzlichen Kritik an der herrschenden Militärpolitik gleichkam. Erstmals wurde damit von einem Mitglied der Regierungskoalition der Versuch unternommen, die Prinzipien der im westlichen Ausland fortschreitenden militärpolitischen Revolution auf das Militärprogramm der Bundesrepublik zu übertragen. Auch in der Öffentlichkeit konnte nun kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die an fünf Jahre zuvor eingegangenen Bündnisverpflichtungen orientierte Verteidigungspolitik der Bundesregierung nach Ansicht des Autors der Forderung des Tages nicht mehr genügte.

Jedenfalls sollte man beim Aufbau des deutschen Beitrages für das europäisch-atlantische Verteidigungssystem, also für die zum operativen Einsatz bestimmten Streitkräfte immer nach dem Grundsatz handeln, daß Qualität wichtiger ist als Quantität und sich beim Tempo ihrer Aufstellung danach richten, daß man die Streitkräfte zu Lande, zur Luft und zur See in Gliederung, Ausrüstung, Bewaffnung, Beweglichkeit und Ausbildung den beiden vorhergenannten Verwendungsmöglichkeiten anpaßt. Man sollte nicht um der Erfüllung einer Zahl willen Streitkräfte aufstellen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen. Hierin liegt die große Verantwortung der für die Gesamtverteidigung unseres Landes verantwortlichen Stellen (89).

Auf einer Klausurtagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den letzten Septembertagen war es der Bundesatomminister, der von den Kirchheimer Beschlüssen her die Militärpolitik des amtierenden Bundesverteidigungsministers scharf kritisierte. Überliefert ist die Quintessenz seiner Polemik: "300 000 Mann insgesamt sind genug" (90). Drei Wochen darauf wurde er,

(87) A. a. O.

(88) Vgl. Der Primus, Spiegel 1957 - 1 - 18.

(89) Franz Josef Strauß, Für eine Qualitätsarmee, Die Zeit, 10. Mai 1956. S. 1

(90) Für Kriegerdenkmäler, Spiegel, a. a. O.

von dem bekannt war, "daß seine Vorstellungen über den Aufbau der Bundeswehr, ihre Stärke und Bewaffnung ... mit denen des Bundeskanzlers in der Vergangenheit nicht sehr konform gingen" (91), in das Amt des Bundesverteidigungsministers berufen (92).

So gut wie auf dem Fuße folgte der Wachablösung im Bundesverteidigungsministerium eine grundlegende Revision der Ziele des bundesrepublikanischen Militärprogramms. Bekannt geworden ist, daß der neue Bundesverteidigungsminister in einem Briefwechsel mit dem Bundeskanzler "Wahrheit in der Verteidigungsplanung" als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Übernahme seines Amtes genannt hatte (93). Von einem Nachrichtenmagazin wurde die Aufgabe, die der Minister damit angekündigt hatte wie folgt umschrieben :

Straußens New Look der westdeutschen Aufrüstung läuft vorerst darauf hinaus, das utopische Programm des Kanzlers Adenauer und des Kanzler-Knappen Blank so zu beschneiden, daß es mit den personellen, wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten der Bundesrepublik in Einklang kommt (94).

Nicht übersehen läßt sich in der Tat, daß die Planrevisionen, die vom Bundesverteidigungsministerium unter neuer Führung, wenn auch nur Schritt für Schritt, vorgenommen wurden, weitgehend den Wünschen der privaten Wirtschaft entgegenkamen. Schon einen Tag nach der Regierungsumbildung erklärte der Bundeskanzler, vermutlich auf Betreiben des neuen Verteidigungsministers, daß die der Nordatlantikpakt-Organisation gegebenen Zusagen über den Aufbau der Bundeswehr nicht eingehalten werden könnten. Als die erste Aufgabe des neuen Ministers bezeichnete er es, dies der NATO verständlich zu machen. Drei Wochen später etwa trat der Minister mit einem neuen Rahmenprogramm vor die Öffentlichkeit. Bezieht man Verlautbarungen des Ministeriums, die sich im Laufe der folgenden Monate anschlossen, mit in den Überblick ein, so ergibt sich in Umrissen ein Bild der neuen militärischen Planung (95). Nicht länger wurde daran festgehalten, innerhalb

(91) Die steckengebliebene Reform, Volkswirt 1956-42-4.

(92) Umbildung der Bundesregierung, Keesing, 16. 10. 1956, 6027 D.

(93) Die der NATO gegebenen Zusagen über den Aufbau der Bundeswehr können nicht eingehalten werden, Keesing, 17. 10. 1956, 6029.

(94) Der Primus, Spiegel 1957-1-20. Vgl. auch : Das neue Wehrprogramm, Volkswirt 1956-45-4.

(95) Vgl. Meldungen über neue Aufstellungspläne in Keesings Archiv : 6080 A, 6165 A, 6243 A, 6251 B, 7454 B; und Franz Josef Strauß, Wehraufbau im Rückblick und Ausblick, Volkswirt 1956-51/52-25 f.

der ursprünglich vorgesehenen Aufstellungsfrist von drei Jahren das Heereskontingent in Stärke von zwölf Divisionen der NATO zu übergeben, Anstatt gleichzeitig mit der Bildung von Kadern für zwölf Divisionen zu beginnen, gedachte man, erst drei Grenadierdivisionen, zwei Panzerdivisionen, eine kleine Gebirgsdivision und eine kleine Luftlandedivision vollständig aufzustellen. Die Grenadierdivisionen sollten der NATO bis zum 1. Juli 1957, die Panzer-, Gebirgs- und Luftlandeverbände bis zum Ende des gleichen Jahres übergeben werden. Das Panzerbeschaffungsprogramm, das den Ankauf von insgesamt noch 1.400 Panzern stipulierte, wurde suspendiert, um neben dem bis dahin vorgesehenen und vielfach als veraltet bezeichneten amerikanischen Typ auch neuere britische Modelle erproben zu können. Der neuen Planung zufolge hätte sich die Stärke des Heeres Ende 1957 auf 85 000 Mann belaufen. Was die Luftwaffe anlangt, so war geplant, vor Aufstellung fliegender Verbände die Ausbildung von Piloten abzuschließen. Noch im Laufe des Jahres 1957 hatte man vor, eine Transportstaffel und möglichst ein bis zwei Jagdstaffeln zu bilden. Die Marine war bis Ende 1958 auf eine Mannschaftsstärke von 15.000 zu bringen. Welche Diskrepanz zwischen alter und neuer Planung bestand, geht am eindrucksvollsten aus einer Gegenüberstellung der jeweils vorgesehenen Gesamtstärken hervor. Anstelle von 96 000, wie ursprünglich vorgesehen, hoffte man nun wenigstens bis zum Ende des Jahres 70 000 - 75 000 Soldaten aufstellen zu können. Ende des Jahres 1957 würden es anstatt 270 000 Soldaten 120 - 135 000 sein. Und bis zum Jahresende 1958, dem Schlußtermin der ursprünglichen Dreijahresplanung, sollte die Stärke der Streitkräfte 180 000 Mann betragen. Von diesen brauchten, was schon abzusehen war, nur eine Minderheit - 45 000 Soldaten, wie sich später herausstellte (96) - Wehrpflichtige zu sein. Nicht ohne Genugtuung wurde denn auch, wenigstens von kritischen Kommentatoren im Inland, vermerkt, daß die neue Bundeswehr eindeutiger als die ursprünglich projektierten Streitkräfte den Charakter einer Freiwilligenarmee annehmen würde.

So radikal die Reform der militärischen Gesamtplanung sich ausnehmen mochte, sie beschränkte sich vorerst doch auf eine Abwandlung der zeitlichen Aufstellungsplanung. Gerade die endgültige Gesamtstärke der Streitkräfte, für deren Reduzierung doch die zweite parlamentarische Opposition spätestens seit den Kirchheimer Beschlüssen so nachdrücklich eingetreten war, blieb vorderhand unangetastet. Von Kritikern ob seiner Inkonsequenz zur Rede gestellt, schien auch der neue Verteidigungsminister der magischen Formel von 500 000 Mann, auf die sich die Bundesrepublik verpflichtet hätte, verhaftet

(96) Vgl. Stärke der Bundeswehr und Zahl der aufgestellten fliegenden Verbände der Luftwaffe, Keesing, 16. 12. 1958, 7454 B.

zu bleiben - nicht ohne freilich sich einen Ausweg offenzuhalten.

Das Gesamtziel, ohne daß ich mich hier auf endgültige Zahlen festlegen kann und darf - beides trifft zu - geht dahin, Verbände in der Kampfkraft und Feuerwirkung zu schaffen, wie sie ursprünglich bei der EVG-Planung unter dem 500 000-Mann-Schema gedacht waren. Wie das 1960/61 aussehen wird, vermag bei der raschen Entwicklung der Technik in der Bundeswehr heute niemand zu sagen (97).

Oft genug freilich hatten Kommentatoren der vom Bundesverteidigungsministerium betriebenen Militärpolitik wiederholt, daß die vorgeschlagenen Revisionen, die Herabsetzung des Wehrdienstes von 18 auf 12 Monate, die zeitliche Streckung der Aufstellungspläne und die Reduzierung der geplanten Gesamtstärke eine Einheit bildeten (98). Wenn nicht die Haushaltsmittel, an die die personelle und materielle Planung des Bundesverteidigungsministeriums gebunden war, erhöht werden sollten, konnte die Bundeswehr nach von Sachverständigen angestellten Schätzungen im Haushaltsjahr 1960/61 allenfalls eine Personalstärke von 340 000 Mann erreichen (99). Rücksicht vor allem auf die Verbündeten scheint es gewesen zu sein, die die Bundesregierung davon abhielt, allzu unvermittelt auch das Gesamtziel der militärischen Planung in den Revisionsprozeß einzubeziehen. Noch vor Ablauf eines Jahres waren dann freilich, nachdem die neue Rüstungspolitik der Bundesregierung sich durchgesetzt hatte, alle Gründe für die anfänglich geübte Zurückhaltung entfallen. Ohne daß in der Öffentlichkeit davon gebührend Kenntnis genommen worden wäre, wurde im Winter 1957/58 auch die geplante Gesamtgröße des deutschen Verteidigungsbeitrages herabgesetzt. Von einem Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums wurden erstmals Ende Dezember 1957 350 000 Mann als das Ziel der militärischen Planung genannt (100). Amerikanische Beobachter haben, ohne daß sich eine Bestätigung dafür finden ließe, den 26. Februar 1958 als Tag der letzten großen Planrevision bezeichnet (101). Als authentische Erklärung über die "ange-

(97) Bundesverteidigungsminister Strauß, Bundestagsverhandlungen 2-189-10 792. Vgl. auch Spiegel-Gespräch mit Bundesverteidigungsminister Strauß: Der große Prügel, Spiegel 1957 - 1 - 22.

(98) Vgl. Kommentare zur Verteidigungspolitik im Volkswirt.

(99) Vgl. Der Primus, Spiegel 1957 - 1 - 20.

(100) Oberregierungsrat Fritz Troll, Die Rolle der Rüstung, Volkswirt 1957-51/52-107 f.

(101) Vgl. Deutsch und Edinger, a. a. O., S. 258.

strebte Gesamtstärke" der Bundeswehr werden Angaben gelten können, die der Bundesverteidigungsminister im Oktober 1958 machte. Neben einer Gesamtzahl von 340 000 wurden bei dieser Gelegenheit zugleich die seither verbindlichen Aufstellungstermine und der Rahmen der vorgesehenen finanziellen Aufwendungen genannt.

Die Aufstellung des Heeres wird bis 1961, die der Luftwaffe bis 1962 dauern. Bis zum 1. April 1961 werden dazu 36 Mrd. DM nötig sein und nicht 52 Mrd. DM, wie es die Opposition behauptet (102).

Mit Rücksicht auf den Charakter der Militär- und Rüstungspolitik in der Ära des Kalten Krieges wird der militärpolitische Kurswechsel der Bundesregierung unter doppeltem Aspekt analysiert werden müssen. Daraus, daß die Ziele der militärpolitischen Planung abgeändert wurden, ergaben sich Rückwirkungen auf die Beziehungen zu den verbündeten Mächten und zur Atlantikpakt-Organisation; zugleich wandelte sich die Position der Bundesregierung im innerdeutschen Kräftefeld.

Kommentare, die der Kurswechsel der Bundesregierung in der Öffentlichkeit auslöste, standen zunächst ganz unter dem Eindruck der außenpolitischen Folgen (103). Was als neues Militärprogramm sich herauszuschälen begann, lief, wie es schien, auf eine Verletzung von Bündnisverpflichtungen hinaus; eine ganze Serie von Protesten war die Antwort. Wenn die Alliierten sich durch das eigenmächtige Vorgehen der Bundesregierung geprellt fühlten, so einmal deswegen, weil das Ziel, das mit der Eingliederung der Bundesrepublik in die Allianz verfolgt worden war: die Lücke in der Bilanz der militärischen Kräfte zu schließen, aufs neue in die Ferne gerückt schien. Gleichzeitig aber hatte sich erwiesen, daß im Rahmen der Nordatlantikpakt-Organisation die Bundesrepublik ebensowenig wie irgendein anderer Staat darauf verpflichtet werden konnte, die gemeinsamen Ziele der Allianz einzuhalten. Von nun an mußte damit gerechnet werden, daß auch die Bundesrepublik, wenn im Konflikt zwischen gemeinsamer Zielsetzung und nationalen Interessen, an Auflagen sich nicht gebunden fühlen würde. Ohne ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen, waren die Verbündeten freilich kaum imstande, ernsthaft Kritik am neuen militärpolitischen Kurs der Bundesregierung zu üben. Wo immer die Revision der militärpolitischen Planung

(102) Angaben über den Aufbau der Bundeswehr, Keesing, 4. 10. 1958, 7325 B.

(103) Vgl. Meldungen über Reaktionen auf Revision der deutschen Aufstellungspläne in Keesings Archiv : 5995 D, 6007 A. Weiter : Die Herbsttagung der WEU-Versammlung, Bulletin 1956 - 198 - 1881.

Westdeutschlands Vorhaltungen hervorrief, konnte die Bundesregierung sich darauf berufen, daß sie dem Kurswechsel ihrer Partnerstaaten nur sich angeschlossen habe (104). Tatsächlich entsprach die militärpolitische Wende in der Bundesrepublik gleichsam en miniature der militärpolitischen Revolution, die in den fünfziger Jahren unter dem Namen des New Look in allen großen Militärstaaten sich durchsetzte - wie die Kräftekonstellation, der die neue Militärpolitik in Deutschland sich verdankte, aufs Haar der gleich, die den New Look in den angelsächsischen Ländern ins Leben rief.

... the New Look was an effort to balance and to reconcile foreign and domestic, military and economic goals (105).

Daß die Revision des westdeutschen Militärprogramms sich verhältnismäßig reibungslos vollzog, war wesentlich durch diese Parallelität bedingt. Spannungen, die durch das eigenmächtige Vorgehen der Bundesregierung heraufbeschworen wurden, klangen schnell ab, und die Kontroverse über den militärischen Beitrag der Bundesrepublik verwandelte sich in eine Diskussion darüber, wie die Strategie beschaffen sein müßte, von der die Allianz sich in Zukunft leiten zu lassen hätte.

Wenngleich von den Kommentatoren weniger beachtet, waren es die innenpolitischen Auswirkungen des militärpolitischen Kurswechsels, die langfristig gesehen als von vielleicht noch größerer Tragweite sich erwiesen. Daß das Militärprogramm der Bundesregierung überholt wurde, war eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß der Konsensus zwischen der Bundesregierung und wichtigen gesellschaftlichen Machtgruppen im Innern Deutschlands sich wiederherstellte. Das gilt vor allem für das Verhältnis der Bundesregierung zu den Interessenorganisationen der privaten Wirtschaft. Dadurch, daß die Frist für den Aufbau der Streitkräfte von drei bis vier auf fünf bis sechs Jahre ausgedehnt wurde, war gewährleistet worden, daß die direkte Belastung der Produktion für den zivilen Bedarf auf ein erträgliches Maß reduziert wurde. Gleichfalls war damit, zumal da der Personalbedarf der Streitkräfte um fast ein Drittel reduziert worden war, einer indirekten Belastung, wie sie eine Überexpansion mit sich gebracht hätte, vorgebaut worden. Mit den Strukturveränderungen, die die Reduktion des Militärprogramms begleiteten,

(104) Vgl. hierzu Hans Speier: "Adenauer acted in response to domestic political pressures and used the Radford Plan as a convenient pretext for the concession he felt it necessary to make." - *German Rearmament and Atomic War*, S. 212.

(105) Samuel Huntington, *The Common Defence*, S. 64.

eröffneten sich schließlich Aussichten auf rüstungswirtschaftliche Aufgaben, die mit der Interessenlage der privaten Wirtschaft eher übereinstimmten als Produktionsaufgebote, wie sie der Aufbau einer konventionellen Massennarmee früher oder später nach sich gezogen hätte.

Daß das neue Militärprogramm der Bundesregierung den Erwartungen, die in der Wirtschaft gehegt wurden, entsprach, bekunden Verlautbarungen der großen Interessenverbände sowie Kommentare in der Wirtschaftspresse. Ohne Einschränkung bekannte sich der Deutsche Industrie- und Handelstag in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1956/57 zum neuen Kurs.

Nach den Erfahrungen der Wiederaufrüstung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wird ein überhasteter Aufbau der Streitkräfte nicht nur aus wirtschaftspolitischen Gründen, sondern auch im Interesse einer soliden militärischen Ausbildung und innerer Festigung der Truppeneinheiten, abgelehnt. Es entsprach daher durchaus der Auffassung des DIHT, wenn das Bundesverteidigungsministerium Ende November 1956 erklärte, die Wiederaufrüstung werde so langsam vorangehen, als es die politischen Verhältnisse irgend erlaubten (106).

Vom Bundesverband der deutschen Industrie wurde es ein Jahr darauf begrüßt

... daß der derzeitige Verteidigungsminister dem Aufbau der Streitkräfte das Fieberhafte und Undurchführbare der ersten Zeit genommen hat (107).

Noch bemerkenswerter ist die Emphase, mit der in einer großen Wirtschaftszeitung, bis dahin ein Zentrum der Kritik an der Militärpolitik der Bundesregierung, der neue Kurs gefeiert wurde.

Freilich, die Wiederwehrhaftmachung ist am Ende dieses Jahres erheblich weniger ein Problem als noch vor zwölf Monaten. Nicht bloß sind inzwischen bestimmte gesetzgeberische Unterlagen geschaffen und ist mit dem Aufbau einer Wehrmacht praktisch begonnen worden. Viel wichtiger ist es, daß die Einsicht in ihre Notwendigkeit gerade in den letzten Monaten auch in den breiteren Kreisen gewachsen ist. Außerdem hat das zuständige Ministerium in Franz Josef Strauß nun-

(106) Deutscher Industrie- und Handelstag, Tätigkeitsbericht für das Jahr 1956/57, S. 230 f.

(107) Bundesverband der Deutschen Industrie, Jahresbericht 1957/58, S. 169 ff.

mehr einen Chef gefunden, der sich von vornherein klar und bewußt auf die Linie eingestellt hat, die gerade nach den Erfahrungen der letzten Zeit die einzig mögliche ist : Aufbau Schritt um Schritt und mit den modernsten Waffen. Wir wünschen diesem energischen und zielbewußten Mann wie bisher helle Erleuchtung, Beweglichkeit und Erfolg gegenüber allen noch vorhandenen oder kommenden Widerständen (108).

Die Revision der westdeutschen Militärpolitik um 1956/57 wird, bezieht man sie auf die Interessenkonstellation, durch die sie bestimmt war, wesentlich als Integrationsprozeß charakterisiert werden können. Ganz unmittelbar äußert sich das zunächst darin, daß es gelang, die Diskrepanz zwischen den politischen Zielsetzungen der Bundesregierung und den partikularen Interessen gesellschaftlicher Machtgruppen zu überbrücken. Militärpolitische Ziele, wesentlich aus außenpolitischen Verpflichtungen resultierend, wurden unter dem Druck innerdeutscher Opposition, vor allem der Interessenvertretungen der privaten Wirtschaft, auf ein "akzeptables" Maß reduziert. Grenzen waren der Revision des Militärprogramms dadurch gesetzt, daß gewisse, freilich wenig fundierte, Mindestexpectationen der Verbündeten in Rechnung gestellt werden mußten. Was das neue Militärprogramm damit - genau so wie der New Look der angelsächsischen Militärpolitik - indizierte, war ein neues "ökonomisch-militärisches Gleichgewicht" (109). Diesem Gleichgewicht entsprach, gewissermaßen als institutionelles Pendant, ein Zuwachs an innenpolitischer Stabilität. Indem die Spannung zwischen politischen Zielsetzungen und partikularen Interessen überbrückt wurde, konsolidierte sich das politische Herrschaftssystem in der Bundesrepublik.

(108) Franz Reuter, Im Schatten der Weltpolitik, Volkswirt 1956 - 51/52 10.

(109) Huntington, a. a. O., S. 65 und vor allem S. 115 - 122 (Economy and Strategy).

Schlußbemerkungen

Die Revision des deutschen Rüstungsprogramms führte über ihre ersten Auswirkungen, die Herabsetzung der Truppenstärke und die Dehnung der Aufbaufrist, weit hinaus. Die quantitative Verringerung des deutschen Verteidigungsbeitrages zog eine qualitative Veränderung, einen Strukturwandel des Militär- und Rüstungsprogramms der Bundesregierung nach sich. Durch die Revision der numerischen Gesamtziele wurde eine Neuformulierung der westdeutschen Militär- und Rüstungspolitik eingeleitet, die zum Abschluß kam erst mit einem gänzlich gewandelten strategischen Konzept - einer neuen Rüstungspolitik. Deren Charakteristika, die langfristigen Folgen des Revisionsprozesses der Jahre 1956 und 1957, lassen die Tragweite - und die Grenzen - des ökonomisch-militärischen Gleichgewichts, des intendierten Ziels der Revision, **ermessen**.

Daß in die Revision des Militärprogramms, nachdem dessen numerische Größe herabgesetzt worden war, auch die Zusammensetzung des deutschen Verteidigungsbeitrags hineingezogen wurde, gilt zunächst für die militärische Planung im engeren Sinn. Wird der Gesamtumfang militärischer Streitkräfte verringert, ohne daß an deren Zusammensetzung und Ausrüstung etwas sich änderte, so mindert sich damit proportional auch die militärische Kampfkraft. Diese dennoch aufrechtzuerhalten oder gar zu steigern, ist möglich nur dann, wenn es gelingt, den unmittelbaren Effekt der Personalverringerung zu kompensieren durch Veränderungen der militärischen Ausrüstung. Welche Kompensationsmöglichkeiten dabei im einzelnen zu Gebote stehen, läßt sich an Hand einer pointierenden Gegenüberstellung zweier Typen militärischer Rüstung zeigen (1). Der eine, als extensive Rüstung zu umschreiben, ist dadurch charakterisiert, daß die Zahl militärischer Kampfeinheiten, Kombinationen von Soldaten und Waffensystemen entsprechend, so weit wie möglich gesteigert wird, ohne daß an der Zusammensetzung der Einheiten wesentlich etwas sich änderte. Dies Verfahren wird zumal bevorzugt, wenn personelle und sachliche Ressourcen bei verhältnismäßig niedrigem technischen Entwicklungsstand in reichlichem Maße zur Verfügung stehen. Sind Arbeitskräfte und sachliche Produktionsfaktoren dagegen knapp bemessen, so wird dem Gegentyp, intensiver Rüstung, der Vorzug gegeben. Militärische Kampf-

-
- (1) Die Darstellung der Merkmale extensiver und intensiver Rüstung folgt der von Huntington vorgenommenen Unterscheidung von "quantitative arms races" und "qualitative arms races". - Vgl. Samuel P. Huntington Arms Races : Prerequisites and Results, a. a. O.

kraft entfaltet sich dabei, indem die Personalstärke der Streitkräfte durch mechanische Kampfelemente - Waffensysteme, deren Effekt wiederum durch Verbesserungen der Waffentechnik fortschreitend gesteigert werden muß - ersetzt wird. Der Übergang von extensiver zu intensiver Rüstung entspricht der fortschreitenden Industrialisierung in der zivilen Gesellschaft und charakterisiert vermutlich den Gang der militärgeschichtlichen Entwicklung (2). Daß extensive und intensive Rüstung heute als radikale Alternativen einander gegenüberstehen, hat seinen Grund in einem Sprung der Waffentechnik: der Erschließung der Kraft des Atoms für militärische Zwecke. Der politischen und militärischen Führung scheint sich in den entwickelten Industrieländern die Möglichkeit zu eröffnen, die Last der konventionellen Rüstung abzulösen durch die Ausbildung eines atomaren Waffentials. Die avancierteste Form intensiver Rüstung, atomar ausgerüstete strategische Luft- und Raketenstreitkräfte, ist der Bundesrepublik zwar versagt. Konventionelle Streitkräfte glaubt man indessen auch im Bereich taktischer Aufgaben, wie die Bundesrepublik sie zu lösen hat, durch atomare Waffen ersetzen zu können. Indem sie für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen sich entschied, hat die Bundesrepublik versucht, den Substitutionseffekt intensiv-atomarer Rüstung zu nutzen. Die Verschiebung des Akzents der militärischen Planung spiegelt sich wieder in der Veränderung des Größenverhältnisses der Teilstreitkräfte. Verringert wurde allein die Gesamtstärke des Heeres, während die numerische Stärke von Luftwaffe und Marine unverändert blieb, wo nicht gesteigert wurde (3). Daß die Luftstreitkräfte alsbald mit Doppelzweckwaffen ausgerüstet wurden, verweist darauf, daß das atomare Potential der Streitkräfte hier seinen Schwerpunkt hat; obwohl weiterhin auf taktische Aufgaben beschränkt, hat sich die Luftwaffe zu einer eigenständigen Teilstreitkraft mit einer atomaren Offensivstrategie entwickelt. Das Heer, durch die Herabsetzung seiner Stärke geschwächt und dazu der Unterstützung durch die Luftwaffe entäußert, ist seinerseits in die atomare Umrüstung hineingezogen worden. Die Kampfkraft der deutschen Streitkräfte ist, indem die Defizienz an konventioneller Kampf-

(2) Vgl. hierzu John U. Nef, War and Human Progress, Cambridge (Mass.) 1959.

(3) Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums wurde die Endstärke des Heeres von 370 - 400 000 auf 200 - 220 000 Mann verringert; die endgültige Mannschaftsstärke der Luftwaffe blieb mit 80 - 100 000 Mann erhalten; während die Endstärke der Marine von 20 000 auf 25 - 30 000 heraufgesetzt wurde. - Vgl. Keesings Archiv, 1958-7131 C, 1959 7859 D, 1959-8121 A 4, und das Bulletin der Bundesregierung 1958 - 109 - 1122 und 1961 - 12 - 108.

kraft wettgemacht wurde durch atomare Waffen, stabilisiert worden mit der Folge freilich, daß sie nur im Zusammenhang einer Strategie der atomaren Abschreckung sich entfalten kann (4).

Veränderungen in der militärischen Struktur, mit dem Übergang von extensiver zu intensiver Rüstung einhergehend, übertragen sich auf die Struktur des Rüstungspotentials. Ein Militärprogramm, das an den Maßstäben extensiver Rüstung sich orientiert, ist angewiesen auf die Mobilisierung großer Menschenmassen sowohl für die Streitkräfte selbst wie für die Rüstungsindustrie; dieser fällt die Aufgabe zu, militärische Ausrüstungen in Massenproduktion herzustellen. Herrscht intensive Rüstung vor, so haben die Streitkräfte dagegen den Charakter eines Spezialistenkorps; die Rüstungsindustrie konzentriert sich auf die Produktion komplizierter Waffensysteme und deren Entwicklung, wobei sie sich gleichfalls auf hochqualifizierte Spezialisten stützen muß. Klassische Rüstungsindustrien, wie die Schwer- und die metallverarbeitende Industrie, werden tendenziell verdrängt durch spezifisch neue Rüstungsindustrien. Diese Schwerpunktverlagerung, Pendant zur Verschiebung vom konventionellen zum atomaren Potential, ist abzulesen am Aufstieg der Luftfahrt- und Raketendustrie zur neuen Rüstungsindustrie par excellence. Hier zeichnet sich zudem am deutlichsten eine parallel verlaufende Entwicklung: die Verlagerung des Schwerpunkts der industriellen Tätigkeit von der Produktion von Fertigwaren auf die waffentechnische Forschung und Entwicklung ab. So ist in der Bundesrepublik die Luftfahrtindustrie auf Betreiben des Verteidigungsressorts mit Bedacht zum Kern des deutschen Rüstungspotentials ausgebaut worden und wird allein mit Rüstungsaufträgen am Leben erhalten; gleichzeitig wurde ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm initiiert, das im zivilen Bereich seinesgleichen sucht, während auf den Aufbau von Rüstungskapazitäten zur Ausrüstung konventioneller Streitkräfte weitgehend verzichtet wurde. Indem es auf die Nebenwirkungen intensiver Rüstung für die zivile Produktion sich berief, hat das Verteidigungsressort dabei eines der zentralen ökonomischen Motive atomar orientierter Militär- und Rüstungspolitik reproduziert (5).

Insofern die Militär- und Rüstungspolitik der Bundesregierung, was ihre langfristigen Folgen angeht, mit den rüstungspolitischen Forderungen der privaten Wirtschaft konvergierte, bestätigte sich, daß mit der Revision des west-

(4) Vgl. hierzu Helmut Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung.

(5) Vgl. Bundesverteidigungsminister Strauß, Finanzen, Rüstung und Wirtschaft, in: Heinrich Dräger, Hellmuth Heye, Franz Sackmann, Probleme der Verteidigung der Bundesrepublik, Berlin und Frankfurt/Main: 1959, S. 145; und Bundestagsverhandlungen 3 - 73 - 3945.

deutschen Militärprogramms ein ökonomisch-militärisches Gleichgewicht sich anbahnte. Die Verlagerung des Militärprogramms vom konventionellen auf den atomaren Pol und, parallel damit, die Entwicklung der Luftfahrtindustrie zum Kern des innerdeutschen Rüstungspotentials, wird zwar kaum auf unmittelbaren Einfluß der wirtschaftlichen Interessengruppen zurückgeführt werden können; beides folgte vielmehr der immanenten Logik des Übergangs von extensiver zu intensiver Rüstung. Das Resultat der Revision reflektiert dennoch das ursprüngliche Motiv der Umrüstung: das Rüstungsprogramm abzustimmen auf die Erwartungen und Wünsche derer, von deren Konsensus der Bestand der Regierungskoalition abhängt.

Militärapparat und private Wirtschaft in der Bundesrepublik sind, so wäre die Untersuchung zu resümieren, durch feste gesellschaftliche Zusammenhänge miteinander verknüpft. Militärische Rüstung nimmt, da sei ein, wenngleich begrenztes, Rüstungspotential im Innern des Landes erfordert, die spezifischen Funktionen des ökonomischen Sektors in Anspruch; die damit verbundene Aufgabe, die Streitkräfte sowohl mit handelsüblichen als auch mit rüstungsspezifischen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, hat die private Wirtschaft nach gewissen Übergangsschwierigkeiten übernommen; damit haben sich, vermittelt durch ihre Funktionen im Gesamtzusammenhang des sozialen Systems, dauerhafte gesellschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Teilsystemen angebahnt. Das gesellschaftliche Verhältnis von Militär und Wirtschaft ist heute weithin durch Solidarität der Interessen charakterisiert. Ihre Funktionen im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang erkennen beide Parteien wechselseitig als notwendig für den Bestand des sozialen Systems und ipso facto für den ihrer selbst an. Beide sind, insofern die Streitkräfte auf Güter und Dienstleistungen angewiesen sind und umgekehrt für die private Wirtschaft eine Ertragsquelle darstellen, überdies durch unmittelbare Interessen miteinander verbunden. Weder stimmen die Interessen von Militärapparat und privater Wirtschaft indessen völlig überein, wie etwa die Theorie von der Machtelite anzunehmen scheint, noch ist ihr Akkord, soweit sie zusammenfallen, ein für allemal gesichert (6). Bedingt durch die

(6) Vgl. hierzu C. Wright Mills, *The Power Elite*, New York 1956, und *The Causes of World War Three*, London 1959. So heißt es etwa in der *Power Elite*: "In so far as the structural clue to the power elite today lies in the economic order, that clue is the fact that the economy is at once a permanent-war economy and a private-corporation economy. American capitalism is now in considerable part a military capitalism, and the most important relation of the big corporation to the state rests on the coincidence of interests between military and corporate needs, as defined by warlords and corporate rich." - A. a. O., S. 275 f. - Zur Kri-

im Unternehmerlager anfangs vorwaltende Indifferenz, war das Verhältnis von privater Wirtschaft und Militär in der Bundesrepublik zunächst eher durch Konflikte geprägt. Interessenkonflikte machen sich zwischen beiden Teilsystemen auch heute noch geltend und stellen deren Koalition tendenziell immer wieder in Frage. Der zwischen Unternehmern und Militärapparat vorwaltende Konsensus ist vielmehr das Produkt einer verhältnismäßig langwierigen und komplexen Entwicklung. Genauer analysiert, wurde das Arrangement beider Parteien durch zwei parallel verlaufende und einander bedingende Prozesse bewirkt. Auf der einen Seite galt es, die Unternehmer für das Rüstungsprogramm der Bundesregierung zu gewinnen; die im Unternehmerlager weit verbreitete Indifferenz konnte mit Hilfe der Verbände im Sinn der "attitude of acceptance" abgewandelt werden. Der Erfolg dieser Konversion beruhte auf der anderen Seite entscheidend darauf, daß die Bundesregierung das Rüstungsprogramm auf die Interessenlage der privaten Wirtschaft abstimmte; diese Revision war gleichfalls aufs engste verknüpft mit dem Einfluß der Verbände. Der Konsensus zwischen privater Wirtschaft und Militärapparat ist, mit anderen Worten, gestiftet und vermittelt durch Mechanismen und Agenturen sozialer Integration. Gegenüber der Theorie von der Machtelite wäre also einmal hervorzuheben, daß der Konsensus zwischen Militär und Wirtschaftsführern an eine - limitierte - Zone gemeinsamer Interessen gebunden ist. Daß es gelingt, die in ihrem Kern gewiß strukturell bedingte Gemeinsamkeit der Interessen auszuweiten, ist wesentlich der - von der Theorie der Machtelite gleichfalls vernachlässigten (7) - Wirksamkeit der Verbände zuzuschreiben. Daß eine Interessenkoalition zwischen Militär und privater Wirtschaft, hat sie sich erst einmal angebahnt, fortschreitend sich verfestigt und zu perpetuieren tendiert, steht dabei außer Frage. So birgt der Akkord zwischen Militärapparat und privater Wirtschaft auch in Deutschland die Keime eines "military-industrial complex" in sich. Wohl hält die Koalition, um die verhältnismäßig kleine Luftfahrtindustrie und das

tik der Millsschen Theorie vgl. William Kornhauser, "Power Elite" or "Veto Groups"?, in : Seymour Martin Lipset und Leo Lowenthal (Hrsg.), Culture and Social Character, The Work of David Riesman Reviewed. New York 1961, S. 252-267.

- (7) So meint Mills : "The associations are more operational organizations, whose limits of power are set by those who use them, than final arbiters of action and interaction." - The Power Elite, S. 247. - Die gesellschaftliche Rolle der Verbände ist nach Mills durch deren Position auf der mittleren Ebene zwischen Power Elite und Mass Society begrenzt.

freilich expandierende Forschungs- und Entwicklungsprogramm gelagert, einweilen keinen Vergleich mit ihrem amerikanischen Gegenstück aus. Doch kann an ihr, gleichsam in statu nascendi, die Gefahr einer fortschreitenden Militarisierung gesellschaftlicher Beziehungen in der Ära des Kalten Krieges studiert werden.

Daß in der Bundesrepublik eine Interessenkoalition von Militärapparat und privater Wirtschaft entstanden ist, hat politische und gesellschaftliche Folgen, die in dreifacher Hinsicht zu reflektieren sind. Es fragt sich zunächst, ob das militär- und rüstungspolitische Konzept der Bundesregierung den Anforderungen entspricht, denen eine rationale Militär- und Rüstungspolitik heute zu genügen hätte. Deren Kriterien sind die strategische Lage - das sogenannte Kriegsbild - einerseits, der Grundsatz, die vorhandenen Ressourcen mit maximalem Effekt zu nutzen, andererseits (8). Die optimale Entfaltung des militärischen Potentials gebietet in einer Militärallianz vor allem, das Prinzip der Spezialisierung vermittelt internationaler Arbeitsteilung zu befolgen. Der deutsche Verteidigungsbeitrag hätte, hielte sich die Bundesregierung an diese Kriterien, vorwiegend in konventionellen Streitkräften zu bestehen mit der Aufgabe, die Auslösung eines lokalen Konflikts zu verhindern. Die Aufgabe der strategischen Abschreckung dagegen, darauf abzielend, einem allgemeinen Angriff des Gegners vorzubeugen, wäre den Vereinigten Staaten, dem Verbündeten mit dem größten und technisch fortgeschrittensten Potential, zu überlassen. Streitkräfte, die wie die Bundeswehr im Ernstfall schon bald auf taktische Atomwaffen angewiesen wären, vermögen die Aufgabe der begrenzten Kriegsführung nicht adäquat zu lösen; mit taktischen Atomwaffen ausgetragen, drohte ein zunächst lokal begrenzter Konflikt schon schnell über den Mechanismus des "escalation" zu einem allgemeinen Krieg sich auszuweiten; die Aussicht hierauf wiederum könnte die Entscheidungskraft der politischen und militärischen Führung lähmen und zum Nachgeben führen. Daß die Neue Rüstungspolitik unzulänglich war, bestätigte sich dadurch, daß die Revision der Planziele nach sechs Jahren rückgängig gemacht werden mußte. Unter dem Druck der Vereinigten Staaten wurde die Endstärke der Bundeswehr im Spätsommer 1962 von 350 000 auf 500 000 heraufgesetzt; die Dauer des Wehrdienstes war schon vorher von neuem auf 18 Monate festgelegt worden (9). Die

(8) Vgl. hierzu Charles J. Hitch und Roland N. McKean, *The Economics of Defense in the Nuclear Age*, a. a. O., vor allem die Einleitung und Kapitel 15 : *The Economics of Military Alliance*.

(9) Vgl. Eine halbe Million Mann Bundeswehr, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. 5. 1962.

Defizienz des deutschen Verteidigungsbeitrages wäre damit, sollten die neuen Ziele verwirklicht werden, behoben. Doch steht auf neuem das ökonomisch-militärische Gleichgewicht und mit ihm das Arrangement zwischen privater Wirtschaft und Militär auf dem Spiel; dies umso mehr, als politische und militärische Führung nun konkurrierende Zielsetzungen verfolgen. Die konventionelle Stärke der Bundeswehr soll nach Maßgabe der ursprünglichen Pläne ausgebaut werden, ohne daß daran gedacht wäre, auf die Entwicklung eines atomaren Potentials zu verzichten. Damit hat sich die Bundesregierung auf eine Kombination von extensiver und intensiver Rüstung, auf eine "doppelte Rüstungspolitik" (10), eingelassen, die konsequent durchgesetzt, das ökonomisch-militärische Gleichgewicht in der Bundesrepublik früher oder später aufzuheben droht.

Zu bedenken ist sodann, ob die Prozedur politischer Willensbildung, durch die es zur neuen und schließlich zur doppelten Rüstungspolitik kam, geeignet ist, richtige, das heißt: sachlich adäquate, politische Entscheidungen hervorzubringen. Im Hinblick auf ihre Struktur analysiert, hat sich die Revision des westdeutschen Rüstungsprogramms wesentlich als Interessenausgleich innerhalb der herrschenden Koalition gesellschaftlicher Macht- und Einflußgruppen vollzogen; darin entspricht sie dem in fortgeschrittenen Industrieländern mit demokratischer Verfassung heute weit verbreiteten Prozeß politischer Willensbildung. Die politische Theorie hat sich, darum bemüht, die Charakteristika dieses Verfahrens zu bezeichnen, mit Grund des Begriffs des "bargaining" bedient (11); in der Sphäre des Tausches beheimatet, umschrieb er in übertragener Bedeutung zunächst die institutionelle Regelung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen. Daß neuerdings die eigentlich politische Willensbildung, im bürgerlichen Nationalstaat ursprünglich autoritativ-hierarchisch strukturiert, dem wesentlich ausgleichend-multilateralen Verfahren des "bargaining" sich annähert, reflektiert eine doppelte Wandlung der gesellschaftlichen Machtstruktur. Ist in den einzelnen institutionellen Bereichen moderner Industriegesellschaften eine Zentralisierung gesellschaftlicher Macht in den oberen Staffeln der bürokratischen Hierarchien zu beobachten, so scheint umgekehrt das Machtmonopol des Staates - und zwar zugunsten der im Verlauf der Zentralisierung allenthalben entstehenden neu-

(10) Vgl. Kapitel III, S. 110.

(11) Vgl. hierzu Robert A. Dahl und Charles Lindblom, *Politics, Economics, and Welfare*; und Charles Lindblom, *Bargaining: The Hidden Hand in Government*, RAND Research Memorandum RM-1434-RC, 22. 2. 1955.

en Machtzentren - in Auflösung begriffen (12). Regierung und Parlament büßen zunehmend nicht nur ihre Einheit ein, sondern auch ihre Eigenständigkeit und fungieren, anstatt als autonome Körperschaften, als Kontrahenten quasi-öffentlicher und privater Macht- und Einflußgruppen. Indem sie mit den jeweils betroffenen Machtgruppen sich arrangieren, haben Regierungsressorts und parlamentarische Mehrheit die Gewähr, daß "tragbare" politische Entscheidungen zustandekommen. Politische Willensbildung nach dem Modell des "bargaining process" ist orientiert am Konsensus der jeweils herrschenden Macht- und Einflußgruppen und gewährleistet so deren Perpetuierung und die der bestehenden Sozialstruktur. Diese stabilisierende Wirkung hat der Methode des "bargaining" das Prädikat eingetragen, das einer pluralistischen Gesellschaft adäquate Verfahren politischer Willensbildung zu sein (13). Doch ist keineswegs verbürgt, daß politische Entscheidungen, wenn ihnen der Konsensus der je herrschenden Macht- und Einflußgruppen sicher ist, auch geeignet sind, die Probleme einer entwickelten Industriegesellschaft zu lösen; noch ist ihre Übereinstimmung mit dem gesichert, was herkömmlicherweise das Gemeinwohl genannt wird. Von beiden Postulaten entfernt sich die Methode des Interessenausgleichs umso weiter, je mehr es partikulare Interessen monopolähnlicher Gruppen sind, die den Ausgleich beherrschen. Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur, wie die Lösung der Probleme einer industriellen Gesellschaft sie erfordert, müssen vielfach auf Kosten und daher gegen den Willen etablierter Macht- und Einflußgruppen durchgesetzt werden. Politische Willensbildung nach dem Modell des "bargaining" schließt dies auf Grund ihrer Strukturmerkmale aus. Exemplifiziert wird die Defizienz politischer Willensbildung in pluralistischen Gesellschaften durch die Geschichte der neuen Rüstungspolitik in der Bundesrepublik. Der Plan, in verhältnismäßig kurzer Frist eine starke konventionell

(12) Vgl. hierzu die prägnante Formulierung Hans J. Morgenthau: "It is the supreme dual paradox of contemporary democracy that the expansion of democratic methods goes hand in hand with the recession of actual popular control over the government and that this decline in the power of the people is not compensated for by a corresponding increase in the power of the government. As the power of the people has declined, so has the power of the government. ... the power of the government is in the process of dissipation through being usurped by a multiplicity of semi-autonomous public and private agencies, business enterprises, and labor unions." - *Our Thwarted Republic, Public Power vs. the New Feudalism*, in: *Commentary*, 1960 - 6 - 473.

(13) So vor allem Dahl und Lindblom, a. a. O.

ausgerüstete Armee zu schaffen, das Gebot militärpolitischer Rationalität unter den Bedingungen des atomaren Gleichgewichts, wurde wesentlich mit Rücksicht auf die Interessen der privaten Wirtschaft aufgegeben und abgelöst durch die scheinbare Alternative : den deutschen Verteidigungsbeitrag auf ein tendenziell atomares Potential zu stützen. Nur der Einfluß des stärksten Bündnispartners - im Rahmen der Allianz gleichsam die Instanz relativer Rationalität (14) - vermochte nach einiger Zeit eine Revision der Revision, eine Korrektur des neuen Militär- und Rüstungsprogramms, durchzusetzen, ohne daß freilich die Bundesregierung dazu gebracht worden wäre, auf ihre atomaren Pläne zu verzichten.

Kritische Aufmerksamkeit erfordert die Interessenkoalition von Militärapparat und privater Wirtschaft schließlich insofern, als sie, sollte sie sich zu einem military-industrial complex auswachsen, die Chancen einer allgemeinen Abrüstung gefährden könnte. Nicht allein, daß die Partner der Koalition, soweit sie ihre soziale und ökonomische Basis zu verlieren fürchten, versucht wären, einer Strategie der Abrüstung Widerstand entgegenzusetzen. Deren Folgen fielen ungleich schwerer ins Gewicht und riefen ungleich größere Schwierigkeiten, auch politisch, hervor, wenn vom ökonomischen Effekt militärischer Rüstung die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems abhängig wäre. Die anhaltende wirtschaftliche Expansion wird in der Bundesrepublik zwar kaum auf den Einfluß des Rüstungsprogramms zurückgeführt werden können; um Produktion und Beschäftigung aufrechtzuerhalten, ist die Wirtschaft in Westdeutschland nicht auf Rüstungsaufträge angewiesen; ob die militärische Rüstung auch in der Bundesrepublik die Funktion eines Konjunkturstabilisators übernehmen könnte, würde sich erst bei einem Konjunkturrückschlag zeigen. Einfluß auf den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung hat die militärische Rüstung, wenn auch in sehr vermittelter Weise, gleichwohl heute schon gewonnen : in Form von Nebenprodukten kommen Forschungs- und Entwicklungsaufträge des Verteidigungsressorts der zivilen Produktion zugute und eröffnen der Gesamtwirtschaft neue Investitionschancen. Die militärische Rüstung tritt in eine Funktion ein, von deren planvoller Gestaltung mehr und mehr die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Perpetuierung des bestehenden Wirtschaftssystems abhängig ist. Das Rüstungsprogramm wird, soweit es der waffentechnischen Forschung und Entwicklung dient, tendenziell zum Motor des technischen Fortschritts. Daß von den Ausgaben des Bundes für Wissenschaft und Forschung im Jahre 1962 ein Drittel auf Ausgaben des Verteidigungsressorts entfiel, weist darauf hin, daß das Wachstumspotential in Westdeutschland in

(14) Vgl. Robert E. Osgood, a.a.O., S. 82.

nicht unwesentlichem Maß auf die militärische Rüstung sich stützt (15). Einhalt geboten werden könnte der drohenden Interdependenz von wirtschaftlicher Entwicklung und militärischer Rüstung nur dann, wenn es gelänge, den technischen Fortschritt durch ein unmittelbar zivilen Zwecken dienendes öffentlich finanziertes Programm gleicher Größenordnung zu sichern. Die Verwirklichung eines solchen Programms würde freilich bedingen, daß öffentliche und private Investitionen staatlicher Planung unterlägen; damit aber würde es kaum die Zustimmung der privaten Wirtschaft und ihrer Interessenorganisationen finden und gegen deren Willen durchgesetzt werden müssen. Wenn gesagt worden ist, daß der Übergang zu einer Friedenswirtschaft "fundamentally new ideas ... for organizing human society" erfordere, so sind es diese Schwierigkeiten, an die dabei gedacht ist (16). Eine Strategie des Friedens ist, wie im Grunde schon eine rationale Militär- und Rüstungspolitik, aus der sie hervorgehen soll, gebunden an eine Neuordnung des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat.

(15) Vgl. Bundestagsabgeordneter Dr. Frede, Bundestagsverhandlungen 4 - 60 - 2709 f.

(16) Oskar Morgenstern, *The Question of National Defense*, New York 1959, S. 295.

Literaturverzeichnis

1. Amtliche Veröffentlichungen

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1952-1963

Bundeshaushaltspläne für die Rechnungsjahre 1955-1963

Finanzberichte für die Rechnungsjahre 1955-1963 (früher : Vorbemerkungen zum Bundeshaushaltsplan), herausgegeben vom Bundesministerium der Finanzen

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1955-1963

Stenographische Berichte über die Sitzungen des Deutschen Bundestages,
1. - 4. Wahlperiode, 1952-1963

Tätigkeitsberichte der Bundesregierung, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1955-1962

2. Periodische Veröffentlichungen der wirtschaftlichen Interessenverbände

Jahresberichte des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1951/52 -
1962/63

Mitteilungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1952-1962

Tätigkeitsberichte des Deutschen Industrie- und Handelstages, 1950/51 -
1962

Tätigkeitsberichte des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, 1960 und 1962

3. Zeitungen, Zeitschriften, Archive

Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland, Frankfurt/Main

Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung, Frankfurt/Main

Der Spiegel, Das Deutsche Nachrichtenmagazin, Hamburg

Wehr und Wirtschaft, Monatsschrift für wirtschaftliche Fragen der Verteidigung, Luftfahrt und Industrie, München

Wehrtechnische Monatshefte, Zeitschrift für Wehrtechnik, Wehrindustrie und Wehrwirtschaft, Frankfurt/Main

Keesings Archiv der Gegenwart, Bonn-Wien-Zürich

4. Bücher, Artikel, Forschungsberichte

Adorno, Theodor. W., Individuum und Organisation, in : Darmstädter Gespräch 1953, Darmstadt 1954

Aron, Raymond, Paix et Guerre entre les Nations, Paris 1962

- La Société industrielle et la guerre, Paris 1959

Beard, Charles A., The Economic Basis of Politics, New York 1957

Bellamy, R., Technological Progress and Price Movements, in : Marxism Today, 1960 - 1 - 17 - 23

Boulding, Kenneth E., Die wirtschaftliche Bedeutung der Rüstungskontrolle, in: Donald G. Brennan und Uwe Nerlich (Hrsg.), Strategie der Abrüstung, Gütersloh 1962

Breitling, Rupert, Die Verbände in der Bundesrepublik, Meisenheim 1955

Bundesverband der Deutschen Industrie, Fünf Jahre BDI, Aufbau und Arbeitsziele des industriellen Spitzenverbandes, Bergisch Gladbach 1954

- Der Weg zum industriellen Spitzenverband ("Herle-Festschrift"), Darmstadt 1956

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Die Situation der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Bad Godesberg 1962

Cook, Fred J., The Warfare State, New York 1962

Craig, Gordon A., Germany and NATO : The Rearmament Debate 1950-1958, in : Klaus Knorr (Hrsg.), NATO and American Security, Princeton 1959, S. 236-259

- NATO and the New German Army, in : W.W. Kaufmann (Hrsg.), Military Policy and National Security Princeton 1956, S. 194-232

- Dahl, Robert A., und Charles Lindblom, Politics, Economics, and Welfare. New York 1953
- Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Freiheit, München 1961
- Dernburg, H.J., Rearmament and the German Economy, in : Foreign Affairs, 1954/55 - 4 - 648-662
- Deutsch, Karl W., und Lewis J. Edinger, Germany Rejoins the Powers, Stanford 1959
- Deutscher Industrie- und Handelstag, Schriftenreihe,
 Heft 12 : Deutschlands wirtschaftliche Verteidigung
 Heft 73 : Wirtschaftliche Interessen in der Demokratie
 Heft 79 : Notstandsvorsorge als Aufgabe der Wirtschaft
 Bonn 1951, 1961, 1962
- Dirks, Walter, Folgen der Entnazifizierung, Ihre Auswirkungen in kleineren und mittleren Gemeinden der drei westlichen Zonen, in : Sociologica, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 1, Frankfurt/M. 1955, S.445-470
- Dobb, Maurice, Capitalism Yesterday and Today, London 1958
- Changes in Capitalism since the Second World War, in : Marxism Today, 1957 - 3 - 79-85
 - The Economic Crisis 1957-58, in : Marxism Today, 1959-10-289-294
 - On Economic Theory and Socialism, London 1955
- Dräger, Heinrich, und Wilhelm Grotkopp, Was kann Deutschland an Lasten tragen ?, Düsseldorf 1955
- Earle, Edward Mead, Makers of Modern Strategy, Military Thought from Macchiavelli to Hitler, Princeton 1941
- Economist Intelligence Unit, The Economic Effects of Disarmament, London und Toronto 1963
- Edinger, Lewis J., West German Armament, Documentary Research Division, Research Studies Institute, Air University, Maxwell Air Force Base, Ala., Oktober 1955
- Eschenburg, Theodor, Herrschaft der Verbände ?, Stuttgart 1955
- Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES), Deutsche Gruppe e. V., Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Aufbau einer Rüstungswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M., 27. Februar 1957

v. Friedeburg, Ludwig, Zum politischen Potential der Umfrageforschung,
in : Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1961
- 1 - 201-216

Grindrod, Muriel, Economic Implications of German Rearmament, in :
The World Today, 1955 - 3 - 117-129

Halm, George N., Geld, Außenhandel und Beschäftigung, München 1957

Hartmann, Heinz, Authority and Organization in German Industry,
Princeton 1959

Hitch, Charles J., und Roland N. McKean, (Hrsg.), The Economics of
Defense in the Nuclear Age, Cambridge (Mass.) 1961

Howard, Michael, Civil-Military Relations in Europe and in the United
States, A Bibliographical Note, in : Europäisches Archiv für Soziolo-
gie, 1961 - 1 - 112-116

Huntington, Samuel P., Arms Races : Prerequisites and Results, in : Carl
J. Friedrich und Seymour E. Harris, (Hrsg.), Public Policy, A Year-
book of the Graduate School of Public Administration, Harvard Uni-
versity, Cambridge (Mass.) 1958

- Changing Patterns of Military Politics, New York 1962

- The Common Defense, Strategic Programs in National Politics,
New York und London 1961

- The Soldier and the State, Cambridge (Mass.) 1959

Institut Finanzen und Steuern, Schriftenreihe,

Heft 13 : Verteidigungsbeitrag und Steuerbelastung (1951)

Heft 21 : Die Finanzierung der Verteidigungsausgaben in der Bundes-
republik Deutschland (1952)

Heft 24 : Deutschland-Vertrag und EVG-Vertrag, Ein Beitrag zur
Frage ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen (1952)

Heft 27 : Grundlagen für die Bemessung der westeuropäischen Ver-
teidigungsbeiträge (1953)

Heft 38 : Das Problem der Rüstungsfinanzierung (1956) Bonn 1951 - 1956

Institut für Sozialforschung, Zum Bewußtsein ausgewählter Bevölkerungsgrup-
pen, Unveröffentlichter Forschungsbericht, Frankfurt/M. 1957

Institut für Staatslehre und Politik e. V., Mainz, Der deutsche Soldat in der
Armee von morgen, München 1954

- Janowitz, Morris, *Sociology and the Military Establishment*, New York 1959
- Kaiser, Joseph H., *Die Repräsentation organisierter Interessen*, Berlin 1956
- Keller, Suzanne, *Pro and Anti European Unity : A Comparison Germany* 1956
- *Attitudes Toward European Integration of the German Elite*
Unveröffentlichte Forschungsberichte, Center for International Studies, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge (Mass.), Oktober 1957 und Juni 1958
- Knorr, Klaus, *The War Potential of Nations*, Princeton 1956
- Kopp, Fritz, *Chronik der Wiederbewaffnung in Deutschland*, Köln 1958
- Kornhauser, William, "Power Elite" or "Veto Groups"?, in : Seymour Martin Lipset und Leo Lowenthal (Hrsg.), *Culture and Social Character, The Work of David Riesman Reviewed*, New York 1961, S. 252-267
- Krull, Christian, *Kritische Bemerkungen zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland*, in : *Finanzarchiv, N.F.*, 1958/59 - 1 157-171
- *Wirtschaft und Rüstung*, Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer Frankfurt/M., Frankfurt/M. 1955
- Kuennen, Robert E., *Economic Foundations of National Security*, in : Gordon B. Turner und Richard D. Challener, (Hrsg.), *National Security in the Nuclear Age*, London 1960, S. 175-198
- Lange, Oskar, *Disarmament, Economic Growth, and International Cooperation*, Leeds 1962
- Leontief, W., und M. Hoffenberg, *The Economics of Disarmament*, in : *Scientific American*, 1961 - 4 - 47-55
- Lerner, Daniel, *French Business Leaders Look at EDC*, in : *Public Opinion Quarterly*, 1956 - 1 - 212-221
- und Morton Gorden, *European Community and Atlantic Security in the World Arena*, Center for International Studies, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge (Mass.), Dezember 1961
 - *European Leaders Look at World Security*, Center for International Studies, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge (Mass.), April 1960

- Lindblom, Charles, *Bargaining : The Hidden Hand in Government*, RAND Research Memorandum RM-1434-RC, Santa Monica, 22.2.1955
- Martin, Laurence W., *The American Decision to Rearm Germany*, in : Harold Stein (Hrsg.), *American Civil-Military Decisions*, Birmingham (Ala.) 1963, S. 643-665
- Mayntz, Renate, *Soziologie der Organisation*, Hamburg 1963
- McLaughlin, Walter H., Jr., *Business Attitudes Towards Defense Policy during the Cold War*, Honors Thesis, Harvard University, 1955
- Meinhold, Helmut, *Probleme der Rüstungsfinanzierung*, in: *Neuordnung der Finanzpolitik, Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*, Ludwigsburg 1958
- Mills, C. Wright, *The Causes of World War Three*, London 1959
- *The Power Elite*, New York 1956
- Moore, Wilbert E., *Economy and Society*, New York 1955
- Morgenstern, Oskar, *The Question of National Defense*, New York 1959
- Morgenthau, Hans J., *Our Thwarted Republic : Public Power vs. the New Feudalism*, in : *Commentary*, 1960 - 6 - 473-485
- Mulley, F.W., *The Politics of Western Defense*, London 1962
- Nef, John U., *War and Human Progress*, Cambridge (Mass.) 1959
- Neumark, Fritz, *Wirtschafts- und Finanzprobleme des Interventionsstaates*, Tübingen 1961
- Noelle, Elisabeth, und Erich Peter Neumann (Hrsg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-55*, Allensbach 1956
- *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957*, Allensbach 1957
- Osgood, Robert E., *NATO - The Entangling Alliance*, Chicago 1962
- Parsons, Talcott, und Neil J. Smelser, *Economy and Society*, London 1957
- Paulsen, Andreas, *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*,
 Band I : *Grundlegung, Wirtschaftskreislauf*
 Band IV : *Gesamtbeschäftigung, Konjunkturen, Wachstum*, Berlin 1958
- Perlo, Victor, *Militarism and Industry*, London 1963

- Pritzkolet, Kurt, Männer, Mächte, Monopole, Düsseldorf 1960
- Russett, Bruce M., The Economic Impact of German Rearmament, Williams College, Williamstown (Mass.), April 1957
- Rüstow, Hans-Joachim, Verknappung der Arbeitskräfte, Aufrüstung und Konjunkturverlauf, in : Finanzarchiv, N.F., 1955 - 1 - 54 ff.
- Samuelson, Paul A., Volkswirtschaftslehre, Köln 1952
- Schilling, Warner R., Paul Y. Hammond, Glenn H. Snyder, Strategy, Politics, and Defense Budgets, New York und London 1962
- Schlesinger, James R., The Political Economy of National Security, London 1960
- Schmidt, Helmut, Verteidigung oder Vergeltung ?, Stuttgart 1961
- Schnitzer, E. W., Some Developments in German Aviation, RAND Research Memorandum RM-1056, Santa Monica, 16.3.1953
- Schumpeter, Joseph A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950
- Scitovsky, Tibor, Edward Shaw, Lorie Tarshis, Mobilizing Resources for War, New York 1951
- Setten, Henner van, Zehn Jahre Besatzungs- und Verteidigungslasten, Münchener Dissertation 1957
- Silberner, Edmund, La Guerre dans la pensée économique du XVIIe au XVIIIe siècle, Paris 1939
- La Guerre et la Paix dans l'histoire des doctrines économiques, Paris 1957
- Smith, Adam, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Modern Library Edition, New York 1937
- Sörgel, Werner, Metallindustrie und Nationalsozialismus, Unveröffentlichter Forschungsbericht, Frankfurt/M. 1962
- Speier, Hans, German Rearmament and Atomic War, Evanston und White Plains. 1957
- Speier, Hans, und W. Phillips Davison. (Hrsg.), West German Leadership and Foreign Policy, Evanston und White Plains 1957

- Sternberg, Fritz, Die militärische und die industrielle Revolution, Berlin und Frankfurt/M. 1957
- Stolper, Gustav, German Realities, New York 1958
- Strachey, John, Contemporary Capitalism, London 1959
- On the Prevention of War, London 1962
- Strauß, Franz Josef, Finanzen, Rüstung und Wirtschaft, in : Heinrich Dräger, Hellmuth Heye, Franz Sackmann (Hrsg.), Probleme der Verteidigung der Bundesrepublik, Berlin und Frankfurt/M. 1959, S.126-149
- Für eine Qualitätsarmee, Die Zeit, 10.6.1956
- Teschner, Manfred, Entwicklung eines Interessenverbandes, Frankfurter Dissertation 1961
- Tönnies, Norbert, Der Weg zu den Waffen, Köln 1957
- U. S. Arms Control and Disarmament Agency, Economic Impacts of Disarmament, Washington, Januar 1962
- Vagts, Alfred, A History of Militarism, London 1959
- Veit, Otto, Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M. 1961
- Wallich, Henry C., Mainsprings of the German Revival, New Haven 1955
- Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Vierte, neu herausgegebene Auflage, besorgt von Johann Winkelmann, Tübingen 1956
- Welter, Erich, Falsch und richtig planen, Heidelberg 1954
- Der Staat als Kunde, Heidelberg 1960

Lebenslauf

Am 3. Februar 1929 wurde ich als Sohn des Eisenbahnbeamten Otto Brandt in Hannover geboren. Dort besuchte ich die Volks- und die Oberschule und legte im März 1948 die Reifeprüfung ab. Anschließend erlernte ich das Zimmererhandwerk und bestand im Oktober 1950 die Gesellenprüfung. Nach ~~dem~~^{unm} Praktikum in Heimen der Arbeiterwohlfahrt fuhr ich im Herbst 1952 mit einem amerikanischen Stipendium in die Vereinigten Staaten und studierte an der Universität Syracuse Sozialwissenschaften. Im Wintersemester 1953 setzte ich mein Studium an der Universität Göttingen, im Wintersemester 1954 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main fort. Ich hörte Vorlesungen über Soziologie, Philosophie, Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaften. Meine Lehrer waren die Professoren Adorno, Fraenkel, von Friedeburg, Horkheimer, Schmid und Veit. Im Sommer 1958 legte ich die Diplomprüfung für Soziologen ab. Vom November 1956 bis Ende 1959 war ich Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung. Das Jahr 1960 verbrachte ich mit einem Forschungsstipendium an der London School of Economics. Seit meiner Rückkehr arbeite ich als Assistent von Professor von Friedeburg - seit Anfang 1963 am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Ich bin deutscher Staatsangehörigkeit.

Gerhard Brandt

